

MINISTERIUM FÜR ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

Regierungsrätin Dominique Hasler

Im Berichtsjahr war der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine international ein Schwerpunktthema und prägte die Arbeit im Bereich des Äusseren massgeblich. Durch die Kriegssituation in Europa erfolgte ein noch engerer Austausch mit befreundeten sowie benachbarten Staaten. Ein Schwerpunkt wurde auf die Pflege und Vertiefung der nachbarschaftlichen Beziehungen sowie die Stärkung der Beziehungen zu den EWR/EFTA-Staaten gelegt. Auch mit den USA erfolgte ein breiterer und tieferer Austausch als in den vorangegangenen Berichtsjahren. Zudem verstärkte der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine die weltweit ohnehin angespannte humanitäre Situation nochmals merklich, weshalb Liechtenstein zusätzliche humanitäre Hilfe an die Ukraine und deren Nachbarstaaten leistete ohne dabei die sog. vergessenen Krisen zu vernachlässigen. Ebenfalls wurde im Berichtsjahr verstärkt auf den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit Wert gelegt, um die Bevölkerung vermehrt über die Bedeutung der Aussenpolitik und deren Entwicklungen zu informieren. Ebenso fielen im Berichtsjahr einige Vorbereitungsarbeiten zu den 2023 anstehenden Vorsitzen bzw. Jubiläen an. Zusammengefasst setzte sich die Entwicklung der Verschärfung von geopolitischen Spannungen, autoritären Tendenzen und der Schwächung des Multilateralismus im Berichtsjahr weiter fort und bleibt die Lage daher herausfordernd.

Die Auswirkungen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine hatte auch umfassenden Einfluss auf den Bildungsbereich. Nachdem im ersten Quartal die meisten coronabedingten Einschränkungen in den Bildungseinrichtungen aufgehoben werden konnten, wurden bereits ab Anfang März die Auswirkungen des Krieges auf die Schulen antizipiert und entsprechende Vorkehrungen für die Integration ukrainischer Schülerinnen und Schüler getroffen. Trotz der vielen zusätzlichen Schülerinnen und Schüler hat sich das liechtensteinische Bildungssystem als flexibel genug erwiesen, um die ukrainischen Kinder und Jugendlichen auch in grosser Zahl adäquat in den Unterricht aufnehmen zu können. Dazu wurde unter anderem das Konzept «Lernhub» ins Leben gerufen, welches das Ziel hat, in kurzer Zeit Grundkenntnisse in der deutschen Sprache zu vermitteln, damit die Kinder und Jugendlichen anschliessend in den Regelunterricht überführt werden können.

Neben den Herausforderungen durch den Krieg wurde im Berichtsjahr auch intensiv an den weiteren Grossprojekten im Bildungsbereich gearbeitet. So wurde unter anderem das ICT-Projekt abgeschlossen, der Waldkindergarten in Eschen nahm seinen Betrieb auf, die Schulsozialarbeit wurde ausgebaut und an der Umsetzung der Bildungsstrategie 2025plus weitergearbeitet. Im Hochschulbereich lief die Finanzierungsperiode der Universität

Liechtenstein aus. Es wurde daher im Berichtsjahr ein Bericht und Antrag betreffend die neue Finanzierungsperiode für die Universität Liechtenstein ausgearbeitet, der allerdings vom Hohen Landtag nicht behandelt wurde, so dass die Universität für das Jahr 2023 lediglich ein jährliches Budget im Rahmen des Jahresvoranschlags erhielt.

In der Berufsberatung und Berufsbildung wurden zahlreiche Projekte und Einzelmassnahmen umgesetzt um den Bedürfnissen und Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden. Darunter fallen die gemeinsame Initiative von Staat und Wirtschaft nextstep, die Weiterentwicklung des digitalen Lehrbetriebsportals, die Umsetzung der geplanten Massnahmen des Projekts «Energie- und Klimawerkstatt» von myclimate, die Weiterentwicklung der Amtssoftware, die erstmalige Durchführung eines Workshops für Lehrpersonen zum Thema «Berufswahlprozess», die Implementierung eines Coaching Angebots für Berufsbildungsverantwortliche mit Lernenden mit besonderen Bedürfnissen und die Abänderung des Berufsbildungsgesetzes.

Im Sportbereich wurde im Berichtsjahr eine Bevölkerungsumfrage zum «Sport- und Bewegungsverhalten in Liechtenstein» durchgeführt, welche durch zwei Sonderauswertungen zum einen zum «Sport- und Bewegungsverhalten von Jugendlichen in Liechtenstein» und zum anderen zum «Einfluss von Covid-19 auf das Sport- und Bewegungsverhalten» ergänzt wurde. Zudem konnte die zweite Ausgabe der «Sportmonitorings Liechtenstein», das nach der Erstaufgabe im Jahr 2015 auf Grundlage der Daten des Jahres 2021 aktualisiert wurde, präsentiert werden. Ergänzt wurde das «Sportmonitoring Liechtenstein 2021» mit zwei Sonderauswertungen zum Thema «Sportinfrastruktur in Liechtenstein» und zur «Fahrradnutzung in Liechtenstein».

Die Förderung des verbandsorganisierten Sports, die mit der Abänderung des Sportgesetzes 2019 an das Liechtenstein Olympic Committee (LOC) ausgelagert wurde, konnte mit der Zustimmung des Landtags substantiell erhöht werden. Gleichzeitig wurde ein neues Förder-system für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler mit einer teilweisen Anstellung über das LOC geschaffen.

Liechtenstein feierte im Berichtsjahr das 50-jährige Bestehen des Sportförderprogramms Jugend+Sport (J+S) mit einem Anlass unter Beisein von hochrangigen Gästen aus der Schweiz in Vaduz. An den Olympischen Winterspielen in Peking, die noch stark unter dem Einfluss der Covid-19-Pandemie standen, war Liechtenstein mit einer Delegation vertreten.

Weiter wurde wiederum der Olympic Day im Rahmen des Schulsports durchgeführt, die dritte Sport- und Gesundheitskonferenz abgehalten sowie der Sportrat neu bestellt.

Der Landtag genehmigte das Subventionsgesuch für den Neubau einer Kletterhalle des Liechtensteiner Alpenvereins auf Grundlage der Sportstättenförderungsverordnung (SSFV). Schliesslich konnte zusammen mit der Gemeinde Vaduz die erste Sportbox in Liechtenstein in Betrieb genommen werden.

Äusseres

Das Berichtsjahr wurde sehr stark vom russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine geprägt, welcher in zahlreichen nationalen und internationalen Treffen sowie Konferenzen Schwerpunktthema war. Bereits in den vorangegangenen Jahren hat sich die Aussenpolitik in einem zunehmend herausfordernden Umfeld bewegt, was durch die russische Aggression im Berichtsjahr weiter verstärkt wurde.

Erneut wurde der aussenpolitische Fokus auf die Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen mit der Schweiz, Österreich und Deutschland gelegt und aufgrund der russischen Aggression wurde auch Treffen mit befreundeten Staaten besondere Bedeutung beigemessen. Ebenso wurde der zwischen den EWR/EFTA-Partnerstaaten regelmässige Austausch weiterverfolgt und die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) ausgebaut. Durch die rasche autonom erfolgende Umsetzung der EU-Sanktionen hat sich Liechtenstein gegenüber der EU als verlässlicher Partner präsentiert.

Im vorangegangenen Berichtsjahr gelang den EWR/EFTA-Staaten der Abschluss des Freihandelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich, welches nunmehr am 1. September in Kraft trat.

Auch die Modernisierung und Erweiterung von Freihandelsabkommen wurde im Berichtsjahr angestrebt und die EFTA-Staaten beschlossen eine Modernisierung des Abkommens mit der Ukraine einzuleiten. Ebenfalls erfolgten Gespräche mit Singapur über ein mögliches Abkommen im Bereich der digitalen Wirtschaft.

Bei den internationalen Organisationen engagierte sich Liechtenstein im Zusammenhang mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine für die Stärkung der Rechenschaftspflicht und ein mögliches Sondertribunal für das Aggressionsverbrechen. Ebenso setzte sich Liechtenstein weiterhin für seine bisherigen Schwerpunkte, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und einer unabhängigen Justiz sowie die Bekämpfung von Korruption, ein. Mit der Veto-Initiative gelang Liechtenstein ein international bemerktes Engagement zur Stärkung der Generalversammlung gegenüber dem Sicherheitsrat bei der UNO. Aufgrund dieser Initiative wird die Generalversammlung nunmehr automatisch mit einem Agenda-Punkt befasst, wenn ein Veto im Sicherheitsrat erfolgt.

Im Bereich der Sicherheit und Verbrechensbekämpfung setzte sich Liechtenstein für einen raschen Nachvollzug der EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine ein. Auch besuchte Aussenministerin Dominique Hasler im Berichtsjahr die Ministersession der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Polen. Weiter setzte sich Liechtenstein auch für die Weiterverfolgung derjenigen Bereiche im Sicherheitsrat ein, in welchen die Zivilbevölkerung eines Landes besonders schweren Verbrechen ausgesetzt ist und

legte auch einen stärkeren Fokus auf die Frage, wie der Klimawandel und der damit verbundene Meeresspiegelanstieg sich auf das Selbstbestimmungsrecht von Staaten niederschlägt.

Im Menschenrechtsbereich setzte sich Liechtenstein auch in diesem Berichtsjahr aktiv gegen den Menschenhandel und die moderne Sklaverei ein. Zudem engagierte es sich für eine Verbesserung der Situation in Myanmar sowie Syrien und setzte sich für stärkere Regeln im Bereich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und den Zugang zum Justizsystem ein.

Gemeinsam mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der nicht-residierenden liechtensteinischen Botschaft in Tschechien und der diplomatischen Vertretung in Strassburg betreute das Ministerium die im August 2020 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereichte Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik weiter.

Zudem war das Ministerium in zahlreiche Vorbereitungsarbeiten für den 2023 anstehenden Vorsitz des Ministerkomitees im Europarat, den 2023 anstehenden Vorsitz der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) sowie das 2023 stattfindende 100-jährige Jubiläum des Zollanschlussvertrages involviert.

Im Berichtsjahr investierte Liechtenstein CHF 25.6 Mio. in den Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Hiervon gingen rund zwei Drittel im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED). Geografisch gesehen verteilten sich die IHZE-Beiträge hauptsächlich auf Afrika (49%), gefolgt von Süd- und Zentralamerika (12%), Europa (15%), dem Nahen Osten (6%) und Asien (2%). Zudem war das Ministerium federführend an dem vom Landtag genehmigten Nachtragskredit in der Höhe von CHF 1.8 Mio. beteiligt, welcher für die Nothilfe in der Ukraine, zur Unterstützung von Flüchtlingen in den Nachbarstaaten sowie für Projekte zur Sicherung von Beweisen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt wurde.

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2020 vor. Bei einem BNE von CHF 6'230 Mio. ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.41.

Europäische Zusammenarbeit

Im Bereich der europäischen Zusammenarbeit traf Aussenministerin Dominique Hasler im Berichtsjahr den Hohen Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell in Brüssel. Ebenfalls traf sie Kommissions-Vizepräsident Maroš Šefčovič in Brüssel für einen bilateralen Austausch. Trotz eines damit einhergehenden erhöhten administrativen Aufwandes

entschloss sich Liechtenstein auch in diesem Berichtsjahr für eine autonome und rasche Umsetzung der EU-Sanktionspolitik, was von den europäischen Partnern positiv aufgefasst wurde.

Im Berichtsjahr wurde zudem wiederum eine hohe Zahl von 628 EU-Rechtsakten übernommen. Damit setzt sich der Trend einer hohen Übernahme aus dem vorangegangenen Berichtsjahr fort. Dennoch bleibt der Rückstau von noch zu übernehmenden EU-Rechtsakten weiterhin beträchtlich.

Im Bereich des EWR-Finanzierungsmechanismus werden aus der vergangenen Finanzierungsperiode 2014-2021 noch Projektgelder bis 2024 ausbezahlt und im Berichtsjahr Verhandlungen mit der EU über den neuen Finanzierungsmechanismus gestartet.

Im EWR-Rat war die strategische Unabhängigkeit der EU in den Bereichen der Rohstoffe und Energie unter gleichzeitiger Wahrung der Ziele des grünen Wandels ein gewichtiges Thema. Beim regelmässigen ausserpolitischen Dialog mit der EU wurde schwerpunktmässig der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine diskutiert. Aber auch Themen im Zusammenhang mit den westlichen Balkanstaaten, internationalen Organisationen oder Zentralasien fanden Eingang in den Dialog.

Im Berichtsjahr wurde auch das Verfahren zu der im Jahr 2020 von Liechtenstein eingereichten Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik weitergeführt. Sowohl Liechtenstein als auch die Tschechische Republik haben im Berichtsjahr weitere Stellungnahmen eingereicht. Das Ministerium hat die interne Koordinationsgruppe geleitet und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der diplomatischen Vertretung in Strassburg und der Botschaft in Wien, welche für die diplomatischen Beziehungen zu Tschechien zuständig ist, die weiteren Verfahrensschritte ausgearbeitet.

Aussenwirtschaftspolitik und Finanzplatz

Im Berichtsjahr wurde der Fokus erneut auf die Modernisierung und Erweiterung von EFTA-Freihandelsabkommen gelegt. So beschlossen die EFTA-Staaten beispielsweise, dass eine Modernisierung des Abkommens mit der Ukraine erfolgen soll.

Ebenfalls wurden im Berichtsjahr die Verhandlungen zur Modernisierung des Abkommens mit Chile wieder aufgenommen und sollen im Abkommen zusätzliche Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung, Finanzdienstleistungen sowie Handelserleichterungen verankert werden. Nach wie vor sollen die Modernisierungsverhandlungen 2023 abgeschlossen werden können.

Die mit Moldawien durchgeführten Verhandlungen konnten im Berichtsjahr nahezu abgeschlossen werden und konnten auch Fortschritte bei den Verhandlungen mit Malaysia erzielt werden. Bei den Verhandlungen

mit Vietnam und Indien werden weitere Verhandlungsrunden notwendig sein.

Mit Singapur wurden Gespräche über ein Abkommen im Bereich der digitalen Wirtschaft geführt und es ist zu erwarten, dass der Start von Verhandlungen im Jahr 2023 erfolgt.

Auch konnte im Berichtsjahr eine Zusammenarbeitsklärung mit der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) erreicht werden.

Ebenfalls wurde der handelspolitische Dialog mit den Vereinigten Staaten fortgesetzt und es erfolgte ein Austausch über die Handelsstrategien und -entwicklungen.

Das EFTA Ministertreffen in Island wurden erstmals seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie wieder physisch durchgeführt und es konnten Verhandlungen mit Kosovo und Thailand lanciert werden. Liechtenstein war durch Aussenministerin Hasler vertreten. An dem Treffen erfolgte unter anderem ein Austausch über den Stand des Welthandels und die für diesen aus den aktuellen Krisen resultierenden Folgen.

In Bezug auf die WTO erfolgte im Berichtsjahr das formelle Überprüfungsverfahren zu den Handelspolitiken der Schweiz und Liechtenstein, welches alle fünf Jahre stattfindet. Das Ergebnis des Überprüfungsverfahrens fiel aus liechtensteinischer Sicht positiv aus und die Volkswirtschaft wurde als widerstandsfähig eingestuft. An der 12. WTO-Ministerkonferenz konnten wichtige Entscheide zu der angestrebten WTO-Reform, einer Patentverzichtserklärung für die Covid-19-Impfstoffe während fünf Jahren gefällt sowie ein Paket zur Reaktion der WTO auf die Ernährungskrise beschlossen werden. Das Thema der Nahrungssicherheit erlangte bereits vor der Konferenz zunehmende Bedeutung. Auch im Bereich der Landwirtschaft kam es zu vertieften Verhandlungen und es liegt im Interesse Liechtensteins, dass Landwirtschaftssubventionen nicht weiter reduziert werden müssen.

Im Themenbereich des Finanzplatzes und den Bestrebungen zur Etablierung eines globalen Steuerabkommens brachte Liechtenstein regelmässig seine Interessen in die Verhandlungen ein.

Menschenrechte

Im Bereich der Menschenrechte setzte sich Liechtenstein für stärkere Regeln im Bereich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und den Zugang zum Justizsystem ein. Ebenso engagierte sich Liechtenstein, wie bereits im vorangegangenen Berichtsjahr, stark gegen den Menschenhandel und moderne Sklaverei und es erfolgte ein Engagement in den Schwerpunkten der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie.

Aber auch in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurde im Berichtsjahr verstärkt auf die Förderung der Menschenrechte Wert gelegt.

Ab Herbst 2023 bis Mitte 2024 wird Liechtenstein den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates

innehaben und die jährliche Ministersession vorbereiten. Das Ministerium befasste sich im Berichtsjahr intensiv mit der Planung und möglichen Ausgestaltung des Vorsitzes und vertiefte die Kontakte zu den für die Planung relevanten Akteuren im Europarat.

Weiter wurde im Berichtsjahr auch Liechtensteins langjähriges Engagement zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC), welcher die schwersten Verbrechen gemäss dem Völkerstrafrecht, beispielsweise Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen sowie Aggressionsverbrechen ahndet, fortgesetzt. Aussenministerin Dominique Hasler besuchte im Berichtsjahr die Vertragsstaatenversammlung in Den Haag.

Im UNO-Menschenrechtsrat verurteilte Liechtenstein den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und Aussenministerin Dominique Hasler brachte die Solidarität Liechtensteins mit der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck. Ebenso entschloss sich der Menschenrechtsrat für eine Untersuchungskommission im Zusammenhang mit der Ukraine, welche Beweise für Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts in der Ukraine sammeln, aufarbeiten und analysieren soll.

Wie auch im vergangenen Berichtsjahr beteiligte sich Liechtenstein zudem aktiv an den Universal Periodic Reviews (UPR), organisierte Nebenveranstaltungen zu den langjährigen Schwerpunktthemen und schloss sich zahlreichen Statements gegen Menschenrechtsverletzungen an.

Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

Auch im Bereich der Sicherheit und Verbrechensbekämpfung verfolgte Liechtenstein schwerpunktmässig die aufgrund des russischen Aggressionskrieges vorherrschende Situation in der Ukraine sowie Konflikte, in welchen schwerste Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ausgeübt werden.

Aussenministerin Dominique Hasler besuchte im Berichtsjahr zudem den OSZE Ministerrat in Polen, an welchem sie Liechtensteins Solidarität mit der Ukraine ausdrückte und sich für eine führende Rolle der OSZE beim Erhalt und Ausbau der kooperativen Sicherheit aussprach.

Im Lichte der sich rasant steigernden Aufrüstung und der wachsenden nuklearen Bedrohung sprach sich Liechtenstein für den Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) aus. Im Zuge seiner Arbeiten zum Selbstbestimmungsrecht verstärkte Liechtenstein sein Engagement zu der Frage, wie der Klimawandel und der steigende Meeresspiegel sich auf dieses Recht auswirken.

Der Bereich der Cyber-Sicherheit gewinnt zunehmend an Bedeutung, weshalb Liechtenstein auch aussenpolitisch aktiv an diversen Gremien und Veranstaltungen teilnahm. Wie im vergangenen

Berichtsjahr sprach sich Liechtenstein dafür aus, dass (humanitäres) Völkerrecht, die UNO-Charta sowie internationale Menschenrechtsinstrumente im Cyberspace anzuwenden sind und präsentierte sich aus der Thematik ergebende völkerrechtliche Fragen. Ebenso wirkte Liechtenstein an Verhandlungen für eine internationale Konvention für Cyberverbrechen mit.

Auch entschied sich Liechtenstein für eine rasche und autonome Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland und war somit Teil einer europäischen Reaktion auf den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Der diesjährige 17. Holocaust Gedenktag der liechtensteinischen Regierung am 27. Januar konnte erstmals nach der Covid-19-Pandemie wieder in physischer Form durchgeführt werden und widmete sich unter anderem der Frage, wie Prävention von Antisemitismus erfolgen kann.

Im Rahmen des am 16. Februar stattfindenden Besuches in Liechtenstein tauschten sich Regierungsrätin Dominique Hasler und US-Botschafter Scott C. Miller in Vaduz aus.

Am 24. März, kurz nach Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine, tauschte sich Aussenministerin Dominique Hasler virtuell mit dem ukrainischen Botschafter, Artem Rybchenko, aus. Dabei wurde Liechtensteins Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung unterstrichen und Unterstützungsmöglichkeiten für die Ukraine besprochen.

Ein weiterer bilateraler Austausch erfolgte am 7. April zwischen Regierungsrätin Dominique Hasler und dem luxemburgischen Aussenminister Jean Asselborn, welcher für das Treffen der deutschsprachigen Aussenminister nach Liechtenstein reiste.

Ebenfalls reiste am 13. Mai der EFTA-Generalsekretär, Henri Gétaz, nach Liechtenstein und neben EFTA spezifischen Themenbereichen wurde auch die allgemeine Lage in Europa im Lichte des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine besprochen.

Am 26. Mai besuchte der ukrainische Aussenminister, Dmytro Kuleba, Liechtenstein und besprach mit Aussenministerin Dominique Hasler die Themenbereiche rund um den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine.

Auch beim am 16. August stattgefundenen virtuellen Austausch zwischen Regierungsrätin Dominique Hasler und dem estnischen Aussenminister, Urmas Reinsalu, war der russische Aggressionskrieg das dominierende Thema.

Weiter wurde Liechtenstein am 22. August von fünf US-Kongressmitarbeitenden besucht, welche sich unter anderem mit Aussenministerin Dominique Hasler tauschten.

Am 3. Oktober besuchten der andorranische Regierungschef, Xavier Espot Zamora, sowie die andorranische Aussenministerin, Maria Ubach Font, Liechtenstein. Beim bilateralen Treffen mit Regierungschef Dr. Daniel Risch und Aussenministerin Dominique Hasler wurde unter anderem Liechtensteins Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF), der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine, die Kooperation im EWR zwischen den EWR/EFTA-Staaten und der EU sowie die Beziehungen Andorras und der EU besprochen.

Beim jährlichen Botschafterinformationstag begrüßte die Regierung am 21. Oktober die in Liechtenstein akkreditieren Botschafter und informierte unter anderem über die aktuellen Entwicklungen in Liechtenstein. Durch Einblicke in liechtensteinische Unternehmen erhielten die Botschafterinnen und Botschafter einen umfassenden Eindruck des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein.

Am 25. Oktober weilte der apostolische Nuntius, Martin Krebs, in Liechtenstein und es erfolgte ebenfalls ein Austausch mit Aussenministerin Dominique Hasler.

Am 29. November traf Aussenministerin Dominique Hasler den Botschafter der EU für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein, Petros Mavromichalis, in Liechtenstein. Inhalt des Arbeitsgesprächs war unter anderem die Zusammenarbeit zwischen der EU und den EWR/EFTA Staaten sowie die Verhandlungen über eine neuen EWR-Finanzierungsmechanismus.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Am 24. Februar traf sich Aussenministerin Dominique Hasler mit dem auf EU-Seite für den EWR zuständigen Kommissions-Vizepräsidenten Maroš Šefčovič und tauschte sich mit ihm über die Situation in der Ukraine sowie Liechtensteins wirtschaftlichen Austausch mit der EU aus.

Am 17. und 18. März weilte Regierungsrätin Dominique Hasler in Wien und tauschte sich mit Vizekanzler, Werner Kogler, Bildungsminister, Martin Polaschek, sowie weiteren hochrangigen österreichischen und internationalen Persönlichkeiten aus. Der Besuch stand im Zeichen der Pflege der vielfältigen Beziehungen zu Österreich sowie Fragen zur europäischen Sicherheit.

Von 11. bis 13. April besuchte Aussenministerin Dominique Hasler die Republik Moldau. Dort traf sie sich unter anderem mit dem moldawischen Aussenminister, Nicu Popescu und verschaffte sich ein Bild über die Auswirkungen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine und von Liechtenstein unterstützte IHZE-Projekte.

Am 18. und 19. Mai weilte Regierungsrätin Dominique Hasler in der Tschechischen Republik und traf sich mit Aussenminister Jan Lipavský und Europaminister Mikuláš Bek. Der Besuch stand im Zeichen der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft der Tschechischen Republik. In den Arbeitsgesprächen wurden auch der

russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine, die Beziehungen Liechtensteins zur EU sowie bilaterale Themen besprochen.

Beim traditionellen Liechtenstein Empfang in Wien wurden am 8. September die vielfältigen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich gepflegt und gewürdigt.

Zwischen dem 5. und 7. Oktober besuchte Aussenministerin Hasler die Republik Kosovo und traf sich unter anderem mit dem Minister für Regionalentwicklung, Herr Filkrim Damka, der Ministerin für Äusseres, Donika Gërvalla-Schwarz, der Ministerin für Industrie, Entrepreneurship und Handel, Rozeta Hajdari sowie der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Technologie, Arbërie Nagavci. Inhalt der Gespräche waren Liechtensteins Wunsch zur Aufnahme von Verhandlungen zu einem Doppelbesteuerungsabkommen, der Antrag der Republik Kosovo für einen Beitritt zum Europarat sowie eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich der frühkindlichen Bildung. Bei dem Besuch verschaffte sich Aussenministerin Dominique Hasler auch ein Bild über die von Liechtenstein unterstützten IHZE-Projekte.

Vom 17. bis zum 18. Oktober besuchte Aussenministerin Dominique Hasler Berlin, um bilaterale Termine auf höchster Beamtenebene wahrzunehmen. Inhaltlich wurden bei allen Treffen die geopolitischen Umwälzungen sowie die Positionierung und Unterstützung beider Länder besprochen.

Zwischen dem 13. und 18. November weilte Regierungsrätin Dominique Hasler in Washington und traf sich unter anderem mit US-Vizeausserministerin Wendy Sherman für ein Arbeitsgespräch. Gesprächsinhalt waren die vielfältigen Beziehungen zwischen Liechtenstein und den Vereinigten Staaten sowie die zu bewältigenden weltweiten Herausforderungen, wie beispielsweise die fundamentalen Angriffe auf die internationale Rechtsordnung oder der Klimawandel. Ebenfalls traf sich Aussenministerin Dominique Hasler mit US-Senatoren und die Reise stand auch im Zeichen der Berufsbildung. In den USA tätige liechtensteinische Firmen sehen sich einem Fachkräftemangel ausgesetzt, weshalb sich Liechtenstein gemeinsam mit den USA für die Förderung der Berufsbildung einsetzt.

Multilaterale Zusammenarbeit: Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Am 12. Mai kamen die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter der EU-Staaten zu einem ausserpolitischen Dialog nach Vaduz. Der Europatag stand im Berichtsjahr im Zeichen «Europäischen Jahr der Jugend». Ebenso zählten die ausserpolitischen Prioritäten und Initiativen Liechtensteins, der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine sowie weitere europapolitische Fragen zu den angesprochenen Themen.

Am 20. Oktober erfolgte ein virtueller Austausch der weiblichen Aussenministerinnen zu den Frauenrechten und der Situation im Iran. Aussenministerin Dominique Hasler betonte Liechtensteins Haltung, dass eine Verletzung von Menschenrechten von der internationalen Staatengemeinschaft nicht hingenommen werden darf.

In einem Arbeitsgespräch am 12. Dezember hat das Ministerium mit der UNHCR-Vertreterin für Schweiz und Liechtenstein Anja Klug in Vaduz die Situation in der Ukraine sowie in Afghanistan und den globalen Flüchtlingspakt erörtert.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Vom 18. bis 20. Februar nahm Aussenministerin Hasler an der Münchener Sicherheitskonferenz teil und traf dort erstmals auf ihre deutsche Amtskollegin Annalena Baerbock. Schwerpunkt der Konferenz waren die aktuellen Herausforderungen in Bezug auf die europäische Sicherheit.

Vom 28. bis 29. Februar weilte Aussenministerin Dominique Hasler beim hochrangigen Segment der 49. Session des UN-Menschenrechtsrates in Genf und betonte, dass sich Liechtenstein seit je her für eine verbesserte Anwendung des Völkerrechts sowie die Einhaltung der Menschenrechte und die Wahrung der Souveränität einsetzt.

Bei der 66. Session der Kommission für die Rechtsstellung der Frau am 14. und 15. März wurde Liechtenstein durch Regierungsrätin Dominique Hasler vertreten. Fokus war der Klimawandel und dessen besondere Auswirkungen auf Frauen und Mädchen. Die Aussenministerin traf sich im Zuge ihres Aufenthaltes in New York auch mit UN-Generalsekretär António Guterres und erläuterte mit ihm die Situation bezüglich des Krieges in Europa, die liechtensteinische Positionierung und die laufenden diplomatischen Bemühungen.

Zwischen dem 28. März und 1. April besuchte Aussenministerin Dominique Hasler die liechtensteinischen Projekte im Rahmen der IHZE in der Vereinigten Republik Tansania und verschaffte sich ein Bild von deren Wirksamkeit. Neben zahlreichen Organisationen und Behörden, traf sie sich auch mit der Aussenministerin Lieberata Mulamula sowie dem Landwirtschaftsminister Hussein Bashe.

Am 5. April nahm Regierungsrätin Dominique Hasler auf Einladung der deutschen Aussenministerin Baerbock, des französischen Aussenministers Le Drian und des rumänischen Aussenministers in Berlin an einer Ministerkonferenz zur Unterstützung der Republik Moldau teil und sicherte Liechtensteins Unterstützung zu.

Am 8. April war Liechtenstein Gastgeber für das jährlich stattfindende Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister der deutschsprachigen Länder. Schwerpunkt des Treffens war der russische Aggressionskrieg und die Auswirkungen des Konflikts auf die humanitäre Lage, die geopolitischen Entwicklungen sowie den Multilateralismus.

Aussenministerin Dominique Hasler nahm am 20. Mai am jährlichen Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister des Europarates in Turin teil. Liechtenstein wird im November 2023 den Vorsitz des Ministerkomitees innehaben und bekannte sich in Turin erneut zum Multilateralismus. Zudem setzte sich Aussenministerin Dominique Hasler für eine Stärkung und Modernisierung des Europarats ein.

Am 23. Mai nahm Aussenministerin Dominique Hasler am EWR-Rat, dem höchsten politischen Organ des EWR-Abkommens, in Brüssel teil. Der dabei mit der EU erfolgende Austausch hatte das Funktionieren des Binnenmarkts und wichtige EU-Agenden mit EWR-Relevanz zum Inhalt. Im Rahmen ihres Besuchs in Brüssel weihte die Aussenministerin auch das neue EFTA-Haus ein und traf sich mit dem Hohen Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell.

Beim am 20. Juni stattfindenden EFTA-Ministertreffen in Island standen die weltweiten wirtschaftlichen Herausforderungen sowie der Krieg in der Ukraine im Zentrum der Gespräche. Liechtenstein übernahm den EFTA-Vorsitz am 1. Juli.

Auf Einladung von Bundespräsident, Ignazio Cassis, sowie des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, nahm Aussenministerin Dominique Hasler am 4. und 5. Juli an der internationalen Konferenz für den Wiederaufbau der Ukraine in Lugano teil. Sie brachte Liechtensteins Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck und äusserte den Willen Liechtensteins, die Ukraine beim Wiederaufbauprozess zu unterstützen.

Am 6. September weilte Regierungsrätin Dominique Hasler in Strassburg und traf die ehemalige kroatische Aussenministerin und nunmehrige Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović Burić. Am Abend wurden ausgewählte Personen zu einem Empfang in der Ständigen Vertretung geladen und es erfolgte ein Austausch über Liechtensteins anstehenden Vorsitz im Ministerkomitee im November 2023.

Zwischen dem 19. und 24. September weilte Aussenministerin Dominique Hasler an der 77. UNO Generalversammlung in New York. Die diesjährige Session wurde von den Themenbereichen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine, den grossen globalen Herausforderungen des Klimawandels, die globale Nahrungsmittelkrise, Energieknappheit und die sozioökonomischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie dominiert. Im Rahmen der hochrangigen Woche traf die Aussenministerin ausserdem den amtierenden US-Präsident Biden und die First Lady Dr. Biden beim traditionellen Empfang der USA. Zudem absolvierte sie zahlreiche bilaterale Treffen, lud zum traditionellen Abendessen der Aussenministerinnen ein und bekräftigte beim jährlichen Treffen der Ministerinnen und Minister zum internationalen Strafgerichtshof dessen besondere Relevanz in der aktuellen Lage.

Am 23. November reiste Aussenministerin Dominique Hasler gemeinsam mit weiteren Amtskolleginnen

nach Kiew und setzte ein sichtbares Zeichen der Solidarität. In Kiew traf sie unter anderem First Lady Olena Selenska sowie die Vize-Premierministerin Olha Stefanishyna. Im Zentrum des Gesprächs standen die aktuelle Situation, die Folgen des Krieges und die damit verbundene Notwendigkeit der humanitären Hilfe. Ebenfalls verschaffte sich Regierungsrätin Dominique Hasler ein Bild über die Arbeit der vor Ort tätigen humanitären Organisationen sowie deren Bedürfnisse.

Am 1. und 2. Dezember vertrat Aussenministerin Dominique Hasler Liechtenstein am Ministerrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). An der Konferenz wurde erneut ein starkes Signal der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung gesetzt und die Aussenministerin betonte die Notwendigkeit des Ausbaus der kooperativen Sicherheit.

Corporate Governance

Im Bereich des Äusseren ist der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) dem Ministerium zugeordnet. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben hat die Regierung den Monitoring-Bericht des Berichtsjahres zur Kenntnis genommen sowie das Budget des LED und den Leistungsauftrag für das Folgejahr genehmigt. Aufgrund des Ausscheidens des Stiftungsratspräsidenten, Dr. Christian Batliner, wurde per 1. Mai Peter Beck als neuer Stiftungsratspräsident bestellt. Der bereits im vorangegangenen Berichtsjahr vom Stiftungsrat initiierte Prozess der Organisationsentwicklung konnte nahezu abgeschlossen werden. Das Ministerium führte zwei ordentliche Corporate Governance Gespräche mit Vertretern des Stiftungsrates und der Geschäftsleitung des LED. Zudem erfolgte am 9. Mai der gemäss der Eignerstrategie alle vier Jahre vorgesehene Informationsaustausch zwischen dem Ministerium und dem Gesamtstiftungsrat des LED über dessen Tätigkeit und Entwicklung.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt CHF 25.6 Mio. für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Darin enthalten ist ein Nachtragskredit für die Ukraine in Höhe von CHF 1.8 Mio., welchen der Landtag im April 2022 genehmigt hatte. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch weitere anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen sowie das entsprechende Engagement der liechtensteinischen Gemeinden und die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfließen, beläuft sich auf mehr als CHF 31.5 Mio. Dies entspricht einer Zunahme von rund 22% im Vergleich zum Vorjahr und markiert einen historischen Höchststand. Grund

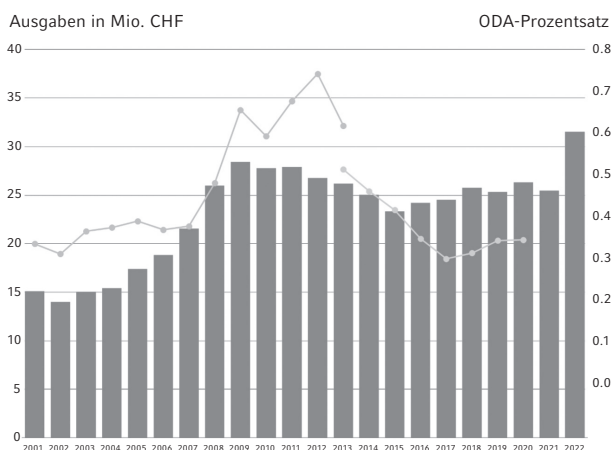
hierfür ist insbesondere die grosse Anzahl an Schutzsuchenden, die im Inland betreut wurden.

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2020 vor. Bei einem BNE von CHF 6'453 Mio. ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.41.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

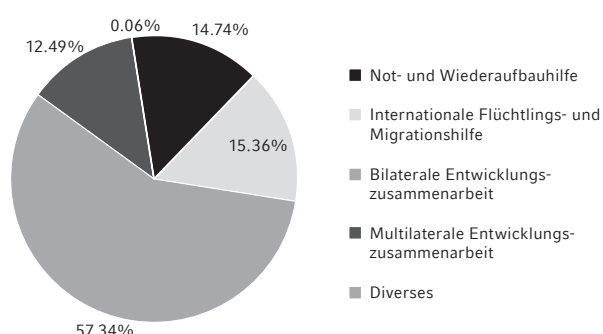
Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA- anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz
2001	3'782	15'114'860	0.40%
2002	3'698	14'010'065	0.38%
2003	3'538	15'055'869	0.43%
2004	3'554	15'395'590	0.43%
2005	3'893	17'381'933	0.45%
2006	4'397	18'843'051	0.43%
2007	4'946	21'563'049	0.44%
2008	4'949	25'984'138	0.53%
2009	4'210	28'434'531	0.68%
2010	4'470	27'772'298	0.62%
2011	4'025	27'914'033	0.69%
2012	3'571	26'781'303	0.75%
2013	¹⁾ 4'073 / 4'737	26'189'157	0.64% / 0.55%
2014	4'924	25'021'456	0.51%
2015	4'968	23'310'270	0.47%
2016	5'899	24'204'500	0.41%
2017	6'645	24'515'243	0.37%
2018	6'765	25'755'710	0.37%
2019	6'231	25'322'894	0.41%
2020	6'453	26'323'669	0.41%
2021	nicht bekannt	25'452'805	nicht bekannt
2022	nicht bekannt	31'541'507	nicht bekannt

¹⁾ Die Berechnungsmethode des BNE wurde für das Jahr 2014 von ESVG 95 auf ESVG 2010 umgestellt.



IHZE-Beiträge 2022 nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Im Berichtsjahr gingen 57.34% des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder (www.led.li). 15.36% des Budgets wurden für die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe, 14.74% für die Not- und Wiederaufbauhilfe sowie 12.49% für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden im Berichtsjahr 0.06% der Mittel aufgewendet.



IHZE-Beiträge 2022 nach Regionen

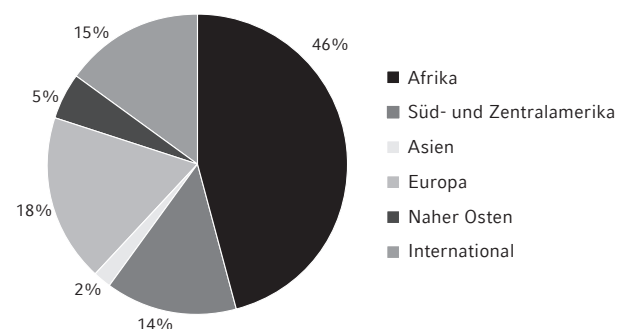
Im Berichtsjahr wurden 46% der IHZE-Gelder in Afrika eingesetzt. Das grösste Engagement erfolgte dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Burkina Faso, Mali, Mosambik, Sambia, Senegal, Simbabwe und Tansania.

14% der Mittel wurden für Entwicklungsprojekte in Süd- und Zentralamerika, insbesondere in den LED-Schwerpunktländern Bolivien und Peru, verwendet.

Das Engagement in Europa ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gewachsen und nahm im Berichtsjahr 18% (2021: 15%) der Gelder in Anspruch. Dies hängt insbesondere mit den Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine zusammen. In der Ukraine und in den Nachbarstaaten wurden im Berichtsjahr Projekte im Umfang von rund CHF 2 Mio. unterstützt. Daneben bleiben auch die Balkan-Region (Bosnien-Herzegowina und Kosovo) sowie die Republik Moldau geographische Schwerpunkte der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Auch der Anteil der Projekte im Nahen Osten bleibt mit 5% nach wie vor relativ hoch. Das Engagement in Asien hingegen beläuft sich auf lediglich 2% der IHZE-Gelder.

15% der Mittel werden nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese Beiträge, welche in der untenstehenden Projektliste in der Länderspalte als «International» bezeichnet werden, sind essenziell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und die Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.



Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE): Projektliste 2022

Not- und Wiederaufbauhilfe

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an Caritas Österreich zur Nothilfe im Rahmen der Flutkatastrophe in Pakistan	Pakistan	Caritas Österreich	100'000	100'000
Beitrag für Projekt der DEZA in DRC (mit NGO Solidarités International)	Demok. Republik Kongo	DEZA	250'000	250'000
Beitrag für Projekt der DEZA in Kolumbien (mit Konsortium von NGOs MIRE+)	Kolumbien	DEZA	200'000	200'000
Übernahme Transportkosten Feuerwehrmaterial in die Ukraine	Ukraine	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	671	671
Beitrag an HEKS für die Rehabilitation von Bäckereien in Syrien	Syrien	HEKS	100'000	100'000
Rückkehr zur Schule für Kinder von Rückkehrern im Irak	Irak	HEKS	100'000	100'000

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	54'997	54'997
Hilfsprogramm des IKRK	Südsudan	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm des IKRK	Jemen	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm des IKRK	Somalia	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm im Rahmen des Ukraine-Konflikts	Ukraine	IKRK	300'000	300'000
Hilfsprogramme des IKRK	Syrien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
IKRK physisches Rehabilitationsprogramm	International	IKRK	50'000	50'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Unterstützung des Klima- und Transitionsfonds	International	IKRK	125'000	125'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Beitrag an Medair zur Nothilfe für Geflüchtete aus der Ukraine	Polen; Ukraine	MEDAIR	100'000	100'000
Nothilfe für Menschen auf der Flucht im Sudan	Sudan	MEDAIR	100'000	100'000
Beitrag an OCHA Haiti für den Cholera Flash Appeal in Haiti	Haiti	OCHA	100'000	100'000
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	200'000	200'000
Beitrag an PIN zur Resilienzbildung geflüchteter ukrainischer Kinder in Georgien	Georgien; Ukraine	People in Need	100'000	100'000
Beitrag an SOS-Kinderdorf Liechtenstein zur Nothilfe in der Ukraine	International; Ukraine	SOS-Kinderdorf Liechtenstein	100'000	100'000
Nothilfebeitrag Tigray/Äthiopien	Äthiopien	SOS-Kinderdorf Liechtenstein	100'000	100'000
Beitrag an Terre des Hommes für das Nothilfeprogramm für Binnenvertriebene in Myanmar	Myanmar	Terre des hommes	100'000	100'000
Beitrag an UNICEF für Afghanistan	Afghanistan	UNICEF	100'000	100'000
Hilfsprogramm im Rahmen des Ukraine-Konflikts	Ukraine	UNICEF	200'000	200'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International; Palästina	UNRWA	100'000	100'000
Beitrag an das Welternährungsprogramm in Mosambik	Mosambik	WFP	100'000	100'000
Beitrag an das Welternährungsprogramm in Tschad	Tschad	WFP	100'000	100'000
Hilfsprogramm wegen Dürre/Hungersnot auf Madagaskar	Madagaskar	WFP	100'000	100'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms (WFP)	International	WFP	100'000	100'000
Total			3'775'668	3'775'668

ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

120 |

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Armutsbekämpfung durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien – Phase II	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	100'000	100'000
C4F: Cash for conflict-affected families	Ukraine	Caritas CH	200'000	200'000
IASI: Integrated Approach to Social Inclusion	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	100'000	100'000
MARDI: Municipal Action for Reintegration and Diaspora	Kosovo	Caritas CH	150'000	150'000
RAST: Local Economic Development in Rural Areas for Systemic Transition	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	100'000	100'000
Roma Housing Bijeljina	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	100'000	100'000
Roma Housing Kakanj	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	100'000	100'000
SIRED: Sustainable and Inclusive Rural Economic Development	Kosovo	Caritas CH	100'000	100'000
SPHRESE: Verbesserung der Vorschulbildung	Kosovo	Caritas CH	42'000	42'000
TAKE: Together Advancing Kosovo's Early Childhood Education & Employment	Kosovo	Caritas CH	208'000	208'000
Spendenaufstockung Flüchtlingssonntag	Syrien	Caritas FL	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag an IDMC	International	IDMC	100'000	100'000
Winterization Strategy for Ukraine	Ukraine	IOM – International Organization for Migration	200'000	200'000
Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge in Polen und Moldau	Moldau; Polen; Ukraine	NRC – Norwegian Refugee Council	200'000	200'000
Unterstützung von Binnenvertriebene	Afghanistan	NRC – Norwegian Refugee Council	100'000	100'000
Zugang zu Bildung und zivilstandsrechtlicher Dokumentation für vertriebene Kinder	Mali	NRC – Norwegian Refugee Council	100'000	100'000
Bildungsprojekt für jugendliche Flüchtlinge und Einheimische	Türkei	RET	220'000	220'000
Sprachkurse für syrische und irakische Flüchtlinge	Türkei	RET	515'760	515'760
EMPOWER: Bildungsprojekt für Kinder auf der Flucht	Mali	Right To Play	100'000	100'000
Beteiligung an Schweizer Migrationspartnerschaften auf dem Westbalkan	Bosnien-Herzegowina; Kosovo; Nord-Mazedonien; Serbien	Staatssekretariat für Migration	500'000	500'000
Hilfsprogramm des UNHCR für Flüchtlinge in der Republik Moldau	Moldau	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm des UNHCR im Ukraine-Kontext	Ukraine	UNHCR	200'000	200'000
Hilfsprogramme des UNHCR – Afghanistan	Afghanistan	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR – Syrien-Kontext	Syrien	UNHCR	100'000	100'000
Nicht-zweckgebundener Beitrag an das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge	International	UNHCR	100'000	100'000
Verbesserung des Schutzes von Kindern auf der Flucht in Libyen	Libyen	UNICEF	90'000	90'000
Total			3'935'760	3'935'760

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

(Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)

Für die Verwendung der Mittel wird auf die separate Berichterstattung des LED verwiesen.

	Betrag CHF	ODA CHF
Total	14'690'000	14'690'000

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an Projekt zu sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt in Konflikten	International	All Survivors Project	100'000	100'000
Projekt zu Korruption und Umweltverbrechen	International	Basel Institute on Governance	150'000	15'000
Beitrag an das DCAF Program «Gender Equality in Security and Justice»	International	DCAF	75'000	75'000
Beitrag zur Förderung des Dialogs zwischen Parteien in bewaffneten Konflikten	International	Dialogue Advisory Group	40'000	0
International Accountability Platform Belarus	Belarus	Dignity	5'000	0
Globales Beschleunigungsinstrument zur Umsetzung der «Frauen, Frieden und Sicherheit» Agenda (WPHF)	International	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	75'000	0
Internetplattform zum Schutz von Journalisten	International	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Armenien	Armenien	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in der Ukraine	Ukraine	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Georgien	Georgien	Europarat	20'000	20'000
«COVAX Advance Market Commitment»	International	GAVI	300'000	300'000
Beitrag zur Bekämpfung der Rekrutierung von Kindersoldaten sowie für Aktivitäten im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit	International	Geneva Call	75'000	75'000
Beitrag an Zwangsarbeit-Analysewerkzeug und Pilotprojekt auf den Philippinen	International; Philippinen	GFEMS	-51'271	-51'271
Beitrag zur Verbrechensverhütung in der Friedensmediation	International	HD Centre	50'000	50'000
Förderung und Einbezug von Frauen in Friedensmediationen	International	HD Centre	100'000	100'000
Softwarelösung zur Sammlung und Analyse von Menschenrechtsverletzungen	International	Huridocs	75'000	75'000
Beitrag Ausbildung von Experten des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	150'000	150'000
Stärkung von Menschenrechtsverteidiger	International	ISHR International Service for Human Rights	50'000	50'000
Beitrag zur Sicherstellung von Rechenschaftspflichten in der Ukraine	International; Ukraine	Justice Rapid Response	200'000	200'000
Projekt zur Sicherstellung von Rechenschaft bei Verbrechen gegen Kinder	International	Justice Rapid Response	75'000	75'000
Projekt Nachhaltigkeitsstipendien für Afrika	Algerien; Kenia; Uganda; Äthiopien; Lesotho; Malawi; Nigeria	LISD (Liechtenstein Institute for Strategic Development)	70'000	70'000
Stärkung des Forschungsschwerpunktes «Menschenhandel»	International	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte	73'000	73'000

ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

122 |

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Ausarbeitung von WPS-Instrumenten	International	OAS	70'000	70'000
Beitrag Anti-Corruption Network for Eastern Europe and Central Asia	International	OECD	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	OHCHR	25'000	22'000
Arbeitsprogramm im Bereich Rechenschaftspflichten für Menschenrechtsverletzungen	International	OHCHR	300'000	264'000
Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	75'000	66'000
Projekt zur Vermeidung von Folter an Kindern	International	OMCT	100'000	100'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	80'000	80'000
Beitrag zur Bekämpfung des Menschenhandels aufgrund der russischen Aggression	International; Ukraine	OSZE	50'000	50'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UN Women	75'000	75'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNAIDS	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNDP	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNODC	25'000	25'000
Beitrag an den freiwilligen Trust Fund für Opfer von Menschenhandel	International	UNODC	75'000	75'000
Liechtenstein Initiative on Finance Against Slavery and Trafficking (FAST)	International	UNU	200'000	200'000
Leitungswasser trinken. Trinkwasser spenden.	International	Verein Drink & Donate	73'150	73'150
Projekt zur Begrünung der Sahelzone	International	WFP	100'000	100'000
Polio Impfkampagne von WHO	International; Afghanistan; Indien; Pakistan; Nigeria	WHO	25'000	25'000
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Unterstützung des Klima- und Transitionsfonds	International	IKRK	125'000	125'000
Total			3'199'879	2'896'879

Öffentlichkeitsarbeit

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
IHZE-Veranstaltung zur Lancierung des Umwelt- und Klimatransitionsfonds des IKRK	Fürstentum Liechtenstein	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	7'674	7'674
IHZE-Website	International	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	52	0
Projektreise mit dem LED nach Tansania	Tansania	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	4'641	4'641
Projektreise nach Kosovo	Kosovo	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	2'548	2'548
Trilateraler Migrationsdialog Liechtenstein, Schweiz und Kosovo	Kosovo	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	726	726
Unterstützung einer Medienkampagne zum Waterfootprint Liechtenstein	International	Verein Drink & Donate	780	780
Total			16'421	16'369

Sonstige ODA-anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an das Sekretariat des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT)	International	ATT	1'249	0
Jahresbeitrag an das generelle Budget der CITES	International	CITES	495	495
Beiträge an die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)	International	CTBTO	10'617	0
Jahresbeitrag an das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)	Europa	Europäische Kommission	48'066	0
Promoting human rights and equality for LGBTI persons III	International	Europarat	10'000	10'000
Protecting children against human rights violations of all forms and in all settings	International	Europarat	15'000	15'000
Regulärer Beitrag Europarat	International	Europarat	439'311	175'724
Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit IAEO	International	IAEO	8'499	8'499
Regulärer Beitrag IAEO	International	IAEO	36'595	12'076
Beitrag Internationaler Strafgerichtshof ICC	International	ICC	31'295	0
Opferfonds des ICC	International	ICC Victims Trust Fund	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	International	ICG	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag ans International Center for Transitional Justice	International	ICTJ	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag an das International Peace Institute	International	IPA	10'000	0
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	1'980	1'307
Regulärer Beitrag an ITU	International	ITU	159'000	28'620
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	15'570	15'570
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	1'000
Freiwilliger Beitrag im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit	International	NGO Working Group on Women, Peace and Security	5'000	0
Beitrag an die Multilaterale Amtshilfekonvention (MAK)	International	OECD	2'263	0
Beitrag für «Base Erosion and Profit Shifting» (BEPS)	International	OECD	22'218	0
Beitrag Global Forum on Tax Transparency	International	OECD	18'322	0
Beitrag an die Welt-Tiergesundheitsorganisation (OIE)	International	OIE	29'435	17'955
Beitrag an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)	International	OPCW	7'159	0
Freiwillige Beiträge an OSZE-Projekte im Bereich Sicherheit und Menschenrechte	International; Ukraine	OSZE	121'304	121'304
Regulärer Beitrag OSZE	International	OSZE	103'249	76'404
Allgemeiner Beitrag	International	Parliamentarians for Global Action	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an die Organisation Security Council Report	International	SC Report	10'000	0
Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpenkonvention	18'141	0
Allgemeiner Beitrag an den EMEP Trust Fund	International	UNECE	1'134	1'009

ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

124 |

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Jahresbeitrag Genfer Konvention (Konvention über die weiträumige grenz- überschreitende Luftverunreinigung, EMEP)	International	UNECE	1'110	988
Jahresbeitrag an die Quecksilber-Konvention (Minamata)	International	UNEP	234	234
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	1'035	1'035
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	1'325	1'325
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	542	542
Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	43'273	43'273
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	635	635
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	1'035	1'035
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	2'749	1'677
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	451	275
Beitrag an die Finanzierung der UN-Tribunale	International	UNO	7'357	0
Reguläre Beiträge an UNO-Peacekeeping Missionen	International	UNO	829'329	112'708
Regulärer Beitrag UNO	International	UNO	302'374	157'234
Beitrag an die Weltpostunion (UPU)	International	UPU	46'000	7'360
Regulärer Beitrag an die WIPO	International	WIPO	22'789	684
Beitrag im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit	International	Women's International League for Peace and Freedom	5'000	0
Total			2'432'140	843'968
			Betrag CHF	ODA CHF
Total IHZE-Ausgaben			25'617'728	25'314'676
Sonstige Beiträge an internationale Organisationen			2'432'140	843'968
Flüchtlingsbetreuung im Inland				4'322'940
Katastrophenfonds Gemeinden				100'000
Weitere ODA-anrechenbare Beiträge der Gemeinden				959'923
Total ODA				31'541'507

Bildung

Bildungsstrategie

Mit der «Bildungsstrategie2025 plus» wurde in den vergangenen Jahren unter der Leitung des Ministeriums in Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung der strategische Kompass für das Bildungssystem in Liechtenstein erarbeitet. Im Berichtsjahr fand ein «Follow-up-Workshop» statt, bei welchem sich Vertreter aus dem Bildungsbereich, der Gesellschaft und der Wirtschaft über die Umsetzung unterhielten und Möglichkeiten zur konkreten Umsetzung definierten. Schliesslich soll

die Strategie als Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems in den kommenden Jahren dienen. Sie definiert die Mission, die Vision und das Bildungsverständnis des liechtensteinischen Bildungswesens und zeigt die strategischen Ziele zu deren Verwirklichung auf. Dafür wurden insbesondere jene Megatrends und ihre möglichen künftigen Entwicklungen berücksichtigt, welche sich auch auf den Bildungsstandort auswirken: «Globale Schwerpunktverlagerung», «Öffentliche Angelegenheiten: Demokratie und staatsbürgerliches Engagement», «Sicherheit in einer unsicheren Welt», «Länger und besser leben» und «Moderne Lebensformen». Dank der Identifizierung von

Entwicklungspotenzialen wurde die Weiterentwicklung der Bildungsqualität im Rahmen eines Qualitätszyklus auf der Basis des Bildungsberichtes definiert. Weitere Potenziale bestehen bspw. auch im Ausbau der Inklusion, in der Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, im Schaffen von Standards in der frühkindlichen Förderung sowie im Erhalt eines sowohl horizontal wie vertikal optimal durchlässigen Bildungssystems. Für die Weiterentwicklung des Bildungssystems wurden sodann verschiedene Handlungsfelder zur Erreichung der strategischen Ziele aufgezeigt.

Bildungsbericht

Die Zielerreichung der Bildungsstrategie wird in einem Bildungsbericht reflektiert, der erstmals 2023 erscheinen und dann alle vier Jahre veröffentlicht werden soll. Damit stehen der Bildungsbericht und die Bildungsstrategie in einer Wechselwirkung zueinander. Im Berichtsjahr erschien dazu ein erster Pilotbericht. Die im Pilotbericht erfassten Daten zeigen evidenzbasiert auf, in welchem Ausmass Bildungsziele gemäss der Bildungsstrategie 2020 erreicht wurden. In dieser fundierten Analyse wurden einerseits die Stärken des Bildungssystems aufgezeigt, andererseits aber auch das Verbesserungspotenzial im Hinblick zu den anvisierten Zielen – sowie im internationalen Vergleich – sichtbar gemacht.

Ziel des Bildungsberichtes ist es, ein langfristig angelegtes Bildungsmonitoring aufzubauen. Vor allem im Hinblick auf die zunehmend eigenständige Entwicklung, welche den öffentlichen Schulen im Rahmen der Teilautonomie zusteht, gewinnt das gezielte Monitoring an Bedeutung. Aber auch mit Blick auf die Bildungslaufbahnen in der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung sowie die zunehmende Bedeutung der Individualstatistik soll das Bildungsmonitoring mittels des Bildungsberichts ausgebaut werden.

Liechtensteiner Lehrplan (LiLe)

Die Umsetzung des Liechtensteiner Lehrplans (LiLe) läuft weiterhin auf Hochtouren. Da aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie diverse Weiterbildungen nicht stattfinden konnten, entschied die Regierung im Berichtsjahr, die Einführungsphase um ein Jahr zu verlängern. Damit wird die Umsetzung im Sommer 2024 abgeschlossen. Dabei konnten bereits im Berichtsjahr Weiterbildungen nachgeholt werden. Im Hinblick auf das Unterrichten steht das kompetenzorientierte Lehren sowie das Lernen und Beurteilen im Zentrum der Weiterbildungstätigkeiten von Schulen und Lehrpersonen. Bestehende Lehrmittel wurden auf Lehrplankompatibilität überprüft.

Im Berichtsjahr wurde zudem die Website www.lile.li komplett überarbeitet und bietet nun sowohl Schülerinnen und Schülern wie auch den Eltern eine übersichtliche Darstellung zum Kindergarten- und

Pflichtschulbereich in Liechtenstein. Zudem wurde die Website mit zahlreichen Informationsmaterialien und Merkblättern ergänzt.

ICT-Projekt (Informations- und Kommunikationstechnologie-Projekt) an den Schulen

Der LiLe stellt sicher, dass Kinder und Jugendliche in der Schule ausreichende Informatik- und Medienkompetenzen erwerben, um sich erfolgreich in einer zunehmend digitalisierten Welt bewegen zu können. Das Schul-ICT-Projekt schafft dabei die Grundlagen für den Kompetenzerwerb, indem es allen Schulen moderne IT-Mittel zur Verfügung stellt. Nachdem die nötige Infrastruktur an den Schulen aufgebaut war, wurden alle weiterführenden Schulen mit technischen Geräten ausgestattet. Ausserdem fand der Rollout der Ipad's auf der Primarstufe statt. Im Berichtsjahr konnte das ICT-Projekt, fast ein Jahr früher als geplant, abgeschlossen werden.

Waldkindergarten in Eschen

Im Berichtsjahr nahm in Eschen – auch aufgrund der grossen Nachfrage von Eltern – der Waldkindergarten seinen Betrieb auf. Er wird zunächst eine vierjährige Pilotphase durchlaufen. Das Waldkindergarten-Konzept sieht vor, dass der überwiegende Teil der Unterrichtszeit im Wald stattfindet. Während eines halben respektive ganzen Unterrichtstages oder bei schlechter Witterung wird der Gruppenraum des Kindergartens «Schönbühl» genutzt. Der Waldkindergarten wird als regulärer Bestandteil der Gemeindeschulen Eschen-Nendeln geführt. Der Unterricht erfolgt nach den Inhalten des Liechtensteiner Lehrplans.

Energie- und Klimapioniere

Mit dem Vorhaben «Pioniere für ein nachhaltiges Liechtenstein» werden Kinder und Jugendliche zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz sensibilisiert und dazu motiviert, einen eigenen Beitrag zu leisten. Das Projekt «Energie- und Klimapioniere Liechtenstein» bietet allen Klassen vom Kindergarten bis zum Gymnasium die Möglichkeit, die Themen Klima und Energie stufen- und lehrplangerecht zu behandeln. Im Rahmen dieses Projektes werden junge Menschen ermutigt, ihren Handlungsspielraum zu entdecken, indem sie im Klassenverband Projekte zum Schutz des Klimas und der Umwelt entwickeln und umsetzen. Den Lehrpersonen wird mit dem Projekt direkte Unterstützung geboten, Teilbereiche der Leitidee «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» des neuen Lehrplans LiLe umzusetzen.

next-step Berufs- und Bildungstage 2022

Bereits zum achten Mal wurden am 23./24. September im SAL in Schaan die next-step Berufs- und Bildungstage durchgeführt. Insgesamt waren 56 Aussteller vor Ort. Die regionale Bildungsmesse richtet sich an alle

Bildungsinteressierten. An diesen Bildungstagen erhielten Schülerinnen und Schüler, Maturandinnen und Maturanden, Lernende, Eltern, Lehrpersonen, Erwachsene, Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie Unternehmen einen Überblick über die verschiedenen Bildungswege sowie deren Durchlässigkeit. Die next-step Berufs- und Bildungstage sind zu einem festen Standbein in der liechtensteinischen Bildungslandschaft geworden und werden rege besucht. Zu den Hauptgründen zählen der grosse Überblick über die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten, die verschiedenen Einblicke in die Berufspraxis und der Berufsbilder, die Inspirationen für die berufliche Zukunft, die verschiedenen Informationen über Aus- und Weiterbildungen, die wertvollen Entscheidungsgrundlagen, ein grosses Angebot an Ausstellern an einem Ort und die gute Erreichbarkeit der Messe selber.

Die freien Lehrstellen in Liechtenstein mit Lehrbeginn Sommer 2023 waren ab dem 1. September auf www.next-step.li online abrufbar. Diese Plattform bietet den Web-Besuchern neben dem Abrufen von offenen Lehrstellen eine Vielzahl an Informationen rund um das Thema Bildung an. Des Weiteren befinden sich auf der Webplattform die verschiedenen Bildungsverordnungen sowie detaillierte Angaben zu den einzelnen Lehrberufen.

Onlineberatungen zu Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung bietet seit dem Berichtsjahr neu die Dienstleistung an, einen Beratungstermin per Video wahrzunehmen. Somit kann die Berufs- Studien- und Laufbahnberatung für Personen, denen ein Besuch vor Ort nicht möglich ist oder welche ein Gespräch über Video bevorzugen, ortsunabhängig und virtuell durchgeführt werden. Die bestehenden Beratungsangebote können jedoch auch weiterhin genutzt werden.

Internationale Akademie für Philosophie (IAP)

Die Internationale Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein (IAP) wurde 1986 als staatlich anerkannte liechtensteinische Hochschule gegründet. Nach einer Sistierung des Lehrbetriebes von 2007 bis 2012 erteilte die Regierung 2013 der IAP die provisorische Bewilligung zur Wiederaufnahme des Doktoratsstudiengangs. Der Beschluss war mit der Auflage verbunden, den Studiengang vor einer definitiven Bewilligung extern zu evaluieren. Nach Abschluss dieses Evaluationsprozesses wurde mit Beschluss vom 28. Januar 2020 entschieden, der IAP das Doktoratsrecht nicht zu erteilen und die Bewilligung zur Führung einer Hochschule zu entziehen. Die IAP war befugt, Studierende, die am 31. Dezember 2019 an der IAP immatrikuliert waren, im Rahmen der Regelstudiendauer bis spätestens am 31. Dezember des Berichtsjahrs zum Doktorat zu führen.

Grundlagenforschungsbeiträge

Der Preis des Fürstentums Liechtenstein wird seit 1983 jährlich verliehen und zählt zu den renommiertesten Auszeichnungen für wissenschaftliche Forschung an der Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck. Die diesjährigen Preisträgerinnen und der Preisträger wurden aus insgesamt 29 Eingaben durch die Vergabegremien der beiden Universitäten ausgewählt. Gestützt wurde der Entscheid durch die Gutachten externer Experten, welche die eingereichten Forschungsarbeiten hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Qualität, Bedeutung und Aktualität überprüften. Die Qualität der eingereichten Arbeiten ist auch im Berichtsjahr durchgehend sehr hoch und damit dem Renommee des Preises angemessen. Der mit EUR 14'000 dotierte Preis wurde für das Jahr 2021 an einer feierlichen Veranstaltung in Vaduz zu gleichen Teilen an Egon Demetz von der Medizinischen Universität Innsbruck sowie an Eliza Harris, Monica Lisa Ines Fernandez Quintero und Christian Obermayr von der Universität Innsbruck verliehen.

An den «Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung» wurde wie in den Vorjahren ein Beitrag in Höhe von CHF 250'000 entrichtet. Ein Betrag in derselben Höhe wurde, wie in den Vorjahren auch, an den Schweizerischen Nationalfonds geleistet.

Zudem wurde im Berichtsjahr wie in den vergangenen Jahren ein Preis der Regierung für Nachwuchsforschung an der Universität Liechtenstein in Höhe von insgesamt CHF 10'000 ausgerichtet. Der Preis erging im Berichtsjahr an Valentin Holzwarth für seine Dissertation «Virtualization of Industrial Processes with XR Technologies Digital Support for Manual Work», Bianca Böckle für ihr Projekt «Beyond the Biennale – Diskurse zur kulturellen Wirkung der Internationalen Architektur-Biennale in Venedig» und an Marco Lettenbichler für seine Publikation «Zulässigkeit einer virtuellen Generalversammlung der liechtensteinischen Aktiengesellschaft» in der LJZ Liechtensteinische Juristenzeitung.

Regulierung/Parlamentarische Mittel

Abänderung des Lehrerdienstgesetzes

Im Berichtsjahr wurde der Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Lehrerdienstgesetzes für die zweite Lesung vom Landtag vorbereitet (BuA 2020/93), nachdem der Landtag im Oktober 2020 die Vorlage in erster Lesung behandelt hat. Schwerpunkt der Vorlage waren die Neuregelung betreffend den Einsatz befristeter Dienstverträge und die Lohngleichstellung der Lehrkräfte auf Kindergartenstufe an die Lehrkräfte der Primarstufe. Schliesslich soll die Regierung die Kompetenz erhalten, die Lehrpersonalbeurteilung mittels Verordnung an die Schulleitungen übertragen zu können. Ziel der Regierung war es, durch die 2. Lesung der

Vorlage im Frühjahr 2021 die Neuerungen bereits im Schuljahr 2021/2022 umsetzen zu können. Nachdem im Mai des Berichtsjahres der Landtag in zweiter Lesung entschied, die Vorlage nochmals in erster Lesung zu behandeln, wurde im Berichtsjahr an der Überarbeitung des Berichts und Antrags unter Einbezug von Lehrpersonen und Schulleitern gearbeitet.

Abänderung des Berufsbildungsgesetzes

Die Regierung genehmigte im Berichtsjahr den Bericht und Antrag an den Landtag des Fürstentum Liechtenstein betreffend die Abänderung des Berufsbildungsgesetzes. Im Wesentlichen wurde auf Gesetzesesebene entsprechende Grundlagen geschaffen, damit eine gewisse Verarbeitungstätigkeit von personenbezogenen Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung legitimiert ist. Zudem erfolgte die Aufhebung der bislang vorgesehenen Altersbegrenzung für die Inanspruchnahme der staatlichen Laufbahnberatung. Auch wurden die fachlichen Anforderungen an den Berufsbildner sowie die Gebühren und Kosten aktualisiert. Der Landtag behandelte die Vorlage in erster Lesung. Die Regierung erarbeitete eine Stellungnahme basierend auf den im Rahmen der ersten Lesung aufgebrachten Fragen aus, welche im 1. Halbjahr 2023 im Landtag behandelt werden soll.

Corporate Governance

Dem Bildungsministerium sind folgende öffentliche Unternehmen zugeordnet: Universität Liechtenstein, Liechtensteinische Musikschule, Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA), Stiftung «Erwachsenenbildung Liechtenstein», Stiftung «Kunstschule Liechtenstein». Im Berichtsjahr fanden jeweils zwei bis vier Corporate Governance Gespräche zwischen dem Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport und den jeweiligen öffentlichen Unternehmen statt.

In ihrer Sitzung vom 8. März hat die Regierung das bisherige Verwaltungsratsmitglied Ingrid Frommelt aus Vaduz für eine zweite Mandatsperiode der Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten AIBA bestätigt.

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 12. April Sebastian Frommelt aus Schaan als neues Stiftungsratsmitglied der Kunstschule Liechtenstein für die Mandatsperiode 2022 bis 2026 bestellt.

Anlässlich der Regierungssitzung vom 7. Juni wurde Miriam Calörtscher für vier weitere Jahre als Stiftungsrätin der Stiftung «Erwachsenenbildung Liechtenstein» erneut bestellt. Aufgrund der plötzlichen Demission der bisherigen Präsidentin Judith Oehri hat die Regierung an ihrer Sitzung vom 30. August Miriam Calörtscher als Präsidentin des Stiftungsrates der Stiftung «Erwachsenenbildung Liechtenstein» bis 18. Juni 2026 bestellt. An ihrer Sitzung vom 18. Oktober hat die Regierung Martin Schädler aus Triesenberg als neues Mitglied in den Stiftungsrat bestellt.

Bei der Universität wurde im Mai des Berichtsjahres der bisherige Vize-Präsident Markus Kaiser aus Gamprin für eine zweite Amtszeit bestätigt. Im Juli hat die Regierung die Wiederbestellung von Brigitte Vogt aus Schaan als Universitätsrätin beschlossen sowie die Demission von Universitätsrätin Monika Pfaffinger zur Kenntnis genommen. Hans-Werner Gassner aus Balzers wurde im September als neues Mitglied in den Universitätsrat bestellt. Im Oktober wurden die Mitglieder Verena Konrad aus Dornbirn und Rudolf Minsch aus Klosters für eine zweite Mandatsperiode bestellt, im Dezember wurde Isabelle Oehri aus Zürich in den Universitätsrat gewählt. Universitätsratspräsident Klaus Tschüscher stellte im Dezember sein Amt zur Verfügung, woraufhin umgehend die Ausschreibung der Position veranlasst wurde. Das Verfahren zur Bestellung eines neuen Universitätsratspräsidenten soll im ersten Quartal 2023 abgeschlossen werden.

Sport

«Sport- und Bewegungsverhalten in Liechtenstein», «Sport- und Bewegungsverhalten von Jugendlichen in Liechtenstein» und «Einfluss von Covid-19 auf das Sport- und Bewegungsverhalten»

Ende 2020 beauftragte die Regierung auf Antrag des Sportrats das Liechtenstein-Institut im Rahmen der Neuauflage des Indikatorensystems «Sportmonitoring Liechtenstein» eine Bevölkerungsbefragung zum «Sport- und Bewegungsverhalten in Liechtenstein» durchzuführen, wobei eine zusätzliche Auswertung zum «Sport- und Bewegungsverhalten von Jugendlichen in Liechtenstein» vorgenommen werden sollte. Beide Studien können mit einer sehr hohen Umfragebeteiligung aufwarten, was ihnen eine hohe Repräsentativität attestiert. Laut der Studien gehört die liechtensteinische Bevölkerung im europäischen Vergleich zu den Staaten mit der höchsten Sportaktivität. Sport wird in Liechtenstein vor allem zur Förderung der Gesundheit ausgeübt, wobei besonders Ausdauersportarten in der freien Natur beliebt sind.

Bei Kindern und Jugendlichen nimmt die Sportaktivität mit zunehmendem Alter ab. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die keine Sportaktivitäten betreibt ist gering, aber im Vergleich mit den Erhebungen von 2015 leicht ansteigend. Die Mitgliedschaft in Sportvereinen ist bei Kindern und Jugendlichen beliebt.

Aus aktuellem Anlass wurde auch der Einfluss der Covid-19-Pandemie auf das Sport- und Bewegungsverhalten abgefragt. Die Resultate sind ambivalent. Ein eigentlicher Covid-19-Effekt konnte aber nicht nachgewiesen werden. Gewisse Personen trieben mehr Sport, einige weniger oder andere Sportarten.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass Liechtenstein eine Sportnation ist, Sport einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert hat und Liechtenstein über eine gute Sportinfrastruktur verfügt. Der Naturraum ist

dabei der wichtigste Sportort. Es gibt eine Vielzahl von organisierten und nicht-organisierten Sport- und Bewegungsangeboten und der Anteil an Sportvereinsmitgliedern ist hoch. Die Umfragen zeigen auch, dass die Bevölkerung mit der Sportpolitik zufrieden ist.

«Sportmonitoring Liechtenstein 2021», «Sportinfrastruktur in Liechtenstein» und «Fahrradnutzung in Liechtenstein»

Die Neuauflage des «Sportmonitorings Liechtenstein 2021» welches an die erstmals im Jahr 2015 erstellte Analyse der Sportlandschaft Liechtensteins in Form eines Indikatorensystems anschliesst sowie die beiden Sonderauswertungen zu den Themen «Sportinfrastruktur in Liechtenstein» und «Fahrradnutzung in Liechtenstein» vervollständigen die Datenlage im Bereich des Sports in Liechtenstein.

Das Sportmonitoring beinhaltet die Sammlung, Erhebung, Analyse und Publikation von Daten zu den zentralen Aspekten von Sport und Bewegung in Liechtenstein. Das Sportmonitoring Liechtenstein bietet somit ein Analyseinstrument, um relevante Entwicklungen in der Sportlandschaft Liechtenstein rasch zu erkennen, zu dokumentieren und mit Blick auf die politische Zielsetzung zu überprüfen. Es ist auch ein Strategieinstrument, welches Handlungsbedarf ermittelt und strategische Planung ermöglicht. Es gliedert sich in die vier Themenbereiche «Volks Gesundheit und Lebensqualität», «Bildung», «Integration, Kultur und Nachhaltigkeit» sowie «Spitzensport, Wirtschaft und Image». Es enthält insgesamt 40 Indikatoren, die diesen Themenbereichen zugeordnet sind.

17 der 40 Indikatoren werden positiv bewertet. Hervorzuheben ist dabei insbesondere das hohe Niveau der Sport- und Bewegungsaktivität Liechtensteins. Dies ergibt sich aus der Gesundheitsbefragung und wurde mit der Sportumfrage 2021 nochmals bestätigt. Positiv ist in diesem Zusammenhang auch, dass es zwischen den soziodemografischen Merkmalen kaum Unterschiede hinsichtlich des Umfangs der Sport- und Bewegungsaktivität gibt. Ebenfalls positiv hervorzuheben sind die Vielzahl der Bewegungsangebote sowie die hohe Dichte an Sportstätten und deren positive Bewertung durch die Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins. Auch im Bereich Bildung werden diverse Indikatoren positiv bewertet, wenngleich die Covid-19-Pandemie eine Bewertung erschwerte. So erfreuten sich z. B. die Schulsportmeisterschaften vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie einer hohen Beliebtheit. In den Jahren 2020 und 2021 konnten dann aber kaum mehr entsprechende Anlässe stattfinden. Noch lässt sich nicht abschätzen, ob die Schulsportmeisterschaften künftig wieder auf dasselbe Interesse stossen werden. Vereinzelt deuten sich aber auch positive Effekte der Covid-19-Pandemie an. So nutzen mehr Schülerinnen und Schüler das Fahrrad für den Schulweg. Mit Blick auf die erwachsene Bevölkerung liegen bezüglich der Fahrradnutzung noch

keine Zahlen zum Vergleich mit der Zeit vor der Covid-19-Pandemie vor. Es ist aber davon auszugehen, dass auch hier die Nutzung gestiegen ist.

15 von 40 Indikatoren werden weder positiv noch negativ bewertet. Viele Kennzahlen waren in den vergangenen Jahren stabil. Als Beispiele sind hier die angebotenen Kurse der Kaderausbildung Jugend+Sport, die Anzahl Schülerinnen und Schüler an der Sportschule oder die staatlichen Ausgaben für den Sport zu nennen. Ebenso zeigten sich bei der Jugendbefragung teils nur sehr geringe Unterschiede zwischen den Ergebnissen von 2015 und 2021.

Fünf von 40 Indikatoren werden negativ bewertet. Hierzu zählt die körperliche Aktivität der Jugendlichen, wonach weniger als 10 Prozent – und damit deutlich weniger als noch 2015 – die Bewegungsempfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von täglich 60 Minuten körperlicher Aktivität erfüllen. Ebenso negativ bewertet wird die Entwicklung der Mitgliederzahlen von Sportverbänden. Zwar verfügt Liechtenstein über eine sehr hohe Mitgliedschaftsquote in Sportvereinen, die Anzahl der Sportvereinsmitglieder ist aber rückläufig. Erschwerend kommt hier die schlechte Datenqualität zur Anzahl Sportvereine und deren Mitgliedern hinzu. Negativ bewertet werden auch die Unterrepräsentation von Frauen in Führungsfunktionen von Sportverbänden sowie die geringe Nutzung des Fahrrads für den Arbeitsweg.

Für drei Indikatoren wird keine Bewertung vorgenommen.

Die Gesamtschau aus den einzelnen Indikatoren ist jedoch zweifelsohne positiv. Liechtenstein kann mit gutem Grund als wahre Sportnation bezeichnet werden.

Verbandsorganisierte Sportförderung

Die verbandsorganisierte Breiten- und Leistungssportförderung in Liechtenstein hat aufgrund der Revision des Sportgesetzes im Jahr 2018 und der damit verbundenen Auslagerung von Aufgaben an das Liechtenstein Olympic Committee (LOC) ab dem Jahr 2029 einen grossen Entwicklungsschub erfahren. Die Regierung ist deshalb der Ansicht, dass sich diese Auslagerung von Staatsaufgaben an eine private Organisation, das LOC, bewährt hat und als Erfolgsmodell angesehen werden kann. Sowohl die Auslagerung als auch die anschliessende Umsetzung funktionierten sehr gut.

Das LOC hat im Verlauf der letzten drei Jahre seine Angebote und seine Leistungen stetig ausgebaut und verfolgte dadurch konsequent seine Vision «Sportland Liechtenstein: gesund, erfolgreich, nachhaltig». Wichtige Handlungsfelder wie der Kampf gegen die Spielmanipulation und den Wettbetrug, der Schutz der Gesundheit sowie das Wohlergehen der Sportlerinnen und Sportler, Ethik im Sport und die von der Bevölkerung erwartete Glaubwürdigkeit des Sports konnten bislang jedoch aufgrund von fehlenden Ressourcen nicht den heutigen internationalen Standards entsprechend bearbeitet werden.

Für die Weiterentwicklung des Sports – vor allem in Sachen Verbandsförderung im Breiten- und Leistungssport, Professionalisierung des Umfeldes für Athletinnen und Athleten und Erweiterungen des Leistungskatalogs im Einsatz für glaubwürdigen Sport – wurden die finanziellen Mittel folglich um CHF 1.24 Mio. erhöht. Die Regierung beantragte beim Landtag gesamthaft eine Erhöhung der Mittel für die verbandsorganisierte Breiten- und Leistungssportförderung für die Jahre 2023 bis 2026 auf jährlich CHF 3.03 Mio. Dem Antrag der Regierung hat der Landtag im Oktober stattgegeben.

Künftig sollen zudem die besten Athletinnen und Athleten Liechtensteins eine Anstellung beim LOC erhalten können. Viele Staaten bieten ihren besten Leistungssportlerinnen und -sportlern eine Anstellung im öffentlichen Dienst, um die Konzentration auf Training sowie Wettkampf, und damit die internationale Konkurrenzfähigkeit sowie ein Mindestmass an sozialer und finanzieller Sicherheit zu gewährleisten. In Liechtenstein bestand diese Möglichkeit bislang nicht, obwohl dies für viele Athletinnen und Athleten ein entscheidendes Kriterium ist, um eine sportliche Karriere langfristig und professionell zu verfolgen. Daher wurden die Grundlagen geschaffen, dass künftig eine begrenzte Anzahl von Top-Athletinnen und -Athleten durch das LOC angestellt werden können. Diese Anstellung beinhaltet neben einem existenzsichernden Mindestgehalt insbesondere einen hinreichenden Sozialversicherungsschutz, wobei die angestellten Athletinnen und Athleten ihre Arbeitszeit grossmehrheitlich für Training und Wettkampf einsetzen können.

50 Jahre Jugend+Sport

Das Sportförderprogramm Jugend+Sport (J+S) feierte im Jahr 2022 sein 50-jähriges Bestehen. Tausende von Kindern werden allein in Liechtenstein jährlich über das J+S Programm für Sport und Bewegung animiert. Das Herzstück von J+S sind die ausgebildeten Leiterinnen und Leiter, die eine entsprechende Qualität in den Sportangeboten sicherstellen. Falls die vorgegebenen Kriterien von J+S erfüllt sind, erhalten die J+S Organisationen für ihre regelmässigen Trainings und Lager Subventionen. Liechtenstein ist ein Teil dieses einzigartigen Programms und feierte zusammen mit der Schweiz das 50-jährige Jubiläum.

Die Stabsstelle für Sport organisierte am 17. September eine grosse Jubiläumsveranstaltung. Gut 100 geladene Gäste bestehend aus Kindern, Ehrengästen und langjährigen Leiterpersonen durften einen spannenden Abend beim Spoerry Areal in Vaduz unter dem Beisein des Direktors des Bundesamts für Sport der Schweiz und Sportministerin Dominique Hasler erleben.

Olympische Spiele in Peking

Die Olympischen Winterspiele wurden vom 4. Februar bis zum 20. Februar und die Paralympischen Spiele vom 4. bis 13. März 2022 in Peking, China ausgetragen.

Liechtenstein wurde dabei von Langläuferin Nina Riedener, Paraskifahrerin Sarah Hundert und Skifahrer Marco Pfiffner würdig vertreten. Die nächsten Olympischen und Paralympischen Spiele finden 2026 in Milano-Cortina statt.

Olympic Day

Jedes Jahr beteiligen sich weltweit mehr als 130 Länder am Olympic Day. An diesem speziellen Tag sollen Millionen Kinder die olympischen Werte Leistung, Freundschaft und Respekt im Rahmen des Gründungstags des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) feiern. Getreu dem internationalen Olympic Day Motto «Move, Learn, Discover» (Bewegen, Lernen, Entdecken) konnten Schülerinnen und Schüler der 3., 4. und 5. Klassen der Primarschulen insgesamt 32 Sportstationen verteilt über ganz Liechtenstein besuchen. Jede teilnehmende Klasse konnte dabei selbst auswählen, welche Sportart sie entdecken wollte. Im Berichtsjahr besuchten mehr als 900 Schülerinnen und Schüler am Olympic Day die verschiedenen Sport-Stationen der Liechtensteinischen Sportverbände. Die meisten der 114 Ehrenamtlichen, die zur Durchführung essentiell waren, nahmen für die Betreuung der 32 Stationen mit 96 Sporteinheiten extra für den Anlass einen Tag frei.

Sport- und Gesundheitskonferenz

Das Amt für Gesundheit und die Stabsstelle für Sport führten zusammen mit den Vertretern der jeweiligen Kommissionen der Gemeinden am Mittwoch, 16. November die dritte Sport- und Gesundheitskonferenz im Technopark Vaduz durch.

In diesem Jahr stand die Konferenz unter dem Titel «Sport – mehr als eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung». Für das gemeinsame Sportverständnis präsentierte Christian Frommelt – Leiter des Liechtenstein Instituts – spannende Einblicke in das aktuelle Sportmonitoring Liechtenstein. Anschliessend konnten Projekte aus den Gemeinden, Angebote eines Bewegungscoach, die Ausbildung zum Sportkoordinator und die Fahrradnutzung in Liechtenstein mit verschiedenen Referenten und Fachpersonen in Kleingruppen vertieft werden.

Neubestellung des Sportrats

Die Regierung hat im November den Sportrat neu bestellt. Mit Beginn der neuen Mandatsperiode im Jahr 2023 wird eine Staffelung der Mandatsdauern für die Mitglieder eingeführt. So werden zur Sicherung der Qualität und des Know-how Transfers zwei Mitglieder für jeweils zwei Jahre und drei Mitglieder für jeweils vier Jahre bestellt.

Der Sportrat setzt sich aus der Vorsitzenden Biggi Beck-Blum aus Triesenberg und den Mitgliedern Martina Augsburgberger aus Triesen, Hans Lichtsteiner aus Zofingen – für jeweils vier Jahre – sowie Hansjörg Lingg aus Schaan und Georges Lüchinger aus Ruggell – für jeweils zwei Jahre – zusammen.

Ausrichtung einer Förderung für den Neubau einer Kletterhalle

Der Liechtensteiner Alpenverein (LAV), einer der grössten Vereine in Liechtenstein, beantragte eine Subvention von 80% der subventionsberechtigten Investitionskosten für den Neubau einer «Kletterhalle Liechtenstein». Die Regierung anerkannte das gemäss Subventionsgesetz notwendige landesweite Interesse des Projekts und prüfte die Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Zweckmässigkeit des Bauvorhabens sowie die weiteren Förderungsvoraussetzungen nach der Sportstättenförderungsverordnung (SSFV) und kam zum Schluss, dass diese erfüllt sind.

Für die Kletterhalle wurden Anlagekosten in Höhe von CHF 6.23 Mio. ermittelt. Die vom Landtag genehmigte Landessubvention entspricht 80% dieser Anlagekosten und somit CHF 4.984 Mio. Die restlichen 20% somit CHF 1.246 Mio., werden gemäss SSFV durch Finanzmittel des LAV finanziert.

Erste Sportbox Liechtensteins

Die Gemeinde Vaduz konnte gemeinsam mit der Stabsstelle für Sport das Projekt Sportbox Liechtenstein realisieren. Die Sportbox ist eine innovative Lösung, die eine Sportfläche mit fehlendem Kleinmaterial erweitert. Beim Rheinpark Stadion Vaduz, nahe Street Workout Anlage, steht mit der Sportbox kostenloses Leihmaterial für Spiel- und Sportaktivitäten zur Verfügung. Nach erfolgter Registrierung per App lässt sich die Sportbox unkompliziert zu den gewünschten Trainingszeiten öffnen. Ist das Training absolviert, legt der Anwender die Gegenstände wieder in die Sportbox zurück und schliesst die Tür. Die Buchung ist somit abgeschlossen. Der Zugang und die Kontrolle erfolgen elektronisch und werden extern durch den Anbieter gewährleistet. Ein speziell entwickeltes Sicherheitssystem schützt den Innenraum und das Equipment ausserdem vor Diebstahl und Vandalismus. Die Sportbox ermöglicht eine zeitlich flexible Nutzung von niederschweligen Sportmöglichkeiten und bereichert den Treffpunkt rund um das Rheinparkstadion.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter Dr. Martin Frick

Zu den Hauptaufgaben des Amtes gehörten im Berichtsjahr wiederum die Koordination und Ausrichtung der Aussenpolitik sowie die Vorbereitung von Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug, die Pflege und Vertiefung bilateraler Beziehungen und die Vertretung Liechtensteins in internationalen Gremien und an Konferenzen.

Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen geopolitischen Auswirkungen prägten seit dem 24. Februar 2022 die aussenpolitische Arbeit fundamental. Der Krieg in der Ukraine wurde zum bestimmenden Thema in der Aussenpolitik. Die russische Aggression führte auf verschiedenen Ebenen zu einem vertieften Austausch mit befreundeten Staaten sowie der Ukraine selbst. Als koordinierende Stelle war das Amt massgeblich in den autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen gegen Russland involviert. Zudem war das Amt für die humanitäre Unterstützung der Ukraine und deren Nachbarstaaten verantwortlich. Das Amt bereitete federführend einen entsprechenden Nachtragskredit über CHF 1.8 Mio. vor. Mit der klaren Verurteilung des russischen Aggressionskrieges, dem raschen Nachvollzug der EU-Sanktionen, der humanitären Unterstützung sowie dem Engagement für die Respektierung des Völkerrechts und für strafrechtliche Verantwortlichkeit konnte Liechtenstein sein Profil als glaubwürdiger und solidarischer Akteur weiter stärken.

Einen Schwerpunkt bildete wiederum die bilaterale Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Schweiz, Österreich und Deutschland. Regierungsrätin Dominique Hasler war im Berichtsjahr Gastgeberin des Aussenministertreffens der deutschsprachigen Länder. Wie bei allen anderen Treffen mit nahen Partnerstaaten stand der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die Diskussionen zu einer geeinten Antwort auf die russische Aggression im Zentrum der Gespräche. Die Kontakte mit der EU, den EU-Mitgliedstaaten sowie mit den USA wurden durch die gemeinsamen Herausforderungen noch intensiver als üblich gepflegt. Ein wesentliches Thema in der bilateralen Zusammenarbeit war zudem die Koordination und Betreuung der Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik. Ausserdem fanden im Berichtsjahr erstmals seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie wieder Besuche der liechtensteinischen Honorarkonsulinnen und -konsuln (zuletzt 2018) und von US-Kongressmitarbeitenden (zuletzt 2019) in Liechtenstein statt.

In der Aussenwirtschafts- und Finanzpolitik wurde im Berichtsjahr die sechste Überprüfung der Handelspolitik der Schweiz und Liechtenstein durch die Welthandelsorganisation (WTO) erfolgreich abgeschlossen. Das Amt beteiligte sich aktiv an Arbeiten innerhalb der EFTA im Nachhaltigkeitsbereich und nahm an virtuellen Verhandlungen teil. Im Bereich der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) unterstützte das Amt wie in den Vorjahren die zuständige Stelle bei der Aufgleisung von DBA-Verhandlungen und bereitete zudem die Unterzeichnung des DBA mit Rumänien vor. Der Bereich Korruptionsbekämpfung stand im Zeichen der vierten Evaluationsrunde von Liechtenstein durch die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO). Das Amt koordinierte die Berichterstattung und die innerstaatliche Umsetzung. Ferner nahm das Amt an mehreren Expertengremien im Bereich der internationalen Korruptionsbekämpfung teil. Auch war das Amt aktiv in die Arbeiten betreffend

die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eingebunden und ist Teil der Verhandlungsdelegation.

Der Bereich Menschenrechte befasste sich im Berichtsjahr erneut mit mehreren Berichterstattungen an internationale Gremien. So reichte Liechtenstein im November den ersten Staatenbericht zur Umsetzung des Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ein, den das Amt koordinierte. Ebenfalls begannen die Arbeiten zum sechsten Länderbericht für den UNO-Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). Der dritte und vierte Länderbericht zur UNO-Kinderrechtskonvention wurde im November eingereicht. Im Rahmen der Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention koordinierte das Amt die Ausarbeitung des Vernehmlassungsberichts zu den zwingend erforderlichen Gesetzesanpassungen. Des Weiteren nahm das Amt an zahlreichen Konferenzen und Expertentreffen teil.

Im Bereich der Not- und Wiederaufbauhilfe lag – neben der Unterstützung der Ukraine und deren Nachbarländer – ein besonderer Fokus auf vergessenen Krisen wie den Hungersnöten in Jemen, Madagaskar oder dem Südsudan. In der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurde ein thematischer Fokus auf die Förderung der Menschenrechte und die Sicherstellung von Verantwortlichkeiten für schwerste Verbrechen gelegt. In der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe konnte die erste Phase des Sprachlernprogramms für Flüchtlinge in der Türkei – das u. a. zusammen mit dem Verein «Liechtenstein Languages» durchgeführt wird – erfolgreich abgeschlossen werden. Durch Projektreisen von Regierungsrätin Dominique Hasler nach Tansania, in die Republik Moldau und in die Republik Kosovo konnte die Visibilität der internationalen Solidarität Liechtensteins im Berichtsjahr deutlich gestärkt werden. Der Anteil von Ausgaben für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit am BNE (Official Development Assistance, ODA) betrug 2020 wie bereits im Vorjahr 0.41 %.

Im Bereich Sicherheit und Verbrechensbekämpfung nahm die koordinierende Rolle des Amtes beim autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen gegen Russland eine zentrale Rolle im Tagesgeschäft ein. Weiter leitete das Amt die Delegation zu den zwischenstaatlichen Verhandlungen zur Ausarbeitung einer UNO-Konvention gegen Cyberkriminalität. Auch die Mitarbeit bei der fünften Länderprüfung durch das Europarat-Gremium MONEYVAL ist hervorzuheben.

Im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung trat das Amt wiederum die liechtensteinischen Interessen in der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP). Die Teilnahme an der UNO-Klimakonferenz in Sharm el-Sheikh (COP27) bildete einen Schwerpunkt der Arbeiten in der Umweltaussenpolitik.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hielten Mitarbeitende des Amtes verschiedene Vorträge zur liechten-

steinischen Aussenpolitik. Das Twitter-Konto @MFA_LI wuchs erneut und zählt nun rund 8'300 Follower (+18% im Vergleich zum Vorjahr).

Bilaterale Zusammenarbeit

Eine Schwerpunktaufgabe des Amtes war wiederum die Pflege der bilateralen Zusammenarbeit mit den Staaten in der Nachbarschaft, sprich Schweiz, Österreich und Deutschland. Einen Höhepunkt bildete dabei das Treffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister am 8. April in Liechtenstein.

Insbesondere mit der Schweiz fand ein beträchtlicher Teil der bilateralen Kontaktpflege auch auf Verwaltungsebene statt. So wurden Gespräche zu verschiedensten Themen geführt, so z.B. zur Umsetzung der Vereinbarungen im Bereich Landwirtschaft oder zum geplanten Abkommen zur fürsorglichen Unterbringung. Bei den genannten Prozessen war das Amt federführend tätig. Zusätzlich war das Amt bei einer Reihe von bilateralen Themen mit der Schweiz, die von anderen Ämtern betreut werden, in unterstützender Funktion eingebunden. Auch in Bezug auf bilaterale Themen mit Österreich nahm das Amt an laufenden Gesprächen teil.

Die Verhandlungen zu einem Sozialversicherungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich – es handelt sich um den letzten noch ausstehenden Bereich, bei dem eine Neuregelung aufgrund des Brexit notwendig war – konnten im Berichtsjahr ebenfalls weitergeführt werden und stehen zum Ende des Berichtsjahres kurz vor Abschluss.

Als Folge des völkerrechtswidrigen russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine und aufgrund des vielfältigen Engagements Liechtensteins zur Unterstützung der Ukraine fanden zahlreiche Kontakte auf Ministerebene statt, an denen das Amt beteiligt war. Ein verstärkter Austausch auf politischer Ebene fand insbesondere mit der Ukraine und mit Staaten in der näheren oder weiteren Nachbarschaft der Ukraine (Republik Moldau, baltische Staaten) statt. Vor dem Hintergrund des Aggressionskrieges wurde der Austausch auch mit befreundeten Staaten auf allen Ebenen intensiviert. So fand u. a. am 16. November ein Treffen mit US-Vizeausserministerin Wendy Sherman statt.

Wie im Vorjahr bildete einen weiteren Schwerpunkt in der bilateralen Zusammenarbeit die Koordination und Betreuung der liechtensteinischen Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik. Hervorzuheben ist zudem das Treffen von Regierungsrätin Dominique Hasler mit ihrem tschechischen Amtskollegen in Prag am 19. Mai.

Erstmals seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie konnte im Berichtsjahr der traditionelle Besuch von leitenden US-Kongressmitarbeitenden in Liechtenstein wieder durchgeführt werden.

Auch die Pflege der Beziehungen zu weiteren Staaten war Teil der Arbeiten des Amtes im Berichtsjahr. Das

Amt war zuständig für die inhaltliche Vorbereitung von zahlreichen bilateralen Gesprächen, welche physisch, per Telefon/Videokonferenz oder am Rande von multilateralen Konferenzen stattfanden. Die bilateralen Kontakte wurden gezielt dazu genutzt, um liechtensteinische Anliegen und Positionen zu deponieren und für die Unterstützung liechtensteinischer Initiativen zu werben. Im Rahmen der Kontaktpflege zu den in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschaftern organisierte das Amt den jährlich stattfindenden Botschafterinformationstag. Er fokussierte sich im Berichtsjahr auf den Industrie- und Wirtschaftsstandort.

Die zwölf für Liechtenstein tätigen Honorarkonsulinnen und Honorarkonsuln in Deutschland, den USA, dem Vereinigten Königreich, Tschechien, Singapur und Hongkong wurden zum ersten Mal seit 2018 wieder nach Liechtenstein eingeladen.

Konsularische Angelegenheiten

Das Amt betreute auch in diesem Berichtsjahr diverse konsularische Fälle in Situationen wie Spitalaufenthalt im Ausland, Rückkehrhilfe etc. Dabei konnte wie üblich auf die bewährte Zusammenarbeit mit der Schweiz zurückgegriffen werden.

Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren waren Reisebeschränkungen im Berichtsjahr kein dominierendes Thema in der konsularischen Arbeit des Amtes mehr. Einerseits waren die Bürgerinnen und Bürger über bestehende Einreisebeschränkungen in anderen Staaten meist ausreichend informiert, andererseits haben viele Staaten ihre Einreisebeschränkungen aufgehoben. Dennoch gab es Fälle von Reisenden in aussereuropäischen Ländern, die von Reisebeschränkungen betroffen waren. Hier konnte nach mehrmaligen Interventionen eine Angleichung an andere europäische Staaten erreicht werden.

Europäische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit verläuft einerseits über die vom EWR-Abkommen vorgegebenen Gefässe wie dem halbjährlich in Brüssel stattfindenden EWR-Rat sowie andererseits über eine darüberhinausgehende Pflege von Kontakten. Im Berichtsjahr fanden je ein Treffen von Regierungsrätin Dominique Hasler mit dem Hohen Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell sowie mit Kommissions-Vizepräsident Maroš Šefčovič statt. Der etablierte Austausch auf Aussenministerebene mit der jeweiligen EU-Präsidentschaft – im Berichtsjahr waren dies Frankreich und Tschechien – konnte nur mit Tschechien durchgeführt werden. Mit der österreichischen Bundesministerin für EU und Verfassung fand im September ein Treffen statt.

Auch in diesem Berichtsjahr trug Liechtenstein die Sanktionspolitik der EU mit. Liechtenstein war damit Teil der geeinten europäischen Antwort auf die russische Aggression in der Ukraine. Ausserdem leistete Liechtenstein

im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus einen Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit innerhalb Europas. Im Berichtsjahr starteten die Verhandlungen der EWR/EFTA-Staaten mit der EU über die nächste Finanzierungsperiode des Finanzierungsmechanismus.

Aussenwirtschafts- und Finanzpolitik

Im Berichtsjahr wurde die sechste Überprüfung der Handelspolitik der Schweiz und Liechtensteins durch die Welthandelsorganisation (WTO) erfolgreich abgeschlossen. Das Amt beteiligte sich zudem aktiv an den Arbeiten der EFTA in Bezug auf die Nachhaltigkeit und nahm an virtuellen internen Besprechungen der EFTA-Staaten und an Freihandelsverhandlungen teil.

Im Bereich der internationalen Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung stand im Berichtsjahr die vierte Evaluationsrunde von Liechtenstein durch die Staaten-Gruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) im Mittelpunkt. Das Amt hat den Vorsitz in der verwaltungs-internen Arbeitsgruppe Korruptionsprävention inne, leitet die liechtensteinische Delegation bei GRECO und koordiniert die Berichterstattung sowie die innerstaatliche Umsetzung der Empfehlungen von GRECO. Im Zuge der vierten GRECO-Evaluationsrunde ergingen 16 Empfehlungen betreffend Korruptionsprävention an Abgeordnete, Richter und Staatsanwälte. Im März berichtete Liechtenstein über den Umsetzungsstand der Empfehlungen. Im Anschluss daran wurde im Juni der erste Umsetzungsbericht durch GRECO verabschiedet, wonach der Umsetzungsstand als gesamthaft zufriedenstellend erachtet wurde. Als Folge dessen ist der nächste Situationsbericht bereits im Juni 2023 fällig. Ausserdem fungierte Liechtenstein, vertreten durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, in der vierten Evaluationsrunde von Österreich gemeinsam mit Polen als Berichtersteller.

Das Amt bereitete die Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit Rumänien vor, welche am 10. November in Bern erfolgte. Damit das DBA in Kraft treten kann, ist zunächst noch die Ratifikation durch beide Staaten erforderlich. Das Amt unterstützte zudem die zuständigen Stellen aktiv bei der Aufgleisung von möglichen DBA-Verhandlungen mit weiteren Staaten und nahm Einsitz in die Arbeitsgruppe DBA.

Auch war das Amt aktiv an der Ausarbeitung des Berichts und Antrags der Regierung betreffend die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beteiligt und ist Teil der Verhandlungsdelegation.

Weiter bereitete das Amt Hintergrundinformationen und Gesprächspunkte zu Liechtensteins Positionierung in der Aussenwirtschafts- und Finanzplatzpolitik für diverse politische Treffen auf bilateraler und multilateraler Ebene vor. Ziel dieser Gespräche war es, die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen als festen Bestandteil der aussenpolitischen Aktivitäten zu etablieren.

Im Berichtsjahr vertrat das Amt Liechtenstein im Gremium der Geberländer des OECD-Antikorruptionsnetzwerks für Osteuropa und Zentralasien sowie des International Center for Asset Recovery (ICAR).

Menschenrechte

Die Erarbeitung von Berichten an internationale Gremien, die Beobachtung und Beurteilung der Menschenrechtslage sowie das Eintreten für den Schutz der Menschenrechte auf internationaler Ebene an Vertragsstaatenkonferenzen internationaler Menschenrechtsübereinkommen und an weiteren Konferenzen gehörten im Berichtsjahr zu den Hauptaufgaben in diesem Bereich. In internationalen Organisationen – insbesondere im Europarat – war das Amt zudem in Expertenausschüssen aktiv. Weiter verfolgte das Amt aktuelle Entwicklungen im Menschenrechtsbereich und bereitete die Ratifizierung von neuen Abkommen vor.

Nach Inkrafttreten des Europarat-Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) am 1. Oktober 2021 begann der erste Überprüfungszyklus im Frühjahr des Berichtsjahres. Gestützt auf einen umfassenden Fragebogen koordinierte das Amt die Erstellung des ersten Staatenberichts, welcher im Oktober eingereicht wurde.

Weiter wurde im Berichtsjahr auch der Ratifikationsprozess des Übereinkommens der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorangetrieben. Das Amt koordinierte die Ausarbeitung eines Vernehmlassungsberichts betreffend die für die Ratifikation zwingenden Gesetzesanpassungen. Die Vernehmlassungsfrist endete am 6. Dezember.

Im November erhielt Liechtenstein die Liste der Themen und Fragen des UNO-Ausschusses für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). Liechtenstein ist angehalten, die Fragen im Rahmen seines sechsten Länderberichts innerhalb eines Jahres zu beantworten. Am 11. November reichte Liechtenstein seinen dritten und vierten Länderbericht über die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention ein. Die UNO-Menschenrechtsabkommen sehen vor, dass Expertenausschüsse die staatliche Umsetzung überprüfen. Zu diesem Zweck müssen die Vertragsstaaten den zuständigen Ausschüssen regelmässig Bericht erstatten, indem sie über die Massnahmen informieren, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen getroffen haben.

Am NGO-Dialog im November hatten Vertreter und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen Gelegenheit, sich über die Umsetzung der Empfehlungen aus der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrats zu Liechtenstein aus dem Jahr 2018 auszutauschen. Die Rückmeldungen der Zivilgesellschaft zum Erreichten sowie auch zu

bestehenden Herausforderungen wurden dem vierten liechtensteinischen UPR-Bericht in einem Anhang beigefügt. Nach Einreichung des Berichts Anfang 2023 wird dieser im Mai 2023 an der UNO in Genf vorgestellt.

Die «Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen» wurde im Berichtsjahr neu strukturiert. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten beteiligt sich aktiv an den Arbeiten dieser Fachgruppe. Die Gruppe fokussiert sich u. a. auf die Umsetzung der landesspezifischen Erfordernisse der Lanzarote-Konvention zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch.

Im Juni veröffentlichte das Amt die zwölfte Ausgabe des jährlichen Statusberichts zur Situation der Menschenrechte in Liechtenstein, der in Papierform und digital verteilt wurde.

Auch in diesem Berichtsjahr zeigte sich das Amt wiederum für die Organisation des Holocaust Gedenktages verantwortlich. Der Gedenktag war dem Umgang mit zeitgenössischen Manifestationen des Antisemitismus gewidmet und ging der Frage nach, wie künftig die Verbreitung antisemitischer Tendenzen eingedämmt werden kann.

Wie bereits im Vorjahr nahmen am 16. Dezember Vertretende des Amtes an einem Wahlpflichtkurs des Liechtensteinischen Gymnasiums teil, um den Schülerinnen und Schülern Einblicke in die Aussen- und Menschenrechtspolitik zu gewähren.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Das Amt koordinierte auch im Berichtsjahr die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) beinhaltet die Koordinierung auch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Im Mittelpunkt der Arbeiten standen insbesondere die Folgen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine. In diesem Zusammenhang gewährte der Landtag einen Nachtragskredit für die IHZE in Höhe von CHF 1.8 Mio. Dieser wurde zur Leistung von Nothilfe in der Ukraine, zur Unterstützung von Flüchtlingen in den Nachbarstaaten sowie für Projekte zur Sicherung von Beweisen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt.

Das Amt war in den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern, für die Vorbereitung und Auszahlung von Projektbeiträgen sowie für das Monitoring und die Evaluation der von Liechtenstein unterstützten Projekte zuständig. Im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe wurden Beiträge für humanitäre Krisen in verschiedenen Ländern und Regionen gesprochen. So wurden Hilfsprojekte in den von bewaffneten Konflikten gebeutelten Ländern Afghanistan, Äthiopien

(Region Tigray), Irak, Jemen, Kolumbien, der Demokratischen Republik Kongo, Mosambik, Myanmar, Somalia, Sudan, Südsudan und Syrien unterstützt. Als Reaktion auf humanitäre Krisen, die durch Natur- und Umweltkatastrophen ausgelöst wurden, wurden Hilfsprojekte nach einer Flutkatastrophe in Pakistan, sowie nach Dürren und Überschwemmungen auf Madagaskar und in Tschad mitfinanziert. In Haiti wurden zudem Not- hilfemassnahmen nach einem Cholera-Ausbruch unterstützt. Mit dem Nachtragskredit für die Ukraine wurden verschiedene Hilfsprogramme des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK), von UNICEF sowie von weiteren Hilfsorganisationen unterstützt. Themenbezogene Beiträge wurden vor allem im Rahmen der Hilfe für Minenopfer gesprochen. Zudem wurden allgemeine Beiträge an die Katastrophenfonds des Liechtensteinischen Roten Kreuzes, des IKRK, des Welternährungsprogramms und der UNO bewilligt, um im Krisenfall sehr rasche Nothilfe zu ermöglichen.

Wie in den vergangenen Jahren wurde wieder ein besonderer Fokus auf die vergessenen humanitären Krisen gelegt. Dazu zählten im Berichtsjahr insbesondere die Hungersnöte in Jemen, Madagaskar und Südsudan. Der zu Beginn des Berichtsjahrs lancierte IKRK-Transitionsfonds für Klima und Umwelt wurde ebenfalls unterstützt. Liechtenstein war an der Entwicklung des Fonds beteiligt und ist einer der ersten Geldgeber des Fonds. Der Fonds fördert die Reduktion der CO₂-Emissionen von IKRK-Gebäuden rund um die Welt. Des Weiteren engagierte sich das Amt in der Staatengruppe für «Good Humanitarian Donorship», die sich das Ziel gesetzt hat, die humanitäre Hilfe anhand von festgelegten Prinzipien und durch den gemeinsamen Austausch zu verbessern.

Im Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurde das Engagement für die internationale Verbrechensbekämpfung sowie für den Klima- und Umweltschutz weiter gestärkt. Bei der FAST-Initiative (Finance Against Slavery and Trafficking) lag der Fokus weiterhin auf der internationalen Bekanntmachung. Im November fand eine zweitägige Überprüfungs-konferenz zu FAST in Kapstadt statt, an welcher der Umsetzungsstand sowie die kommenden Schritte der Initiative diskutiert wurden. Des Weiteren wurde der Fokus auf Anti-Korruptionsprojekte weiter gestärkt. So wurde die Zusammenarbeit mit dem «Green Corruption Programme» des «Basel Institute on Governance» ausgebaut und die Arbeiten des «International Centre on Asset Recovery» (ICAR) in Lateinamerika weiter unterstützt.

Im Rahmen der Förderung der Menschenrechte und Sicherstellung von Rechenschaftspflichten für schwerste internationale Verbrechen konzentrierte sich die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf die russische Aggression in der Ukraine. Zudem erhöhte Liechtenstein seine Beiträge an das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte, das aufgrund des

russischen Aggressionskrieges eine Finanzierungslücke bei der weltweiten Sicherstellung von Rechenschaftspflichten für schwerste Verbrechen aufweist. Ebenfalls weitete Liechtenstein seine Unterstützung für die NGO «Justice Rapid Response» aus. Dadurch werden direkt die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft unterstützt, die Verantwortlichen für die in der Ukraine begangenen Gräueltaten zur Rechenschaft zu ziehen.

Im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe wurden die Aktivitäten für die Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort verstärkt, wobei neben der Republik Moldau und Polen insbesondere Syrien und seine Nachbarstaaten sowie Westafrika im Fokus standen. Die erste Phase des Sprachlernprogramms für Flüchtlinge in der Türkei konnte gemeinsam mit dem Verein «Liechtenstein Languages» und «RET International» erfolgreich beendet und eine zweite Phase für die Jahre 2023 bis 2025 beschlossen werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete weiterhin das Engagement auf dem Westbalkan. Insbesondere im Kosovo sowie in Bosnien und Herzegowina wurden Projekte im Umfang von rund CHF 1.5 Mio. unterstützt. Im Zentrum dieser Projekte stehen die Verbesserung des Migrationsmanagements in der Region sowie die Linderung des Migrationsdrucks vor Ort durch die Verbesserung von Einkommensperspektiven und die Verbesserung des Zugangs zur Grundschulbildung für alle Gesellschaftsgruppen.

Die Visibilität der internationalen Solidarität Liechtensteins in den Zielländern der Projekte konnte im Berichtsjahr deutlich gestärkt werden. So organisierte das Amt in Zusammenarbeit mit dem LED Projektbesuche in Tansania sowie der Republik Moldau, die Regierungsrätin Dominique Hasler zugleich für Treffen auf politischer Ebene nutzen konnte. Ein weiterer Projektbesuch in die Republik Kosovo generierte ebenfalls eine überaus hohe Sichtbarkeit Liechtensteins bei den Begünstigten und den staatlichen Akteuren vor Ort.

Der ODA-Prozentsatz betrug für das Jahr 2020 0.41 und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die internationale Zielvorgabe für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit beträgt 0.7% des BNE.

Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

Der Krieg in der Ukraine, die laufende Beurteilung der Situation und Positionierung Liechtensteins sowie der zeitnahe Nachvollzug der EU-Sanktionen gegenüber Russland und Belarus bestimmten die Tätigkeiten des Amtes im Bereich Sicherheit, aber auch in anderen Aufgabenbereichen, weitgehend. Das Amt war als koordinierende Stelle massgeblich in die zeitaufwendigen Arbeiten rund um den autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen involviert. Die Zusammenarbeit mit inländischen und ausländischen Behörden wurde im Berichtsjahr diesbezüglich weiter intensiviert.

Das Amt deckte im Berichtsjahr im Bereich Sicherheit und Verbrechensbekämpfung diverse internationale Gremien und Konferenzen im Rahmen des Europarats, der OSZE und der UNO ab, wobei diese zu Beginn des Berichtsjahrs teilweise noch im digitalen Format abgehalten wurden. So leitete das Amt die Delegation zu den zwischenstaatlichen Verhandlungen zur Ausarbeitung einer UNO-Konvention gegen Cyberkriminalität und brachte die liechtensteinischen Positionen ein. Im Bereich Cybersicherheit tauschte sich das Amt regelmässig mit der neu geschaffenen Stabsstelle Cyber-Sicherheit aus.

Das Amt war zudem intensiv in die Arbeiten zur fünften Länderüberprüfung des Expertenausschusses des Europarats für die Bewertung von Massnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (MONEYVAL) involviert. Im Mai wurde der Abschlussbericht zur Umsetzung der 40 FATF-Empfehlungen im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche sowie Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung veröffentlicht. Die nachgelagerten Arbeiten zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht dauern an und werden im Rahmen der Arbeitsgruppe PROTEGE koordiniert, in welcher das Amt vertreten ist.

Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Das Amt vertrat im Berichtsjahr die liechtensteinischen Interessen in der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP), an der Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien sowie die Schweiz und Liechtenstein beteiligt sind. Liechtenstein war im Berichtsjahr wiederum mit drei Mitgliedern im EUSALP-Jugendrat vertreten, dessen 27 Mitglieder die Interessen der Jugend im Alpenraum in den Gremien der EUSALP einbringen. Die liechtensteinische Regierung hat im Berichtsjahr zudem entschieden, innerhalb eines Rotationszyklus der Präsidentschaften einmal eine Co-Präsidentschaft mit einem anderen Land zu übernehmen.

Im Bereich der Umweltaussenpolitik nahm die Vorbereitung und aktive Teilnahme an der UNO-Klimakonferenz in Sharm el-Sheikh (COP27) eine zentrale Rolle in den Tätigkeiten des Amtes ein. Ungeachtet der bescheidenen Ergebnisse der Konferenz konnten die Verhandlungsziele der Regierung mehrheitlich erfüllt werden.

Das Amt vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr in einer Stimmgruppe im Vorstand des «Green Climate Fund» (GCF). Er wurde 2010 von der UNO-Klimarahmenkonvention gegründet. Liechtenstein unterstützt den GCF seit 2014 im Rahmen seiner Klimafinanzierung mit regelmässigen Beiträgen.

Öffentlichkeitsarbeit

Über das Twitter-Konto @MFA_LI wurden im Berichtsjahr knapp 340 Nachrichten zu Besuchen,

Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug sowie zu aktuellen Ereignissen versendet. Im Laufe des Jahres wuchs die Follower-Anzahl um über 18% auf rund 8'300. Die Tweets des Kontos wurden pro Monat durchschnittlich über 30'000 Twitter-Nutzenden angezeigt und in einem Monat besuchten durchschnittlich über 17'000 Personen das Twitter-Profil.

Mitarbeitende des Amtes hielten im Verlauf des Berichtsjahrs Vorträge an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen zu Tätigkeitsbereichen und zu aktuellen Initiativen der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Mitarbeit in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen

Der Amtsleiter und die Diplomateninnen und Diplomaten arbeiteten im Berichtsjahr aktiv in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit.

Das Amt hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Korruptionsprävention, in der Arbeitsgruppe betreffend das geplante Abkommen zur fürsorgerischen Unterbringung von Personen aus Liechtenstein in Einrichtungen in der Schweiz, in der Arbeitsgruppe zur Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik, in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, in der Arbeitsgruppe Menschenrechte sowie im informellen Runden Tisch Sanktionen.

Das Amt arbeitete in folgenden Arbeitsgruppen und Kommissionen mit: in der Aussenpolitischen Kommission; im Ukraine Stab der Regierung (anfänglich Leitung); in verschiedenen gemischten Kommissionen zu bilateralen Abkommen mit der Schweiz (Gemischte Kommissionen Rahmenvertrag, LSVA-Vertrag sowie in der Waffenplatzkommission); in der Koordinationsgruppe Staatenbeschwerde; in sicherheitspolitischen Themen in der Arbeitsgruppe PROTEGE (Bekämpfung von Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung und Proliferation); in den Bereichen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der der Arbeitsgruppe Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), in der Task Force «Beschränkungen von liechtensteinischen Unternehmen und Finanzplatzteilnehmern», in den Quartalsgesprächen mit der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Erfahrungsgruppe Finanzplatz (ERFAG); zudem auf dem Gebiet der Menschenrechte am Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, in der Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, in der Koordinierungsgruppe Istanbul-Konvention, in der Vernetzungsgruppe Sichtwechsel für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf und in der Gewaltschutzkommission (GSK).

Diplomatische und konsularische Beziehungen

Liechtenstein hatte per Ende des Berichtsjahrs diplomatische Beziehungen mit 130 Staaten sowie der Delegation der Europäischen Union und dem Souveränen Malteser Ritterorden. Im Berichtsjahr wurden direkte diplomatische Beziehungen mit der Republik Kenia aufgenommen.

Von den 130 Staaten sind 76 mit einer nicht residierenden Botschafterin bzw. mit einem nicht residierenden Botschafter in Liechtenstein akkreditiert, 29 Botschafterposten waren per Ende Berichtsjahr vakant, 25 der Staaten haben noch keine Botschafterin/keinen Botschafter akkreditiert. Des Weiteren gab es per Ende Berichtsjahr 42 konsularische Vertretungen in Liechtenstein:

Berufskonsuln:	Generalkonsuln	7
	Konsuln	0
Honorarkonsuln:	Honorargeneralkonsuln	7
	Honorarkonsuln	27
	Vizehonorarkonsuln	2
Vakant		1

Aktuell verfügt Liechtenstein über zwölf Honorarkonsulate (fünf in den USA, drei in Deutschland, eins im Vereinigten Königreich, eins in Singapur, eins in Hongkong und eins in der Tschechischen Republik).

Ausgewählte Termine im Berichtsjahr

EFTA

Besuch EFTA Generalsekretär Henri Gétaz: 13.5. in Vaduz

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Kurt Jäger, Botschafter Dr. Martin Frick)

Treffen des Steuerungsausschusses für eine Nachhaltigkeitsüberprüfung im FHA EFTA-Thailand: 13.9./6.10./17.11. virtuell

(Kathrin Nescher-Stützel, Botschaftsrätin)

Treffen des EFTA-Drittlandausschusses: 7.11. online

(Botschafter Kurt Jäger, Patrick Ritter, Minister, Kathrin Nescher-Stützel, Botschaftsrätin)

4. Verhandlungsrunde EFTA-Chile für ein Freihandelsabkommen: 22.11.–24.11. virtuell

(Botschafter Kurt Jäger, Patrick Ritter, Minister, Kathrin Nescher-Stützel, Botschaftsrätin)

Herbst-Treffen des EFTA-Vorsitzlandes Liechtenstein mit Beratenden Ausschüssen der EFTA am Rande des EWR-Rats: 23.11. in Brüssel

(Botschafter Kurt Jäger, Botschafter Pascal Schafhauser, Patrick Ritter, Minister, Dr. Nuscha Wiczorek, Botschaftsrätin)

Europarat

36. Sitzung des Lanzarote-Komitees zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch: 7.3.–9.3. virtuell

(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

90. Plenarversammlung der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO): 21.3.–25.3. virtuell

(Sarah Nigg, Zweite Sekretärin)

26. Treffen des Ausschusses des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität (T-CY): 10.5.–11.5. in Strassburg

(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

Ministersession des Europarats: 19.5.–20.5. in Turin

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafter Domenik Wanger)

21. Plenarversammlung des Steuerkomitees zu Medien und Informationsgesellschaft (CDMSI): 1.6.–2.6. in Strassburg

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

12. Vertragsstaatentreffen Istanbul-Konvention: 8.6. virtuell

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

91. Plenarversammlung der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO): 13.6.–17.6. in Strassburg

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

2. Plenarversammlung des Komitees für Künstliche Intelligenz (CAI): 21.9.–23.9. in Strassburg

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

1. Treffen der nationalen Koordinierungsgruppen gemäss Istanbul-Konvention: 15.11. in Helsinki

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

92. Plenarversammlung der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO): 28.11.–2.12. in Strassburg

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

13. Vertragsstaatentreffen Istanbul-Konvention: 5.12.–6.12. in Strassburg

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

22. Plenarversammlung des Steuerkomitees zu Medien und Informationsgesellschaft (CDMSI): 7.12.–9.12. in Strassburg

(Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

27. Treffen des Ausschusses des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität (T-CY): 29.11.–30.11. in Strassburg

(Dominic Sprenger, Erster Sekretär, Julia Frommelt, Diplomatische Mitarbeiterin)

EWR/Europäische Integration/EU

Sitzungen des EUSALP Executive Boards: 25.1.–26.1. virtuell/10.3. virtuell/21.4.–22.4. in Trento/23.6.–24.6. virtuell/15.9.–16.9. virtuell/10.10.–11.10. virtuell

(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat (25.1.–26.1.), Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

Treffen zwischen Regierungsrätin Dominique Hasler und EU-BotschafterInnen: 12.5. in Vaduz

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv.)

EWR-Rat: 23.5. in Brüssel

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Pascal Schafhauser, Dr. Nuscha Wiczorek, Botschaftsrätin)

Besuch einer lettischen Delegation in Vaduz i.S. Austausch Korruptionsbekämpfung (EEA Grants Projekt): 9.11.–10.11. in Vaduz

(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Claudio Nardi, Botschaftsrat, Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

EUSALP Jahresforum und Generalversammlung: 23.11.–24.11. in Trento

(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Karin Augsburger, Diplomatische Mitarbeiterin)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Expertenkonferenz zu Antisemitismus: 7.2.–8.2. virtuell

(Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär)

Treffen der informellen Arbeitsgruppe der OSZE zu Cybersecurity: 8.11. virtuell

(Julia Frommelt, Diplomatische Mitarbeiterin)

UNO

Treffen des Ad-hoc-Komitees zur Verhandlung einer UNO-Cybercrime Konvention: 24.2. in New York, virtuell/28.2.–11.3. in New York, virtuell/24.3.–25.3. in Wien/30.5.–10.6. in Wien/29.8.–9.9. virtuell, in New York

(Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin (24.2., 28.2.–11.3.), Dominic Sprenger, Erster Sekretär, Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär (29.8.–9.9.))

Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber: 21.–25.3. in Bali

(Vertretung durch die Schweiz)

Besuch des Direktors des WFP Büros in Berlin, Dr. Martin Frick: 13.5. in Vaduz

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Sarah Nigg, Zweite Sekretärin)

31. Sitzung der UNO-Verbrechensverhütungskommission (CCPCJ): 16.5. in Wien

(Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

19. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes: 6.6. in New York

(Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär)

Vertragsstaatenversammlung der UNO-Konvention gegen Korruption: 13.6.–17.6. in Wien

(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

39. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: 17.6. in New York

(Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär)

1. Vertragsstaatenkonferenz des Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW): 21.6.–23.6. in Wien

(Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

22. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau: 23.6. in New York

(Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär)

Treffen der Vertragsstaaten zur UNO-Konvention gegen Korruption zur Umsetzung der Sondersitzung der Generalversammlung gegen Korruption: 5.9.–9.9. in Wien

(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

UNO-Generaldebatte: 19.9.–23.9. in New York

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Christian Wenaweser, Botschafter Dr. Martin Frick, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv., Dr. Myriam Oehri, Botschaftsrätin, Dr. Noah Oehri, Zweiter Sekretär)

66. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation: 26.9.–30.9. in Wien

(Karin Lingg, Ministerin, Dominik Marxer, Minister, Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

Vertragsstaatenversammlung zum UNO-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität: 17. 10.–21. 10. virtuell
(Dominic Sprenger, Erster Sekretär, Julia Frommelt, Diplomatische Mitarbeiterin)

Besuch von Frau Berta Fernandez, Direktorin der Internationalen Organisation für Migration in Bern für die Schweiz und Liechtenstein: 19. 10. in Vaduz
(Karin Lingg, Ministerin, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Julia Walch, Ausländer- und Passamt)

9. Vertragsstaatentreffen zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: am 20. 10. in Genf
(Botschafter Kurt Jäger, Daniel Batliner, Erster Sekretär)

34. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe: 31. 10.–4. 11. in Montreal
(Vertretung durch die Schweiz)

27. Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Klimarahmenkonvention (UNFCCC): 8. 11.–20. 11. in Sharm el-Sheikh
(Stefan Hassler, Amtsleiter, Amt für Umwelt, Andreas Foser, Zweiter Sekretär, Karin Jehle, Amt für Umwelt)

Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen: 14.–25. 11. in Panama
(Vertretung durch die Schweiz)

Zweite Überprüfungskonferenz zur «Liechtenstein Initiative for Finance against Slavery and Trafficking» (FAST): 28. 11.–29. 11. in Kapstadt
(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

15. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (2. Teil): 7.–19. 12. in Montreal
(Vertretung durch die Schweiz)

Besuch von Frau Anja Klug, Direktorin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein: 12. 12. in Vaduz
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Martina Edlund, Zweite Sekretärin)

WTO

Länderbesuch WTO-Sekretariat als Teil der Überprüfung der Handelspolitik (Trade Policy Review): 3. 2.–4. 2. in Vaduz
(Botschafter Kurt Jäger, Patrick Ritter, Minister, Dr. Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

Überprüfung der Handelspolitik Liechtensteins (Trade Policy Review): 18. 5. in Genf
(Botschafter Kurt Jäger, Patrick Ritter, Minister, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

WTO-Ministertreffen 12.–15. 6. in Genf
(Botschafter Kurt Jäger, Patrick Ritter, Minister, Daniel Batliner, Erster Sekretär, Beatrice Fankhauser, Erste Sekretärin)

Bilaterale Treffen mit Beteiligung des Amtes Politischer Dialog mit der Tschechischen Republik: 3. 2. virtuell
(Botschafter Dr. Martin Frick, I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

Gespräch mit dem irischen Europaminister Thomas Byrne: 17. 2. virtuell
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick)

Projektreise mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst nach Tansania: 27. 3.–2. 4. in Dar Es Salam, Morogoro, Dodoma
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv., Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Treffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister in Liechtenstein: 8. 4. in Mauren
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Stephan Jäger, Generalsekretär, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv., Christine Lingg, Ministerin)

Besuch von Regierungsrätin Dominique Hasler in der Republik Moldau, Treffen mit Präsidentin Maia Sandu und Aussenminister Nicu Pupescu: 11. 4.–13. 4. in Chisinau
(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv.)

Expertentreffen der Konsularchefs der deutschsprachigen Länder: 21. 4. in Bern
(Christine Lingg, Ministerin)

2. Verhandlungsrunde mit der Schweiz zum Abkommen über fürsorgerische Unterbringung: 27.4.–28.4. in Vaduz

(Christine Lingg, Ministerin, Martin Nigg, Landrichter, Simon Laukas, Mitarbeitender der Regierung, Ministerium für Gesellschaft und Kultur, Dr. Elena Klien, Botschaftsrätin, Sarah Nigg, Zweite Sekretärin, Dr. Silvia Dehler, Amt für Gesundheit, Dr. Heidi Clare, Amt für Soziale Dienste, Alexandra Marxer, Amt für Soziale Dienste, Helene Vorhauser, Amt für Soziale Dienste, Bruno Gstöhl, Landespolizei)

Besuch bei der andorranischen Aussenministerin Maria Ubach Font: 28.4. in Andorra

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Pascal Schafhauser, Esther Schindler, Ministerin)

Pilottreffen der geplanten Regierungskommission Bodensee: 5.5. in St. Gallen

(Horst Schädler, Regierungssekretär, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafterin Dr. Doris Frick, Dr. Maximilian Rüdissler, Generalsekretär, Ministerium für Infrastruktur und Justiz, Christine Lingg, Ministerin, Henrik Caduff, Amt für Hochbau und Raumplanung)

Quadrilaterales Treffen der Staats- und Generalsekretäre 2022 in der Schweiz: 6.5. in Bern

(Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafterin Dr. Doris Frick)

Treffen mit dem tschechischen Aussenminister Jan Lipavský und dem tschechischen Europaminister Mikuláš Bek: 18.5.–19.5. in Prag

(Regierungsrätin Dominique Hasler, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Botschafter Dr. Martin Frick, Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

Treffen mit dem Hohen Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell: 23.5. in Brüssel

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Pascal Schafhauser)

Besuch des ukrainischen Aussenministers Dmytro Kuleba: 26.5. in Vaduz

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin, Karin Lingg, Ministerin)

Jährliches Treffen mit dem schweizerischen Bundesamt für Zivilluftfahrt: 13.6. in Bern

(Dr. Maximilian Rüdissler, Generalsekretär, Ministerium für Infrastruktur und Justiz, Christine Lingg, Ministerin, Kerstin Fitz, Amt für Hochbau und Raumplanung)

Besuch der Schweizer Jungdiplomatinen und Jungdiplomaten: 29.6.–30.6. in Vaduz

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Diplomatinen und Diplomaten des AAA)

Besuch leitender US-Kongressmitarbeitenden: 21.8.–24.8. in Liechtenstein

(Botschafter Dr. Martin Frick, Sarah Nigg, Zweite Sekretärin, Patrizia Marxer, Diplomatische Mitarbeiterin)

Treffen mit dem österreichischen Aussenminister Alexander Schallenberg und der österreichischen Europaministerin Karoline Edtstadler: 8.9. in Wien

(Regierungsrätin Dominique Hasler, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Botschafter Dr. Martin Frick, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv., Christine Lingg, Ministerin)

Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Liechtenstein: 12.9.–13.9. in Vaduz

(S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein, Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin)

Treffen mit Herrn Shi Mingde, Mitglied des Beratenden Ausschusses für Aussenpolitik des chinesischen Aussenministeriums: 19.9. in Vaduz

(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Dominic Sprenger, Erster Sekretär, Patrizia Marxer, Diplomatische Mitarbeiterin)

Sitzung der Waffenplatzkommission: 23.9. in Balzers

(Emmanuel Banzer, Amtsleiter, Amt für Bevölkerungsschutz, Esther Schindler, Ministerin, Oliver Nägele, Amt für Umwelt)

Besuch des andorranischen Regierungschefs Xavier Espot Zamora und der andorranischen Aussenministerin Maria Ubach Font: 3.10.–4.10. in Vaduz

(Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin)

Projektreise von Regierungsrätin Dominique Hasler in die Republik Kosovo: 5.10.–8.10. in Pristina, Prizren

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Sarah Nigg, Zweite Sekretärin)

Jährliches Treffen mit der Schweiz zu den bilateralen Landwirtschaftsvereinbarungen: 19.10. in Vaduz

(Christine Lingg, Ministerin, Miriam Marxer, Mitarbeitende der Regierung, Dr. Elena Klien, Botschaftsrätin, Andres Weber, Amt für Umwelt)

Botschafterinformationstag: 21. 10. in Schaan

(Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin, Christine Lingg, Ministerin, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Dominic Sprenger, Erster Sekretär)

Österreichische Bundesländertagung zur Bekämpfung des Menschenhandels: 24. 10. in Innsbruck

(Claudio Nardi, Botschaftsrat)

21. Sitzung der Gemischten Kommission zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe mit der Schweiz (LSVA-Vertrag): 25. 10. in Vaduz

(Dr. Otto C. Frommelt, Amtsleiter, Amt für Strassenverkehr, Dominic Sprenger, Erster Sekretär, Richard Kobler, Stabsstelle Finanzen, Wilfried Hauser, Amt für Volkswirtschaft, Stefan Maurischat, Amt für Strassenverkehr,)

27. Salongespräche des tschechischen

Aussenministeriums: 10. 11. in Prag

(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Dominic Sprenger, Erster Sekretär, Attila Lányi, Referent)

Besuch von Chris Barton, britischer

Handelskommissar für Europa: 10. 11. in Vaduz

(Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin)

Treffen mit US-Vizeausserministerin Wendy

Sherman und Besuch ThyssenKrupp Presta:

14. 11.–18. 11. in Washington, D.C. und Terre Haute/Indiana

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Dr. Georg Sparber, Botschafter, Botschafter Dr. Martin Frick, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv.)

Treffen mit dem ukrainischen Parlamentspräsidenten Ruslan Stefanchuk, mit Vize-Premierministerin Olha Stefanishyna, mit First Lady Olena Selenska und weiteren Politikern: 23. 11. in Kiew

(Regierungsrätin Dominique Hasler, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer)

Verschiedenes

Besuch des IKRK-Präsidenten Peter Maurer: 17. 1. in Vaduz

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Claudio Nardi, Botschaftsrat, Dr. Daniela Sele, Zweite Sekretärin)

Verhandlungen zwischen Island, Liechtenstein, Norwegen und dem Vereinigten Königreich zu einem Sozialversicherungsabkommen: 19. 1./3. 2./9. 2./3. 3./18. 3./6. 4./29. 4./31. 5./6. 7./11. 11./5. 12. virtuell

(Esther Schindler, Ministerin)

Informelles trilaterales Migrationstreffen zwischen Liechtenstein, Schweiz und Kosovo: 24. 1. virtuell

(Mario Konzett, Amtsleiter, Ausländer- und Passamt, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Julia Walch, Ausländer- und Passamt)

Informelles Treffen der Europäischen Patentorganisation zu den Auswirkungen der Russland-Sanktionen: 17. 3. virtuell

(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Unterstützungskonferenz für die Republik Moldau: 5. 4. in Berlin

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafterin Isabel Frommelt-Gottschald)

Trilateraler Migrationsdialog zwischen

Liechtenstein, Schweiz und Kosovo: 12. 4. in Vaduz

(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Julia Walch, Ausländer- und Passamt)

Glion Menschenrechtsdialog: 16. 5.–17. 5. in Chardonne

(Botschafter Kurt Jäger, Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat, Daniel Batliner, Erster Sekretär)

Wiener Konferenz über die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen: 21. 6. in Wien

(Andreas Foser, Zweiter Sekretär)

40. Treffen der Vertragsstaaten der Internationalen Fernmeldesatellitenorganisation: 28.–30. 6. in Washington, D.C.

(Bianca Lins, Juristische Mitarbeiterin, Amt für Kommunikation)

Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine: 4. 7.–5. 7. in Lugano

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafterin Dr. Doris Frick, Nicole Schmid, Generalsekretärin-Stv., Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Kiew Summit of First Ladies and Gentlemen: 23. 7. virtuell

(I. K. H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein)

Gipfeltreffen zur Krim Plattform: 23. 8. virtuell

(S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Claudio Nardi, Botschaftsrat)

Besuch der liechtensteinischen Honorarkonsuln: 5. 9.–6. 9. in Vaduz

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Dr. Martin Frick, Esther Schindler, Ministerin, Christine Lingg, Ministerin, Sarah Nigg, Zweite Sekretärin)

Monitoringbesuch von Projekten des Opferfonds des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC): 13. 9.–17. 9. in Uganda

(Karin Lingg, Ministerin)

Wiener Konferenz zur Bekämpfung des Menschenhandels: 13. 10. in Wien

(Dominik Marxer, Minister, Claudio Nardi, Botschaftsrat)

1. Treffen des Sub-Komitees über Handel und nachhaltige Entwicklung zum Freihandelsabkommen zwischen Liechtenstein, Norwegen, Island und UK: 9. 11. virtuell

(Panagiotis Potolidis-Beck, Botschaftsrat)

Internationale Konferenz zur Prävention von sexueller Gewalt in Konflikten: 28. 11.–29. 11. in London

(Karin Lingg, Ministerin)

27. Vertragsstaatenkonferenz des Chemiewaffenübereinkommens, 28. 11.–2. 12. in Den Haag

(Vertretung durch die Schweiz)

21. Vertragsstaatenversammlung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC): 5. 12.–7. 12. in Den Haag

(Regierungsrätin Dominique Hasler, Botschafter Christian Wenaweser, Karin Lingg, Ministerin, Alina Brunhart, Zweite Sekretärin, Sina Alavi, Rechtsberater)

Übereinkommen

Bilateral

- Notenaustausch zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Vertretung der konsularischen Interessen Liechtensteins durch die Schweiz in Ländern, in denen Liechtenstein selbst vertreten ist: 1. Mai
- Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und Umgehung: 10. November

EU/EFTA/EWR

- Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland: 1. 9. (vorläufige Anwendung ab dem 1. Januar)

UNO

- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Änderung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 26. November 2015, 14. Dezember 2017 und 6. Dezember 2019: 21. Februar

Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Amtsleiter: Werner Kranz

Die laufende Weiterentwicklung der Berufsberatung und der Berufsbildung ist von grosser Bedeutung, um den Bedürfnissen und Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft gerecht zu werden. Im Berichtsjahr konnten nebst dem operativen Tagesgeschäft zahlreiche Ziele realisiert werden. Schwerpunktmässig konnten folgende Projekte und Einzelmassnahmen umgesetzt werden:

- *Gemeinsame Initiative von Staat und Wirtschaft next-step: Positionierung des next-step-Labels mit gezielten Kommunikationsmassnahmen, Organisation und Durchführung der achten Berufs- und Bildungstage und Teilnahme als Messeaussteller, Durchführen des Tages «Karriere mit Lehre» mit Radio L, laufende inhaltliche Weiterentwicklung der Webplattform next-step.li und Ausbau der digitalen next-step Berufs- und Bildungstage (Plattform als interaktives Informationstool für die Webbesucher)*
- *Weiterentwicklung des digitalen Lehrbetriebsportals auf next-step.li*
- *Umsetzung der geplanten Massnahmen des Projekts «Energie- und Klimawerkstatt» von myclimate, um Lernende zu befähigen, aktiv an der Analyse und Bewertung von Entwicklungsprozessen mit ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Bedeutung teilzuhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben zu orientieren und nachhaltige Entwicklungsprozesse gemeinsam mit anderen in Gang zu setzen*
- *Weiterentwicklung der Amtssoftware (Kompass 3) in den Bereichen Berufsberatung und Lehraufsicht*
- *Erweiterung des Dienstleistungsangebots «Onlineberatungen für Ratsuchende» bei der Abteilung Berufsberatung (Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung)*

- *Erstmalige Durchführung eines Workshops für Lehrpersonen zum Thema «Berufswahlprozess in Liechtenstein» in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden*
- *Implementierung eines «Coaching Angebots für Berufsbildungsverantwortliche» als Unterstützungsmassnahme, welche lernende Personen mit besonderen Bedürfnissen ausbilden*
- *Abänderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG, 1. Lesung), insbesondere in den Bereichen der datenschutzrechtlichen Vorgaben und der Aufhebung der bislang vorgesehenen Altersbegrenzung für die Inanspruchnahme der staatlichen Laufbahnberatung*
- *Mitarbeit in verschiedenen ämterübergreifenden Projekten, länderübergreifenden Arbeitsgruppen und Kommissionen*

Beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB) waren per Ende Berichtsjahr 14 Mitarbeitende und eine lernende Person im Lehrberuf Kauffrau FZ tätig. Im Bereich Berufsberatung berät das Amt Jugendliche und junge Erwachsene bis zum vollendeten 25. Lebensjahr individuell in Berufs-, Studien-, Aus- und Weiterbildungsfragen. Zudem führt und betreut das Amt das Berufsinformationszentrum (BIZ). Im Bereich Berufsbildung berät und begleitet das Amt Lernende sowie berufsbildungsverantwortliche Personen aus den Lehrbetrieben in Fragen rund um die berufliche Grundbildung (Berufslehre). Betreffend die berufliche Mobilität ermöglicht das Amt lernenden Personen und Berufsleuten während eines Auslandpraktikums Berufserfahrung zu sammeln, fremde Länder und Kulturen zu erleben sowie gegebenenfalls Fremdsprachenkenntnisse zu vertiefen. Im Rahmen der Mobilität nutzen junge Berufsleute und lernende Personen die Möglichkeit, ein mehrmonatiges Berufspraktikum (MOJA) bzw. einen rund vierwöchigen Lernenden-Austausch (xchange bzw. go to Europe) in Europa zu absolvieren.

Berufsberatung

Einzelberatung

Im Berichtsjahr wurde die Einzelberatung im Bereich Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungen von 274 Personen beansprucht. Die Beratung vor Ort wird von den Kundinnen und Kunden mit 98% am häufigsten nachgefragt. Fernberatungen werden per E-Mail, Telefon oder Video durchgeführt. Pro Kundin oder Kunde wurden durchschnittlich zwei Einzelberatungstermine in Anspruch genommen. Bei rund 60% der Ratsuchenden wurden psychologisch-diagnostische Testverfahren im Rahmen der Beratung durchgeführt (Vorjahr 50%).

Aufgeteilt nach Beratungsschwerpunkten stellte die erste Berufswahl für Jugendliche in Bezug auf die eingesetzten Beratungsaufwendungen die stärkste Kundengruppe dar, gefolgt von der Laufbahnberatung der 18- bis 25-Jährigen. An dritter Stelle stand die Studienberatung für Gymnasiastinnen und

Gymnasiasten, dahinter folgte die Laufbahnberatung für die in Art. 55 des Berufsbildungsgesetzes aufgeführten Sondergruppen.

Begleitung von Jugendlichen im ersten Berufswahlentscheid

Der Übergang von der Pflichtschule in die Arbeitswelt, welcher auch als erste Berufswahl bezeichnet wird, ist ein erster wichtiger Veränderungsprozess im Leben eines jungen Menschen. Damit dieser Übergang möglichst optimal gelingt, bedarf es der Zusammenarbeit aller Beteiligten (Eltern, Schule, Wirtschaft, Berufsberatung und Berufsbildung).

Die Berufswahlvorbereitung der 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschulen Formatio und Waldorfschule, des Freiwilligen 10. Schuljahres sowie des Liechtensteinischen Gymnasiums wurde gemeinsam umgesetzt. Im Berichtsjahr konnten alle geplanten Aktivitäten durchgeführt werden. Dazu gehören unter anderem nachfolgende Aktivitäten und Dienstleistungen:

- Einführung ins Berufsinformationszentrum (BIZ) für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen sowie für die Formatio und Waldorfschule
- Eltern-/Schülerabende zum Thema «Berufswahlvorbereitung» für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio, der Waldorfschule und des Liechtensteinischen Gymnasiums
- Mitwirkung an den Elternabenden für die 4. Klassen der Ober- und Realschulen zusammen mit Schulamt und den Wirtschaftsverbänden LIHK, Wirtschaftskammer, Bankenverband und Treuhandkammer betreffend Berufswahlfahrplan und die Berufswahl Sommer 2023
- Kurzberatungen an den Schulzentren für die 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio und der Waldorfschule
- Durchführung der Infoveranstaltung «Stipendien – Bin ich anspruchsberechtigt?», «Weiter zur Schule» und «Zwischenjahr nach der Pflichtschule»
- Durchführung von psychodiagnostischen Verfahren in den Bereichen Interessen, Persönlichkeit und Fähigkeiten in Einzel- und Gruppensettings
- Vertiefte und den Bedürfnissen angepasste Betreuung von schulleistungsschwachen Jugendlichen mit Förderstufe 3 (verstärkte schulische Förderung), welche sich in der Regelschule befinden
- Klassenweise Informations- und Entscheidungsveranstaltungen zur «Profilwahl» in den 3. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums sowie zum Thema «Umstieg in eine Lehre»
- Studienwahlworkshop für die 7. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums
- Teilnahme an den 8. Berufs- und Bildungstagen «nextstep»
- Moderation «Studierende berichten» für die 7. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums

- 10. Schuljahr: Neukonzipierung und Durchführung der Workshops zum Thema «Bewerbung» in Kooperation mit dem AHA
- Workshops zum Thema «usgwählt wöra» im Rahmen der BerufsCHECK-Woche
- Mitwirkung im Projekt «Betriebslehrpraktikum» des Liechtensteinischen Gymnasiums

Berufsinformationszentrum BIZ

Das Berufsinformationszentrum BIZ ist ein Selbstinformationszentrum für Fragen rund um die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Studienmöglichkeiten an Universitäten und Fachhochschulen.

Die Anzahl der Ratsuchenden hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Ansätze, wie das Informationszentrum als Anlaufstelle attraktiv bleibt, werden geprüft. 77% der Ratsuchenden waren erwachsene Personen und 23% waren Jugendliche. Die Eltern- und Schülerabende mit den beiden Schwerpunkten Informationen zum Berufswahlprozess sowie Beratungsdienstleistungen wurden im BIZ abgehalten. Rund 1'120 Personen haben an den BIZ-Einführungen und Info-Veranstaltungen im Berichtsjahr teilgenommen. Erstmals konnten nach zwei Jahren alle Infoveranstaltungen und Workshops ohne Einschränkungen durchgeführt werden, womit auch die Zahl an Besucherinnen und Besuchern gegenüber dem Vorjahr (760 Personen) deutlich höher lag.

Koordinationsstelle Spitzensport

Die Aufgabe der Koordinationsstelle Spitzensport besteht vor allem darin, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern über die Vereinbarkeit von Lehre und Spitzensport aufzuklären, über vorhandene Angebote zu informieren sowie Herausforderungen dieses Modells zu kommunizieren. Zum Thema Leistungssport und Berufslehre wurde im Herbst ein Elternabend in Zusammenarbeit mit der Sportschule durchgeführt. Auf Initiative des Liechtenstein Olympic Committee (LOC) erfolgte eine Themenmoderation beim «Get Together» mit den Förderkader-Athletinnen und -Athleten im Bereich Vereinbarkeit Leistungssport und berufliche Grundbildung.

Da die Trainingsbedingungen von Sportart zu Sportart sowie die beruflichen Interessen von Sportlerinnen und Sportlern unterschiedlich sind, stellt das individuelle Beratungsgespräch eine gute Möglichkeit dar, um geeignete Lösungen zu finden.

Ausserdem bietet die Koordinationsstelle Spitzensport eine Begleitung der Sportlerinnen und Sportler über die Ausbildungszeit hinweg an, so dass eventuelle Schwierigkeiten schon frühzeitig abgefangen und individuelle Lösungen zwischen Lernenden und Betrieben gefunden werden können.

Weitere Aktivitäten der Abteilung Berufsberatung

Die Berufsberatung arbeitet an der Nahtstelle zwischen Schule und Wirtschaft. Deshalb ist ein gutes Einvernehmen mit Institutionen, die ebenfalls in diesen

Bereichen tätig sind, von zentraler Bedeutung. Im Berichtsjahr konnten diverse Aktivitäten in Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen umgesetzt werden:

- Zusammenarbeit mit dem Schulamt sowie den Sekundarschulen bei der Planung und Weiterentwicklung der Aktivitäten im Bereich «Berufs- und Studienwahlvorbereitung»
- Weiterbildungsangebot und Workshop-Durchführung für Lehrpersonen zum Thema «Berufswahlprozess Liechtenstein» in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden
- Arbeitsmarktservice: Zusammenarbeit in Bezug auf die Reintegration von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt sowie im Speziellen in Bezug auf die Erstellung von Bewerbungsunterlagen bei Erwachsenen
- KBSB (Schweizerische Konferenz der Stellenleitenden der kantonalen Berufsberatungsstellen): Mitgliedschaft und aktive Teilnahme in der KBSB als schweizweite Organisation sowie ihrer ostschweizerischen Untergruppe
- Mitwirkung im von der Stiftung «Erwachsenenbildung Liechtenstein» initiierten Projekt «Weiterbildungsstrategie 2030»
- Freiwilliges Soziales Jahr Liechtenstein: Workshop Soziale Berufe
- Teilnahme an fachlichen Weiterbildungsveranstaltungen des SDBB (Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsbildung/Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) und des Kantons St. Gallen

Berufswahlverhalten der Jugendlichen im Sommer des Berichtsjahres

Berufswahlverhalten der 301 erfassten Schulabgängerinnen und Schulabgänger (aus den Ober- und Realschulen, Privatschule Formatio, Waldorfschule, Freiwilliges 10. Schuljahr):

- 71% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den dualen Berufsbildungszweig (214)
- 13% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten ein Brückenangebot, wie bspw. das 10. Schuljahr, das Sozial- oder Hauswirtschaftsjahr (38)
- 11% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den Weg über eine Mittelschule oder ein Gymnasium (34)
- 3% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger entschieden sich für eine Zwischenlösung, wie bspw. ein Praktikum oder den direkten Einstieg in die Arbeitswelt, oder eine andere Lösung (10)
- 2% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verfügten anfangs August des Berichtsjahres über keine Anschlusslösung (5)

Berufsbildung

Gesamtzahl der Lernenden

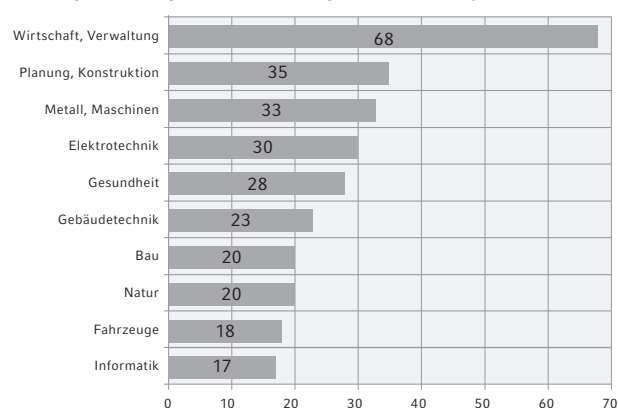
Die Gesamtzahl aller Lernenden per 31. Dezember betrug 1'071 in rund 100 verschiedenen Berufen. 38% der Lernenden sind Frauen und 62% Männer.

Lehrstellensituation per Sommer des Berichtsjahres

Bis 31. August 2022 sind insgesamt 384 Lehrverträge beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zur Genehmigung eingegangen. Im Jahr 2021 waren es total 399 genehmigte Lehrverträge. Nach wie vor ist das Berufsfeld Wirtschaft, Verwaltung mit 68 genehmigten Lehrverhältnissen das meistgewählte Berufsfeld. Die Berufswahl-Hitliste der zehn meistgewählten Berufsfelder gleicht – mit geringfügigen Änderungen – in etwa derjenigen der vergangenen Jahre. Per 31. August waren 89 (Vorjahr: 74) von den Lehrbetrieben angebotenen Lehrstellen unbesetzt. Die Entwicklung der von der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Anzahl Ausbildungsplätze in den vergangenen vier Jahren bewegt sich auf konstant hohem Niveau.

Berufswahl-Hitliste der 10 meistgewählten Berufsfelder

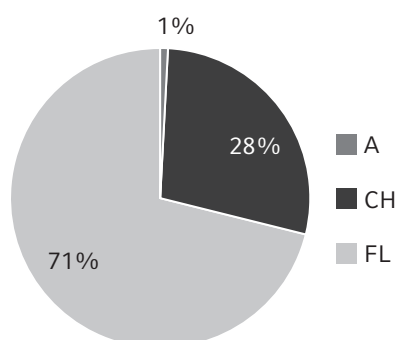
Lehrbeginn Sommer 2022 (Stand 31. August 2022)
Total genehmigte Lehrverträge = 384 (Vorjahr 399)



Aufteilung der Gesamtzahl an Lernenden nach Wohnsitzland

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil an Lernenden – bezogen auf ihr Wohnsitzland (Liechtenstein, Schweiz oder Österreich) – minimal verändert.

Anzahl Lernende nach Wohnsitzland (Liechtenstein/Schweiz/Österreich)



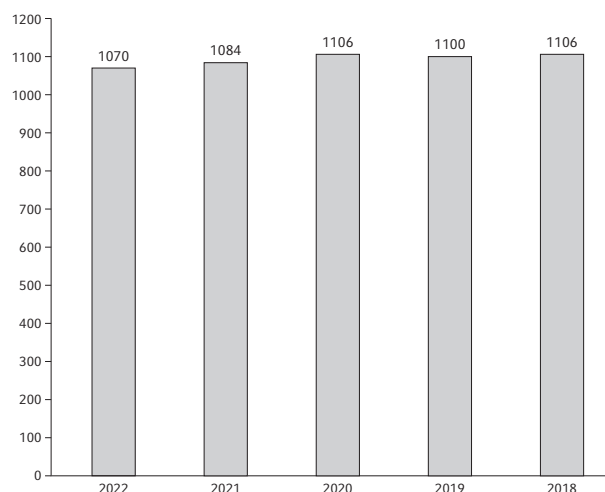
Aufteilung der Gesamtzahl an Lernenden nach Wirtschaftsbereich

Die Aufteilung nach Anzahl Lernende pro Wirtschaftsbereich zeigt, dass die beiden Bereiche «Gewerbe» und «Industrie» rund 70% der lernenden Personen in Liechtenstein ausbilden.

Anzahl Lernende je Wirtschaftsbereich

Wirtschaftsbereich	Lehrverhältnisse	
	Anzahl	in %
Bank	63	5.9
Gastronomie	18	1.7
Gemeinden und Verwaltung	38	3.5
Gesundheit	89	8.3
Gewerbe	410	38.3
Haus- und Landwirtschaft	37	3.5
Industrie	324	30.3
Kindertagesstätten	30	2.8
Öffentlich-rechtliche Unternehmen	28	2.6
Treuhand	27	2.5
Versicherung	6	0.6
Total	1'070	100

Entwicklung Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung 2018 bis 2022



Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil an Lernenden bzw. die beim Amt registrierte Anzahl an Lehrverhältnissen um 1.3% gesunken.

Lehrvertragsauflösungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 66 Lehrverhältnisse vonseiten der Lernenden und der Lehrbetriebe aufgelöst. Dies entspricht einer Auflösungsquote von 6.2% (Vorjahr: 8.4%).

Nach der Lehrvertragsauflösung:

- haben 18 lernende Personen die Lehre in einem anderen Betrieb fortgesetzt
- hat eine lernende Person den Lehrberuf gewechselt
- haben fünf lernende Personen ein Brückenangebot in Angriff genommen
- haben sich sieben Lernende entweder für ein Studium, eine weiterführende Schule oder ein Praktikum entschieden
- wählten drei jugendliche Personen den direkten Einstieg in die Arbeitswelt
- nehmen drei jugendliche Personen die Dienstleistungen der Abteilung Berufsberatung in Anspruch
- sind dem Amt von 29 lernenden Personen die Anschlusslösungen per Ende Berichtsjahr (Vorjahr 38) nicht bekannt bzw. nahmen diese keine weiteren Dienstleistungen des Amtes in Anspruch. Davon haben elf Lernende ihren Wohnsitz in der Schweiz, welche gegebenenfalls weitere Dienstleistungen in ihrem jeweiligen Wohnsitzkanton in Anspruch genommen haben.

Abschlussprüfungen

Im Berichtsjahr haben gesamthaft 356 Lernende die Lehrabschlussprüfung absolviert. 330 Lernende haben die Lehrabschlussprüfung mit Erfolg bestanden, 26 Lernende haben nicht bestanden. Die Erfolgsquote liegt bei 93%. 13 Lernende haben gleichzeitig die lehrbegleitende Berufsmittelschule abgeschlossen (neun in kaufmännischen und vier in industriellen/gewerblichen Lehrberufen).

Standortbestimmungen (Zwischenprüfungen)

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 35 Standortbestimmungen abgenommen. 28 waren generell angeordnete Standortbestimmungen für bestimmte Lehrberufe (d.h. auf Antrag der Wirtschaft) und sieben wurden infolge Erstausbildung durchgeführt.

Teilprüfungen

Im Berichtsjahr wurden 73 Teilprüfungen – Bestandteil des Qualifikationsverfahrens (Lehrabschlussprüfung) – abgenommen. Diese Teilprüfungen wurden in den Lehrberufen Anlagen- und Apparatebauer/in FZ, Automatiker/in FZ, Coiffeur/Coiffeuse FZ, Elektroniker/in FZ, Konstrukteur/in FZ, Landmaschinenmechaniker/in FZ, Motorgerätemechaniker/in FZ, Multimediaelektroniker/in FZ, Polymechaniker/in FZ, Produktionsmechaniker/in FZ, Physiklaborant/in FZ und Schreiner/in FZ durchgeführt.

Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz

Die 49. Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz fand am 19. August 2022 statt. 38 junge Berufsleute (15 Frauen/23 Männer), welche ihre Ausbildung mit einem Gesamtnotendurchschnitt von ≥ 5.3 bzw. in Österreich mit Auszeichnung abgeschlossen haben, durften sich ins «Goldene Buch» eintragen.

Anzahl Lehrabsolventinnen/Lehrabsolventen nach Berufen, die sich ins Goldene Buch eintragen durften

Lehrberuf	w	m	
Total			
Anlagenführer FZ		1	1
Automatiker EFZ		1	1
Detailhandelsfachmann FZ oder EFZ		2	2
Drogistin FZ	1		1
Elektroniker FZ		1	1
Fachfrau Betreuung FZ	1		1
Fachfrau Gesundheit FZ	1		1
Fachmann Betriebsunterhalt FZ		1	1
Gärtner FZ		1	1
Heizungsinstallateurin FZ	1		1
Informatiker FZ		2	2
Kauffrau/Kaufmann FZ	3	2	5
Konstrukteurin/Konstrukteur FZ	1	4	5
Laborant FZ		1	1
Lebensmitteltechnologin EFZ	1		1
Malerin EFZ	1		1
Maurerin FZ	1		1
Medizinische Praxisassistentin EFZ	1		1
Milchtechnologin FZ	1		1
Physiklaborant FZ		2	2
Polymechaniker FZ		1	1
Schreiner FZ		3	3
Strassenbaupraktiker BA		1	1
Werkstofftechnikerin FZ	1		1
Winzerin EFZ	1		1
Total	15	23	38

Lehrstellenumfrage

Für Lehrbeginn Sommer 2023 wurde im August des Berichtsjahres bei den Lehrbetrieben die erste Lehrstellenumfrage durchgeführt. Von den Lehrbetrieben wurden insgesamt 440 Lehrstellen als frei gemeldet, was im Vergleich zum Vorjahr (391) eine Erhöhung von rund 11% bedeutet.

Ausbildungsbewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 51 Ausbildungsbewilligungen in verschiedenen Lehrberufen erteilt. Aktuell sind beim Amt 553 Lehrbetriebe registriert, wovon derzeit 274 Betriebe aktiv lernende Personen in verschiedenen Lehrberufen ausbilden.

Amts-EDV

Liechtenstein ist seit 2007 Mitglied des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF). Im Berichtsjahr wurden verschiedene technische Anpassungen vorgenommen sowie Benutzerverbesserungen an der Amtssoftware (Kompass 3, Firma Abraxas AG) umgesetzt.

Kommissionen und Konferenzen

Das Amt hat im Berichtsjahr an folgenden Anlässen teilgenommen:

- Am 25. Februar wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Bern abgehalten. Besprechungsschwerpunkte bildeten: das Budget und die Wahlen der Fachkommissionen der SBBK, die Leistungsvereinbarung für die Informatik-Lehrberufe, die Positionierung der Höheren Fachschulen, Update zu den Zielen und der Organisation der Swiss Skills, die direkten und indirekten Kosten der beruflichen Grundbildung für Erwachsene, die digitale Übermittlung von Schulhalbtagen sowie der Informationsaustausch und die Finanzierung betreffend die neuen kaufmännischen Lehrberufe (NKG).
- Die jährliche Mitgliederversammlung des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF) erfolgte am 15. März in Zürich. Zirkularbeschlüsse waren nebst der Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung die Beschlüsse der strategischen Handlungsfelder, die Kenntnisnahme der Finanzplanung 2023 bis 2027, die Festsetzung der Mitgliederbeiträge für das Budget 2023 sowie die erforderlichen Wahlen für die Besetzung des Vorstandes.
- Am 1. April wurde in Arenenberg im Kanton Thurgau die Tagung Lehraufsicht Ost abgehalten. Die Teilnehmenden tauschten sich über verschiedene Themen zur beruflichen Grundbildung aus.
- Am 5./6. Mai wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (KBSB) abgehalten. Besprechungsschwerpunkte bildeten: Swiss-Skills 2022, berufliche Standortbestimmung für Personen über 40 (Projekt viamia), nationale Strategie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.
- Am 19./20. Mai wurde die Mitgliederversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Neuchâtel abgehalten. Schwerpunktthemen waren die personellen Änderungen der Geschäftsstelle, die Ziele der erweiterten Fachkonferenzen, der aktuelle Stand der Grundlagenarbeiten für die Weiterentwicklung der Berufsmaturität 2030, die überbetrieblichen Kurspauschalen für das Schuljahr 2022/2023, der Jahresbericht, der aktuelle Stand der laufenden Berufsbildungsprojekte 2030 sowie die SBBK-Kommissionswahlen.
- Am 15. September wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Bern durchgeführt. Themenschwerpunkten waren die Bildungsgänge der schulisch organisierten Grundbildungen beim neuen Lehrberuf Kaufmann/-frau, der interkantonale Radio-Tag der Berufsbildung, der aktuelle Stand des Projekts in Sachen harmonisierter Datenaustausch zwischen den Berufsbildungsämtern sowie die Optimierung der Datenflüsse und Positionierung der Höheren Fachschulen.

- Die Herbsttagung der Prüfungsleiter erfolgte am 27./28. Oktober in Glarus. Neben Informationen aus der Subkommission Prüfungsleiter und dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung und Berufsberatung (SDBB) sowie der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung (EHB) wurden Erfahrungen im Bereich des Lehrabschlussprüfungs-wesens ausgetauscht. Innerhalb der Tagung fanden Workshops zu den Themen Zusammenarbeit der Bildungssachverständigen mit den Prüfungsleitern, Vollzugsfragen im Qualifikationsverfahren, elektronisches Qualifikationsverfahren und Prüfungssoftware, Akteneinsicht und Beschwerden sowie Ausstellung von Nachteilsausgleichen statt.
- An der Herbsttagung der Kommission Berufliche Grundbildung (KBGB) vom 10./11. November tauschten sich die Teilnehmenden zum Thema «Alles anders?! – Unterstützung von Jugendlichen in der Berufsbildung heute» in Schaffhausen aus.

Berufsbildungsbeirat

Der Berufsbildungsbeirat befasste sich im Berichtsjahr an vier Sitzungen mit Fragen zur Stärkung der Bildung, insbesondere der dualen Berufsbildung. Der Schwerpunkt lag dabei vor allem auf der Umsetzung der Teilprojekte Markenkommunikation next-step, Weiterentwicklung der Webplattform next-step.li sowie Organisation und Durchführung der 8. Berufs- und Bildungstage next-step im SAL in Schaan. Des Weiteren tauschten sich die vertretenen Organisationen und Verbände über aktuelle Fragen rund um den Berufswahlprozess, das Lehrvertragswesen sowie über die Zusammenführung der beiden Berufsfachschulstandorte Sargans und Buchs zum heutigen Berufs- und Weiterbildungszentrum bzbs aus. Im Juni des Berichtsjahres wurde der Vertreter der Berufsfachschulen Herr Dr. Daniel Miescher (Rektor des bzbs) für den Rest der Mandatsperiode 2021 bis 2025 als Nachfolger von Herr Benedikt Heeb (Rektor bzb) in den Berufsbildungsbeirat bestellt.

Qualifikationsverfahren im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie

Im Mai des Berichtsjahres wurden die Lehrbetriebe sowie die Lehrabsolventinnen und Lehrabsolventen in Liechtenstein über die Modalitäten der Qualifikationsverfahren 2022 informiert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Lehrabschlussprüfungen im Sommer im Rahmen der geltenden Bildungsverordnungen regulär durchgeführt werden konnten. Die Modalitäten in Sachen Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfungen) wurden vorsorglich von der Schweiz übernommen und von der Regierung ins liechtensteinische Recht überführt, so dass für die Lernenden mit Lehrort Liechtenstein die gleichen Rahmenbedingungen und Vorgaben galten.

Auch die Lehrabschlussfeiern der beiden Wirtschaftsverbände Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) und der Wirtschaftskammer Liechtenstein (WKL) sowie der Anlass Eintragung ins Goldene Buch am 19. August konnten wieder im gewohnten Rahmen durchgeführt werden.

Mobilitätsprojekte

MOJA

Drei Arbeitnehmende aus Liechtenstein haben ihr Berufspraktikum in Europa erfolgreich abgeschlossen. Die Dauer eines Praktikums liegt/lag bei sechs Monaten. Die Praktika wurden in Malta und Österreich absolviert.

go to Europe

Der Gruppenaustausch während den Herbstschulferien konnte im Berichtsjahr wieder durchgeführt werden. Vier Lernende sind für ein Praktikum von vier Wochen nach Irland gereist und fünf Lernende haben einen Aufenthalt von 3 Wochen in Malta absolviert.

Akademie für Ausbilder – Internationale Bodensee Konferenz (IBK)

Ein Berufsbildner aus Liechtenstein hat die zweite Ausbildungsstufe erreicht und konnte das Zertifikat «IBK Ausbilder Stufe 2» entgegennehmen. Der Weiterbildungspass dient als Instrument, die Ausbildungskompetenz der Berufsbildner sichtbar zu machen.

Schulamt

Amtsleiterin: Rachel Guerra

Die Hauptaufgaben des Schulamtes sind die Planung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Bildungswesens im Kindergarten sowie im Schul- und Hochschulbereich. Dazu gehören die Aufsicht über die Schulen, die Verantwortung für das Lehrpersonal, das Schulleitungspersonal und das weitere Personal an den öffentlichen Schulen, die Erarbeitung von Rechts- und Planungsgrundlagen, die Verwaltung und der Betrieb von Schulen und schulnahen Betrieben (Hallenbad, Jugendhaus) sowie die damit zusammenhängende Vorbereitung der Regierungsgeschäfte und die Unterstützung der Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen im Hochschulbereich. Zentrale Aufgaben ergeben sich zudem im Zusammenhang mit den Schulübertritten, mit der Gewährleistung der Durchlässigkeit und der Anschlüsse an weiterführende Schulen und Hochschulen sowie bei der Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Einen weiteren Aufgabenbereich bildet die Verwaltung des Stipendienwesens.

Das Schulamt war zu Beginn des Berichtsjahres gefordert, den Schulbetrieb im Kontext der Covid-19-Pandemie aufrechtzuerhalten und erfolgreich zu bewältigen. In nahezu unmittelbarem Anschluss unternahm das Schulamt grösste Anstrengungen, die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Schulen in Liechtenstein zu antizipieren und adäquate Vorkehrungen für die Integration der ukrainischen Schülerinnen und Schüler zu treffen.

Im März des Berichtsjahres hatte das Bildungsministerium zusammen mit dem Schulamt umfassende Vorbereitungen für die Konzipierung eines neuen pädagogischen Konzeptes vorgenommen. Ziel dieses Konzeptes war es, dass mit Lernhubs auch eine grosse Anzahl schutzsuchender Kinder und Jugendlichen unterrichtet werden kann. In solchen Lernhubs arbeiteten bis zu drei Klassen alters- und stufengemischt gemeinsam. Zusammen mit den Gemeinden wurde nach passenden Räumlichkeiten gesucht. Parallel entwickelte das Schulamt in Zusammenarbeit mit Liechtenstein Languages den Deutsch-Intensivunterricht für die Lernhubs und organisierte das nötige Lehr- und Betreuungspersonal. Der erste Lernhub befand sich in den Räumlichkeiten des ehemaligen Gasthauses Engel in Balzers. Es folgte ein weiterer in Triesen.

Mit Schulbeginn 2022/2023 wurden auch 55 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine in Kindergarten, Primarschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium und das 10. Schuljahr eingeschult. Das Schulamt organisierte im Vorfeld eine Informationsveranstaltung für Eltern aus der Ukraine, wobei das Bildungssystem Liechtensteins vorgestellt wurde. Die ukrainischen Schülerinnen und Schüler waren auf nahezu alle Schulen des Landes verteilt; deren Einschulung wurde mit den Lehrpersonen und dem Schulamt vorbereitet. Nach dem Eintritt in den Regelunterricht erhielten die Schülerinnen und Schüler zusätzliche Förderungen, um ihre sprachlichen Kompetenzen auszubauen. 20 Schülerinnen und Schüler wurden weiterhin im Lernhub in Balzers und Triesen unterrichtet, bis sie ausreichende Deutschkenntnisse für den Regelunterricht erworben hatten.

Die Regierung hat im Berichtsjahr entschieden, die LiLe-Einführungsphase um ein Jahr zu verlängern. Obwohl an allen Schulen trotz der Covid-19-Pandemie intensiv an der Implementierung des Lehrplans weitergearbeitet wurde, konnten aufgrund der Kontaktbeschränkungen wichtige Weiterbildungen nicht stattfinden. Diese werden nun nachgeholt. Die Einführung des LiLe wird somit im Sommer 2024 abgeschlossen sein. Die bisherige Website www.lile.li wurde erneuert und bietet nun allen interessierten Personen eine übersichtliche Darstellung zum Kindergarten- und Pflichtschulbereich in Liechtenstein.

Trotz der durch die Corona- und Ukraine-Krise erschwerten Situation konnte das Schulamt mehrere grössere Projekte vorantreiben und/oder abschliessen:

Bis Ende des Schuljahres 2019/2020 wurde die Schulsozialarbeit nur in den Schulen Liechtensteins ab Sekundarstufe I angeboten. Aufgrund der positiven Erfahrungen während des vergangenen Jahrzehnts wird die

Schulsozialarbeit seit 2020 sukzessive auch auf alle Gemeindeschulen des Landes ausgeweitet. Damit wird Schülerinnen und Schülern in herausfordernden zwischenmenschlichen Situationen bestmöglich Hilfe geboten. Ausserdem stärkt die Schulsozialarbeit Lehrpersonen und Eltern in ihren Erziehungsaufgaben und unterstützt die Schule in sozialpädagogischen Belangen und Krisensituationen.

In Eschen begann mit dem neuen Schuljahr für 16 Kindergartenkinder erstmals der Waldkindergarten, der sich zunächst in einer vierjährigen Pilotphase befinden wird. Der Unterricht, der inhaltlich dem LiLe folgt, findet vier Tage pro Woche (bei nahezu jeder Witterung) im Wald statt. Ein Unterrichtstag wird im Kindergarten «Schönabüel» in Eschen durchgeführt.

Das ICT-Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden, die Schulen starteten flächendeckend mit Laptops oder Tablets ausgestattet ins neue Schuljahr. Im Berichtsjahr wurde in diesem Kontext zudem das Projekt «DigiBoost» lanciert, welches eine medienpädagogische und -didaktische Begleitung und Unterstützung der liechtensteinischen Schulen durch externe Dienstleister sicherstellt.

Die in Kooperation zwischen dem Bildungsministerium, Schulamt, dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sowie dem Liechtenstein-Institut erarbeitete «Bildungsstrategie 2025plus» wurde schrittweise weiterentwickelt und umgesetzt. Unter anderem fand ein Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bildung, Gesellschaft und Wirtschaft sowie diversen Verbänden statt.

Im vierten Quartal stand die Analyse möglicher Auswirkungen einer Energiemangellage aufgrund des Ukraine-Krieges auf öffentliche und private Schulen auf der Agenda des Schulamtes. Es wurden in diesem Zusammenhang umfassende Abklärungen hinsichtlich Strom- und Gasmangellage getroffen und die den Bildungssektor betreffenden systemkritischen Prozesse eingeschätzt.

Schulamtsintern wurde das Projekt LiVE, die «Liechtensteinische AktenVERwaltung», mit Erfolg umgesetzt. Gemäss Beschluss der Regierung gilt künftig das digitale Primat, das heisst, das Schulamt führt die massgeblichen Unterlagen in digitaler Form. Weiters bewältigte das Schulamt erfolgreich den personellen Umbruch, der sich auch aufgrund von Altersaustritten (mit teils langjähriger Berufserfahrung) als Herausforderung darstellte. Das Schulamt konnte alle Stellen adäquat besetzen.

Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Schulen

Nachdem im Februar des Berichtsjahrs der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine begann und in der Folge davon die ersten flüchtenden Familien aus der Ukraine in Liechtenstein eintrafen, wurden sogleich Lösungen für die schulpflichtigen ukrainischen Kinder und Jugendlichen im Alter von acht bis siebzehn Jahren realisiert. Die bestehenden zwei IK-DaZ-Klassen

(Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache, kurz IK-DaZ) waren zu diesem Zeitpunkt bereits gut von Migrantinnen und Migranten aus aller Welt besucht. Sie konnten die Vielzahl an ukrainischen Schülerinnen und Schüler nicht aufnehmen. In der Folge wurden weitere IK DaZ-Klassen gegründet, welche speziell für ukrainische Kinder und Jugendliche konzipiert wurden: IK DaZ 3 Balzers am 21. März, IK DaZ 4 Eschen am 4. April und IK DaZ 5 Vaduz am 2. Mai. Das Ziel war es, den Schülerinnen und Schüler einen schnellen Spracherwerb in der deutschen Sprache zu ermöglichen, um sie dann in die Regelschulen aufzunehmen. In jeder neuen IK-DaZ-Klasse wurden ein bis zwei ausgebildete Lehrpersonen angestellt, welche Deutsch unterrichten können und teilweise Erfahrung im DaZ-Unterricht hatten. Ihnen wurde jeweils eine ukrainische Lehrperson mit sehr guten Deutschkenntnissen zur Seite gestellt. Diese Lehrpersonen sind teilweise selbst vom Krieg geflohen. Ende Mai stellte sich heraus, dass aufgrund der Anzahl Flüchtlinge das Konzept der IK-DaZ-Klassen an seine Grenzen stossen wird, da aufgrund der personellen und räumlichen Ressourcen nicht ständig neue Klassen gegründet werden konnten. Ausserdem waren die Lehrpersonen der IK DaZ-Klassen 3–5 nur temporär bis zu den Sommerferien angestellt und wollten keine weiteren Verpflichtungen mehr eingehen.

Mit dem Lernhub wurde am 9. Juni im ehemaligen Gasthaus Alter Engel in Balzers ein neues, den Umständen entsprechend angepasstes Konzept ins Leben gerufen. Der Lernhub ist im Grunde eine IK-DaZ-Klasse mit mehreren Teilzeit-Lehrpersonen (teilweise auch aus der Ukraine), wobei der Unterricht stärker in Altersgruppen aufgegliedert und individueller stattfindet. Ausserdem sind wöchentliche Neueintritte möglich. Die Überführung in die Regelschulen findet individuell nach dem Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler statt. Die ukrainischen IK-DaZ-Klassen wurden per Ende Schuljahr 2021/2022 aufgelöst. Am 2. November konnten in den Räumlichkeiten im Swarovski-Gebäude in Triesen neue Räumlichkeiten für den Lernhub bezogen werden. Hier kann mit den durchschnittlich 20 Schülerinnen und Schülern und vier Lehrpersonen ein qualitativ besserer Unterricht gewährleistet werden, da eine ganze Etage mit insgesamt acht Räumen, davon zwei Grossräume, und entsprechender Infrastruktur zur Verfügung steht.

Projekt «Schul-ICT»

Das Ziel des Projekts «Schul-ICT» ist es, allen Lehrpersonen sowie den Schülerinnen und Schülern ein persönliches, mobiles Arbeitsgerät zur Verfügung zu stellen; dies in einem sicheren Umfeld, welches organisatorisch, technisch und rechtlich optimale Rahmenbedingungen zum Lehren und Lernen bietet. Im Berichtsjahr wurden aus Projektsicht folgende Ziele umgesetzt:

Im September 2021 wurde der Rollout der Endgeräte erfolgreich abgeschlossen. Bis im Januar des Berichtsjahres wurden die letzten offenen Fälle abgeschlossen sowie das alte Schulnetz ausser Betrieb genommen. Daraufhin hat sich das Projektteam vor allem mit Massnahmen zur erfolgreichen Betriebsüberführung beschäftigt, unter anderem durch die Präzisierung und Anpassung der Prozesse und Abläufe. Von grosser Wichtigkeit war dabei die ganzheitliche und institutionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen dem Schulamt, dem Amt für Informatik und den einzelnen Schulen. Dabei werden sie durch das im Sommer des Berichtsjahres freigegebene Betriebskonzept inklusive der Anhänge und die neugeschaffenen Gremien, den Betriebsausschuss und den Lenkungsausschuss unterstützt. Die Projektrisiken wurden in regelmässigen Kernteam- und Projektausschusssitzungen weiterhin besprochen. Die noch offenen Risiken und Massnahmen aus dem Risikomanagement wurden angemessen in den Betrieb überführt.

Am 31. Oktober wurde das Projekt offiziell abgeschlossen und in einer abgenommenen Projektabschlussbeurteilung dokumentiert, dass alle Ziele vollumfänglich erreicht wurden. Die Erneuerung der Druckerinfrastruktur in den öffentlichen Schulen wird als separates Projekt abgehandelt. Die noch offenen Pendenzen und Entscheidungen wurden vom Projektausschuss besprochen und mit der Betriebsüberführung an den Betriebsausschuss übergeben.

Die Beurteilung der Projektplanung hat gezeigt, dass es zu Beginn des Projekts leichte Verzögerungen gegeben hat. Dieser Rückstand konnte jedoch dank erfolgreichen Beschaffungen und effizienten Rollouts der Endnutzgeräte wieder aufgeholt und das Projekt zwei Monate früher als geplant abgeschlossen werden. Obwohl die qualitativen und zeitlichen Projektziele vollumfänglich erreicht wurden, bilden die Ergebnisse und Lieferobjekte des Projekts erst die Basis für die Umsetzung des Liechtensteinischen Lehrplans.

Die Projektkosten beliefen sich gesamthaft auf rund CHF 10.5 Mio. Das initial geplante Projektbudget von rund CHF 14.5 Mio. wurde somit eingehalten respektive um CHF 4 Mio. deutlich unterschritten. In der Projektabschlussbeurteilung wurde diese Unterschreitung mit den erfolgreichen Durchführungen von öffentlichen Ausschreibungen, der höheren Eigenleistung durch das Amt für Informatik und den reduzierten externen Schulungskosten begründet.

Die durch das Projekt zur Verfügung gestellte technische Umgebung schafft nun die Voraussetzung für die Erfüllung des neuen Lehrplans LiLe und kann als Start für die eigentliche Digitalisierung der liechtensteinischen Schulen gesehen werden. Diese Aktualisierung der Schulinformatik eröffnet den Schulen neue Möglichkeiten des methodisch-didaktischen Vorgehens im Unterricht sowie des individualisierten und selbstständigen Lernens. Dazu wurde den Schulen durch das

Projekt «DigiBoost» die Möglichkeit geboten, sich mit externen Unternehmen im Bereich Digitalisierung weiter zu entwickeln.

Einführung LiVE

LiVE wurde als Teil der Digitalisierungs-Roadmap für die Liechtensteinische Landesverwaltung (DiRoLL) am 1. März des Berichtsjahrs im Schulamt für die digitale Aktenverwaltung eingeführt und löst die bis anhin gültige physische Akte ab.

Ab diesem Datum wird der Nachweis der Geschäftstätigkeit im Schulamt auf einer digital geführten systematischen Aktenverwaltung geführt. Die Aktenverwaltung steht im Dienste der Transparenz, erlaubt den Nachvollzug der Verwaltungstätigkeit und unterstützt die effiziente Geschäftsabwicklung.

Die Geschäftsabwicklung ist im LiVE-Reglement beschrieben und legt Abläufe, Verfahren, Rollen und Zuständigkeiten betreffend Aktenverwaltung fest. Es bildet die Grundlage für die tägliche Arbeit mit dem LiVE-System. Es erklärt die organisatorische Gestaltung sowie die Umsetzung der Anforderungen an eine systematische Aktenführung. Generell sind in der Organisation des Schulamtes alle Mitarbeitenden verpflichtet, die Geschäfte in LiVE nach geltenden Vorgaben zu führen.

Öffentliche Schulen

Im Berichtsjahr wurden die schulbezogenen Regelungen in der Covid-19-Verordnung der epidemiologischen Lage ausser Kraft gesetzt. In der Folge waren somit auch die damit im Zusammenhang stehenden Vorgaben betreffend die schulspezifischen Schutzkonzepte sowie die Richtlinien für Schulleitungen und Lehrpersonen aufzuheben.

Bei der Stabsstelle Recht des Schulamtes wurde im September 2021 die Fachstelle Datenschutz (Datenschutzkoordinator) eingerichtet. Sie dient als Anlaufstelle für allgemeine und schulspezifische Datenschutzanfragen und übernimmt beispielsweise die Vorbereitung von Datenschutzvereinbarungen und -dokumenten mit externen Projektpartnern, die Bearbeitung datenschutzrechtlicher Anfragen und Begleitung datenschutzrechtlicher Beschwerdeverfahren in Zusammenarbeit mit den involvierten Abteilungen und unterstützt die öffentlichen Schulen bei sämtlichen Datenschutzfragen. Im Rahmen von Schulleitungskonferenzen und -tagungen werden verschiedene Sensibilisierungsschwerpunkte gesetzt, die die Einhaltung des Datenschutzes im Schulumfeld zum Ziel haben. Die Weiterbildungsveranstaltungen zum Datenschutz sind in erster Linie auf das Führungspersonal ausgerichtet und betreffen spezifische Inputs (etwa zum Betrieb von Schulwebsites u.Ä.). Seit Beginn des Schuljahres 2022/2023 führt der Datenschutzkoordinator des Schulamtes Schulungen für

das gesamte Lehr- und Verwaltungspersonal an sämtlichen öffentlichen Schulen durch. Diese werden durch fakultative Datenschutztests und Newsletter-Beiträge begleitet, um einen niederschweligen Zugang zum Thema zu ermöglichen. Im Herbst 2022 fand beim österreichischen Bildungsministerium ein Vernetzungstreffen zum Thema Datenschutz im Bildungswesen statt.

Personal an den öffentlichen Schulen

Die Erweiterung des Schulzentrums «Mühleholz II» in Vaduz und der Neubau des Schulzentrums «Unterland II» in Ruggell haben aufgrund von verschiedenen Verschiebungen von Klassen oder ganzen Schulstandorten (bspw. Realschule Schaan mit Sportschule sowie das Freiwillige 10. Schuljahr) auch Auswirkungen auf das Personal. Das Schulamt begleitet die Planung der Bauten und setzt sich mit den personellen Konsequenzen auseinander. Bei der Personalplanung für das Schuljahr 2022/2023 wurde bereits im Rahmen der Möglichkeiten die Planung der Zukunft mitberücksichtigt, da sich an der Realschule Schaan die Schülerinnen- und Schülerzahl auf 78 reduziert hat. Der Betrieb der Sportschule Schaan ist ein Garant, dass bis zur Zusammenlegung der Realschule Schaan mit dem Schulzentrum Mühleholz II pro Jahrgang mindestens eine Klasse geführt wird. Somit bleibt das Bild zur Personalplanung weiterhin realistisch, welches den Lehrpersonen im Herbst 2021 anlässlich einer Informationsveranstaltung zur Strategie zu Bauten und Personal aufgezeigt wurde.

Im laufenden Schuljahr konnten trotz steigendem Personalbedarf alle Stellen besetzt werden. Die Lage ist aber auch in Liechtenstein – abhängig von der Stufe oder der Fachrichtung – etwas angespannter als auch schon. Liechtenstein profitiert allerdings davon, dass grenzüberschreitend rekrutiert werden kann. Nichtsdestotrotz trifft das Schulamt auch Massnahmen zur Verbesserung der Situation sowie zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufes und steht dabei im Austausch mit den Lehrervereinen.

Koordination und Zusammenarbeit

Für das Zusammenwirken und die Koordination der Aufgaben im Bildungswesen organisiert das Schulamt neben den bilateralen Kontakten regelmässig Konferenzen und Tagungen mit den Schulleiterinnen und Schulleitern. Auch im Berichtsjahr waren verschiedene Sondersitzungen zur Pandemie notwendig. Auf Gemeindeebene trifft sich das Schulamt regelmässig mit den Vorsitzenden der Gemeenschulräte in Konferenzen, informiert dabei über aktuelle Entwicklungen und Beschlüsse, klärt Fragen und diskutiert aufkommende Fragestellungen.

Das Schulamt führt seit 2016 mit dem «Pädagogischen Dialog» eine Veranstaltung durch, die dazu dient, mit Lehrpersonen und Schulleitungen ein aktuelles

Thema zu diskutieren. Der 6. Pädagogische Dialog konnte am 9. März zum Thema «Schulen stärken – inklusiv handeln» mit Prof. Dr. Reto Luder, Pädagogische Hochschule Zürich, online durchgeführt werden. Der Referent gab den über 100 Teilnehmenden einen Blick ins Konzept der Inklusion und zeigte konkrete Handlungsoptionen auf, die Schulen im inklusiven Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten stärken.

Für die Eltern hat das Schulamt im Berichtsjahr wiederum sechs Ausgaben des Newsletters «schule heute» herausgegeben, um über aktuelle Themen des Schul- und Bildungswesens zu informieren. Zudem steht das Schulamt in regelmässigem Austausch mit dem Dachverband der Elternvereinigungen (DEV) und mit einzelnen unabhängigen Elternorganisationen. Derzeit gibt es zwölf Elternorganisationen im Verband und fünf unabhängige Organisationen. Die Sitzung mit den Lehrpersonenvereinen wurde auf Grund der Coronamassnahmen verschoben und im Januar 2023 abgehalten.

Frühe Förderung

Die «Frühe Förderung» hat zum Ziel, Kinder von der Geburt bis zum Kindergarteneintritt gezielt zu fördern, die persönlichen Ressourcen zu stärken und damit zur Chancengerechtigkeit beizutragen. Das Schulamt legt dabei den Fokus auf den Kindergarteneintritt und ermöglicht schulische Angebote, welche Kinder im Jahr vor dem Kindergarteneintritt gemeinsam mit ihren Bezugspersonen auf diesen wichtigen Schritt vorbereiten. Dabei werden vor allem die sprachlichen Kompetenzen gefördert. Dazu bietet das Schulamt geeignete Weiterbildungen an, welche auch Fachpersonen aus anderen Institutionen der Frühen Förderung (z. B. Spielgruppen, Kindertagesstätten etc.) besuchen. Das Schulamt steht in ständigem Austausch mit der Koordinations- und Beratungsstelle «Frühe Förderung» beim Eltern-Kind-Forum. Die Angebote zur Frühen Förderung an den Gemeindeschulen Balzers, Triesen, Vaduz, Schaan, Planken, Mauren-Schaanwald und Eschen-Nendeln haben noch mit Einschränkungen ihren Betrieb im Frühjahr aufgenommen. Die Gemeindeschulen Gamprin und Ruggell starteten ihr Angebot mit Beginn des Schuljahrs 2022/2023. Somit konnte die Anzahl der Gemeinden mit einem Frühförderangebot auf neun erweitert werden.

Im Berichtsjahr konnte der Betrieb aller Angebote weitgehend regulär geführt werden. Total ergab dies einen neuen Rekord von 249 Veranstaltungen mit insgesamt 1'536 Kindern und 1'187 erwachsenen Begleitpersonen. Knapp 60% der Teilnehmenden waren nicht-deutscher Muttersprache.

Berufliches Gesundheitsmanagement für Schulen

Das Konzept für das Betriebliche Gesundheitsmanagement für Schulen (BGM Schulen) wurde im Berichtsjahr der Regierung vorgelegt und bewilligt. Seit Juni verfügen nun neben der liechtensteinischen

Landesverwaltung auch die öffentlichen Schulen in Liechtenstein über ein Gesundheitsmanagement, welches die besonderen Rahmenbedingungen des Schulbetriebs berücksichtigt. Die Gesundheit und das Wohlbefinden von Lehrpersonen beeinflussen massgeblich das Schulklima sowie die Qualität des Unterrichts und damit auch die Gesundheit, die Leistungsmotivation und schlussendlich den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler. Aus diesem Grund umfasst das Konzept BGM Schulen das gesamte an einer Schule tätige Personal und schliesst zudem die Ebene des Schulamtes als übergeordnete Behörde mit ein.

Darüber hinaus wurde der seit 2005 bestehende Beratungsvertrag mit der Pädagogischen Hochschule Zürich erneut verlängert. An der PH Zürich haben Lehrpersonen und Schulleitenden aller Schulen die Möglichkeit, sich fachlich beraten zu lassen. Ziel dieses Angebotes ist es, die Lehrpersonen bei der beruflichen Weiterentwicklung zu fördern und Schulleitende in ihrer Führungsaufgabe zu unterstützen. In Ergänzung dazu wurde 2021 mit der Firma Movis AG (www.movis.ch) ein Vertrag zur externen Mitarbeitendenberatung geschlossen. Schulleitungen, Lehrpersonen und weitere schulische Mitarbeitende können sich professionell und unabhängig in betrieblichen, persönlichen, gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Fragestellungen unterstützen und beraten lassen.

Qualitätssicherung

Landesweite Leistungsdaten dokumentieren die Leistungsentwicklung über die Jahre hinweg und bilden eine wichtige Grundlage für den Bildungsbericht, der regulär 2023 erscheinen wird. So konnte im Berichtsjahr ein Pilot zu landesweiten Leistungsmessungen in den Fächern «Deutsch», «Mathematik» und «Englisch» an ausgewählten Schulen durchgeführt werden. Die Messungen namens «Check dein Wissen» finden am Ende der 2., 6. und 9. Klasse statt und werden ab dem Schuljahr 2022/2023 an allen Schulen durchgeführt.

Daten sind ein wertvolles Reflexionssystem auf allen Ebenen und tragen zu einem lebendigen Bildungsdiskurs bei. Evaluationen sind ein Bestandteil des Bildungscontrollings. Sie tragen zur Wissensgewinnung bei, unterstützen die Schulentwicklung und fliessen in die Rechenschaftslegung der einzelnen Schulen ein. Im Berichtsjahr konnte in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein-Institut eine umfassende Corona-Nachbefragung bei Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigten sowie Schulleitungen, Lehrpersonen und weiterem Schulpersonal durchgeführt werden. Die Studie gibt einige wichtige Rückmeldungen zur Befindlichkeit der Schulen und ihrer Akteure während der Pandemie und gibt Impulse zur Aufarbeitung. Der Schlussbericht wurde im August der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ausserdem wurde über das Schulamt das Angebot der Klassenhilfen evaluiert. Die Ergebnisse zeigten auf,

dass Klassenhilfen als wichtige Unterstützung aus den Schulzimmern nicht mehr wegzudenken sind. Als Folge der Evaluation wird das Konzept für die Klassenhilfen leicht angepasst und erweitert.

Statistik

Im Schuljahr 2022/2023 waren insgesamt 707 Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen beschäftigt. Davon waren 22 Lehrpersonen mit Schulleitungsaufgaben betraut. Im Berichtsjahr traten 49 Personen aus dem Schuldienst aus, 13 davon aus Altersgründen (Pensionierungen, Frühpensionierungen sowie vorzeitige Altersrücktritte). 60 Neuanstellungen (37 Personen mit Liechtensteinischer Staatsbürgerschaft), davon 19 Klassenhilfen, wurden vorgenommen. Im Kalenderjahr 2022 wurden 120 Leistungsmeilensteine durchgeführt. Mit den Schulleitungspersonen wurden die jährlichen Personalgespräche abgehalten.

Übertritte (aufsteigend) innerhalb der Sekundarstufe I (auf Beginn Schuljahr 2022/2023)

	1. OS-1. RS	1. OS-2. RS	2. OS-2. RS	4. OS-4. RS	1. RS-2. LG	2. RS-3. LG	3. RS-4. LG	4. RS-4. LG
ohne Prüfung	3	–	2	–	6	–	20	14
mit Prüfung	–	–	0	–	0	–	1	2
Gesamt	3	–	2	–	5	–	21	16

Repetitionen und Umteilungen in eine andere Schulart auf der Sekundarstufe (während/nach Schuljahr 2021/2022)

	1. RS – 1./2. OS	2. RS – 2./3. OS	3. RS – 3./4. OS	1. LG – 1./2. RS	2. LG – 2./3. RS	3. LG – 3./4. RS
Freiwilliger Wechsel	2	–	–	1	2	1
Umteilung	3	10	2	2	4	4
Gesamt Schulwechsel	5	10	2	3	6	5
Repetitionen	–	–	1	–	1	1

Kindergarten und Primarschule

Nach den erneut verschärften Massnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie in der Zeit vor Weihnachten 2021 und den von der Regierung gesprochenen verlängerten Weihnachtsferien war auch das erste Viertel des Berichtsjahres von den Auswirkungen der Pandemie noch immer geprägt.

Gegen Frühling wurde ein Grossteil der Massnahmen aufgehoben, sodass Veranstaltungen, Exkursionen und dergleichen nachgeholt und durchgeführt werden konnten.

Mit der pandemischen Entspannung konnten sich die Lehrpersonen auch wieder verstärkt dem Konzept «Mini Schual, dini Schual» zuwenden, wobei sie Unterrichtsbesuche in Klassen anderer Schularten planten und durchführten. Damit wird unter anderem das Ziel verfolgt, dass sich die Lehrpersonen über Unterrichtsmethoden und gelebte Werte in anderen Schularten mehr Wissen aneignen, die Arbeit von Kollegen der jeweils anderen Schularten würdigen und neue Ideen für die eigene Arbeit gewinnen.

An der Implementierung des neuen Lehrplans «LiLe» arbeiteten die Schulen trotz der Schwierigkeiten hinsichtlich einer mittelfristigen Planung von schulinternen Fortbildungen weiter. Durch Einbindung von Experten wurde das Verständnis für kompetenzorientierte Aufgabenstellungen einzeln und vernetzt an vielen Schulstandorten gefördert und geschärft. Gewonnene Erkenntnisse wurden mittels geschaffener Plattformen ausgetauscht und für schuleigene Konzepte geprüft und genutzt.

Auch auf Schulamtsebene wurden zugunsten der Lehrplanimplementierung weitere Konzepte geschaffen, angepasst und erweitert (z. B. Förderkonzept, Beurteilungskonzept 2. Teil).

Im 2. Semester des Schuljahres 2021/2022 wurden von den Schulleitungen schriftliche Rückmeldungen

zum Stand der LiLe-Implementierung an ihrem Schulstandort eingeholt. Die Regierung verlängerte schliesslich die Zeit für die LiLe-Implementierung um ein Schuljahr, begründet in den Verzögerungen durch die Coronapandemie. Ausserdem wurden im Herbst des Berichtsjahres die einst 14 Erwartungen an die Schulen für den Abschluss der LiLe-Implementierung durch konkrete Messkriterien präzisiert und an die Schulleitungen adressiert.

Mit den Gemeindeschulen Ruggell und Gamprin starteten zwei weitere Schulen mit einem Angebot für Frühe Förderung. Es wird im Wechsel der beiden Schulstandorte jeweils am Mittwochvormittag angeboten.

Die Zahl der Klassenhilfen, welche an elf verschiedenen Gemeindeschulen in Kindergärten und Primarschulen angestellt sind und das Lehrpersonal unterstützen, ist inzwischen auf 44 angewachsen. Vielseitige positive Rückmeldungen und Ergebnisse wurden auch in der Evaluation sichtbar, welche im Herbst des Berichtsjahres vom Schulamt durchgeführt und auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen und kommuniziert werden konnte. Eine zweite umfassende Weiterbildung für Klassenhilfen wird gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule St. Gallen aufgegleist und soll im Frühling 2023 durchgeführt werden.

Die Schulen profitieren ausserdem von der Arbeit der Schulsozialarbeit, die in Kürze an nahezu allen Schulstandorten der Gemeindeschulen zur Verfügung steht. Die Möglichkeit des Einsatzes von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie die Zusammenarbeit mit diesen auf Primarschul- und Kindergartenenebene wird von den Schulleitungen und Schulteams sehr geschätzt.

Am 17. August startete der erste Waldkindergarten Liechtensteins. Das Projekt der Gemeindeschulen Eschen-Nendeln wird mit 16 Kindern umgesetzt, die alle

in Eschen-Nendeln wohnhaft sind. Die Kindergruppe wird von je einer Kindergärtnerin (zwei im Jobsharing) und einer Hortbetreuerin auf der Eschner Rütte geführt. Die Kinder verbringen vier Tage im Wald und einen Tag (Mittwoch) im Kindergarten Schönabühl. Dreimal wöchentlich wird im Wald gekocht und gegessen. Der vierjährige Schulversuch war am 14. Juli 2021 von der Regierung bewilligt worden.

Auf der Suche für ein neues Instrument zur externen Leistungsmessung für die einst durchgeführten Standardüberprüfungen wurde im Juni des Berichtsjahres ein Pilot unter Beteiligung von vier Primarschulklassen (2. Klasse/Stufe 4) durchgeführt. Das Produkt wurde vom Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich (Urs Moser) bezogen, die Durchführung wurde mit dieser Universität geplant und durchgeführt. Der Umsetzung und Auswertung folgte eine Evaluation, die schliesslich zur Entscheidung führte, das Instrument nach entsprechenden Anpassungen in den folgenden Jahren definitiv in allen 2. Klassen der Primarschule einzusetzen, zusätzlich in definierten weiteren Stufen der weiterführenden Schulen.

Alle vorgesehenen Lehrpersonenbeurteilungen (Meilensteine) des Berichtsjahres wurden von den Inspektorinnen und Inspektoren durchgeführt, die Stellenplanung und -besetzung wurde sichergestellt und die Leistungsdialoge mit den Schulleitungen wurden ebenfalls umgesetzt.

Oberschule

Die Zuteilungsquoten in den Oberschulen zeigen sich mehr oder weniger konstant. Die Oberschule Triesen startete mit einer Klasse weniger ins Schuljahr 2022/2023, während die Oberschule Eschen eine Klasse mehr führt. Die Zahlen der Oberschule Vaduz sind gleichbleibend.

Durch den Leitgedanken der Inklusion sind nun auch in den Oberschulen vermehrt Kinder und Jugendliche mit stärkeren Beeinträchtigungen zu verzeichnen. Infolge dessen werden immer mehr individuelle Klassenhilfen eingestellt, um die Lehrpersonen zu entlasten und den Schulbesuch für die Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Gleichzeitig stellt die höhere Leistungsbandbreite die Lehrpersonen eine zusätzliche Herausforderungen. Die Oberschule hat aber auch einen Bildungsauftrag für die stärkeren, manchmal einseitig gut begabten Schülerinnen und Schüler und muss diese befähigen, im Wettbewerb mit Schülerinnen und Schüler der anderen Schularten in der Berufswelt zu bestehen.

Schwerpunktthemen in den Lehrkräfteteams waren die Digitalisierung durch «DigiBoost», die Auseinandersetzung mit dem Liechtensteiner Lehrplan, die Durchführung von «Mini Schual – dini Schual» und die Wiederaufnahme und Durchführung von Schul- und Klassevents, auch mit externen Betrieben und Organisationen.

Realschule

Die Einführungsphase des LiLe beschäftigt die Realschulen im Berichtsjahr weiterhin. Nach der Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen mit Convertibles setzten sich die Lehrerteams im Rahmen von «DigiBoost» mit der pädagogisch-didaktischen Umsetzung auseinander. Dabei werden sie von Fachpersonen begleitet, welche die Teams bei ihren Stärken abholen und sie in der Weiterentwicklung begleiten.

Die Schulanlässe für die Schülerinnen und Schüler wurden vereinzelt pandemiebedingt abgesagt. Mehrheitlich können diese im laufenden Schuljahr nachgeholt werden. Besondere Anlässe wie auch die Veranstaltungen zur Berufswahl konnten im bewährten Rahmen durchgeführt werden.

Die fünf Realschulen haben mit schulhauseigenen Schwerpunkten auf Themen spezialisiert, welche die Teams besonders intensiv bearbeiten. Solche Themen sind Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM), Lernatelier und Coaching, digitale Medien im Unterricht, voneinander lernen durch Classroomwalkthrough (CWT), Individualisierung und Differenzierung im Unterricht, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie Schulentwicklung.

Bezüglich der Weiterbildungen im Rahmen des Schilf-Angebotes wurden zusätzliche Schwerpunktthemen wie Suchtprävention, Absentismus, Psychische Gesundheit und BLS-AED gesetzt.

Freiwilliges 10. Schuljahr

Zu Schuljahresbeginn 2021/2022 starteten 43 Schülerinnen und Schüler im Freiwilligen 10. Schuljahr – ca. 20% weniger als im vorangegangenen Schuljahr. Neben der Pro lingua und zwei Klassen im Profil Cyberclass wurde mit der Zukunftsbrücke auch eine Kleinklasse geführt. Im Lauf des Schuljahrs wurden nachträglich vier Jugendliche nach Lehrabbrüchen im ersten Lehrjahr für eine Neuorientierung aufgenommen, gleichzeitig haben auch sechs Lernende die Schule verlassen, um in ein Praktikum (5) oder eine Berufslehre (1) einzutreten. Die Lehrpersonen engagieren sich stark bei der Lehrstellensuche ihrer Schülerinnen und Schüler und sind auch mit der Wirtschaft gut vernetzt. Die Quote der erfolgreichen Anschlusslösungen liegt konstant bei über 90% – so auch zum Ende des Schuljahrs 2021/2022 im Juli. Zum Schulstart für das Schuljahr 2022/2023 im August konnte ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen durch die Aufnahme von insgesamt elf Flüchtlingen aus der Ukraine ausgeglichen werden. Ende Berichtsjahr verfügen erst ca. 40% der Schülerinnen und Schüler über eine Lehrstellenzusage oder die Zusage für die Aufnahme in eine weiterführende Schule. Bei einem Teil der Jugendlichen erschweren verschiedene Umstände (Lernschwierigkeiten, physische und psychische Beeinträchtigungen, soziales Umfeld) die Arbeit erheblich. Dies macht zum Teil grosse Anstrengungen in Verbindung mit individueller Betreuung

erforderlich, um bis zum Ende des Schuljahres für alle Schülerinnen und Schüler eine gute Anschlusslösung zu realisieren. Die sehr guten konzeptionellen, organisatorischen und räumlichen Rahmenbedingungen, ein erfahrenes Lehrerteam und die gute Zusammenarbeit mit den Partnern aus der Wirtschaft, mit Ämtern und Behörden sowie Fachpersonen externer Institutionen tragen Jahr für Jahr zum Erfolg der Schule bei.

Liechtensteinisches Gymnasium (LG)

Die Erweiterungsbauten am Standort Mühleholz, für die im Januar 2023 der erste Spatenstich erfolgen soll, waren im Berichtsjahr immer wieder präsent. Dafür verantwortlich war vor allem die Arbeitsgruppe Umnutzung, die regelmässig von ihrer Arbeit berichtete. Diese Gruppe erarbeitet Grundlagen und Vorschläge für die zukünftige Raumnutzung der freiwerdenden Zimmer und Flächen im bestehenden LG, nach dem Bezug der neu errichteten Schulgebäude. Der Einbezug der Schülerinnen und Schüler in diese Arbeit war für das LG von Anfang an enorm wichtig. Eine Schülerin und ein Schüler sind in der Arbeitsgruppe Umnutzung vertreten und können mitgestalten und mitentscheiden.

Die Gesundheit der Jugendlichen ist ein Thema, das nach Corona noch mehr an Bedeutung erhalten hat. An einer ganztägigen Weiterbildung beschäftigte sich das LG mit der psychischen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler. Das Interesse an diesem Thema war sehr

gross und so werden im kommenden Jahr drei weitere Workshops angeboten.

Prof. Merz von der Pädagogischen Hochschule Thurgau, setzte mit seinem Referat «Guter Unterricht in einer Kultur der Digitalität» den Ausgangspunkt für einen weiteren Arbeitsschwerpunkt. Bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema spielt auch die Meinung der Schülerinnen und Schüler eine wichtige Rolle. Das LG wird sich in den kommenden Jahren mit verschiedenen Bereichen zu diesem Schwerpunkt beschäftigen.

Als besonderes Projekt im Berichtsjahr kann das 85-Jahr-Jubiläum erwähnt werden. Das Collegium Marianum wurde am 15. September 1937 gegründet. Am Tag der offenen Tür, am 17. September, bot das LG einen spannenden Einblick in ein vielfältiges Schulleben. Das Gymnasium durfte sich über äusserst viele Besucherinnen und Besucher freuen.

Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan und am Gymnasium

Im Berichtsjahr besuchten 80 Schülerinnen und Schüler aus neun verschiedenen Sportfachverbänden die Sportschule Liechtenstein. 47 Talente nutzten die schulische Sportförderung auf der Sekundarstufe I (Realschule Schaan) und 33 auf der Sekundarstufe II (Liechtensteinisches Gymnasium). Insgesamt sind zehn verschiedene Sportarten an der Sportschule vertreten, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

Übersicht der Sportschülerinnen und Sportschüler 2022

Verband	LFV	LVB	LRV	LEV	LSV	LTV	Swiss Swimming	LSCHV	JVL		
	Fussball	Volleyball	Radsport	Eislaufen	Skisport Alpin	Skisport Nordic	Tennis	Artistic Schwimming	Schwimmen	Judo	Gesamt
Sportschule Schaan	18	0	1	1	13	4	4	1	2	3	47
Gymnasium Oberstufe	9	9	1		3	3	1	0	4	3	33

Berufsmaturitätsschule Liechtenstein (BMS)

Im Schuljahr 2021/2022 wurden vier Vollzeitlehrgänge sowie zwei berufsbegleitende Tageslehrgänge geführt. 76 Studierende hatten die Ausbildung im Vollzeitlehrgang in den Schwerpunkten «Gestaltung und Kunst», «Gesundheit und Soziales», «Technik, Architektur, Life Sciences» sowie «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft und Typ Dienstleistungen» gestartet. 25 Studierende begannen im berufsbegleitenden Tageslehrgang («Schwerpunkt Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft», sowie «Technik, Architektur, Life Sciences»). Der Entscheid des Kantons St. Gallen, auf die individuelle Kostengutsprache umzustellen, führte erwartungsgemäss zu weniger Studierenden. Wie ebenfalls erwartet, besuchten aber trotz der neuen Rahmenbedingungen nach wie vor Studierende aus dem Kanton St. Gallen die BMS in Vaduz. Zusätzlich zu den neuen Studierenden werden 21 Studierende im 3. Semester des berufsbegleitenden Tageslehrgangs («Gesundheit und Soziales» sowie «Technik, Architektur, Life Sciences») unterrichtet. Der am 23. Oktober organisierte und unter strikter Einhaltung der Schutzmassnahmen durchgeführte Informationstag belegte das anhaltende Interesse an der BMS Liechtenstein. Junge Erwachsene aus Liechtenstein, aus dem Kanton St. Gallen und aus Vorarlberg haben anlässlich des Informationstages ihr Interesse an einem Schulbesuch bekundet.

Koordination Fachbereich Sprachen

Der Fachbereich Sprachen umfasst die Teilbereiche Deutsch als Erstsprache, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und die Fremdsprachen. Über das Schulamtskontingent werden Koordinationsaufgaben im Bereich Fremdsprachen einer Lehrperson übertragen. Sie organisiert Weiterbildungen, klärt verschiedene Fragen zu Lehrmitteln und übernimmt Kommunikations- und Vernetzungsaufgaben gegenüber dem Schulamt und den Lehrpersonen der verschiedenen Schularten. Zudem finden regelmässig pädagogisch-didaktische Treffen mit den Sprachassistentinnen statt. Die Steuergruppe Sprachen koordiniert Themen im Bereich des Sprachlernens auf Schulamtsebene, bereitet Lehrmittelentscheide vor und bearbeitet Aufgaben und Fragen aus Gremien der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) oder aus dem Europäischen Fremdsprachenzentrum (EFZM) in Graz, wo das Schulamt Liechtenstein vertritt. Ebenfalls wird der Austausch über die aktuellen Arbeiten im Rat für deutsche Rechtschreibung in dieser Gruppe gepflegt. Im Berichtsjahr konnte zur Umsetzung der Massnahmen zur Förderung des Faches Französisch auf Sekundarstufe I über den Leistungsauftrag mit dem Verein «Liechtenstein Languages» ein interaktives Atelier «Vivre la langue» entwickelt werden. Die Arbeitsgruppe Englisch übertritt (schulartenübergreifend) konnte ihre Arbeit zur Aktualisierung der verbindlichen Ziele im Übergang zur Sekundarstufe I abschliessen. Die Arbeitsgruppe Deutsch (Realschulen)

hat einen allgemeinen Stoffverteilungsplan für alle Realschulen geschaffen, welcher die Kompetenzen des Lehrplans angemessen berücksichtigt.

Koordination Fachbereich Ethik und Religionen

Die Koordination in diesem Fachbereich bezieht sich auf Fragen im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht sowie auf die Religionen im Kontext der Schule. Weitere wichtige Tätigkeitsbereiche sind der Austausch mit den Religionsgemeinschaften bzw. den entsprechenden Lehrpersonen, die Weiterbildung für Lehrpersonen sowie Kommunikation und Information. An den Pflichtschulen werden sowohl katholischer oder evangelischer als auch konfessionsloser, religionskundlicher Unterricht «Ethik und Religionen» angeboten. Im Schuljahr 2022/2023 erteilen insgesamt 27 Lehrpersonen konfessionellen Religionsunterricht und 58 Lehrpersonen Unterricht in «Ethik und Religionen» (religionskundliche Ausrichtung). Der Teilbereich «Ethik und Religionen» des Faches «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG) an der Primarschule befindet sich im Berichtsjahr im vierten Jahr der Einführung. Die Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen der Primarschule, welche noch keine Ausbildung in Ethik und Religionskunde aufweisen, wurden im Juni des Berichtsjahres abgeschlossen.

Im Schuljahr 2022/2023 besuchen auf der Primarstufe 1'249 Schülerinnen und Schüler den katholischen Religionsunterricht (68%) und 579 Schülerinnen und Schüler (32%) besuchen das Teilfach «Ethik und Religionen». 19 Schülerinnen und Schüler (1%) besuchen den evangelischen Religionsunterricht. Der evangelische Religionsunterricht findet in zwei Gemeinden statt und wird von zwei Lehrpersonen unterrichtet.

Auf der Sekundarstufe I wählen die Schülerinnen und Schüler zwischen dem konfessionellen Religionsunterricht und dem religionskundlichen Unterricht «Ethik und Religionen». 1'081 Schülerinnen und Schüler (81%) wählen «Ethik und Religionen», 251 Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen (19%) besuchen den katholischen Religionsunterricht, welcher von drei Lehrpersonen erteilt wird. Auf der Sekundarstufe I unterrichten insgesamt 20 Lehrpersonen das religionskundlich ausgerichtete Fach «Ethik und Religionen». Auf der Sekundarstufe gibt es keinen evangelischen Unterricht. Die evangelische Kirche bietet aber für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I einen ausserschulischen Vorkonfirmandenunterricht an, welcher vom Land Liechtenstein finanziell unterstützt wird. 25 Schülerinnen und Schüler der Primarschule besuchen im Schuljahr 2021/2022 zusätzlich einen islamischen Religionsunterricht, der als Wahlfach in Nendeln, Vaduz und Triesen für altersdurchmischte Gruppen erteilt wird.

Fragen der Zusammenarbeit mit dem Erzbischof werden in der Paritätischen Kommission, bestehend aus drei von der Regierung bestellten Mitgliedern und Vertretern des Erzbistums Vaduz unter der Leitung des Schulamts,

einmal jährlich besprochen. An Weiterbildungsveranstaltungen im Fachbereich «Ethik und Religionen» konnten sich die Lehrpersonen über «Verschwörungsmythen und kritische Meinungsbildung» informieren sowie das «Haus der Religionen» in Bern kennenlernen.

Koordination Fachbereich Sport

Die Aufgaben des Fachbereichs Schulsports sind die Qualitätssicherung und -entwicklung des Schulsports, die Koordination des Fachbereichs Schulsport und die Leitung der Arbeitsgruppe Schulsport. Im Berichtsjahr konnten 20 Kurse im Freiwilligen Schulsport mit 180 Teilnehmenden auf der Primarstufe durchgeführt werden. Auf der Sekundarstufe I wurden landesweit drei Kurse mit 40 Schülerinnen und Schülern angeboten. Dieses fakultative Angebot ergänzt den obligatorischen Schulsport und wird von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Freizeit besucht. Es bietet eine gute Grundlage, um koordinative und konditionelle Fertigkeiten zu entwickeln und das Bewegungsrepertoire zu erweitern. Im ersten Halbjahr kam es coronabedingt immer wieder zu geringfügigeren Kursunterbrüchen.

Die beliebten nationalen Schulsportmeisterschaften in den verschiedensten Disziplinen konnten bereits in der Mitte des ersten Halbjahres wieder ordnungsgemäss durchgeführt werden. An den fünf Veranstaltungen wurden ca. 1'000 Schülerinnen und Schüler gezählt. Der Olympic Day für die Primarstufen wurde in Kooperation mit dem Liechtenstein Olympic Committee zum vierten Mal durchgeführt. Der dezentrale Sportanlass mit 33 Sportstationen (im ganzen Land verteilt) und über 990 aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnte wiederum als voller Erfolg gewertet werden.

Koordination Fachbereiche Gestalten und Wirtschaft, Arbeit und Haushalt

Die Koordinatorin für Gestalten und Wirtschaft, Arbeit und Haushalt (WAH) koordiniert den Austausch in den Fachbereichen über die Stufen hinweg, leitet gemeinsame Projekte und organisiert sowie begleitet fachrelevante Weiterbildungsangebote. Für die nötigen Nachqualifikationen in den einzelnen Fachbereichen Gestalten ist die Koordinatorin zusammen mit dem Schulamt an der Planung. Diese starten im Jahr 2023 und befähigen Lehrpersonen dazu, alle drei Teilbereiche Gestalten (textil, technisch und bildnerisch) gemäss neuem Lehrplan zu unterrichten. Im Weiteren klärt sie verschiedene Fragen zu Lehrmitteln. Insbesondere im Fach WAH setzt sie sich mit dem überarbeiteten Kochbuch «Tiptopf» auseinander und hält die Lehrpersonen WAH über Aktualisierungen auf dem Laufenden. Ein weiteres Aufgabenfeld der Koordinatorin besteht darin, dass sie Ansprechperson und Anlaufstelle bei fachlichen Fragen ist und bei der Auswahl von Weiterbildungen der einzelnen Lehrpersonen hilft. Des Weiteren gehört zu ihrer Aufgabe die Leitung der Arbeitsgruppe «handmacht». In dieser Gruppe

arbeiten sechs Lehrpersonen aus den Bereichen des textilen, bildnerischen und technischen Gestaltens und WAH mit. Die Arbeitsgruppe bespricht und bearbeitet wichtige Entwicklungen für den Fachbereich. Im Berichtsjahr konnte die Gruppe «handmacht» wieder als Gast am Kunsthandwerkmarkt in Schaan dabei sein. Die vier angebotenen Workshops gaben Einblicke in das gestalterische Arbeiten, dessen Wichtigkeit in der Schule und Freizeit, und die Bevölkerung wurde dazu animiert, sich selbst kreativ zu betätigen.

Im Berichtsjahr konnte die freiwillige Reflexionsgruppe WAH weitergeführt werden. Das Angebot, welches im Rahmen der Lehrerweiterbildung ausgeschrieben war, wird von der Koordinatorin organisiert und geleitet. Zwei Treffen à drei Stunden finden verteilt auf das Schuljahr statt. Acht Lehrpersonen des Fachbereiches WAH nutzen dieses Angebot.

Gesundheitskoordination

Die Gesundheitskoordinatorin unterstützt Schulen und Lehrpersonen bei der Umsetzung von Gesundheitsprojekten und verantwortet verschiedene Aktivitäten im Bereich Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM). Im Berichtsjahr wurde wieder das Projekt «Mein Körper gehört mir» für die Primarschulen angeboten, 14 Primarschulklassen mit insgesamt 245 Kindern nahmen an diesem interaktiven Parcours teil. Für die Weiterführenden Schulen wurde die neu gestaltete Jugendschutzausstellung «Love Limits» vom Kinderschutz St. Gallen für zehn Tage angemietet. 17 Schulklassen mit insgesamt 277 Schülerinnen und Schülern wurden durch die interaktive Ausstellung begleitet. Sowohl bei der Kinderschutz- als auch bei der Jugendschutzausstellung wurden die Schülerinnen und Schüler von Fachpersonen der Institutionen fa6 und love.li durch die interaktiven Parcours begleitet.

Im Berichtsjahr fanden drei Tages-Workshops des Gesundheitsförderungsprogramms «Gorilla» an unterschiedlichen Schulen statt, welche zum Ziel haben, das positive Bewegungs- und Essverhalten der Jugendlichen zu stärken.

Der Wettbewerb «WALK'N'BIKE TO SCHOOL» wurde in diesem Schuljahr sowohl im Frühjahr als auch im Herbst für die Primar- und weiterführenden Schulen erfolgreich durchgeführt. Im Frühjahr legten über einen Zeitraum von neun Wochen insgesamt 459 Schülerinnen und Schüler den Schulweg entweder zu Fuss oder mit dem Velo zurück. Im Herbst machten 349 Schülerinnen und Schüler bei der Veranstaltung mit.

Eine weitere Tätigkeit ist die Organisation und die Vorbereitung des Schulprojekts «Trialog». Ziel dieses Schulprojekts ist die Entstigmatisierung psychischer Störungen. Dabei arbeiten Betroffene einer psychischen Störung, Angehörige von Betroffenen und eine Psychologin zusammen mit einzelnen Schulklassen der weiterführenden und höheren Schulen. Im Berichtsjahr wurden fünf Trialoge durchgeführt.

Eine Aufgabe der Koordinatorin Gesundheitsförderung ist zudem die Betreuung, die Qualitätssicherung und der Ausbau des regionalen Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen in Liechtenstein. Dazu gehört die Teilnahme an den Netzwerktreffen der Koordinatoren in Bern und Luzern sowie der Wissenstransfer ins Bildungssystem Liechtensteins.

Für die Lehrpersonen wurden zudem verschiedene Weiterbildungsangebote zum Thema Gesundheit und BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) organisiert und durchgeführt.

Die Gesundheitskoordinatorin hatte im Berichtsjahr auch die Projektleitung der «Freiwilligen Schulpucktests» auf Seiten des Schulamts inne. Die freiwilligen Schulpucktests zur Eindämmung der Coronapandemie wurden an allen Schulen bis zu den Osterferien durchgeführt.

MINT-Förderung

Das pepperMINT Labor konnte im Berichtsjahr die während der Covid-19-Pandemie verpassten Angebote endlich wieder durchführen. So war die Primarschule Gamprin mit zwei Gruppen an den Mittwochnachmittagen im Experimentiermodus. Auch das «Schneekatapult» im Winterlager durfte zusammengebaut und ausprobiert werden. Ausserdem kam ein neues Aussenmodul dazu, so dass im Rahmen von Sommer- bzw. Herbstlager eine pneumatische Wasserrakete in den Himmel geschossen werden konnte. Die gewünschten Lehrerfortbildungen wurden erneut mit Erfolg im pepperMINT durchgeführt. Die Buchungslage ist weiterhin sehr hoch (ausgebucht Schuljahr 2021/2022) und es kommt immer wieder vor, dass auch neue Lehrpersonen mit ihren Klassen den Weg ins pepperMINT finden. Für solche Gruppen hat pepperMINT Reserveplätze bereitgestellt. Neu eingeführt wurde das Experimentierlebnis «Klein und Gross». An diesem Abend experimentieren Kinder und Erwachsene (Eltern – Gotta – Götti etc.) zusammen.

Private Schulen

Das Schulamt nimmt nach Massgabe der Gesetze die Aufsicht über die privaten Schulen in Liechtenstein wahr. Privatschulen müssen von der Regierung bewilligt werden und demselben Lehrplan folgen wie die öffentlichen Schulen. Das Schulamt prüft und genehmigt die Anstellung von Lehrpersonen und macht Unterrichtsbesuche. Das Handbuch «Aufsicht der Privatschulen im Fürstentum Liechtenstein» vom 1. Juli 2015 präzisiert diese Aufgaben. Des Weiteren koordiniert das Schulamt die Entrichtung der Subventionen für Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulalter und beaufsichtigt die Einhaltung der Leistungsvereinbarungen mit Schulen, die im Auftrag der Regierung besondere Aufgaben übernehmen.

Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein

Sonderschulungen in der Sonderpädagogischen Tagesschule des Heilpädagogischen Zentrums (hpz) in Schaan sowie pädagogisch-therapeutische Massnahmen (PTM) wurden der Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein auf der Basis von zwei Leistungsvereinbarungen übertragen. Die Vereinbarungen für den Bereich Schule sowie für den Bereich PTM regeln die Leistungserbringung des hpz in Schaan gegenüber dem Schulamt resp. der Regierung. Die Sonderpädagogische Tagesschule des hpz bietet Kindern und Jugendlichen in den Förderklassen sonderpädagogischen Unterricht mit individueller Förderung im Rahmen einer Sonderschulung und bereitet sie auf die Berufsbildung vor. Die Sonderschulung von Kindern mit einer erheblichen Sprach- bzw. Sprechproblematik im normalen Begabungsbereich erfolgt in den Sprachförderklassen. Neben den pädagogisch-therapeutischen Massnahmen wird das Sonderschulungssetting der Kinder und Jugendlichen durch medizinisch-therapeutische Massnahmen ergänzt. Im Schuljahr 2022/2023 besuchen 22 Kinder – davon sechs Liechtensteiner und 16 Schweizer – die Sprachförderklassen des Kindergartens und 30 Kinder – davon neun Liechtensteiner und 21 Schweizer – die Sprachförderklassen bzw. Einführungsklassen der Primarstufe. Der Bereich «Therapie» des hpz besteht aus den pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM) Logopädie, Psychomotorik und Heilpädagogischer Früherziehung. Ausserhalb der PTM-Leistungsvereinbarung wird den Kindern und Jugendlichen der Sonderpädagogischen Tagesschule bei Bedarf auch Physiotherapie und Ergotherapie angeboten, die den medizinisch-therapeutischen Massnahmen zugeordnet werden. Der regelmässige Kontakt zum Schulamt und zu den verschiedenen Ämtern und Ärzten sowie die intensiven Besprechungen und «Runden Tische» mit den Lehr- und Fachpersonen der öffentlichen Regelschulen und -kindergärten gewährleisteten auch im Berichtsjahr eine sehr gute Zusammenarbeit.

Waldorfschule

Im Schuljahr 2022/2023 sind 100 Kinder in neun Klassen und zwei Kindergärten an der Waldorfschule eingeschrieben. Das Personal setzt sich aus sieben vollzeitlichen und fünf teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen sowie zwei Kindergärtnerinnen zusammen. Die Waldorfschule bietet ausserdem eine KiTa (Spielgruppe, Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung) an. Die pädagogische Arbeit basiert auf der Menschenkunde Rudolf Steiners mit Fokus auf der künstlerischen Unterrichtsgestaltung. Österreich setzt das Abschlusszeugnis der Waldorfschülerinnen und Waldorfschüler nach dem 9. Schuljahr dem Hauptschulabschluss gleich. Die Liechtensteinische Waldorfschule arbeitet im Projekt «Wege zur Qualität» mit der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf-Steiner-Schulen der Schweiz zusammen.

formatio Privatschule

Die formatio Privatschule ist eine Schule mit Öffentlichkeitsrecht. Sie wird als Ganztageschule geführt und besteht aus einer Primar- und Sekundarschule sowie einem Oberstufengymnasium, das nach dem Profil «Lingua» mehrsprachig geführt wird. Plurilingualität ist neben Digitalisierung, Vernetzung und Persönlichkeitsbildung einer der vier Kernbereiche der Schule und spiegelt sich in allen Unterrichtsfächern wider. Nach dem österreichischen Staatspreis für innovative Schulen im Jahr 2021, konnte sich die formatio Privatschule im Berichtsjahr mit der Auszeichnung des Publikumspreises «Silberne Maus» der Schweizerischen Digitalagentur Educa und der Milton-Ray-Hartmann-Stiftung freuen. Alle zehn Kandidatinnen und Kandidaten des Schuljahres 2021/2022 haben im Juni des Berichtsjahrs ihre Reifeprüfung erfolgreich bestanden. Im aktuellen Schuljahr 2022/2023 besuchen 109 Schülerinnen und Schüler die formatio Privatschule, welche von insgesamt 26 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet und begleitet werden.

Hochschulen und hochschulähnliche Einrichtungen

Das Schulamt unterstützt die Regierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hochschulbereich gemäss Hochschulgesetz. Im Auftrag der Regierung nimmt eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulamtes beratend an den Sitzungen der Leitungsorgane der Hochschulen und Trägerhochschulen teil und vertritt Liechtenstein in regionalen und internationalen Gremien wie beispielsweise der Ostschweizer Fachhochschule, der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), der Bologna-Follow-Up-Group und entsprechenden EWR-Konferenzen. Zudem ist das Schulamt Kontaktstelle für das In- und Ausland bei Fragen betreffend die Anerkennung akademischer Diplome und Abschlüsse. Alle in Liechtenstein und von Liechtenstein aus tätigen Hochschulinstitutionen, die akademische Titel verleihen, müssen von der Regierung bewilligt werden und sind zu jährlicher Berichterstattung verpflichtet. Der Hochschulbereich Liechtensteins umfasst aktuell zwei anerkannte Hochschulen und das Liechtenstein-Institut als hochschulähnliche Einrichtung. Daneben zählt Liechtenstein gemeinsam mit verschiedenen Schweizer Kantonen zu den Trägern der Ostschweizer Fachhochschule (OST) sowie der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich (HfH).

Ein besonderes Ereignis ist die alljährliche Vergabe der Liechtenstein-Preise zur Förderung von Forschungsleistungen in Innsbruck und Liechtenstein. Der Liechtenstein-Preis, der seit 1983 an den beiden Innsbrucker Universitäten, der Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck, verliehen wird, gilt als eine der renommiertesten Auszeichnungen

für wissenschaftliche Forschung in Innsbruck. Der mit gesamthaft EUR 14'000 dotierte Preis für das Jahr 2021 wurde im Rahmen der Vergabefeier im Berichtsjahr zu gleichen Teilen verliehen an Priv.-Doz. Dr. Harris Eliza, Institut für Ökologie der Universität Innsbruck, Dr. Fernandez Quintero Monica Lisa Ines, BSc, MSc, Institut für Allgemeine, Anorganische und Theoretische Chemie der Universität Innsbruck, Obermayr Christian, BSc, MSc, PhD, Institut für Geografie der Universität Innsbruck, Mag. biol. Egon Demetz PhD, Universitätsklinik für Innere Medizin III der Medizinischen Universität Innsbruck. Der Liechtenstein-Preis für Nachwuchsforschende an der Universität Liechtenstein wird seit 2010 verliehen. Dieser ist mit einer Gesamtsumme von CHF 10'000 dotiert und erging an Dr. Michael Weigerding, Dr. Wolfgang Hora, Dr. Jurij-Andrei Reichenacker, Dr. Janine Hacker und Joshua Handali.

Universität Liechtenstein

Die Regierung genehmigte in ihrer Sitzung vom 14. Dezember 2021 das Budget für das Berichtsjahr gemäss Art. 37 des Gesetzes über die Universität Liechtenstein (LUG) mit Staatsbeiträgen in Höhe von CHF 14.8 Mio. für Lehre und Forschung sowie Mieten, Betrieb und Unterhalt, CHF 1 Mio. zur Äufnung des Forschungsförderungsfonds sowie CHF 500'000 für die Erneuerung der IT-Infrastruktur.

Der Beitritt Liechtensteins zur revidierten Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV)2019, die vom Landtag im Jahr 2020 beschlossen wurde, macht eine institutionelle Akkreditierung der Universität Liechtenstein durch die Schweizerische Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung AAQ erforderlich. In einem mehrstufigen Prüfungsverfahren befragte eine international besetzte Gutachtergruppe der AAQ über 50 Mitarbeitende und Studierende der Universität Liechtenstein. Der Schweizerische Akkreditierungsrat akkreditierte am 24. Juni die Universität Liechtenstein vollumfänglich und publizierte am 12. Juli seinen Entscheid inklusive sämtlicher Anhänge. Der Schweizerische Akkreditierungsrat erteilte die Akkreditierung für eine Dauer von sieben Jahren, das heisst bis 2029. Mit der institutionellen Akkreditierung wird die Qualitätssicherung von Universitäten und Hochschulen umfassend geprüft. Damit hat die Universität auch gleichzeitig die gemäss Art. 38. Abs. 2 Hochschulgesetz erforderliche Qualitätsüberprüfung durch eine staatlich zugelassene Akkreditierungsstelle erfolgreich umgesetzt.

Der Universitätsrat hat in den vergangenen Jahren die strategische Ausrichtung der Universität überprüft und einen umfassenden Transformationsprozess angestossen. Das Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport hat im Rahmen seiner Oberaufsicht entschieden gem. Art. 24 Abs. 2 des Gesetzes über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (ÖUSG) eine unabhängige Evaluation über diesen Prozess

durchführen zu lassen. Aufgabe dieser Evaluation war es, eine Analyse des Transformationsprojekts der Universität Liechtenstein sowie des bisherigen Transformationsprozesses und der sich daraus ergebenden neuen Strukturen vorzunehmen. Grundsätzlich kommen die unabhängigen Prüfer zum Schluss, dass die neuen Strukturen einen guten Rahmen bieten, um die strategischen Ziele der Universität Liechtenstein umzusetzen. Die mit dem Transformationsprozess verbundene Implementierung von Schools wird mit dem Jahr 2023 umgesetzt.

Die Ransomware-Attacke im August 2021 machte einen vollständigen Wiederaufbau der IT-Infrastruktur erforderlich, welcher im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Wie im zweiphasigen Projektplan vorgesehen, wurde die erste Phase bereits im Oktober 2021 mit der Wiederherstellung des universitären Basisbetriebs auf neuer, durch das Amt für Informatik betriebener IT-Infrastruktur erfolgreich beendet. Im März konnte planmässig die zweite Phase und damit die Wiederherstellung des universitären Normalbetriebs erfolgreich abgeschlossen werden.

Gemäss Art. 3 Ziff. 2 der Leistungsvereinbarung 2020 bis 2022 erstellte die Universität neun Monate vor Ablauf des Finanzbeschlusses einen Leistungsbericht zuhanden der Regierung. In diesem retrospektiven Bericht, der der Regierung am 26. April übermittelt wurde, stellt die Universität Liechtenstein anhand der in der Leistungsvereinbarung festgelegten Kriterien dar, wie sie ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt.

Im November entschied der Landtag, den Finanzantrag für die Universität für die Jahre 2023, 2024 und 2025 nicht zu behandeln. Dies hatte zur Folge, dass die Universität für das Jahr 2023 über keinen mehrjährigen Finanzbeschluss, sondern lediglich über ein einjähriges Budget verfügt, welches vom Landtag im Rahmen der Budgetdebatte festgelegt wurde. Diese nicht vorhersehbaren Umstände führten dazu, dass das Budget angepasst werden musste und der Regierung erst im Januar 2023 vorgelegt werden kann.

Ostschweizer Fachhochschule (OST)

Nachdem der Landtag im Jahr 2019 dem Beitritt zur Vereinbarung über die «OST – Ostschweizer Fachhochschule» vom 15. Februar 2019 und der Aufhebung der «Vereinbarung über die Hochschule für Technik Buchs» vom 20. Juni 1968 zugestimmt hat, ist die Vereinbarung über die «OST – Ostschweizer Fachhochschule» seit 1. Januar 2020 in Kraft. Liechtenstein ist einer von sieben Trägern der neuen Fachhochschule und ist in deren strategischen Organen, der Trägerkonferenz und dem Hochschulrat, vertreten. In der Trägerkonferenz nimmt die Bildungsministerin zusammen mit ihren kantonalen Amtskolleginnen und Kollegen teil. Die Trägerkonferenz tagte am 20. Juni und am 3. November des Berichtsjahrs.

Internationale Akademie für Philosophie (IAP)

Die Internationale Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein (IAP) wurde 1986 als staatlich anerkannte liechtensteinische Hochschule gegründet. Basierend auf der Feststellung, dass die Voraussetzungen zur Führung einer Hochschule gemäss Hochschulgesetz nicht mehr erfüllt sind sowie einem Gutachten der österreichischen Qualitätssicherungsagentur AQ Austria, wurde der IAP am 28. Januar 2020 die Bewilligung zur Führung einer Hochschule entzogen. Die IAP ist befugt, Studierende, die am 31. Dezember 2019 an der IAP immatrikuliert waren, im Rahmen der Regelstudiendauer bis spätestens am 31. Dezember 2022 zum Doktorat zu führen. Nach diesem Zeitpunkt erlischt das Recht zur Verleihung von Titeln und Graden. Weiterhin möglich ist jedoch die Durchführung von Forschungstätigkeiten im Sinne einer hochschulähnlichen Institution gemäss Hochschulgesetz.

Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL)

Die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein UFL ist eine von der Regierung gemäss Hochschulgesetz bewilligte private Hochschule. Sie bietet Doktorsstudiengänge in medizinischer Wissenschaft und in Rechtswissenschaften an. Laut Art. 38 des Hochschulgesetzes ist die Qualität der Hochschule mindestens alle sechs Jahre zu überprüfen, in der Regel durch eine staatlich zugelassene Akkreditierungsstelle. Als solche gelten gemäss Art. 13 der Hochschulverordnung die im Europäischen Register der Qualitätssicherungsagenturen angeführten Akkreditierungsstellen. Die letzte Überprüfung der UFL erfolgte im Jahr 2016 und 2017 mit der deutschen Akkreditierungsagentur ACQUIN. Im Jahr 2021 wurde eine Evaluierung mit der Agentur ACQUIN begonnen, welche im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen wurde. Damit hat die UFL die gesetzliche Pflicht gemäss Art. 38 HSG erfüllt.

Liechtenstein-Institut

Laut Hochschulgesetz gilt das Liechtenstein-Institut als Forschungsinstitut als hochschulähnliche Einrichtung. Gemäss Finanzbeschluss vom 22. Oktober 2019 erhält das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2020 bis 2023 einen Staatsbeitrag von CHF 1.25 Mio. jährlich. Im Auftrag des Bildungsministeriums und des Schulamtes befragte das Liechtenstein-Institut im Frühjahr Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen sowie Eltern zu ihren Erfahrungen während der Coronapandemie. Befragt wurden Schülerinnen und Schüler auf Primar- und auf Sekundarstufe. Die Befragung startete Mitte März und endete im April des Berichtsjahrs.

Im Berichtsjahr führte das Liechtenstein-Institut diverse Umfragen und Veranstaltungen durch und es erfolgten 112 Publikationen von Forschenden des Liechtenstein-Instituts.

Internationale Bodensee-Hochschule IBH

Die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) ist ein Verbund von Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen) aus dem Gebiet der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Die Universität Liechtenstein und die Ostschweizer Fachhochschule (OST) sind Mitglieder der IBH. Der aktuelle Leistungsauftrag sowie die Finanzierung sind in der 5. Leistungsvereinbarung mit der IBK-Kommission Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Jahre 2018 bis 2022 festgelegt. Die Aufgaben der Internationalen Bodensee-Hochschule wurden im Berichtsjahr in die Rechtsform eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) mit dem Namen Wissenschaftsverbund Vierländerregion Bodensee überführt. Alle Verpflichtungen und Vereinbarungen der IBH wurden an den Wissenschaftsverbund übertragen.

Lindauer Nobelpreisträgertagung

Liechtenstein beteiligt sich seit 2008 durch eine Zustiftung des Landes und führender privater Unternehmen an den Lindauer Nobelpreisträgertagungen. Dadurch wird die Teilnahme talentierter Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforscher aus Liechtenstein an den Veranstaltungen ermöglicht. Das «Gremium zur Umsetzung des Memorandums of Understanding mit der Stiftung Lindauer Nobelpreisträgertreffen» führte seine Tätigkeiten entsprechend den Vorgaben im Berichtsjahr durch.

Im Juni fand die Tagung der Chemie-Laureaten in Lindau statt. Für Liechtenstein hat Jelena Wohlwend (ETH Zürich) teilgenommen. Ein weiterer Höhepunkt war die Tagung der Wirtschaftswissenschaften im August. Liechtenstein war auf der Veranstaltung mit sechs Jungwissenschaftlerinnen und Jungwissenschaftlern vertreten: Dr. Leona Chandra Kruse (Universität Liechtenstein), Olivia Hohlwegler (Universität Liechtenstein), Matthias Herrmann-Romero (Universität Liechtenstein), Djordje Zivkovic (Universität Liechtenstein), Martin Meier (Universität Salzburg), Elias Hasler (Universität Innsbruck). Ausserdem nahm der Rektor der Universität Liechtenstein als Vorsitzender des Gremiums an der Tagung teil.

Seit 2018 treffen sich die Alumni der Lindauer Tagung aus Liechtenstein jährlich im Vorfeld der Nobelpreisträgertagung. Das Treffen fand am 22. August am Tag vor dem Beginn der Tagung der Wirtschaftswissenschaften statt. Deren aktuelle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Liechtenstein präsentierten ihre aktuelle Forschung und diskutierten mit den anwesenden Alumni über die Ergebnisse ihrer Vorhaben.

Im abgelaufenen Jahr wurde für die Tagung 2023 (Medizin) die Ausschreibung vorbereitet und über die Regierung in den Landeszeitungen der Öffentlichkeit kommuniziert. Mit Hilfe ehemaliger Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie über die Verbreitung der Ausschreibung an diversen Universitäten haben sich eine

Kandidatin sowie ein Kandidat beworben. Beide Bewerbungen konnten aufgrund der ausgewiesenen Qualifikationen der Lindauer Stiftung zur Nomination vorgeschlagen werden.

In der Woche vor der Nobelpreisträgertagung im Juni hat die Universität im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der Internationalen Bodenseekonferenz Beiträge für das Campusradio produziert. Dazu wurde das langjährige Gremiumsmitglied Dieter Gunz sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung interviewt. Auf diese Weise wurde die Teilnahme liechtensteinischer Jungwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an den Nobelpreisträgertagungen für die Bevölkerung sichtbar gemacht. Weiterhin wurde die Universität gebeten, Statuten für das Auswahlgremium zu entwerfen. Hier sollen insbesondere die Aufgaben und die Besetzung des Gremiums festgeschrieben werden.

Dienste

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit betreute im Schuljahr 2021/2022 nebst den bisherigen zwölf Schulen (drei Oberschulen, fünf Realschulen, zwei Gemeindeschulen, Liechtensteinisches Gymnasium und Freiwilliges 10. Schuljahr) weitere zwei Gemeindeschulen, nämlich Gamprin und Mauren-Schaanwald. Insgesamt wurden 442 Einzelberatungen bei Schülerinnen und Schülern durchgeführt, davon 323 an den Sekundar- und 119 an den Gemeindeschulen. Nebst den Einzelberatungen fanden zusätzlich 172 Gruppenberatungen statt, davon 82 an den Sekundar- und 90 an den Gemeindeschulen. Lehrpersonen wurden 45 beraten, Eltern und Erziehungsberechtigte 29. Die Zahlen sind im Vergleich zu den Vorjahren auch deshalb höher, weil die Schulsozialarbeit durch den Ausbau und die damit niedrigeren Hürden auch immer mehr Schülerinnen und Schüler betreut. Themen waren: Konflikte 362, Freundschaft 275, Soziales Verhalten 235, Familie 232, Klassenklima 220, Lernen 168, Druck 147, Freizeit 138, Gewalt 122, Stress 107, Gesundheit 99, Psychische Auffälligkeiten 86, Mobbing 48 (davon Cybermobbing 11), Schulabsentismus 37, Unstimmigkeiten mit Schülerinnen und Schülern 32, Soziale Medien 30, Unorganisiert sein 29, Gamen 27, Scheidung 26, Unstimmigkeiten mit Lehrpersonen 23, Migration 21, Suizidalität 19, Berufswahl 18, AD(H)S 16, Corona 15, Ritzen 15, Diebstahl 14, Sexualität 13, Trauer 12, Essstörungen 10, Unstimmigkeiten mit Eltern 10, Cannabis 6, Tabak 6, Alkohol 5 sowie weitere in tiefer Anzahl. «Konflikte» und «Freundschaft» sind auch in diesem Jahr an erster Stelle. Zugenommen haben Themen wie «Soziales Verhalten» und «Soziale Medien», abgenommen haben stoffgebundene Suchtmittel sowie Mobbing. Workshop-Themen in den Bereichen Früherkennung, Prävention und Partizipation waren Digitale Medien, Sucht, Klassenregeln und Klassenstärke. Die Schulsozialarbeit agiert weiterhin

nahe bei den Jugendlichen und beobachtet relevante Entwicklungen, beispielsweise zu den Themen «Suchtmittel» sowie «Nachwirkungen von Covid-19». Mit Beginn des neuen Schuljahres 2022/2023 wurden an den Gemeindeschulen Eschen-Nendeln und Schaan weitere 100 Stellenprozente geschaffen und mit zwei Fachpersonen besetzt. Auf Ende dieses Schuljahres hin wird der Ausbau der Schulsozialarbeit an den Gemeindeschulen abgeschlossen.

Besondere Schulbereiche

Zu den besonderen Schulbereichen zählen die Schulischen Fördermassnahmen und die Begabtenförderung. Die Schulischen Fördermassnahmen umfassen die besonderen schulischen Massnahmen (BSM), die pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM), die sozialpädagogischen Massnahmen sowie die Sonderschulung (ausserhalb der Regelschule).

Das Förderkonzept der öffentlichen Kindergärten und Pflichtschulen beschreibt die Willkommens- und Zusammenbaukultur sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen, welche die Tragfähigkeit der Regelschule erhöhen und sie auf dem Weg zur guten Schule für alle unterstützen. Die Umsetzung des neuen Liechtensteiner Lehrplans LiLe fordert einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt und bietet die Voraussetzung für

eine differenzierende und individualisierende Förderung im Klassenunterricht. Dabei ist Begabungs- und Begabtenförderung ebenso Bestandteil des LiLe-Auftrags. Das schulhausinterne und landesweite Fort- resp. Weiterbildungsangebot für Lehrpersonen trägt gemäss den lokalen Jahreszielen bzw. dem FL-Kursprogramm laufend dazu bei, Lernschwierigkeiten und herausforderndem Verhalten präventiv und nachhaltig zu begegnen. Die viermal jährlich stattfindenden BSM-Austauschtreffen der Ergänzungslehrpersonen, Lehrpersonen für DaZ und Begabungs-/Begabtenförderung unterstützen ebenso die Weiterentwicklung der inklusiven Förderung.

Bei dieser Rechenschaftslegung werden Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen Bildungsbedarf resp. einem hohen Unterstützungsbedarf statistisch erfasst. Hierzu zählen

- Kinder und Jugendliche der Förder- bzw. Lehrplanstufe 3, einer individuellen Klassenhilfe und einem PTM-Beratungs- und Unterstützungsbedarf über 4 Stunden der Förderstufen 1 und 2
- Kinder und Jugendliche, die in der Sonderpädagogischen Tagesschule Schaan, in einer Schweizer oder in einer Österreicher Sonderschule Separativ gefördert werden.

Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf im Berichtsjahr 2022 im Vergleich zu 2021

	2022	2021
Förderung von Kindern und Jugendlichen mit einem besonderen Bildungsbedarf in der Regelschule	83	99
Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Sonderpädagogischen Tagesschule Schaan (hpz) im Rahmen einer Sonderschulung	70	73
Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz im Rahmen einer Sonderschulung	9	9
Förderung von Kindern und Jugendlichen in Österreich im Rahmen einer Sonderschulung	4	4
Total der Schüler/-innen mit einem besonderen Bildungsbedarf	166	185

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Beim Schulpsychologischen Dienst gingen im Berichtsjahr insgesamt 273 Anmeldungen ein. Sie verteilen sich auf folgende Schularten:

Kindergarten	54	10. Schuljahr	1
Primarschulen	90	Heilpädagogisches Zentrum	47
Oberschulen	14	Privatschule formatio	2
Realschulen	14	Waldorfschule	1
Gymnasium	4	Berufslehre	0
Timeout Schule	2	Kleinkinder, Spielgruppen	8
IK-DaZ/LernHub	7	Internat und Privatschulen im Ausland	29
		Total	273

Die Gründe zur Anmeldung bei den meisten Kindern und Jugendlichen waren Lern- und Verhaltensprobleme. Andere Anmeldegründe waren Fragen zur psychischen Gesundheit und Fragen zur Schullaufbahn: Ist eine Sonderschulung angezeigt? Soll das Kind eine Schulstufe überspringen? Soll es vorzeitig eingeschult werden? Ist es schulfähig? Soll es vorzeitig in den Kindergarten eintreten?

Zusätzlich zu den erwähnten Abklärungen und Beratungen nahm der Schulpsychologische Dienst im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahr: Beratung bei der Inklusion, Beratung und Stellungnahmen zum Nachteilsausgleich, Praxisberatung von Lehrpersonen bei der Berufseinführung, Praxisberatung von Lehrpersonen in schwierigen schulischen Situationen, Gruppenbeobachtungen, Auskünfte an Medien zu Fragen der Kinder- und Jugendpsychologie. Die Mitarbeitenden des SPD nahmen an Weiterbildungen teil (Inklusion, Lese-Rechtschreibstörungen, Schulabsentismus, Heilpädagogischer Kongress) und waren Mitglied in der Arbeitsgruppe «Fördermassnahmen». Sie trafen sich regelmässig zu gemeinsamen interdisziplinären Fallbesprechungen mit der Schulsozialarbeit und mit Ergänzungslernpersonen und nahmen regelmässig an einer externen Interventionsgruppe teil.

Timeout Schule (TOS)

Jugendliche der Sekundarstufe I, die in der Regelschule nicht mehr tragbar sind, werden auf Antrag der Schule aus der Stammklasse heraus genommen und besuchen für eine bestimmte Zeit, in der Regel für drei Monate, die Timeout Schule Liechtenstein in Gamprin. Der Besuch der Timeout Schule ist als schulische Variante zu sehen, welche Kindern und Jugendlichen die Chance eröffnen soll, durch erweiterte Betreuungs- und Beratungsstrukturen aufgefangen, geführt und stabilisiert zu werden. Es handelt sich dabei um eine Interventionsmöglichkeit bei Problemsituationen, welche sozial- bzw. sonderpädagogische Massnahmen umfasst, die letztendlich eine Wiedereingliederung eines Kindes oder eines Jugendlichen in die Stammklasse ermöglichen soll. Im Berichtsjahr konnten insgesamt 15 Jugendliche betreut werden, im Jahr davor waren es 19 Jugendliche. Davon waren fünf Mädchen und zehn Jungen. In diesem Jahr kamen die Jugendlichen aus allen drei Schulstufen. Im letzten Schuljahr kamen die meisten Jugendlichen aus der Realschule (7), der Oberschule (4) und des Gymnasiums (3). Ein Schüler kam über den Kinder- und Jugenddienst zur Timeout Schule und wurde bis zum Eintritt in Privatschulen beschult. Im letzten Schuljahr wurden 73% der Schülerinnen und Schüler durch Therapeuten psychologisch und/oder psychiatrisch begleitet. Vom Januar bis April hatte die Timeout Schule durchgehend eine Auslastung von über 100%. Die Timeout Schule wird von sehr vielen Betrieben und Firmen des Landes unterstützt. Die Jugendlichen können dort einen Teil ihres Timeouts als Arbeitseinsätze

ausserhalb der Schule absolvieren und dabei im Arbeitsprozess mit Erwachsenen eine andere Rolle einnehmen.

Die Eltern- bzw. Familienarbeit ist ein wesentlicher Teil der Timeout Schule. Wöchentlich treffen sich alle Jugendliche und jeweils mindestens ein Elternteil zur Multifamilienarbeit. Ein wichtiges Ziel ist es, die Erziehungskompetenz der Eltern (wieder) zu stärken. Die Timeout Schule wird von einem interdisziplinären Fachgremium begleitet, welche sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Schulamtes (Inspektorat, Pädagogische Arbeitsstelle, Leitung Schulsozialarbeit, zuständige Fachperson ASD) zusammensetzt. Im letzten Schuljahr fand jeweils im September und im März ein Treffen statt. Am Ende des Berichtsjahres fand eine Klausurtagung statt, in welcher das vergangene Jahr mit den Fachpersonen der Multifamilienarbeit, des Inspektorats und der Schulsozialarbeit reflektiert wurde und Massnahmen zur Verbesserung des Schulbetriebes beschlossen und umgesetzt werden konnten.

Zentrum für Schulmedien

Zum «Zentrum für Schulmedien» gehören die Didaktische Medienstelle (DMS), der Amtliche Lehrmittelverlag (ALV), die Weiterbildung für Lehrpersonen (WFL) sowie der Schul-IT-Koordinator (SIK), eine Koordinationsstelle zwischen den Schulen und dem Amt für Informatik.

Das Zentrum für Schulmedien schaut auf ein ereignisreiches Jahr zurück, da der Liechtensteinische Landtag den Kredit für die Umbauarbeiten für das «Schulzimmer der Zukunft» sowie die Ausleih- und Büroräumlichkeiten gut hiess. Im ersten Halbjahr wurde die Bibliothek der DMS von den Lehrpersonen gut genutzt, im zweiten Halbjahr war die DMS aufgrund der Umbauarbeiten geschlossen. Seit Dezember werden die Medien nun wieder neu eingeordnet, damit im Januar 2023 die Didaktische Medienstelle sich im neuen Kleid präsentieren kann, um den zeitgemässen Anforderungen der Lehrpersonen gerecht zu werden. Während des letzten Halbjahres wurden von den gut 15'000 Medien rund 2'000 Medien physisch ausgeliehen. Zusätzlich können die Lehrpersonen online über das Schultranet auf mehr als 5'000 digitale Medientitel zugreifen. Gesamthaft wurden im letzten Schuljahr rund 6'000 Medien online oder physisch abgerufen bzw. ausgeliehen, was als guter Wert bezeichnet werden kann.

Ebenfalls zu den Aufgaben des «Zentrums für Schulmedien» gehören die Begleitung von diversen Projekten sowie die Beratung und die Weiterbildung der Lehrpersonen im Umgang mit digitalen Medien. Im Berichtsjahr wurde das Projekt «Unterstützung und Begleitung – Digitale Transformation in der Bildung» gestartet. Ziel des Projekts ist es, den Schulleitungen und Lehrpersonen eine niederschwellige Möglichkeit zu bieten, Unterstützung von externen Dienstleistungen zu erhalten. Die Partnerschaft zwischen privaten Anbietern und den Schulen funktioniert sehr gut, auch wurde das Projekt seitens der Schulen positiv aufgenommen.

Der «Amtliche Lehrmittelverlag» ist für den termingerechten Ankauf, die Bereitstellung sowie Organisation der Lieferung der analogen als auch digitalen Lehrmittel für alle Schulstufen zuständig. Beim «Zentrum für Schulmedien» liegt ausserdem die Hauptverantwortung für das Weiterbildungsprogramm für die Lehrpersonen (WFL). Im Berichtsjahr wurden im Jahresprogramm über 120 Kurse aus den verschiedensten Fachbereichen erstmalig als zweiseitiges Leporello als Ergänzung zur Anmeldeseite www.wfl.li anstatt eines Kursbuchs publiziert. Im Schuljahr 2021/2022 konnten wieder rund 75 % der angebotenen Kurse durchgeführt werden. Auch dieser Wert kann als guter Wert bezeichnet werden. Zum Thema Medienprävention wurde die Live-Performance «angeklickt» im Berichtsjahr viermal aufgeführt. Die Aufführungen, die von den Lehrpersonen für ihre Schulklassen zur Sensibilisierung von realer und virtueller Welt gebucht werden können, bieten eine sehr gute Ausgangslage, um das Thema in allen Zyklen erlebbar zu machen. Gerade die Pandemie und der Krieg in der Ukraine zeigen auf, wie wichtig der kompetente und kritische Umgang in der modernen Medienwelt ist.

Verein Liechtenstein Languages (LieLa)

Der Verein Liechtenstein Languages (LieLa) hat eine Leistungsvereinbarung mit der Regierung. Der Auftrag des Vereins ist eine effektive Sprachvermittlung in einer interaktiven und ermutigenden Weise. Als kleine Organisation setzt LieLa auf ein Kaskadenmodell: LieLa produziert die Lehrmittel und trainiert Lehrpersonen und Kursleitende. Bei grossen Projekten bildet es Traineeinnen und Trainer aus, die ihrerseits Kursleitende ausbilden und begleiten.

Im Auftrag des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und in Zusammenarbeit mit RET INTERNATIONAL wurde im Berichtsjahr in der Türkei sehr erfolgreich Sprachkurse in Englisch und Türkisch für Flüchtlinge angeboten. Evaluationen zeigen, dass die gewählte Methode den sozialen Zusammenhalt in aussergewöhnlicher Weise fördert und stärkt.

Durch die Finanzierung der Hilti Family Foundation konnten im ersten Halbjahr vier Intensivkurse Deutsch für die Geflüchteten aus der Ukraine durchgeführt werden. Über 60 Lernende haben mit viel Freude und Motivation an den acht Wochen dauernden Kursen teilgenommen. Im Auftrag des Schulamtes wurden auch zwei Intensivkurse Deutsch für Jugendliche durchgeführt.

Im Schulbereich konnten Workshops für Lehrpersonen und Sprachassistentinnen durchgeführt werden. Das Live-the-Language-Angebot für Schulklassen erfreute sich grosser Beliebtheit. Es wurden 34 Workshops mit insgesamt 600 Schülerinnen und Schülern durchgeführt. *Vivre la Langue* startete mit Testworkshops für die Sekundarstufe I. Das neue Angebot wurde Ende Jahr offiziell gestartet.

Im Auftrag der Regierung vertrat «Liechtenstein Languages» das Land an der der Internationalen Deutschlehrertagung IDT in Wien, die alle drei Jahre stattfindet. Die Konferenz war eine einmalige Gelegenheit, die Arbeit von LieLa 2'500 sehr interessierten Lehrerinnen und Lehrern aus aller Welt zu zeigen und sich mit ihnen über guten Sprachunterricht auszutauschen.

Die Arbeit im Atelier konzentrierte sich auf Verbesserungen und die Entwicklung von neuen Kursen mit dem zugehörigen Kursmaterial. Der neue WORKS Kurs mit 120 Stunden wurde fertiggestellt und für Englisch und Türkisch übersetzt und angepasst.

Schülertransport

Die LIEmobil erbringt den Schülerzubringerdienst im Sinne von Art. 124 des Schulgesetzes. Der Schülerzubringerdienst stellt eine Zusatzleistung zum Grundangebot der LIEmobil dar. Im Einvernehmen mit dem Schulamt organisiert die LIEmobil alljährlich für Schulen, deren Träger der Staat ist, die Schülerzubringerdienste. Für die der Schulpflicht unterstehenden Schülerinnen und Schüler trägt der Staat die Kosten des Zubringerdienstes. Zur Nutzung des Angebots des Schülerzubringerdienstes der LIEmobil erhalten die Schülerinnen und Schüler ein auf die Schultage beschränktes Abonnement. Das Land Liechtenstein vergütet dieses mit CHF 200. Die Schülerinnen und Schüler können für einen Aufpreis von CHF 80 ein in der Gültigkeit unbeschränktes Jahresabonnement der LIEmobil erwerben. Der Gesamtaufwand für ermässigte Schülerabonnemente betrug im Berichtsjahr CHF 428'917.

Schulbauten

Im Jahr 2018 genehmigte der Landtag die Schulbautenstrategie und in der Folge den Verpflichtungskredit für den Neubau eines Schulzentrums Unterland II in Ruggell. Mit dem Finanzbeschluss über CHF 56.1 Mio. durch den Landtag soll in erster Linie Schulraum geschaffen werden, welcher den Schülerinnen und Schülern der Ober- und Realschule aus den Gemeinden Ruggell, Gamprin und Schellenberg Platz bietet. Im Weiteren wurde die Schulanlage so konzipiert, dass darin Platz für die Berufsmaturitätsschule (BMS) entsteht. Damit kann für den Vollzeit- und Teilzeitlehrgang der BMS an einem Standort eine sach- und erwachsenengerechte Infrastruktur geschaffen werden. Durch die Nutzung der verschiedenen Räumlichkeiten durch die beiden Schulen werden Synergieeffekte erwartet. Das aus dem Projektwettbewerb im 2021 erkorene Siegerprojekt «Fünf Freunde» wurde im Berichtsjahr überarbeitet und die Phase der Vorprojektierung konnte gestartet werden.

Hallenbad Schulzentrum Unterland

Im Berichtsjahr besuchten 84'128 Besucherinnen und Besucher das Hallenbad Schulzentrum Unterland. Das sind 19'514 Besucher mehr als im vergangenen Jahr.

Diese Eintritte verteilten sich auf 39'552 Erwachsene, 37'579 Kinder und 6'997 Kinder unter sechs Jahren. In den Kindereintritten enthalten sind 20'833 Eintritte im Rahmen des Schulschwimmunterrichts. Die Eintritte von Vereinssportlerinnen und -sportlern des In- und Auslands beliefen sich auf 7'542. Der stärkste Monat im Jahr war der November mit 8'817 Besuchern, gefolgt vom September mit 7'844 Besuchern. Wegen coronabedingten Schutzmassnahmen war das Hallenbad teils reduziert zugänglich. Ab 1. April wurden alle Massnahmen aufgelöst. Die Mehrkampfmeisterschaften und Nachwuchswettkämpfe konnten wieder erfolgreich durchgeführt werden. Die gesetzlich vorgeschriebenen Selbstkontrollen von Abklatsch- und Wasserproben gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlass.

Jugendhaus Malbun

Nach zwei Jahren mit sehr eingeschränktem oder teilweise ganz eingestelltem Lagerbetrieb begann am 10. Januar der Winterlagerbetrieb mit der Primarschule Triesen. Nicht nur Lagerteilnehmer, auch die Schneelage samt Wetter zeigten sich den ganzen Winter mehrheitlich von ihrer besten Seite. Aufgrund des immer noch

zirkulierenden Coronavirus wurden zum Teil die Gruppen zahlenmässig reduziert. Die geltenden Hygienemassnahmen wurden im Schullagerbetrieb eingehalten. Der Bedarf einiger Schulen, die abgesagten Schullager der vergangenen zwei Jahren nachzuholen, war zu spüren. Bereits am 2. Mai begann die Sommersaison. Dank der schon warmen Temperaturen und der sehr schnellen Schneeschmelze stand ausgedehnten Wanderungen in eine gewisse Höhe nichts mehr im Weg. Sämtliche geplanten Belegungswochen konnten ab dem Frühjahr bis im Herbst durchgeführt werden.

Das Jugendhaus Malbun wurde von 35 verschiedenen Gruppen aus dem In- und Ausland besucht. (26 Gruppen aus Liechtensteinischen Schulen, sechs Gruppen aus Liechtenstein und drei Gruppen aus dem Ausland) Für diese rund 1'200 Gäste wurden 9'330 Mahlzeiten zubereitet. Hinzu kamen noch 4'230 Übernachtungen mit Frühstück. Unabhängig von der Auslastung des Betriebes muss der jährliche Gebäudeunterhalt und die Pflege der Aussenanlage durchgeführt werden. Bei den Einnahmen der Verpflegungstaxen konnte wieder das Niveau der Jahre vor der Pandemie erreicht werden. Die budgetierten Vorgaben wurden eingehalten.

Stipendienstelle

Anträge im Jahr 2022

neue Anträge	Anzahl Personen
544	504

Entscheide im Jahr 2021

Anträge	Ablehnungen	zugesagte Stipendien in CHF	zugesagte Darlehen in CHF
510	125	2'500'358	2'208'257

Ausgaben und Darlehensrückzahlungen für das Jahr 2022

	Anzahl	Veränderung in % zum Vorjahr	in CHF	Veränderung in % zum Vorjahr
Stipendien	356	-13.38%	2'383'898	-15.20%

Stipendien und Darlehen setzten sich im Jahr 2022 wie folgt zusammen

		Stipendien in CHF	Darlehen in CHF
Hochschulen	Doktorat	13'395	8'930
	Bachelor, Master	1'961'361	1'091'989
Höhere Fachschulen		189'876	89'162
Berufsbildung Sek II	Fachschulen	55'950	34'860
	Berufslehren	52'499	31'005
Allgemeinbildung Sek II	Gymnasium, BMS, DMS	20'698	9'095
Weiterbildung		90'119	49'080
Total		2'383'898	1'314'121

Gemäss Art. 30 des Stipendiengesetzes kann gegen Entscheidungen und Verfügungen der Stipendienstelle Beschwerde bei der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten erhoben werden. Im Berichtsjahr wurde eine Beschwerde eingereicht, ein Entscheid stand Ende Jahr noch aus.

Neben der Bearbeitung und Verwaltung der Stipendienanträge ist die Implementierung der neuen Fachapplikation und die Ablöse des seit 2014 eingeführten elektronischen Antragssystems ein Schwerpunkt in der Stipendienstelle zur Optimierung der Prozesse.

Eurydice

Liechtenstein beteiligt sich seit 1994 am europäischen Bildungsinformationsnetzwerk Eurydice. Die Teilnahme am Eurydice-Arbeitsprogramm wird von der Europäischen Kommission über Zuschüsse im Rahmen der EU-Bildungsprogramme (Erasmus+) finanziell unterstützt. Wesentliche Aufgaben des Netzwerks sind die Erstellung und Aktualisierung von umfassenden Beschreibungen der Bildungssysteme, die regelmässige Aktualisierung von Schlüsselzahlenberichten (z.B. Löhne von Lehrpersonal und Schulleitungen, Ferienkalender, Unterrichtszeiten) sowie die Teilnahme an vergleichenden Studien zu aktuellen bildungspolitischen Themen. Für die Programmlaufzeit von April 2021 bis März 2023 wurden der Eurydice Informationsstelle Liechtenstein Finanziellzuschüsse von gesamthaft EUR 81'855 zugesprochen. Mit diesen Mitteln wird die Erfüllung eines Teilauftrags für die Betreuung der Länderinformationen auf der Eurypedia-Bildungsinformationsplattform durch das Liechtenstein-Institut finanziert. Im Berichtsjahr wurden unter anderem Berichte «Lehren und Lernen an Schulen in Europa während der Covid-19-Pandemie» und «Unterstützung von geflüchteten Lernenden aus der Ukraine in Schulen und in der Hochschulbildung in Europa 2022» veröffentlicht.

Diplomanerkennung

Als zuständige Behörde für die berufliche Anerkennung des Lehrberufs sowie als Informationsstelle

für akademische Anerkennungsfragen (NARIC) beantwortet das Schulamt Fragen von Einzelpersonen, Hochschulen, Behörden sowie Unternehmen im In- und Ausland, arbeitet Empfehlungen aus und entscheidet über die Lehrbefugnis von Lehrpersonen an den öffentlichen sowie privaten Schulen. Anfragen zu beruflicher Anerkennung in anderen Berufsbereichen werden an die zuständigen Stellen weitergeleitet (Amt für Gesundheit, Amt für Volkswirtschaft, Finanzmarktaufsicht oder Rechtsanwaltskammer). Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 20 Anfragen im Bereich der beruflichen Anerkennung eines Lehrberufs sowie 15 Anfragen im Bereich der akademischen Anerkennung beantwortet. NARIC Liechtenstein hat im Berichtsjahr zusammen mit der Informations- und Beratungsstelle für Frauen infra eine Infoveranstaltung über das Bildungswesen und Diplomanerkennung für Migrantinnen organisiert.

Kommissionen/Verbände

Übertrittskommission

Bei der Aufnahme der Schülerinnen und Schüler der Primarschule an die weiterführenden Schulen kommt ein Verfahren zum Zug, das in einen gemeinsamen Entscheid zwischen Schule und Erziehungsberechtigten mündet. Falls keine Einigkeit erzielt wird, kann durch Übertrittsprüfungen der Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler festgestellt und eine Zuordnung in die Oberschule, Realschule oder das Gymnasium bestimmt werden. Die Prüfungen werden von einer Übertrittskommission vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Die Übertrittskommission setzt sich aus mindestens je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Primar-, der Ober-, der Realschule und des Gymnasiums zusammen. Sie wird von der Regierung bestellt. Den Vorsitz haben eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Schulamtes. Im Berichtsjahr traten 23 Schülerinnen und Schüler der Primarstufe sowie 25 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe (Oberschule-Realschule: 18/Realschule-Gymnasium: 7) zu den Prüfungen an.

Kommission Sportschule

Im Berichtsjahr hat die Kommission Sportschule fünf Sitzungen abgehalten. Schwerpunktthemen waren die Überprüfung der Aufnahmegesuche sowie die sportlichen Verbleibekriterien. Zwei Sitzungen wurden dafür aufgewendet, um an der konzeptionellen Umsetzung der Sportschule 2.0 weiter zu arbeiten.

Im Rahmen des Aufnahmeprozesses wurden im Berichtsjahr 24 Schülerinnen und Schüler an der Sportschule Liechtenstein aufgenommen.

Übersicht der aufgenommenen Sportschülerinnen und Sportschüler im Berichtsjahr

Klassenstufe	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	5. Klasse	6. Klasse	Gesamt
Sportschule Schaan	13	1	0	0	-	-	14
Gymnasium Oberstufe	-	-	-	8	2	0	10

Unterrichtskommission Liechtensteinisches Gymnasium (LG)

Die Unterrichtskommission für das Liechtensteinische Gymnasium übt im Auftrag der Regierung Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus. Die Fachexpertinnen und Fachexperten besuchen regelmässig den Unterricht am Liechtensteinischen Gymnasium und wirken auch in der schulinternen Weiterbildung der Lehrpersonen mit. Überdies liegt auch die Überprüfung der Unterrichtsqualität und der Einhaltung des Lehrplans am Oberstufengymnasium der formatio Privatschule in der Zuständigkeit der Unterrichtskommission. Neben Unterrichtsbesuchen, Treffen mit den Fachschaften und Beurteilungen als Teil der Meilensteingespräche im Rahmen des leistungsabhängigen Lohnsystems waren einige Kommissionsmitglieder auch in diesem Jahr wieder als Experten bei den Maturaprüfungen tätig. Die Regierung bestellte in ihrer Sitzung vom 7. Juni die Unterrichtskommission des Liechtensteinischen Gymnasiums für die Schuljahre 2022/2023 bis 2022/2026. An der Jahresversammlung vom 3. September wurden unter anderem in einem gemeinsamen Workshop die Kriterien für guten Unterricht erarbeitet, welche auch als Beobachtungsstandard Einsatz für die Unterrichtsbesuche finden.

Unterrichtskommissionen Berufsmaturitätsschule (BMS)

Im Auftrag der Regierung übt die Unterrichtskommission der BMS Beratungs- und Kontrollbefugnisse an der BMS aus. Sie leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Neben Unterrichtsbesuchen umfasst die Tätigkeit der Kommission die Zusammenarbeit mit den Fachschaften in Fragen gemeinsamer Maturaaufgaben und Beurteilungskriterien. Die Fachexpertinnen und Fachexperten der

Kommission wirken unterstützend bei der Evaluation und Weiterentwicklung des Prüfungs- und Ausbildungsniveaus der BMS mit. Neben Unterrichtsbesuchen, Treffen mit den Fachschaften, Beurteilungen als Teil der Meilensteingespräche im Rahmen des leistungsabhängigen Lohnsystems waren auch in diesem Jahr einige Kommissionsmitglieder wieder als Expertinnen und Experten bei den Maturaprüfungen tätig. Die Regierung bestellte in ihrer Sitzung vom 7. Juni die Unterrichtskommission der Berufsmaturitätsschule für die Schuljahre 2022/2023 bis 2022/2026. Die Jahresversammlung fand am 21. September statt.

Maturakommission

Die Maturakommission trägt gemeinsam mit dem Rektorat die Verantwortung für die Durchführung der Maturaprüfungen am Liechtensteinischen Gymnasium. Die schriftlichen Prüfungen absolvierten die 64 Schülerinnen und 44 Schüler im Juni im SAL in Schaan, die mündlichen fanden an der Schule statt. Zwei Schüler und eine Schülerin erfüllten die Zulassungsbedingungen zu den Prüfungen nicht. Die Verteilung auf die Profile sah in diesem Jahr wie folgt aus: 31 im Profil «Wirtschaft und Recht» (davon zehn Sportschülerinnen bzw. -schüler), 24 im Profil «Neue Sprachen», 23 im Profil «Mathematik und Naturwissenschaften», 21 im Profil «Kunst, Musik und Pädagogik» sowie acht im Profil «Lingua». 13 Schülerinnen und Schüler aus den beiden Sprachprofilen besuchten den bilingualen Unterricht. In einer gemeinsamen Maturafeier aller sechs Klassen im SAL mit anschliessendem Apéro im Lindenhof konnte in einem sehr würdigen Rahmen 107 Maturantinnen und Maturanten das Maturazeugnis übergeben werden.

Berufsmaturakommission

Die Berufsmaturakommission leitet und beaufsichtigt zusammen mit dem Rektorat das Verfahren zur Erlangung der Berufsmaturität. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen die Expertentätigkeit bei den mündlichen Abschlussprüfungen, das Genehmigen und Festsetzen der Prüfungs- und Abschlussnoten, der Entscheid über die Erlangung der Berufsmaturität und Entscheide über besondere Anträge von Kandidatinnen und Kandidaten. An der Prüfungssession im Juni traten insgesamt 78 Studierende zu den Maturitätsprüfungen an. 46 Studierende im Vollzeitlehrgang in den Schwerpunkten «Gesundheit und Soziales», «Gestaltung und Kunst», «Technik, Architektur, Life Sciences», «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Dienstleistungen und Typ Wirtschaft»; 16 Studierende der berufsbegleitenden Lehrgänge «Gesundheit und Soziales» und «Technik, Architektur, Life Sciences» und fünf Repetentinnen und Repetenten erhielten ein Berufsmaturazeugnis. Zusätzlich erhielten elf Studierende mindestens ein Zertifikat für den Abschluss in einzelnen Fächern. An der Sitzung der Berufsmaturakommission vom 24. Mai wurde ein überarbeitetes Anwesenheitsreglement in Aussicht gestellt. Dieses neue Anwesenheitsreglement,

welches die Vereinbarkeit von Schule und Spitzensport bzw. musischer Hochbegabung regelt, wurde von der Berufsmaturakommission verabschiedet und ist am 1. Dezember des Berichtsjahrs in Kraft getreten.

Kommission zur Prüfung von provisorisch angestellten Lehrpersonen

Die Prüfungskommission ist für die Durchführung und Bewertung der schriftlichen und mündlichen Prüfungen über die Schulgesetzgebung und die Landeskunde verantwortlich. Eine mündliche Prüfung im liechtensteinischen Schulrecht, die im Dezember 2021 verschoben werden musste, fand im Januar statt. Im April fand eine Berufseinführungsveranstaltung in liechtensteinischer Geschichte in zwei Gruppen statt. Insgesamt nahmen 26 Lehrpersonen daran teil. Die Kursleiter waren die Historiker Peter Geiger und Klaus Biedermann. Die schriftliche Prüfung fand im Mai statt. Eine mündliche Prüfung vom Vorjahr in liechtensteinischer Staatskunde wurde im Mai abgelegt. Im August und September erteilte Robert Stecher, Jurist im Schulamt, an drei Abenden den Kurs liechtensteinisches Schulrecht. Es nahmen 28 Lehrpersonen daran teil. Die schriftliche Prüfung fand im September statt. Im November wurde eine schriftliche Prüfung im liechtensteinischen Schulrecht nachgeholt. Eine mündliche Prüfung wird im Januar 2023 durchgeführt. Der Kurs liechtensteinische Staatskunde, wurde von Kursleiter Norbert Bürzle anfangs Oktober an zwei Abenden abgehalten. Es nahmen insgesamt 29 Lehrpersonen teil. Die schriftliche Prüfung fand im Oktober statt. Eine mündliche Prüfung wurde auf Januar 2023 verschoben.

Aussenkontakte und Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in diversen Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene verfolgt das Ziel, die Qualität und die Anschlussfähigkeit des liechtensteinischen Bildungswesens zu gewährleisten und relevante Entwicklungen mitzugestalten. Sie bildet einen wichtigen Tätigkeitsbereich des Schulamts. Auf nationaler Ebene sind insbesondere die folgenden Ebenen der Zusammenarbeit von grosser Wichtigkeit: Elternvereinigungen; Lehrpersonenvereine; Gemeinden bzw. Gemeindegemeinschaften als Träger der Primarschulen und Kindergärten (u.a. Genehmigung Stellenplan); Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (Anschlussfragen und Laufbahnberatung), dem Amt für Soziale Dienste (Schulschwierigkeiten und familiäre Probleme, Frühförderung und Elternarbeit) und der Stabsstelle Staatliche Liegenschaften (Neubauprojekte); Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden; Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschafts-, Industrie- und Technikbetriebe.

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit ist die Einsitznahme in den Gremien und die Mitarbeit in den

Fachgruppen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sowie in der Interkantonalen Lehrmittelkonferenz (ilz) und der Arbeitsgemeinschaft Schulevaluation (ARGEV), beides Gremien der Deutschschweizer Regionalkonferenzen, zu erwähnen. Durch die direkte Beteiligung an Bildungseinrichtungen wie der OST (Ostschweizer Fachhochschule), der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH), der Interstaatlichen Maturitätsschule für Erwachsene St.Gallen/Sargans (ISME) und über Vereinbarungen wie dem Regionalen Schulabkommen und der Interkantonalen Fachhochschul- und Universitätsvereinbarung wird zudem der Zugang zu Ausbildungsstätten in der Schweiz sichergestellt. Weitere Abkommen und Netzwerkaktivitäten fördern die Anerkennung der liechtensteinischen Abschlüsse in Europa.

Das Schulamt hat eine leitende Rolle in zwei Erasmus+ Projekten «Co-Creating Inclusive School Communities» (Gemeinsame Schaffung von inklusiven Schulgemeinschaften) und «Mehrsprachigkeitsfördernde Module für den Fremdsprachenunterricht (MEMO) – Beispiele für einen sprachen- und kultursensiblen Anfangsunterricht Französisch».

Schulamtsmitarbeitende nehmen zudem Vertretungsaufgaben in diversen bildungspolitischen Gremien des Europarates und der Europäischen Kommission wahr:

- High Level Group In Education (HLG) der EU
- EFTA Working Group for Education Training and Youth
- Steering Committee for Educational Policy and Practice (CDPPE)
- EFTA Working Group on Mutual Recognition of Professional Qualifications
- GRP Working Group on Equality and Values in Education and Training
- GRP Working Group on Schools
- Pathways to School Success
- EEA Strategic Framework Working Group on Digital Education: Learning, Teaching, Assessment
- European Commission: National advisory Services for digital education
- European Network of Information Centres in the European Region (ENIC)/National Academic Recognition Information Centres in the European Union (NARIC); Netzwerk der Nationalagenturen für Diplomanerkennung
- 5-Länderkonferenz der deutschsprachigen ENIC/NARICs
- Europäisches Register der Qualitätssicherungsagenturen EQAR
- Bologna-Follow-Up Group (Der Delegierte Liechtensteins in der Bologna Follow-Up Group fungierte als Mitglied einer Arbeitsgruppe, welche die Aufnahme der Republik San Marino in die Gemeinschaft der Bologna Staaten begleitet)
- Lenkungsausschuss des Europäischen Sprachenzentrums in Graz
- Eurydice-Bildungsinformationsnetzwerk

Stabsstelle für Sport

Stabsstellenleiter: Jürgen Tömördy

Die Aufgaben der Stabsstelle für Sport umfassen die Unterstützung der Regierung in sämtlichen Fragen betreffend den Sport, die Ausrichtung von Förderbeiträgen, die Durchführung des Jugend und Sport Programms, die Förderung einer gesundheitswirksamen Bewegung und aktiven Freizeitgestaltung in allen Bevölkerungsgruppen, die Unterstützung der Bereitstellung bedürfnisgerechter Sportinfrastruktur und Raumnutzung sowie die Koordination von Sport- und Bewegungsförderungsprogrammen und -projekten des Landes, der Gemeinden und der Dachorganisation der liechtensteinischen Sportverbände. Die Stabsstelle für Sport ist mit 230 Stellenprozenten besetzt.

Jugend und Sport (J+S)

Jugend und Sport ist das staatliche Sportförderungsprogramm in Liechtenstein für den Breitensport. Es umfasst die Jugendausbildung für Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 20 Jahren und die Kaderbildung (Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm). Das Sportförderprogramm unterstützt ein regelmässiges, nachhaltiges und qualitativ gutes Angebot für Kinder

und Jugendliche. Für das Förderwerk «Jugend und Sport in Liechtenstein» wurde ein Betrag in Höhe von CHF 770'000 aufgewendet. Darunter fallen der Grundbeitrag an das Bundesamt für Sport, die Kinder- und Jugendausbildung sowie die Kaderbildung (Leiteraus- und Fortbildungskurse). Im September des Berichtsjahres feierte Jugend und Sport sein 50-jähriges Bestehen. Das Jubiläum wurde auch in Liechtenstein mit verschiedenen Aktivitäten gewürdigt. Höhepunkt war die Auszeichnung langjähriger Leiterpersonen im Rahmen eines grossen Jubiläumsanlasses.

Kinder- und Jugendsport

Jugend und Sport unterscheidet Kurse für Fünf- bis Zehnjährige (Kindersport) und Zehn- bis 20-Jährige (Jugendsport). Kindersportangebote sind Kurse mit der Philosophie der kindergerechten und vielseitigen Gestaltung. Jugendsportkurse werden in den spezifischen Sportarten angeboten. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 613 Kurse mit 4'441 Teilnahmen registriert. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass bis Februar aufgrund der pandemiebedingten Massnahmen der Sportbetrieb eingeschränkt war und die spät im Jahr erfolgte Einführung der neuen Nationalen Datenbank Sport zum Stichtag des Jahresabschlusses ausserordentlich viele Angebote mit Laufzeitende im Berichtsjahr noch offen waren.

	2022	2021	2020	2019
Organisationen, Vereine und Verbände	50	53	51	51
Sportarten	21	22	24	22
Kurse/Lager	613	672	673	503
Leitende	960	1'027	1'034	820
Knaben (Teilnahmen)	2'811	3'124	3'179	2'790
Mädchen (Teilnahmen)	1'630	1'906	2'128	1'738
Total (Teilnahmen)	4'441	5'030	5'307	4'528

Kaderbildung

182 in Liechtenstein wohnhafte Leiterpersonen besuchten ein Aus- oder Weiterbildungsangebot (Kaderbildung) in Liechtenstein, eines der kantonalen Sportämter der Schweiz oder des Bundesamtes für Sport in Magglingen. An Jugend und Sport Leiterkursen werden pädagogische, methodische und sportartspezifische Grundkenntnisse vermittelt. Vereine, die das Jugend und Sportprogramm umsetzen, benötigen einen Coach. Der Coach ist das Bindeglied zwischen seinem Verein und der Stabsstelle für Sport. Die Kaderbildung umfasst die Aus- und Weiterbildung von Leiterpersonen, Expertinnen und Experten sowie Coaches. Die Stabsstelle für Sport organisierte im Berichtsjahr diverse Kaderbildungskurse in Liechtenstein, welche in der nachfolgenden Auflistung dargestellt sind. Über 200 Personen absolvierten eine J+S Aus- und Weiterbildung in Liechtenstein.

Kursart	Sportart	Anzahl Kurse	Anzahl Frauen	Anzahl Männer	Total
Grundausbildung	Skifahren	1	7	11	18
	Fussball	1	1	26	27
Weiterbildung 1	Coach	1	11	7	18
	Fussball	1	1	33	34
	Lagersport/Trekking	1	6	11	17
	Bewegungsgrundformen Kindersport	1	15	1	16
	Skifahren	1	12	13	25
Kindersport	Einführungskurs für Leiter	1	16	15	31
	Fussball	1	3	15	18
Total		9	72	132	204

Neben den regulären J+S Aus- und Weiterbildungen konnte auch die 1418 Coachausbildung in Liechtenstein durchgeführt werden. Der 1418 Coach ist ein Programm für den Jugend und Sport Leiternachwuchs. Die Ausbildung richtet sich an Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. Insgesamt über 36 Jugendliche konnten an einem der Ausbildungswochenenden Leitererfahrungen für Trainings mit Kindern und Jugendlichen erwerben.

Prämien und Auszeichnungen

Nina Riedener, Romano Püntener und das Synchronschwimmteam Noemi Büchel, Leila Marxer und Nadine Klauser wurden im Berichtsjahr als Sportlerin, Sportler und Team des Jahres ausgezeichnet und erhielten eine Prämie. Über 100 Personen konnten ausserdem beim J+S Jubiläumsanlass für ihre langjährigen Tätigkeiten als Leiterpersonen bei Jugend und Sport geehrt werden.

Förderung Breitensport

Sportlager und Sportwoche

Das Sommersportlager konnte mit über 20 Jugendlichen in Tenero durchgeführt werden. Das Wintersportlager musste aufgrund der Coronapandemie abgesagt werden. Bei der Sportwoche, welche in der Region Sarganserland, Werdenberg, Fürstentum Liechtenstein und Bündner Herrschaft durchgeführt wird, haben 110 Kinder aus Liechtenstein teilgenommen. Neben der

organisatorischen Hilfestellung unterstützt die Stabsstelle für Sport die Sportwoche finanziell mit CHF 2'000.

Sportveranstaltungen

Die Stabsstelle für Sport unterstützte verschiedene Organisationen für die Durchführung von Sportveranstaltungen in Liechtenstein. Die Sportveranstaltungen können gefördert werden, wenn an deren Durchführung ein öffentliches Interesse besteht, ein Grossteil der Bevölkerung daran teilnehmen kann oder sie zu einer positiven Aussenwirkung des Landes beiträgt. Die Sportveranstaltungen wurden insgesamt mit über CHF 100'000 unterstützt.

Behindertensport

Die Stiftung Special Olympics Stiftung Liechtenstein zur Förderung und Weiterentwicklung des Sports für Menschen mit einer geistigen und/oder mehrfachen Behinderung wurde mit CHF 225'000 unterstützt. Für besondere Vorhaben und Projekt, insbesondere die Durchführung und Beschickung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen und Wettkämpfen im In- und Ausland konnte die Special Olympics Stiftung zusätzlich mit CHF 40'000 unterstützt werden. Der Behindertenverband erhielt einen jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 17'500.

Infrastruktur und Unterhalt

Der Liechtensteinische Skiverband erhält für die Kosten der Infrastruktur im Berggebiet Malbun insbesondere

der Bergbahnen und für die Aufwände der Transportkosten einen jährlichen Beitrag gemäss Leistungsvereinbarung. Ebenso bekommt die Gemeinde Schaan eine Unterstützung für die Bereitstellung und den Unterhalt der Leichtathletikanlage. Des Weiteren verwaltet die Stabsstelle für Sport die fünf Landesturnhallen beim Mühleholz 1 und 2, dem Schulzentrum Unterland, der weiterführenden Schule in Triesen und der Schulanlage Giessen ausserhalb der Schulsportzeiten über ein Online Reservationssystem. Die reguläre Auslastung der Turnhallen beträgt während der Woche im Sommer über 90% und im Winter über 95%. Ausserdem wurden im Berichtsjahr über 124 irreguläre Termine für Wettkämpfe und Veranstaltungen an Wochenenden vergeben. Im Berichtsjahr konnte auch erstmalig über das ganze Jahr der mobile Pumptrack insgesamt fünf Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Für den Auf- und Abbau und die Jahreseinteilung ist die Stabsstelle für Sport verantwortlich. Zwölf Organisationen haben bei der Stabsstelle für Sport Sportmaterial wie Bubble Soccer, Street Racket, Golf Disc usw. ausgeliehen. Im September hat der Landtag einstimmig der Landessubvention in Höhe von CHF 5 Mio. zum Bau einer Kletterhalle zugestimmt. Zusätzliche CHF 1.2 Mio. muss der Alpenverein über Sponsoring beschaffen. Anschliessend kann die Kletterhalle in Liechtenstein gebaut werden.

Weitere Förderbereiche

Das Konditionstraining für jedermann/frau konnte zu den regulären Terminen im Sommer und Winter mit knapp 60 Trainings durchgeführt werden. Des Weiteren wurde im Berichtsjahr ein zusätzliches Training bei der Sportbox Liechtenstein in Vaduz angeboten. Die Sportbox ist ein Verleihsystem für sportbegeisterte Personen, die ein Outdoor Fitnessstraining mit Zusatzmaterial absolvieren möchten. Nach der Registrierung mittels App lässt sich die Sportbox zu den gewünschten Trainingszeiten öffnen. Die Stabsstelle für Sport hat die Gemeinde Vaduz bei der Anschaffung einer Sportbox unterstützt. Zur Vernetzung der Gesundheits- und Sportkommissionen der Gemeinden wurde im Berichtsjahr die dritte offizielle Sport- und Gesundheitskonferenz unter dem Titel «Sport – mehr als eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung» durchgeführt.

Schulsport

Die Aufgaben des Fachbereichs Schulsports sind die Qualitätssicherung und -entwicklung des Schulsports, die Koordination des Fachbereichs Schulsport, die Leitung der Arbeitsgruppe Schulsport sowie die Mitarbeit in der Kommission Sportschule.

Freiwilliger Schulsport

Im freiwilligen Schulsport konnten 23 Kurse mit 220 Teilnehmenden durchgeführt werden. Dieses fakultative Angebot ergänzt den obligatorischen Schulsport

und wird von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Freizeit besucht. Es bietet eine gute Grundlage, um koordinative Fertigkeiten optimal zu entwickeln und das Bewegungsrepertoire zu erweitern.

Schulsportwettkämpfe und Veranstaltungen

Mehr als 990 Kinder konnten 33 verschiedene Sportstationen an unterschiedlichen Standorten beim Olympic Day absolvieren. Die teilnehmenden Klassen konnten selbst auswählen, welche Sportart sie entdecken möchten. Aufgrund der idealen Wetterbedingungen waren viele Klassen mit dem Velo oder zu Fuss unterwegs. Bei den Schulsportmeisterschaften auf der Sekundarstufe haben insgesamt 910 Jugendliche in den Sportarten Basketball, Unihockey, Fussball und Volleyball teilgenommen. Coronabedingt mussten die Meisterschaften auf der Primarstufe in den Sportarten Mattenhandball und Leichtathletik abgesagt werden. Im Juni wurde der Anlass «Rutschevent» mit 90 Kindern im Schwimmbad Mühleholz durchgeführt.

Liechtenstein Olympic Committee (LOC)

Die Leistungsvereinbarung definiert die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem LOC, regelt die Leistungen sowie die damit verbundenen Vorgaben. Mit Finanzbeschluss vom 09. November 2018 wurden die Gewährung von Staatsbeiträgen für die verbandsorganisierte Sportförderung für die Jahre 2019 bis 2022 vereinbart. Mit Finanzbeschluss vom 29. September 2022 konnte die verbandsorganisierte Sportförderung für die Jahre 2023 bis 2026 erneut verankert werden. Der Landtag hat einstimmig eine signifikante Erhöhung der Sportförderung für die kommenden Jahre gesprochen und somit ein starkes Zeichen für den verbandsorganisierten Sport sowie das Ehrenamt für die kommenden Jahre gesetzt.

Jahresbeitrag an den LOC

Das Liechtenstein Olympic Committee (LOC) erhielt gemäss Leistungsvereinbarung mit der Regierung einen Jahresbeitrag von CHF 920'000 aus der Sportförderung, welcher für Personal- und Betriebsaufwand, Funktionärs- und Trainerausbildung, Kommunikation und Marketing sowie die Initiierung, Organisation, Koordination und Durchführung von Veranstaltungen eingesetzt wird.

Breitensportförderung

Für die verbandsorganisierte Breitensportförderung wurde dem LOC ein Beitrag in Höhe von CHF 300'000 zur Verfügung gestellt. Dieser Beitrag wurde gemäss Leistungsvereinbarung mit der Regierung als Basisbeitrag für die Grundsicherung der Verbandsstrukturen und Verbandsentwicklung, die Kostenbeteiligung für Mitgliederbeiträge an Internationale Sportfachverbände

sowie die Unterstützungsbeiträge für Breitensportprojekte und Dienstleistungen im Breitensport eingesetzt.

Leistungssportförderung

Für die verbandsorganisierte Leistungssportförderung erhält das LOC einen jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 1.29 Mio. Dieser Beitrag wurde für die Leistungssportförderung der Verbände und der Athleten eingesetzt. Die Leistungssportförderung der Verbände beinhaltet insbesondere den Trainingsbetrieb, den Wettkampfbetrieb und die Vorbereitungsprojekte auf Olympische Events der Verbände. Im Weiteren unterhält das LOC den grundlegenden Medical Support. Die Leistungssportförderung der Athleten umfasst Beiträge für die Direktzahlungen an die Athleten, Beiträge für Trainings und Material sowie einen Athletensupport in Form von Sportuntersuchungen, Leistungstests, Mentaltraining, Sporternährung, Athletiktraining und Ausbildungsprogrammen.

Olympische Missionen

Für die Förderung der Olympischen Missionen wurde dem LOC ein Beitrag in Höhe von CHF 200'000 zur Verfügung gestellt. Im Februar fanden die Olympischen Winterspiele in Peking, China statt. Nina Riedener und Marco Pfiffner konnten Liechtenstein in den Sportarten Langlauf und Ski Alpin vertreten. Aufgrund der Pandemie wurde das ursprünglich für Dezember 2021 geplante Winter EYOF in Vuokatti in den März des Berichtsjahres verschoben. Liechtenstein wurde durch Madeleine Beck, Sarah Näscher und Samuel Marxer im Ski Alpin und mit Alina Büchel im Skisprung vertreten. Die Sommer EYOF fanden im Juli in Banská Bystrica statt. Liechtenstein wurde durch Julia Weissenhofer (Kunstturnen) und Dario Alfonso (Judo) vertreten.

Dopingprävention/Dopingkontrollen

Das LOC und die Regierung arbeiten bei der Bekämpfung des Dopings im Sport zusammen. Gemäss Sportgesetz ist das LOC verpflichtet, für die notwendigen Dopingkontrollen zu sorgen. Ein Vertrag zwischen Antidoping Schweiz und dem LOC regelt die Durchführung von Dopingkontrollen und die Sanktionierung von Dopingvergehen. Die anfallenden Kosten für die Dopingkontrollen und Prävention wurden aus der Sportförderung mit CHF 52'000 finanziert. Der Landesbeitrag an die WADA – World Anti-Doping Agency – belief sich auf CHF 11'342.

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiterin: Botschafterin Dr. Doris Frick

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Vertretung der Interessen Liechtensteins in der Schweiz und damit verbunden die Pflege der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen sowie gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Mit Besuchen auf höchster Ebene wurde die Partnerschaft mit der Schweiz im Berichtsjahr weiter gefestigt. Aufgrund der über 100 vertraglichen Verbindungen zwischen den beiden Nachbarstaaten und der engen Verflechtung ihrer Wirtschaftsräume fand eine rege Zusammenarbeit auch auf Amtsebene statt. Ausserdem tauscht sich die Botschaft regelmässig mit den für Liechtenstein zuständigen rund 80 Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern aus.

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz wurden im Berichtsjahr auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung gepflegt. Auch im Rahmen der traditionellen Treffen der deutschsprachigen Länder tauschten sich die Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder aus. Im Fokus der Gespräche standen u.a. die Massnahmen und künftige Wege in der Pandemiebekämpfung, der Angriff Russlands auf die Ukraine sowie damit verbundene Themen wie die Energie- und Versorgungssicherheit, Sanktionen gegenüber Russland sowie Belarus und deren Umsetzung in Liechtenstein, der Schutzstatus der ukrainischen Flüchtlinge und die Friedensordnung in Europa. Da die Veränderungen im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU auch Auswirkungen auf Liechtenstein haben können, wurden die diesbezüglichen Entwicklungen von der Botschaft intensiv mitverfolgt. Des Weiteren spielten die Nachbarschaftspolitik, internationale Steuerfragen, die Nachhaltigkeit, die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, die Hochspannungsleitungen in Balzers, die Einbindung Liechtensteins ins Solidaritätsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland sowie das 100-jährige Zollvertragsjubiläum eine Rolle. Ausserdem fanden Gespräche zur Beteiligung Liechtensteins an den Einnahmen des Tabakpräventionsfonds und zur Anpassung der Verwaltungsvereinbarung mit Swissmedic statt.

Am 8. April wurde anhand eines Notenaustauschs zwischen Liechtenstein und der Schweiz die Vertretung der konsularischen Interessen Liechtensteins durch die Schweiz in Ländern, in denen Liechtenstein selbst vertreten ist, geregelt. Die neue Vereinbarung mit der Schweiz trat am 1. Mai in Kraft und verankert, dass sich liechtensteinische Staatsangehörige in konsularischen Angelegenheiten und Notsituationen in Deutschland,

den USA, Belgien sowie Tschechien an das jeweilige Schweizer Konsulat wenden können.

Um einen möglichst starken Wettspielerschutz auch im grenzüberschreitenden Kontext zu gewährleisten, haben Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Bundesrätin Karin Keller-Sutter am 20. Oktober ein Abkommen unterzeichnet, das die Grundlage für den Austausch von Daten vom Spielbetrieb gesperrter Spielerinnen und Spieler schafft.

Kontakte auf den Ebenen Staatsoberhaupt, Landtag und Regierung

Am 14. Januar fand am Rande des Gipfeltreffens der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) auf der Schwägalp ein bilaterales Treffen zwischen Regierungschef Dr. Daniel Risch und Bundespräsident Ignazio Cassis statt.

Am 8. April tauschten sich Regierungsrätin Dominique Hasler und Bundespräsident Ignazio Cassis im Vorfeld des Treffens der Aussenministerinnen und Aussenminister der deutschsprachigen Länder in Liechtenstein aus.

Am 11. April nahm Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter am Treffen der Justizministerinnen und -minister der deutschsprachigen Länder in St. Gallen teil.

Am 12./13. April fand das Freundschaftstreffen der Parlamentarierdelegationen aus Liechtenstein und der Schweiz in Vaduz statt.

Am 29. April traf sich Regierungsrat Manuel Frick in Vaduz mit Regierungsrat Bruno Damann, dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements des Kantons St. Gallen.

Vom 21. bis zum 25. Mai tauschten sich S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Dr. Daniel Risch am Weltwirtschaftsforum in Davos mit offiziellen Vertreterinnen und Vertretern der Schweiz, Schweizer Institutionen sowie weiteren hochrangigen Repräsentantinnen und Repräsentanten aus der ganzen Welt aus.

Am 15. Juni trafen Regierungschef Dr. Daniel Risch und Aussenministerin Dominique Hasler anlässlich des Liechtenstein-Empfangs an der Botschaft in Bern Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Bundesverwaltung.

Am 4./5. Juli vertrat Regierungsrätin Dominique Hasler Liechtenstein an der von der Schweiz organisierten ersten internationalen Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in Lugano.

Am 7./8. Juli weilte Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni anlässlich des Treffens der Umweltministerinnen der deutschsprachigen Länder in Basel.

Am 22./23. August nahm Regierungschef Dr. Daniel Risch am Treffen der Finanzministerinnen und -minister der deutschsprachigen Länder in Eschenz teil.

Am 30. August trafen sich die Regierungen Liechtensteins und des Kantons St. Gallen in St. Gallen.

Am 12./13. September fand auf Einladung von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein das

Sechsertreffen der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Länder in Liechtenstein statt.

Am 20. September tauschte sich Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni mit Bundesrat Guy Parmelin in Bern aus.

Am 13. Oktober nahm Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni an der Eröffnung der Olma in St. Gallen teil.

Am 20. Oktober unterzeichneten Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Bundesrätin Karin Keller-Sutter in Bern ein Abkommen betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich.

Am 17. November tauschte sich Landtagspräsident Albert Frick mit Ständeratspräsident Thomas Hefti in Vaduz aus. Im Rahmen eines Höflichkeitsbesuchs traf Ständeratspräsident Thomas Hefti ausserdem Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni.

Am 17. November empfing Regierungsrat Manuel Frick die Sozialminister der deutschsprachigen Länder in Liechtenstein.

Am 18. November fand auf Einladung von Regierungsrat Manuel Frick das Treffen der Gesundheitsminister und -ministerinnen der deutschsprachigen Länder in Schaan statt.

Kontakte auf Amts- und Expertenebene

Am 14. Januar sprach die Stabsstellenleiterin Dr. Andrea Entner-Koch am Parteitag der «Die Mitte»-Partei über die Erfahrungen Liechtensteins mit dem EWR.

Am 25. März empfing Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni die Mitglieder der Konferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen sowie -direktoren in Liechtenstein.

Am 13. und 14. April fand die Jahresversammlung der Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (KVMBZ) in Vaduz statt, an der Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni die Teilnehmenden begrüusste.

Am 14. April erfolgte das jährlich stattfindende Arbeitstreffen zwischen Liechtenstein und der Humanitären Hilfe der Schweiz in Dübendorf.

Am 21. April fand das Fünftertreffen der deutschsprachigen Länder zur Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement in Bern statt.

Am 27./28. April trafen sich die Delegationen Liechtensteins und der Schweiz in Vaduz zu Verhandlungen in Bezug auf ein Abkommen betreffend die fürsorgliche Unterbringung von Erwachsenen und Minderjährigen in der Schweiz.

Am 5. Mai fand in St. Gallen ein Pilottreffen der geplanten Regierungskommission Bodensee mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein statt.

Am 6. Mai nahm Amtsleiter Botschafter Dr. Martin Frick am jährlich stattfindenden Quadrilateralen Treffen der Staats- und Generalsekretäre aus Österreich, der Schweiz, Slowenien und Liechtenstein in Bern teil.

Am 17. Mai tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter Liechtensteins und des Bundesamts für Energie in Bern auf Beamtenebene aus.

Am 20. Mai fand die Konferenz Sicherheitsverbund Schweiz zum Thema «Mobilität und Sicherheit» in Biel statt.

Am 1. Juni konnte Liechtenstein als Beobachter am Treffen der trinationalen Arbeitsgruppe Deutschland-Österreich-Schweiz in Konstanz teilnehmen.

Am 25. August fand online die erste Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur künftigen Insolvenzdeckung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen mit Sitz in Liechtenstein statt.

Am 16. September hielt Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni anlässlich der Verleihung des Architekturpreises für nachhaltiges Sanieren und Bauen in den Alpen, «Constructive Alps Award 2022», in Bern eine Ansprache.

Am 14. Oktober fand ein Treffen von Botschafterin Dr. Doris Frick und Regierungssekretär Horst Schädler mit den St. Galler Regierungsräten Marc Mächler, Beat Tinner und Bruno Damann in St. Gallen statt.

Am 19. Oktober fand das jährliche Treffen der Expertengruppen im Rahmen der Vereinbarungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an den Einnahmen aus der Versteigerung von Zollkontingenten in Liechtenstein statt.

Am 21. Oktober traf sich Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni mit Benoît Revaz, Direktor des Bundesamts für Energie, in Vaduz.

Am 31. Oktober fand online die zweite Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur künftigen Insolvenzdeckung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen mit Sitz in Liechtenstein statt.

Am 24. November tauschten sich Botschafterin Dr. Doris Frick, Vertreterinnen und Vertreter des Amts für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Finanzmarktaufsicht mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft zum Thema Sanktionen aus.

Am 25. November fand online die dritte Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur künftigen Insolvenzdeckung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen mit Sitz in Liechtenstein statt.

Botschafterin Dr. Doris Frick hielt im Berichtsjahr mehrere Vorträge zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein, tauschte sich mit Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus und empfing an der Botschaft in Bern diverse Gruppen aus Liechtenstein und der Schweiz.

Kontakte mit Botschaften in Bern

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Botschaft Bern ist die Pflege der Kontakte zu in Liechtenstein

akkreditierten Vertreterinnen und Vertretern von Botschaften von Drittstaaten mit Sitz in Bern. Dazu gehören das Einstehen für liechtensteinische Interessen, die Entgegennahme und Bearbeitung von Demarchen sowie Positionspapieren und die Unterstützung bei der Organisation von Besuchen in Liechtenstein wie auch bei Visiten hoher liechtensteinischer Delegationen im Ausland.

Im Berichtsjahr erfolgten bei Aufenthalten von ausländischen Repräsentantinnen und Repräsentanten in Liechtenstein auch Treffen mit S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie Regierungsmitgliedern.

Am 15. März organisierte Botschafterin Dr. Doris Frick für die «Women Ambassadors» einen Anlass zur «Digital Foreign Policy Strategy» der Schweiz.

Am 12. Mai fanden anlässlich eines Empfangs zum Europatag in Vaduz ein Treffen zwischen Regierungschef Dr. Daniel Risch und dem EU-Botschafter Petros Mavromichalis sowie ein Austausch zwischen Regierungsrätin Dominique Hasler und Botschafterinnen sowie Botschaftern der EU-Staaten statt.

Am 15. September statteten Handelsrepräsentantinnen und -repräsentanten der EU-Staaten und der EU-Delegation Liechtenstein einen Besuch ab und tauschten sich u. a. mit Beamten wie auch Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern aus.

Am 9. November sprach Regierungschef Dr. Daniel Risch bei einem Treffen der Botschafterinnen und Botschafter der EU-Staaten sowie der EU-Delegation in Bern über die Beziehungen Liechtensteins zu Europa und die Bedeutung des EWR für Liechtenstein.

Am 10. November unterzeichneten Botschafterin Dr. Doris Frick und der rumänische Botschafter Bogdan Mazuru das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und Rumänien in Bern.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die über 1'700 in der Schweiz und rund 1'150 in Drittländern gemeldeten liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu konsularischen Themen. Sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netzwerk der Schweiz eingehen und einen Bezug zu Liechtenstein haben, werden vom EDA an die liechtensteinische Botschaft in Bern weitergeleitet. Dies betrifft in der Regel Angelegenheiten liechtensteinischer Staatsangehöriger in Drittländern – insbesondere, wenn diese in Notsituationen geraten – und Rechtshilfefälle sowie Beglaubigungen. Die Botschaft in Bern unterstützt auch liechtensteinische Unternehmen bei der Lösungsfindung zu Problemen in Verbindung mit ihren internationalen Tätigkeiten.

Im Berichtsjahr setzte sich die Botschaft u. a. für Personen mit liechtensteinischer Nationalität in Gefängnissen im Ausland ein und war bei Abklärungen in Zusammenhang mit Todesfällen oder

Aufenthaltsbewilligungen behilflich. Die Botschaft unterstützte Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins ebenfalls bei Fragen sowie Problemen betreffend die Einreise in Drittstaaten wie auch die Rückreise nach Liechtenstein.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiterin: Isabel Frommelt-Gottschald

Das Berichtsjahr war geprägt vom Beginn des russischen Aggressionskrieges auf die Ukraine und seinen Folgen, der daraus resultierenden Energie- und Ernährungskrise sowie steigender Inflation und klimatischen Verwerfungen. Waldbrände und extreme Hitze dominierten in Deutschland den Sommer über in der Berichterstattung. Aufgrund der noch unsicheren Situation bezüglich der Covid-19-Pandemie im ersten Halbjahr wurden auch 2022 zahlreiche Grossveranstaltungen (Internationale Grüne Woche (IGW), Internationale Tourismus-Messe (ITB), Leipziger Buchmesse) abgesagt oder konnten nicht in Präsenz stattfinden. Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) bildete dabei eine Ausnahme und wurde durch Regierungsrätin Dominique Hasler wahrgenommen. Ebenfalls durchgeführt wurde der Ludwig-Erhard-Gipfel (LEG) am Tegernsee, an dem Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni Liechtenstein vertreten hat. Das Berichtsjahr stand aber auch ganz im Zeichen der wieder physisch stattfindenden bilateralen Treffen. Noch nie fanden so viele gegenseitige Besuche der Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Bundeskabinetts in Berlin und in Liechtenstein statt wie im Berichtsjahr. Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Teilnahme von Aussenministerin Dominique Hasler an der «Moldau-Konferenz» des Auswärtigen Amtes, der Staatsbesuch von Regierungschef Dr. Daniel Risch bei Bundeskanzler Olaf Scholz und das Treffen von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni mit Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir. Auf Einladung von Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter weilten Bundesminister Volker Wissing (Verkehr, Digitale Infrastruktur) und Klara Geywitz (Wohnen, Stadtentwicklung) zu offiziellen Besuchen in Liechtenstein. Ebenfalls zu erwähnen sind Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter (mit Bundespräsident Steinmeier), der Parlamentspräsidenten und Parlamentspräsidentinnen (mit Bärbel Bas) und der Aussenminister und Aussenministerinnen (mit Annalena Baerbock) in Liechtenstein wie auch das deutschsprachige Innenministertreffen in Hessen (mit Nancy Faser). Durch all diese Begegnungen sowie durch Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen der liechtensteinischen Aussenpolitik und der

Teilnahme an zahlreichen Anlässen in Deutschland konnte das aussenpolitische Profil Liechtensteins im Austausch mit hochrangigen deutschen VertreterInnen von Ministerien und deutschen «Think Tanks» und internationalen Organisationen vertieft werden. Auch über die Finanzplatzthemen konnte 2022 in Deutschland wieder informiert und das deutsche Publikum dafür sensibilisiert werden. So wurden von Botschafterin Isabel Frommelt-Gottschald Impulsvorträge in Düsseldorf und Stuttgart im Rahmen von Veranstaltungen des liechtensteinischen Bankenverbands, Fondsverbands und Vereins unabhängiger Vermögensverwalter gehalten. Im September folgte ein Besuch der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) in Berlin mit zahlreichen politischen Gesprächen. Schliesslich konnte Liechtenstein als Kulturstandort mit Auftritten des liechtensteinischen Symphonieorchesters in der Philharmonie in Berlin und des Ensemble Esperanza in Wetzlar in Hessen begeistern.

Das Jahr 2022 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

Kontakte auf Regierungs- und Landesebene

Am 16. Februar 2022 fand die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) unter der Teilnahme von Regierungsrätin Dominique Hasler statt. Das Hauptthema war der damals noch drohende russische Aggressionskrieg auf die Ukraine. Die Konferenz konnte für zahlreiche bilaterale Treffen, darunter mit dem ukrainischen Aussenminister Dmytro Kuleba, genutzt werden. Auch ein erstes Treffen mit Aussenministerin Annalena Baerbock fand an der MSC statt. Auf ihre Einladung und die ihrer australischen Amtskollegin nahm die Regierungsrätin an einem Arbeitsgespräch zum Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit» teil.

Am 5. April nahm Regierungsrätin Dominique Hasler an einer Unterstützungskonferenz für die Republik Moldau in Berlin teil, die seit dem russischen Aggressionskrieg auf die Ukraine die Ankunft grosser Flüchtlingsströme verzeichnet. Als eines der ärmsten Länder Europas ist die Republik Moldau seit 2007 Schwerpunktland der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Liechtensteins.

Gleich im Anschluss fand am 8. April das Treffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister in Liechtenstein statt. Dieses stand ganz im Zeichen der Auswirkungen des russischen Aggressionskrieges auf die Ukraine insbesondere auf die humanitäre Lage und die Verantwortung für die damit in Verbindung stehenden Gräueltaten. In Zusammenhang mit dem Konflikt stand auch der Austausch über das Thema Menschenhandel und der von Liechtenstein lancierten Initiative «Finance against Slavery and Trafficking» (FAST).

Vom 21. bis 22. April nahm Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni am Ludwig-Erhard-Gipfel (LEG) in Bayern teil. Sie nutzte den Gipfel und ihre

Impulsrede, um Liechtenstein als erfolgreichen und agilen Wirtschaftsstandort sowie als nachhaltigen Kleinstaat vorzustellen. Gleichzeitig konnte sie die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Bayern u.a. bei einem Treffen mit dem bayrischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (CSU) vertiefen und sich erstmals mit dem SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil austauschen.

Bilateraler Höhepunkt des Berichtsjahres war der Staatsbesuch von Regierungschef Dr. Daniel Risch bei Bundeskanzler Olaf Scholz im Rahmen seines Berlin-Besuchs am 17./18. Mai. Im Mittelpunkt des Treffens stand der russische Aggressionskrieg auf die Ukraine und seine politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Dabei konnten auch die Veto- und die FAST-Initiativen Liechtensteins vorgestellt werden. Des Weiteren traf der Regierungschef hochrangige Vertreterinnen und Vertreter des Finanz-, Wirtschafts-, Aussen-, Innen- und Entwicklungsministeriums, sowie zahlreiche Bundestagsabgeordnete. Ausserdem fanden Treffen mit Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Pegah Edallatian, statt. Abgerundet wurde der Besuch von Medienterminen mit dem Nachrichtensender n-tv und der deutschen Börse-Zeitung.

Die FAST-Initiative wurde am 23. Mai bei einer Informationsveranstaltung erneut vor hochrangigen Expertinnen und Experten im Beisein von Botschafter Christian Wenaweser, Daniel Thelesklaf sowie der Botschafterin Isabel Frommelt-Gotschald vorgestellt. Das Treffen diente auch der Vertiefung des Austausches zwischen der deutschen und liechtensteinischen Verwaltung.

Vom 23./24. Mai fand das Treffen der deutschsprachigen Innenministerinnen und Innenminister im hessischen Königstein statt, an dem Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni teilnahm. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Themen Krisenmanagement, Resilienz der Demokratien sowie grenzüberschreitende Polizeikooperation.

Auf Einladung S. D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein fand am 12./13. September das Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Liechtenstein statt, mit Teilnahme des Bundespräsidenten Walter Steinmeier. Themenschwerpunkte des Treffens waren u. a. «Philanthropie und Gemeinwesen» sowie die FAST-Initiative.

Vom 19./20. September besuchte die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) Berlin. Der Präsident des Aufsichtsrates, Dr. Christian Batliner und Geschäftsführer Mario Gassner trafen dabei Mitglieder des Finanzausschusses des Bundestags, sowie Vertreterinnen und Vertreter des Finanzministeriums, des Aussenministeriums und des Bundeskanzleramtes. Der Besuch diente dazu, sich über die Umsetzung der Russland-Sanktionen, die Geldwäschereibekämpfung, die Finanzstabilität und Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft

auszutauschen und weitere aktuelle Entwicklungen des liechtensteinischen Finanzplatzes aufzuzeigen.

Am 26. September besuchte Regierungschef Dr. Daniel Risch die Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz. Ein Austausch über bilaterale Themen erfolgte in Hessen mit dem Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer und Finanzminister Michael Boddenberg und in Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Zudem traf sich der Regierungschef mit dem Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) und hielt einen Vortrag vor dem Deutsch-Schweizerischen Wirtschaftsclub in Frankfurt.

Auch Regierungsrätin Dominique Hasler reiste im Berichtsjahr nach Hessen, um die Beziehungen zu diesem wirtschaftsstarken Bundesland, in welchem auch führende liechtensteinische Industrieunternehmen Niederlassungen haben, weiter zu vertiefen. Am 18. Oktober traf sie die neue Landtagspräsidentin Astrid Wallmann und die für Europa und Bundesangelegenheiten zuständige Staatsministerin Lucia Puttrich. Im Anschluss weilte Regierungsrätin Hasler zu politischen Gesprächen mit hochrangigen, politischen Vertretern und Vertreterinnen des Aussenministeriums und des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit in Berlin und nahm am «Berliner Forum Aussenpolitik» der Körber Stiftung teil, wo sie eine Keynote-Rede hielt. Im Zentrum standen dabei aktuelle liechtensteinische Initiativen in der Aussenpolitik und insbesondere die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC).

Vom 7./8. November traf sich Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni zu einem Antrittsbesuch und Arbeitsgespräch mit Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und dem parlamentarischen Staatssekretär Christian Kühn vom Bundesumweltministerium. Dabei wurden der aktuelle agrarpolitische Bericht Liechtensteins, die Herausforderungen der Landwirtschaft, der Klima- und Artenschutz sowie das grosse Thema Ernährungssicherheit u. a. vor dem Hintergrund des russischen Aggressionskrieges auf die Ukraine diskutiert.

Teilnahme an virtuellen Konferenzen

Im Berichtsjahr nahm die liechtensteinische Botschaft ausserdem an zahlreichen virtuellen Konferenzen teil. Darunter an Briefings des Aussen-, Wirtschafts- und Innenministeriums zu Themen der Aussenpolitik, Wirtschaftsentwicklung Deutschlands und der deutschen Innen- und Nachhaltigkeitspolitik, an Informationsveranstaltungen von und Gesprächen mit «Think Tanks» und Stiftungen wie der DGAP, SWP, Aspen Institut, Konrad-Adenauer-Stiftung, Körber Stiftung und schliesslich auch an virtuellen Veranstaltungen und Jahrestagungen deutscher Wirtschaftsverbände.

Liechtensteinische Honorarkonsulate

Die liechtensteinischen Honorarkonsulate an den Standorten Hamburg, Frankfurt a. Main und München unterstützten die Arbeit der Botschaft auch im Berichtsjahr

auf vielfältige Weise. So organisierte das Honorarkonsulat in Hamburg gemeinsam mit der Botschaft einen Empfang mit einem Impulsvortrag von Prof. Johann Kräfter, Direktor der Fürstlichen Sammlungen Liechtenstein, am 4. Oktober in Hamburg.

Liechtensteinisches Künstleratelier

Auch im Berichtsjahr bekamen vier Kunstschaaffende (Dagmar Frick-Isplitzer, Roland Brauchli, Veronika Marxer und Antonella Barone) die Gelegenheit, sich im Künstleratelier in Berlin mit einem Tapetenwechsel von der Vielfalt und Atmosphäre der Stadt inspirieren zu lassen.

Mission bei der Europäischen Union in Brüssel

Leiter: Botschafter Pascal Schafhauser

Hauptaufgabe der Mission ist die Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen der Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie der Assoziation mit Schengen/Dublin. Die Mission dient dabei auch als Bindeglied für Amtsstellen ausserhalb des Ministeriums für Äusseres, darunter das Ministerium für Präsidiales und Finanzen, das Ministerium für Inneres (Schengen/Dublin) sowie die Stabsstelle EWR.

Der am 24. Februar 2022 beginnende russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine hatte grossen Einfluss auf die Aktivitäten der Mission. Im Laufe des Jahres erliess die EU neun weitreichende Sanktionspakete gegen Russland und Belarus, deren autonome Umsetzung im Inland eine enge Kontaktpflege mit den relevanten EU-Institutionen in Brüssel erforderte. Des Weiteren war die Mission intensiv in die Sitzungen der EU zum erweiterten Krisenmanagement in Reaktion auf den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine eingebunden (Zivilschutz und humanitäre Hilfe, Umgang mit Fluchtbewegungen etc.). Ebenso wurden die Sitzungen zum fortgesetzten EU-Krisenmanagement der Covid-19-Pandemie weiterhin abgedeckt. Auf die Zusammenarbeit im EWR hatten der russische Aggressionskrieg und die folgende europäische Energiekrise bislang nur geringfügige Auswirkungen. Der gute Übernahmetrend von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen aus dem Vorjahr konnte im Berichtsjahr beibehalten werden. Im Bereich Schengen ist die Erweiterung des Schengenraums auf Kroatien hervorzuheben. Nebst der kontinuierlichen Umsetzung von Projekten des EWR-Finanzmechanismus in 14 Empfängerstaaten sind im Juni die Verhandlungen für einen weiteren EWR-Finanzierungsmechanismus angelaufen. Schliesslich wurde die neue «European Political Community» gegründet, an deren Inaugurationstreffen Liechtenstein im Oktober teilnahm.

Übernahme von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen (Binnenmarkt)

Die Mission vertritt Liechtenstein in den rechtsetzenden Organen des EWR. Im Berichtsjahr fasste der Gemeinsame EWR-Ausschuss 354 Beschlüsse, mit denen 628 EU-Rechtsakte in das EWR-Abkommen übernommen wurden. Damit wird der solide Übernahmetrend aus dem Vorjahr (662 EU-Rechtsakte) aufrechterhalten. Der Rückstau an Rechtsakten, die noch nicht Bestandteil des EWR sind, aber bereits in der EU gelten (sog. Backlog), bleibt weiterhin beträchtlich (612 EU-Rechtsakte; Stichtag 16. November 2022). Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die Energiekrise hatten kaum Auswirkungen auf den EWR-Übernahmeprozess, da EU-Rechtsakte in Reaktion auf beide Ereignisse mehrheitlich nicht EWR-relevant waren. Die Mission berichtete dennoch engmaschig über die Diskussionen und Beschlüsse der EU im Energiebereich, um mögliche indirekte Auswirkungen auf die EWR/EFTA-Staaten rechtzeitig absehen zu können.

Vertretung in EWR-relevanten Organen

Das höchste politische Gremium des EWR, der EWR-Rat, tagte im Berichtsjahr zweimal (23. Mai bzw. 23. November). Im EWR-Rat treffen die zuständigen Ministerinnen und Minister Islands, Liechtensteins und Norwegens auf die jeweilige EU-Ratspräsidentschaft (Frankreich in der ersten Jahreshälfte, Tschechien in der zweiten), um das Funktionieren des EWR zu diskutieren. Wichtigstes Thema der beiden Räte war die strategische Unabhängigkeit der EU in den Bereichen Rohstoffe und Energie unter gleichzeitiger Wahrung der Ziele des grünen Wandels (Green Transition). Im Rahmen des Politischen Dialogs mit der EU wurde jeweils schwerpunktmässig die Situation in der Ukraine diskutiert.

Der EWR-Rat nimmt stets Schlussfolgerungen an. Von dieser Annahme musste an beiden Räten abgesehen werden. Ungarn, welches in der aktuellen EEA-Grants Periode (2014 bis 2021) keine Kohäsionszahlungen der EWR/EFTA-Staaten erhält, versagte der Verabschiedung der Schlussfolgerungen, welche auf EU-Seite im Konsens erfolgen muss, wie bereits am EWR-Rat im November 2021 seine Zustimmung.

Liechtenstein hatte in der ersten Jahreshälfte den Vorsitz im Ständigen Ausschuss der EFTA-Staaten inne. Prioritäten des Vorsitzes waren u. a. die Beschleunigung des Übernahmeprozesses von EU-Recht in das EWR-Abkommen sowie die raschere Aufhebung von verfassungsrechtlichen Vorbehalten.

Im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft unterhalten Island, Liechtenstein und Norwegen politische Dialoge mit der EU zu aussenpolitischen Themen (z. B. Afrika, Osteuropa und Zentralasien, Westlicher Balkan, OSZE/Europarat). Diese Gespräche finden am Rande des EWR-Rats zweimal jährlich auf Ministerebene statt und werden ansonsten von der Mission abgedeckt. Zudem

lädt die EU Liechtenstein regelmässig ein, Erklärungen zu ausserpolitischen Themen mitzutragen (z. B. zu den Sanktionen gegen Russland, Belarus und Iran, dem internationalen Tag der Menschenrechte oder der Situation in Hong Kong). Die Mission koordiniert Liechtensteins Position zu diesen Erklärungen, welche in der Regel mitgetragen werden. Zudem informiert die Mission die zuständigen Stellen über neue EU-Sanktionen, damit deren innerstaatlicher Nachvollzug autonom geprüft werden kann. Aufgrund der umfassenden Sanktionstätigkeiten der EU in Reaktion auf den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine fiel im Berichtsjahr erheblich mehr Arbeit in diesem Bereich als in vergangenen Jahren an. Die Mission stand bezüglich der Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland und Belarus im Austausch mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der Europäischen Kommission sowie den zuständigen Stellen in Vaduz.

Im Juni tagte zum zweiten Mal seit Inkrafttreten des Austrittsabkommens zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich dessen Gemischter Ausschuss. Botschafter Pascal Schafhauser leitete die Sitzung unter liechtensteinischem Vorsitz. Der Ausschuss sorgt dafür, dass Aktualisierungen im Bereich der Sozialen Sicherheit auch in das Austrittsabkommen übernommen werden.

Auf Initiative Frankreichs und koordiniert durch den Präsidenten des Europäischen Rats wurde im Oktober die «European Political Community» (EPC) als politisches, nicht-spezialisiertes Kooperations- und Koordinationsforum mit gemeinsamem demokratischen Wertesockel für europäische Länder ins Leben gerufen. Am ersten Treffen in Prag wurde Liechtenstein als einziger europäischer Kleinstaat eingeladen und nahm auf Ebene des Regierungschefs teil. Die Mission begleitete den Prozess und deckte die entsprechenden Vorbereitungstreffen ab.

EWR-Finanzierungsmechanismus

Der EWR-Finanzierungsmechanismus stellt den gemeinsamen Beitrag Islands, Liechtensteins und Norwegens zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb des EWR dar. Für die Periode 2014-2021 (wobei Projektgelder noch bis 2024 ausbezahlt werden) beläuft sich Liechtensteins Beitrag (1.33% der Gesamtkosten) voraussichtlich auf ca. EUR 16 Mio. Die Mission vertritt Liechtenstein in den Leitungsgremien dieses auch als EEA-Grants bekannten Programms (www.eeagrants.org).

Im Berichtsjahr traten alle 97 Programme in den 14 Empfängerstaaten in die Umsetzungsphase. Es fanden Ausschreibungen für Projektfördermittel statt, bei denen sich auch liechtensteinische Partner mitbewerben konnten. Die Halbzeitüberprüfung in den Empfängerstaaten und damit verbundene Umschichtungen von Geldern zwischen Programmen

konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Auch beim EWR-Finanzierungsmechanismus spürte man die Auswirkungen des Ukrainekrieges. Dies vor allem bei der Umsetzung von Projekten mit einer Infrastrukturkomponente (Lieferkettenunterbrechungen bzw. Arbeitskräftemangel). Liechtenstein setzte sich früh für mehr Flexibilität bei der Gewährung von Geldern für Projekte mit Ukrainebezug ein, sodass bislang EUR 13 Mio. in den Empfängerstaaten dafür eingesetzt werden konnten.

Die nominelle Periode des Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 ist 2021 ausgelaufen. Die Verhandlungen mit der EU über einen neuen Finanzierungsmechanismus werden von der Mission geführt und begannen im Juni. Bislang wurden noch keine konkreten finanziellen Forderungen seitens der EU gestellt. Die Gespräche drehten sich stattdessen um den Umfang der Kohäsionsbemühungen der EU als möglichen Referenzwert für den künftigen EWR/EFTA-Beitrag sowie thematische Prioritäten der nächsten Finanzierungsperiode. Parallel verhandeln Norwegen und Island traditionsgemäss ihren Marktzugang im Fischereibereich – ebenfalls bisher ohne spürbaren Fortschritt.

Schengen- und Dublin-Assoziierung

Die Mission Brüssel nimmt in den Bereichen Schengen/Dublin an Sitzungen einschlägiger EU-Gremien teil, die sich mit dem Funktionieren und der Weiterentwicklung dieser Rechtsbereiche befassen. Schengen sieht die Abschaffung der stationären Personenkontrollen an den Binnengrenzen sowie den gemeinsamen Schutz der Aussengrenzen des Schengenraums vor. Das Dublin-System bezweckt, sicherzustellen, dass ein Asylgesuch nur im Erstankunftsland geprüft wird. Im Berichtsjahr fanden mehrere informelle Gespräche und eine erste Verhandlungsrunde über die geplante Teilnahme Liechtensteins am BMVI-Fonds (Border Management and Visa Instrument) statt, einem Finanzhilfeeinstrument im Bereich des Grenzschutzes. Die Mission nahm im Rahmen der Schengen-Assoziierung auch an den Sitzungen des EU-Krisenschutzgremiums IPCR teil, welche wie im Vorjahr zum Thema der Covid-19-Pandemie sowie neu auch zum Thema des russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine abgehalten wurden.

Als Schengen/Dublin-assoziierter Staat wird Liechtenstein auch zu den Treffen der EU-Innenministerinnen und -minister eingeladen. Im Frühling wurde zudem das neue Format des «Schengen-Rats» geschaffen, mit welchem die politische Steuerung des Schengenraums auf höchster Ebene sichergestellt werden soll. Daneben wurde Liechtenstein an zwei informelle sowie (vor dem Hintergrund des Kriegsausbruchs in der Ukraine sowie der angespannten Situation im Migrations- und Asylbereich) an drei ausserordentliche Treffen der EU-Innenministerinnen und -minister eingeladen. Am letzten Rat im Dezember wurde beschlossen, den Schengenraum

per 2023 auf Kroatien zu erweitern, womit dieser nun 27 Mitgliedstaaten umfasst.

Im Berichtsjahr hat die EU 35 Rechtsakte beschlossen, die den Schengen/Dublin-Besitzstand weiterentwickeln und auch von Liechtenstein umzusetzen sind (rechtlich unverbindliche Rechtsakte werden nicht mitgezählt).

Finanzthemen und Steuerkooperation

Im November nahm Regierungschef Dr. Daniel Risch unter liechtensteinischem Vorsitz im EFTA-Wirtschaftsausschuss in seiner Rolle als Finanzminister am EFTA-ECOFIN-Treffen teil. Der ECOFIN-Rat, welcher sich aus den EU-Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -ministern zusammensetzt, tauscht sich traditionell einmal jährlich mit den Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -ministern der EFTA-Staaten aus. Das Thema des Treffens war «Geopolitik, Energiepreise und Inflation». Nebst der Unterstützung und Begleitung solcher Treffen steht die Mission auch in Finanz- und Steuerthemen auf europäischer Ebene mit dem Ministerium für Präsidiales und Finanzen in engem Austausch.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone

Leiter: Botschafter Pascal Schafhauser

Die Botschaft verfolgte aktuelle Entwicklungen in Belgien und erstattete Bericht an die Regierung, so etwa über den ersten Besuch des regierenden Königs Philippe in der ehemals belgisch kolonialisierten Demokratischen Republik Kongo, den Beginn des Gerichtsprozesses zu den Terroranschlägen von 2016 in Brüssel sowie die Massnahmen der belgischen Polizei und Justiz gegen die massive Kriminalität im Zusammenhang mit dem Umstand, dass Belgien aufgrund seiner Häfen einer der grössten Drogenumschlagplätze Europas ist.

Im Oktober organisierte die Botschaft gemeinsam mit der Mission New York eine Podiumsdiskussion über die Anwendung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) auf die Cyberkriegsführung sowie die mögliche Rolle des IStGH bei der Regulierung der sich im 21. Jahrhundert wandelnden Kriegsführung. Der Anlass wurde gemeinsam mit dem Föderalen Öffentlichen Dienst für Auswärtige Angelegenheiten, Aussenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien, der Mission von Costa Rica, den Ständigen Vertretungen Estlands, Luxemburgs, Portugals, Tschechiens und Spaniens bei der EU sowie der Delegation des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) bei der EU/NATO/Belgien organisiert.

Aufgrund der geographischen Nähe nahm die Botschaft auch einige Termine in Den Haag (Niederlande) wahr. So vertrat sie Liechtenstein im Februar an den Wahlen des Generalsekretärs des Ständigen Schiedsgerichtshofs und unterstützte die liechtensteinische Delegation während der Vertragsstaatenversammlung des IStGH in den Budgetverhandlungen im Dezember. Ebenfalls im Dezember reichte der Botschafter Pascal Schafhauser Liechtensteins Interventionserklärung in dem von der Ukraine gegen Russland angestregten Verfahren wegen angeblicher Verstösse gegen die UN-Völkermordkonvention beim IGH ein und fungiert im Verfahren als Bevollmächtigter.

Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

Leiter: S. D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Am Ende des Berichtsjahres starb der emeritierte Papst Benedikt XVI. in Rom.

Mussten Anfang 2022 aufgrund der Covid-Einschränkungen noch Termine verschoben bzw. abgesagt werden, trat in Rom und somit im Vatikan im Laufe des Jahres eine gewisse Normalisierung ein. Zwei namhafte Stiftungen aus Liechtenstein werden die päpstliche Schweizer Garde beim Projekt des Neubaus ihres Garnisons-Gebäudes auf dem Gebiet des Vatikans unterstützen. Im Mai besuchte eine dieser Stiftungen den Vatikan und die Botschaft begleitete diesen Besuch. Der Beginn des Neubaus musste allerdings aufgrund des von Papst Franziskus ausgerufenen «Heiligen Jahres 2025» auf die Zeit danach verschoben werden. Die bei ihrem Antrittsbesuch im Oktober 2021 ausgesprochene Einladung von Aussenministerin Dominique Hasler an den Sekretär für die Beziehungen mit Staaten, Erzbischof Paul Richard Gallagher, zu einem Gegenbesuch in Liechtenstein wurde in informellen Kontakten sowie anlässlich eines Treffens in Vaduz mit dem apostolischen Nuntius Martin Krebs im Oktober weiterverfolgt und der Besuch für das Folgejahr 2023 in Aussicht genommen. Am 31. Dezember schliesslich starb der emeritierte Papst Benedikt XVI. im Kloster Mater Ecclesiae auf dem Gebiet des Vatikans. Papst Benedikt XVI. hatte in seiner Amtszeit stets ein ausgezeichnetes Verhältnis mit Liechtenstein gepflegt. Er hinterlässt ein grosses Werk an theologischen Schriften. Noch am Todestag des Papstes wurde verlautbart, dass er eine schlichtere Beisetzung gewünscht habe und die Staaten auf Ebene der Botschaften vertreten werden sollten.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiter: Botschafter Georg Sparber

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA konnten im Jubiläumsjahr, 25 Jahre nach der Akkreditierung der ersten US-Botschafterin in Liechtenstein, verbreitert und vertieft werden. Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine führte zu erheblichen finanziellen und militärischen US-Unterstützungsleistungen für die Ukraine und zu einer intensiven Abstimmung zwischen den USA und Europa im Sanktionsbereich. Liechtensteins frühe und volle Umsetzung der EU-Sanktionen wurde von den USA positiv zur Kenntnis genommen. Regierungsrätin Dominique Hasler und Vize-Aussenministerin Wendy Sherman tauschten sich unmittelbar vor der russischen Invasion sowie anlässlich des Besuchs der Regierungsrätin in Washington in bilateralen Gesprächen aus. Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter traf Justizminister Merrick Garland in Washington und vertrat Liechtenstein an der Internationalen Anti-Korruptionskonferenz. Die Botschaft empfing die Aussenpolitische Kommission des Landtags unter Leitung des Vorsitzenden Manfred Kaufmann, um einen Einblick in ihre Arbeit zu geben. Die in den USA tätigen liechtensteinischen Firmen konnten zum Teil expandieren. Trotz Problemen wie hoher Inflation, Lieferkettenunterbrüchen und Arbeitskräftemangel wurde die US-Marktlage im Berichtsjahr weitgehend als positiv eingeschätzt. Die Biden-Administration brachte die USA wieder in Konformität mit den Pariser Klimaverpflichtungen, weckte damit aber auch Sorgen in der EU über unerlaubte Subventionen. Für die USA blieb die Eindämmung Chinas die übergeordnete aussenpolitische Priorität. Bei den Zwischenwahlen im November konnte die Republikanische Partei die eigenen Hoffnungen nicht erfüllen und erreichte nur eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus, während die demokratische Mehrheit im Senat erhalten blieb. Innerhalb der Republikanischen Partei zeichnet sich ein Machtkampf um die Präsidentschaftskandidatur 2024 ab, u.a. zwischen dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump und dem amtierenden Gouverneur von Florida, Ron DeSantis.

Liechtenstein-Spezifisches

Besuche, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr fanden drei Gespräche auf Ministerebene statt. Regierungsrätin Dominique Hasler tauschte sich am Vorabend der russischen Invasion in der Ukraine mit Vize-Aussenministerin Wendy Sherman aus. Ebenso fand ein umfassendes bilaterales Gespräch mit der Vize-Aussenministerin im Rahmen des Besuchs von Regierungsrätin Dominique Hasler in Washington im November statt. Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter traf im Dezember Justizminister Merrick

Garland in Washington und Spitzenbeamte des US-Justizministeriums.

Mit dem Besuch von Regierungsrätin Dominique Hasler in Washington trug Liechtenstein erstmals zur Nationalen Berufsbildungswoche in den USA bei. Die Regierungsrätin richtete eine Veranstaltung im Wilson Center aus, bei der sie das liechtensteinische System der dualen Berufsbildung vorstellte, unter Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der US-Administration und von den in den USA tätigen liechtensteinischen Firmen Hilti, Ivoclar, Kaiser Premier, LGT Capital Partners und RiceTec. Zudem besuchte die Regierungsrätin die Produktionsstätte von ThyssenKrupp Presta in Terre Haute, IN, und traf sich mit der stellvertretenden Gouverneurin von Indiana, Suzanne Crouch. Bereits im März hielt die Regierungsrätin eine Grundsatzrede zu Freiheit und Selbstbestimmung in Zeiten der Aggression am Liechtenstein Institute for Self-Determination (LISD) in Princeton.

Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter vertrat Liechtenstein erstmals auf Ministerebene an der Anti-Korruptionskonferenz, die gemeinsam vom US-Aussenministerium und Transparency International in Washington organisiert wurde. Sie sprach zudem an Veranstaltungen zu «green corruption» und zur Zukunft von Sanktionen, gemeinsam mit dem Leitenden Staatsanwalt Dr. Robert Wallner und dem Leiter der US-Task Force KleptoCapture Andrew Adams.

Die Aussenpolitische Kommission des Landtags unter dem Vorsitz von Manfred Kaufmann nutzte ihren Besuch bei der Botschaft für Gespräche mit Mitgliedern des US-Kongresses, darunter der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses, Gregory Meeks, Vertreter des US-Aussenministeriums sowie der Vize-Direktorin des IWF Antoinette Sayeh.

Zudem fanden im Berichtsjahr Besuche von Vertreterinnen und Vertretern der liechtensteinischen Verwaltung in Washington statt, darunter der Stabsstelle Financial Intelligence Unit, des Amts für Kommunikation, der Stabsstelle für Finanzplatzinnovation und Digitalisierung und der Stabsstelle Cyber-Sicherheit. Die Botschaft stattete den liechtensteinischen Firmen Hilti, Ivoclar, Neutrik und RiceTec Besuche ab und führte Gespräche zur aktuellen Geschäftslage.

Erstmals seit Beginn der Covid-19-Pandemie organisierte die Botschaft gemeinsam mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten wieder eine Reise für leitende Mitarbeitende von Kongress- und Senatsabgeordneten nach Liechtenstein.

Die Botschaft organisierte im Rahmen der etablierten Partnerschaft mit den Think Tanks Wilson Center und Women in International Security Veranstaltungen zu diversen Themen, darunter Rechtstaatlichkeit, die Rolle von Frauen in der Sicherheitspolitik sowie strafrechtliche Verantwortlichkeit für schwere Völkerrechtsverstöße.

Honorarkonsulate

Sämtliche fünf Honorarkonsulate in den USA waren im Berichtsjahr besetzt und nahmen ihre Arbeit trotz gewisser verbleibender Einschränkungen nach der Covid-19-Pandemie wieder auf. Erstmals fand wieder ein Koordinationstreffen für die liechtensteinischen Honorarkonsuln in Liechtenstein statt.

Erwähnung Liechtensteins in Berichten der US-Administration

Das US-Aussenministerium veröffentlichte seinen jährlichen Bericht zur weltweiten Lage der Menschenrechte. Darin wurde die Situation der Menschenrechte in beinahe 200 Ländern und Hoheitsgebieten analysiert und bewertet. In Liechtenstein wurden erneut keine schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte festgestellt, jedoch wurden Bereiche mit Verbesserungspotenzial erwähnt, z.B. Lohngleichheit, Behindertenrechte, und Asylwesen. Das US-Aussenministerium stützt sich bei seiner Berichterstattung jeweils auf Informationen von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen oder «Think Tanks» sowie auf Daten von offiziellen Stellen.

Gleiches gilt für den Bericht über Religionsfreiheit, in dem Liechtenstein im Zusammenhang mit dem Zugang zum Religionsunterricht und dem Aufbau religiöser Infrastruktur wie einer Moschee oder muslimischen Grabstätte erneut Erwähnung fand. Die Holocaust-Erinnerungskultur in Liechtenstein wurde als positives Element hervorgehoben.

Im Bericht des US-Aussenministeriums zu Menschenhandel wurde erneut die wichtige Rolle des Finanzsektors zur Bekämpfung von Menschenhandel hervorgehoben, ein Kernanliegen der liechtensteinischen FAST-Initiative.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Liechtensteinische Firmen in den USA

Die Marktlage für liechtensteinische Firmen in den USA wurde generell als positiv eingeschätzt. Zu den Hauptherausforderungen zählte der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Produktionsstätten, anhaltende Probleme im Transport und bei Lieferketten, Folgen der hohen Inflation sowie das Fehlen eines Doppelbesteuerungsabkommens. Mit LGT Capital Partners konnte eine weitere liechtensteinische Firma ihre Präsenz in den USA ausbauen. Liechtensteinische Firmen unterhalten in den USA ca. 5'000 Arbeitsplätze. Die liechtensteinischen Exporte in die USA zeigten sich relativ konstant. Die USA blieben im Berichtsjahr mit einem Volumen von CHF 363 Mio. der zweitwichtigste Exportmarkt nach Deutschland (ohne Schweiz).

Ukrainekrieg

In Antwort auf den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine etablierte sich eine sehr enge und

intensive Zusammenarbeit und Abstimmung mit der EU, insbesondere in der Lieferung von militärischem und zivilem Material sowie im Sanktionsbereich. Die USA lieferten mit Abstand den grössten Anteil der Ukrainehilfe. Präsident Selenskyi stattete den USA im Dezember seinen bisher einzigen Auslandsbesuch seit Beginn der Invasion ab, um sich vor dem versammelten Kongress beim amerikanischen Volk für diese Unterstützung zu bedanken. Auf beiden Seiten des Atlantiks gewann die politische Dynamik an Fahrt, eingefrorene Gelder unter den geltenden Sanktionen zu konfiszieren und für die Unterstützung bzw. den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Liechtenstein beteiligte sich an der Diskussion mit US-Partnern und verwies insbesondere auf die hohen rechtsstaatlichen Standards, die es für die Konfiszierung von Vermögenswerten zu wahren gilt.

Handelsbeziehungen USA-Europa

Die Handelsgespräche zwischen den USA und der EU wurden im nunmehr etablierten und thematisch beschränkten Format des Trade and Technology Council (TTC) fortgesetzt. Der Biden-Administration gelang mit dem Inflation Reduction Act die Verabschiedung eines Massnahmenpakets, das nach Expertenmeinung den USA die Erfüllung der Pariser Klimaverpflichtungen erlaubt. Teile des Massnahmenpakets in Form weitgehender Subventionen für die heimische Elektroautoindustrie stiessen bei der EU jedoch als unerlaubte Unterstützungsmassnahmen auf Widerstand. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs besteht sowohl bei der EU als auch bei den USA der Wille, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Zentrales Anliegen der USA im Handelsdialog mit der EU blieb aber das Finden einer gemeinsamen Linie gegen China. Dabei spielen immer stärker Fragen der eingehenden und ausgehenden Investitionskontrolle eine Rolle, mit dem Ziel den Transfer kritischer Technologie nach China einzuschränken. Im Chip-Bereich schufen die USA ein massives Investitionsprogramm, um die technologische Führerschaft zurückzuerlangen und die Abhängigkeit von China und Taiwan zu reduzieren.

Auch die EFTA-Staaten hielten erneut ihren jährlichen Handelsdialog mit den USA in Washington ab.

Steuern

Der Biden-Administration gelang es nicht, die Umsetzung der OECD-Einigung zu einer Digitalsteuer und einem globalen, effektiven Minimalsteuersatz von 15% im Kongress voranzutreiben. Entsprechende gesetzliche Massnahmen fanden keine Mehrheiten und dürften unter der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus zunächst nicht weiterverfolgt werden. Die Biden-Administration etablierte aber einen effektiven Minimalsteuersatz von 15% für heimische Grossunternehmen.

Relevante innen- und ausenpolitische Entwicklungen

Nach einer Reihe innenpolitischer Erfolge für die Biden-Administration, darunter der Chips-Act und der Inflation Reduction Act, rückte die Inflationsbekämpfung ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Dank entschlossener Interventionen der US-Notenbank konnte per Ende des Jahres bereits ein deutlicher Trend zur Eindämmung der Inflation erzielt werden, bislang ohne negative Folgen für den Arbeitsmarkt. Mit der Entscheidung des Obersten Gerichts zur Aufhebung eines nationalen Rechts auf Abtreibung rückten in der zweiten Jahreshälfte soziale Anliegen stark in den Vordergrund.

Die US-Zwischenwahlen führten zu ernüchternden Ergebnissen für die Republikanische Partei, der es lediglich gelang, eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erringen. Die demokratische Mehrheit im Senat wird für die nächsten zwei Jahre weiterhin die Ernennung von Richterposten und Führungspositionen in der US-Administration erlauben. Mit einem geteilten Kongress reduziert sich der gesetzgeberische Spielraum erheblich. Die Untersuchung des Kongresses zu den Vorfällen im Zusammenhang mit der Erstürmung des Kapitols wurden beendet. Kurz vor Ende des Jahres verabschiedete der ausgehende Kongress mit breiter überparteilicher Mehrheit ein massives Verteidigungsbudget.

Der ehemalige Präsident Trump kündigte zwar seine erneute Präsidentschaftskandidatur für 2024 an, innerhalb der Partei und in der konservativen Medienlandschaft verlor er aber an Unterstützung und wurde für das schlechte Abschneiden an den Zwischenwahlen verantwortlich gemacht. Als Herausforderer brachte sich unter anderem Floridas Gouverneur Ron DeSantis in Position, in dessen Bundesstaat die Republikanische Partei gute Wahlergebnisse erzielte.

Auch wenn der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine über weite Strecken im Zentrum der ausenpolitischen Aufmerksamkeit stand, blieb in handelspolitischer, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und menschenrechtlicher Hinsicht China der Hauptantagonist der USA. Gleichzeitig wurde der Dialog auf höchster Ebene wieder aufgenommen, mit dem Ziel der Minimierung unbeabsichtigter Risiken.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Liechtenstein ist seit 2014 Beobachterstaat in der OAS und nimmt in dieser Funktion an Treffen und Aktivitäten der Organisation teil. Liechtenstein nahm an der jährlichen Generalversammlung in Lima, Peru, teil und beteiligte sich am Dialog mit den Beobachterstaaten. Zudem fanden bilaterale Gespräche zwischen Regierungsrätin Dominique Hasler und OAS-Generalsekretär Luis Almagro sowie weiteren Spitzenfunktionären der OAS statt.

Liechtenstein unterstützte erneut die OAS-Aktivitäten mit einem freiwilligen Beitrag von insgesamt CHF 70'000 im Bereich «Women, Peace & Security».

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Der Schwerpunkt der liechtensteinischen Aussenpolitik liegt auf der Pflege der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und in der Region. Im Berichtsjahr konnte die enge Zusammenarbeit mit Österreich durch zahlreiche Besuche und Treffen auf politischer und Verwaltungsebene weitergeführt werden. Im Vordergrund standen Themen in den Bereichen, Wirtschaft, Äusseres, Energie, Europa, Justiz, Kultur, Soziales, Gesundheit, Inneres, Bildung, Umwelt sowie Infrastruktur und Verkehr. Die Botschaft diente als Anlaufstelle für Politik, Verwaltung und liechtensteinische Staatsangehörige. In beiden Ländern waren der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen – insbesondere auf die Energiesicherheit und auf die Inflation – zentrale Themen.

Die Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Im Berichtsjahr konnten die exzellenten Beziehungen zu Österreich weitergeführt werden. Nach anfänglichen Restriktionen aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden ab Februar fast alle Einschränkungen österreichweit aufgehoben. Dadurch wurden wieder vermehrt Veranstaltungen sowie Treffen sowohl mit der Bundes- als auch mit der Landesebene möglich. Ein regelmässiger Austausch zu bilateralen und regionalen Themen sowie die Zusammenarbeit auf europäischer und multilateraler Ebene wurde weiterhin gepflegt.

Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine führte zu grossen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Seine Auswirkungen wurden in vielen Bereichen sehr deutlich spürbar und führten unter anderem zu einer Intensivierung der Kooperationen bei der Energieversorgung, so auch zwischen Liechtenstein und Österreich. Um die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu reduzieren, schloss die Liechtensteinische Gasversorgung (LGV) eine Vereinbarung mit der AGGM Austrian Gas Grid Management AG ab, wodurch eine strategische Gasreserve aufgebaut wurde.

Im März reiste Regierungsrätin Dominique Hasler zu einem Besuch nach Wien. Sie führte Arbeitsgespräche mit ihren Amtskollegen Vizekanzler und Sportminister Werner Kogler und Bildungsminister Martin Polaschek, mit welchen sie sich über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und des russischen Aggressionskrieges

gegen die Ukraine im Bereich Sport bzw. Bildung austauschte. Zudem traf sich die Regierungsrätin mit der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich-Liechtenstein im österreichischen Nationalrat und mit liechtensteinischen Studierenden in Wien.

Im September waren Regierungschef Dr. Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler im Zusammenhang mit dem Liechtenstein-Empfang zu Besuch in Wien. Regierungschef Dr. Daniel Risch traf sich zu Arbeitsgesprächen mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Finanzminister Magnus Brunner. Die Treffen dienten dem persönlichen Kennenlernen und dem Austausch zu den Themen Krieg in der Ukraine, Energieversorgung sowie Teuerung und Zusammenarbeit im Finanzbereich. Regierungsrätin Dominique Hasler traf sich mit Aussenminister Alexander Schallenberg und Europaministerin Karoline Edtstadler. Dabei standen die bilaterale und regionale Zusammenarbeit der Nachbarstaaten, die Covid-19-Pandemie sowie die Auswirkungen des Ukraine-Krieges im Zentrum. Im November reiste die Regierungsrätin gemeinsam mit Europaministerin Karoline Edtstadler und weiteren Amtskolleginnen aus Deutschland, Lettland, Litauen, Rumänien und Ungarn sowie einer Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes nach Kiew, um ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu setzen.

Im Berichtsjahr gab es auch mehrere Besuche österreichischer Regierungsmitglieder auf Bundes- und Landesebene in Liechtenstein. Im März empfing Regierungsrat Manuel Frick die Staatssekretärin für Jugendangelegenheiten Claudia Plakolm. Diskutiert wurden neben allgemeinen Themen rund um Kinder und Jugendliche vor allem die psychischen Folgen der Covid-19-Pandemie bei Jugendlichen. Im Mai stattete der Vorarlberger Landesrat Daniel Zadra Infrastrukturministerin Dr. Graziella Marok-Wachter einen Antrittsbesuch ab. Auf der Tagesordnung standen regionale Themen wie der Stadttunnel Feldkirch und die grenzüberschreitende Verkehrsentwicklung. Bundesministerin Leonore Gewessler besuchte im September Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter. Die Energieversorgungssicherheit mit Schwerpunkt auf den strategischen Gasreserven, die steigenden Energiepreise und Mobilitätsthemen waren zentrale Gesprächsthemen.

Die wertvollen deutschsprachigen Formate und Arbeitstreffen konnten im Berichtsjahr nach der coronabedingten Pause wieder vermehrt durchgeführt werden. Anfang April war Liechtenstein Gastgeber des Treffens der deutschsprachigen Aussenminister und Aussenministerinnen in Mauren. Die Gespräche drehten sich primär um den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine. Die Justizminister und Justizministerinnen aus den deutschsprachigen Ländern trafen sich im April in St. Gallen. Dabei wurden aktuelle Themen wie die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine im Bereich

der justiziellen Zusammenarbeit sowie die Digitalisierung in der Rechtssetzung, der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit diskutiert. Ende Mai fand das Treffen der deutschsprachigen Innenminister in Frankfurt statt. Im Fokus der Gespräche standen das Krisenmanagement, die Resilienz der Demokratien und die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit. Im Juli trafen die deutschsprachigen Umweltministerinnen in Basel zusammen, um sich über Umweltschutz, Biodiversität und erneuerbare Energien auszutauschen.

Ende August weilten die Vorsitzenden der Parlamente der deutschsprachigen Staaten in Liechtenstein. Zentrales Thema des Treffens war die Resilienz der Parlamente in Krisenzeiten. Ebenfalls im August fand das deutschsprachige Finanzministertreffen in Eschenz (CH) statt, wobei die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine besprochen wurden. Im November trafen sich die deutschsprachigen Sozial- und GesundheitsministerInnen in Liechtenstein. Dort standen das Thema Homeoffice sowie die Massnahmen und soziale Absicherung vor dem Hintergrund der starken Inflation und der hohen Energiepreise auf dem Programm.

Das jährliche Arbeitsgespräch der Regierung mit der Vorarlberger Landesregierung fand im September im Kloster Mehrerau in Bregenz statt. Einen Schwerpunkt der Gespräche bildeten Verkehrs- und Mobilitätsfragen.

Bei der parlamentarischen Zusammenarbeit gab es ebenfalls positive Entwicklungen. Im Juli erfolgte die Konstituierende Sitzung der Parlamentarischen Gruppe Österreich-Liechtenstein in der liechtensteinischen Botschaft.

Zum ersten Mal veranstaltete Liechtenstein Finance einen «Finance Talk» zum Thema «Stiftungsstandort Liechtenstein: Mehr zu wissen lohnt sich» in Kooperation mit DIE PRESSE in Wien. Im September fand der zweite Finance Talk statt, der in Form einer Podiumsdiskussion unter der Teilnahme von Regierungschef Dr. Daniel Risch und Finanzminister Magnus Brunner veranstaltet wurde.

Im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels konnte die Zusammenarbeit mit Österreich fortgesetzt werden. Bereits zum zweiten Mal nach 2021 fungierte Liechtenstein als Partner bei der Durchführung der Jahreskonferenz der österreichischen «Task Force Menschenhandel» im Oktober.

Ein Kurs zum Thema Kulturgüterschutz des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs (ESDC) fand im Oktober in Krems und Melk statt. Der Pilotlehrgang wurde in Kooperation zwischen der österreichischen Landesverteidigungsakademie, dem Zentrum für Kulturgüterschutz der Universität für Weiterbildung Krems und dem liechtensteinischen Amt für Kultur vorbereitet und durchgeführt.

Im August fand die Internationale Deutschlehrertagung (IDT) in Wien statt. Liechtenstein war durch den Verein Liechtenstein Languages vertreten. Aus diesem

Anlass gab es einen Empfang im Stadtpalais Liechtenstein, bei dem Regierungsrätin Dominique Hasler eine Ansprache hielt. Das Europäische Forum Alpbach (EFA) fand unter dem Motto «Das neues Europa» statt. S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Dr. Daniel Risch nahmen daran teil. Regierungschef Dr. Daniel Risch traf in Alpbach auch den Staatssekretär für Digitales, Florian Tursky.

Der traditionelle Liechtenstein-Empfang, welcher der Pflege der Beziehungen zur österreichischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Diplomatie dient, konnte im Berichtsjahr wieder im September in Wien durchgeführt werden. Regierungschef Dr. Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler vertraten dabei die Regierung.

Im Bereich Kultur wurde im Mai die Ausstellung «IDENTITÄTEN», ein Austausch-Kunstprojekt zwischen Liechtenstein und Österreich, im Kunstsalon Schönbrunn in Wien eröffnet. Im Vorfeld der Eröffnung der Bregenzer Festspiele im Juli, an welcher Regierungsrat Manuel Frick teilnahm, gab die Österreichisch-Liechtensteinische Gesellschaft (ÖLI) den traditionellen Cocktail-Empfang im Casino Bregenz. Regierungsrat Manuel Frick hielt dort einen Vortrag über das liechtensteinische Gesundheits- und Sozialsystem.

Beim «Liechtenstein-Abend» im Rahmen der «Sommer Rhapsodie» im Gartenpalais Liechtenstein in Wien unter dem Motto «Rääs.Kääs.Geschichten!» traten die Liechtensteiner Band «Rääs» und der Schauspieler, Kabarettist und Theaterproduzent Andy Konrad auf. Das Poolbar-Festival in Feldkirch fand im Juli/August unter Beteiligung und Mitgestaltung von insgesamt sechs liechtensteinischen Künstlerinnen und Künstlern wie «Kejeblos» und des Bandprojekts «Schuani's Seven» statt. Im September trat die liechtensteinische Band «AEIOU» beim internationalen Musikfestival «WAVES Vienna» auf. Ebenfalls im September richtete die Botschaft einen Empfang im Rahmen der «Wiener Seminare» für die Mitarbeitenden der Österreich-Bibliotheken im Ausland aus. Die Buchmesse «BUCH Wien» im November wurde erneut mit der «Langen Nacht der Bücher» und einem «Poetry Slam der deutschsprachigen Länder» eröffnet. Liechtenstein war durch Moritz Schädler vertreten. Die liechtensteinische Schauspielerin Sarah Viktoria Frick, die dem Ensemble des Wiener Burgtheaters angehört, wurde als beste Schauspielerin mit dem Nestroy Preis Mitte November ausgezeichnet.

Einen auch in Österreich beachteten historischen Sieg feierte der FC Vaduz im Play-off zur Conference League gegen den SK Rapid Wien. Damit schaffte es erstmals ein Club aus Liechtenstein in die Qualifikation für ein Europacup-Gruppenphase.

Liechtensteinische Botschaft in Tschechien

Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein und die Tschechische Republik nahmen 2009 diplomatische Beziehungen wieder auf. Seit 2011 unterhält Liechtenstein eine nicht-residierende Botschaft in der Tschechischen Republik. Das Berichtsjahr war durch den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die tschechische EU-Ratspräsidentschaft geprägt. Seit über 70 Jahren bestehen offene Fragen mit der Tschechischen Republik. Diese konnten auf bilateralem Weg bisher nicht geklärt werden. Eine der Folgen ist die von Liechtenstein im August 2020 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereichte Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik. Das Verfahren läuft nach wie vor.

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien

Im zweiten Quartal des Berichtsjahres wurden in der Tschechischen Republik sämtliche Covid-19-Massnahmen aufgehoben. Dies ermöglichte eine zunehmende Besuchs- und Veranstaltungstätigkeit in Tschechien.

Am 18./19. Mai besuchte Regierungsrätin Dominique Hasler Prag. Sie traf sich mit dem tschechischen Aussenminister Jan Lipavský und mit Europaminister Mikuláš Bek. Der Besuch fand im Zeichen der EU-Ratspräsidentschaft der Tschechischen Republik in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs statt. In den Arbeitsgesprächen standen der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine, die Beziehungen Liechtensteins zur EU sowie bilaterale Themen im Vordergrund. Anlässlich ihres Besuchs sprach Regierungsrätin Hasler auch die Staatenbeschwerde an. Am 20. Mai reichte Liechtenstein seine Replik auf die tschechische Stellungnahme zur Staatenbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein. In der Replik ging Liechtenstein im Detail auf das Vorbringen der Tschechischen Republik ein und brachte seine Argumente vor. Ende Oktober reichte die Tschechische Republik ihre zusätzlichen Bemerkungen zu der Replik Liechtensteins beim EGMR ein.

Nach zweijähriger pandemiebedingter Pause konnte der Schüleraustausch zwischen dem tschechischen Matyáš Lerch Gymnasium in Brno/Brünn und dem Liechtenstein Gymnasium in Vaduz im Berichtsjahr wieder stattfinden. Vom 20. bis 24. Juni wurde als Ersatz für den im Vorjahr ausgefallenen Austausch die Fahrt einer tschechischen Schülergruppe nach Liechtenstein organisiert. Im September erfolgte der reguläre jährliche Schüleraustausch. Vom 5. bis 9. September besuchte eine Schulklasse des Matyáš Lerch Gymnasiums Liechtenstein und vom 26. bis 30. September

war die liechtensteinische Schülergruppe zu Besuch in Brünn. Der Schüleraustausch wird seit 2014 durchgeführt und seit 2018 über den bilateralen Fonds des EWR-Finanzierungsmechanismus (EEA Grants) finanziert. Die bilateralen Projekte in diesem Rahmen zwischen Liechtenstein und der Tschechischen Republik haben sich mittlerweile etabliert und gelten als Musterbeispiele für die Stärkung der bilateralen Beziehungen. Neben dem Schüleraustausch wurde aus den Mitteln der EEA-Grants ein Studienbesuch der Vertreter der tschechischen Kreisbehörden in Liechtenstein durchgeführt. In Kooperation mit der AIBA konnte die tschechische Delegation dabei das liechtensteinische Lehringssystem kennenlernen.

Es konnten auch Veranstaltungen durchgeführt werden, die der Popularisierung Liechtensteins dienen. Am 22. Juni fand im Rahmen des Kulturfestivals «Smetana's Litomyšl» im ostböhmischen Litomyšl ein Liechtenstein-Tag statt und am 26. Juli gab es in Brünn als Teil des «Meeting Brno Festivals» einen Liechtenstein-Tag mit Vorträgen.

Auf Einladung des tschechischen Aussenministeriums fanden nach zweijähriger Pause zum ersten Mal wieder die «Salongespräche» statt. Diese Veranstaltungsreihe dient der Vernetzung deutschsprachiger Diplomaten in Prag. Am 10. November lud die Liechtensteinische Botschaft in Tschechien als Co-Gastgeber zur Kick-Off Veranstaltung mit ein.

Ein wichtiges Instrument in den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien stellt die unabhängige und paritätisch besetzte liechtensteinisch-tschechische Historikerkommission dar. Die Historikerkommission widmete sich im Berichtsjahr der Förderung des Bewusstseins über die gemeinsame Geschichte. Das Mandat der Kommission wurde am Ende des Berichtsjahres von den Regierungen beider Länder um zwei Jahre verlängert.

Während des Berichtsjahrs nahmen der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die tschechische EU-Ratspräsidentschaft viel Raum in der tschechischen Öffentlichkeit ein. Von Beginn des russischen Angriffskrieges an positionierte sich die tschechische Regierung klar an der Seite der Ukraine und unterstützte sie im Laufe des Berichtsjahrs, auch mit Waffenlieferungen. Die anhaltende Solidarität der tschechischen Öffentlichkeit mit der Ukraine sorgte für eine weit überdurchschnittliche Spendenbereitschaft seitens der Bevölkerung. Die Tschechische Republik registrierte mehr als 400'000 ankommende ukrainische Flüchtlinge. Liechtenstein fördert ein Projekt von «People in Need», einer anerkannten tschechischen Nichtregierungsorganisation, zu Gunsten ukrainischer Flüchtlinge in Georgien.

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres hatte die Tschechische Republik die EU-Ratspräsidentschaft inne. Unter dem tschechischen Vorsitz standen die humanitären und wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine im Mittelpunkt der politischen Debatte.

Während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft fand auch das erste Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) statt. Über 40 europäische Staats- und Regierungschefs trafen sich am 6. Oktober in Prag zum Gründungsgipfel der EPG. Liechtenstein war durch Regierungschef Dr. Daniel Risch vertreten. Neben den 27 EU-Staaten nahmen die EFTA-Staaten und die EU-Beitrittskandidaten Ukraine und Moldau, aber auch Georgien, die Türkei, Grossbritannien sowie die Staaten des Westbalkans teil. Der Verlauf und die Ergebnisse der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft in einer Zeit grosser Herausforderungen stiessen auf positive Resonanz.

Im Laufe des Berichtsjahres nahm I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer eine Reihe von weiteren Terminen und Anlässen in Prag und Brünn wahr. Dazu zählten ein Treffen mit dem Vorstand der Tschechisch-Liechtensteinischen Freundschaftsgesellschaft, Treffen mit Vertretern des tschechischen Aussenministeriums und mit Akteuren der tschechischen Zivilgesellschaft.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Arbeiten in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurden im Berichtsjahr vom russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und seinen Auswirkungen dominiert, welcher die europäische Sicherheitsarchitektur in ihren Grundfesten erschüttert hat. Dies betrifft auch die OSZE-Grundprinzipien und -Verpflichtungen. In der OSZE galt daher im Berichtsjahr ab dem 24. Februar der Ansatz «no business as usual» und der Hauptfokus lag auf dem Krieg in der Ukraine. Eine weitere Auswirkung dieses Krieges war die Zunahme von Spannungen in anderen Teilen der OSZE-Region.

In diesem Umfeld gestaltete sich die Suche nach konsensfähigen Lösungen in der OSZE als äusserst schwierig. Dies führte auch zu einer Verschärfung der institutionellen Herausforderungen, denen sich die Organisation gegenüber sieht, etwa bei der nicht erfolgten Einigung auf ein Budget für 2022 und die Bestellung des OSZE-Vorsitzes für 2024. Beim OSZE-Ministerrat in Łódź im Dezember konnten keine substanziellen Beschlüsse gefasst werden. Es gingen allerdings dennoch starke Signale zur Solidarität mit der Ukraine und zur künftigen Rolle der OSZE als wertvolle Sicherheitsplattform von diesem hochrangigen Treffen aus.

Liechtensteins Mitarbeit erstreckte sich auf das gesamte Spektrum der OSZE, die im Berichtsjahr unter polnischem Vorsitz stand. Inhaltliche Akzente wurden von

Liechtenstein neben einer klaren Positionierung im Zusammenhang mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine unter anderem im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels gesetzt.

Liechtensteinische Aktivitäten

Liechtenstein engagierte sich inhaltlich wie finanziell in allen drei OSZE-Dimensionen für die Sicherheit und Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation.

In Bezug auf den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine hat sich Liechtenstein auch in der OSZE im Berichtsjahr klar positioniert. Der russische Angriffskrieg stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und einen Bruch mit den fundamentalen Regeln der internationalen Ordnung dar, einschliesslich der OSZE-Grundprinzipien und -Verpflichtungen. Liechtenstein schloss sich den Appellen an Russland an, die Kriegshandlungen umgehend einzustellen. Die Notwendigkeit der Einhaltung des humanitären Völkerrechts und des Schutzes der Zivilbevölkerung im Kriegsgebiet wurden besonders betont. Angesichts der schwerwiegenden Verstöße in diesem Bereich wurde dem Thema «Accountability» (strafrechtliche Verantwortung) prioritäre Bedeutung gegeben. Der diesbezügliche Einsatz Liechtensteins in der OSZE äusserte sich vor allem durch die Beteiligung an den Lancierungen des «Moskauer Mechanismus» in Bezug auf die Ukraine und auf Russland. Liechtensteins Positionierung in der OSZE erfolgte in enger Abstimmung mit seinen Partnern, insbesondere der EU, deren Wortmeldungen zum Krieg in der Ukraine von Liechtenstein regelmässig mitgetragen wurden. Auch über freiwillige Beiträge unterstützte Liechtenstein das OSZE-Engagement im Zusammenhang mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine, zum Beispiel bei der Bekämpfung des Menschenhandels, einem Menschenrechtsüberwachungsprojekt des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) sowie der Unterstützung des Unterstützungsprogramms für die Ukraine (SPU). Das SPU wurde neu geschaffen, nachdem die Mandate der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) und des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine (PCU) aufgrund des Widerstands von Russland nicht mehr verlängert werden konnten. Neben den Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) brachte sich Liechtenstein auch auf Expertenebene in die Arbeiten zu den vielschichtigen Auswirkungen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine ein. So wurde von Seiten des Schulamts in einem Treffen des Ausschusses der Menschlichen Dimension der OSZE im Mai über die Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine im liechtensteinischen Bildungssystem informiert.

Die liechtensteinische «FAST-Initiative» zur Rolle des Finanzsektors bei der Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel konnte in den Arbeiten der OSZE weiter verankert werden. Die Konferenz der

Allianz gegen Menschenhandel (ca. 850 Teilnehmende) im April, die sich dem Schwerpunktthema Opferschutz widmete, wurde erneut genutzt, um auf die FAST-Initiative und die wichtige Rolle des Finanzsektors bei der Bekämpfung des Menschenhandels hinzuweisen, auch im Lichte des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine. Dies erfolgte im Zuge eines Panels zum Aufbau effektiver Schutzsysteme sowie durch einen Beitrag der FAST-Initiative zur «Survivor Inclusion Initiative».

Der Cybersicherheit kam im Berichtsjahr weiter zunehmende Bedeutung zu, gerade auch aufgrund des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine. Liechtenstein verfolgte die OSZE-Arbeiten dazu vor allem in der Informellen Arbeitsgruppe der OSZE zu Cybersicherheit.

Liechtenstein ist weiterhin Mitglied der Berliner Freundesgruppe zur Rüstungskontrolle, in der jeweils auch der in der OSZE geführte «Strukturierte Dialog» besprochen wird. Dieser Dialog widmet sich den Sicherheits Herausforderungen und -risiken im OSZE-Raum. Im Berichtsjahr wurden die Aktivitäten in diesen beiden Foren angesichts des russischen Aggressionskrieges allerdings weitgehend unterbrochen und nur sehr eingeschränkt auf informeller Ebene fortgesetzt.

Besonders schwierig gestalteten sich im Berichtsjahr angesichts des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine die Diskussionen über die Abhaltung wichtiger OSZE-Treffen wie der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) und dem Implementierungstreffen der menschlichen Dimension (HDIM). Während die Durchführung der ASRC durch eine allgemein formulierte Agenda zur Sicherheitslage im OSZE-Raum sichergestellt werden konnte, konnte das HDIM mangels Konsenses zur Agenda zum zweiten Mal nach 2021 aus inhaltlichen Gründen nicht stattfinden. Als Ersatz organisierte Polen eine Vorsitzkonferenz, die «Warschauer Konferenz zur Menschlichen Dimension», bei der der Austausch mit der Zivilgesellschaft im Vordergrund stand. Liechtenstein war an dieser Konferenz vertreten und unterstützte ihre Durchführung auch finanziell.

Eine liechtensteinische Delegation nahm an der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE in Wien sowie an der PV-Jahrestagung in Birmingham und der PV-Herbsttagung in Warschau teil.

Finanziell unterstützte Liechtenstein im Rahmen der OSZE neben den Pflichtbeiträgen den langjährigen und bewährten ODIHR-Fonds zur Überprüfung von Gesetzesbestimmungen. Weitere Projekte wurden unter anderem zu den Themen Folgen des Krieges in der Ukraine (inkl. im Bereich Menschenhandel), Rüstungskontrolle im Westbalkan, «Strukturierter Dialog» sowie Klimawandel/Sicherheit gefördert.

Polnischer OSZE-Vorsitz und Ministerrat in Łódź

Im Berichtsjahr hatte Polen den OSZE-Vorsitz inne. Angesichts des russischen Aggressionskrieges in der

Ukraine rückten Polens andere geplanten Vorsitzschwerpunkte rasch weitgehend in den Hintergrund. Der polnische Vorsitz brachte seine sehr kritische Haltung gegenüber dem Vorgehen Russlands in Bezug auf die Ukraine klar zum Ausdruck und positionierte sich als Verteidiger der OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien.

Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine war auch das Hauptthema beim hochrangig besetzten OSZE-Ministerrat, der am 1./2. Dezember in Łódź stattfand und sich zudem der Zukunft der OSZE widmete. Mangels Konsenses konnten beim Ministerrat keine Beschlüsse oder Erklärungen verabschiedet werden. Der Fokus lag somit auf dem politischen Austausch der Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter in der Plenardebatte, bei zwei Arbeitssessen, in bilateralen Treffen sowie bei einer Reihe von Nebenveranstaltungen (Side Events). Vom Ministerrat gingen starke Signale zur Solidarität mit der Ukraine und zur künftigen Rolle der OSZE als wertvolle Sicherheitsplattform aus.

Die liechtensteinische Delegation beim Ministerrat wurde von Regierungsrätin Dominique Hasler angeführt. In Ihrer Rede verurteilte sie den russischen Aggressionskrieg und bekräftigte Liechtensteins Unterstützung für die Ukraine. Besonders hob sie hervor, dass es keine Straflosigkeit für die massiven Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts im Zuge dieses Krieges geben darf. Regierungsrätin Hasler begrüßte Polens Führungsrolle als Vorsitz in der OSZE. Diese kam in der Reaktion auf den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die Verteidigung der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE besonders stark zum Ausdruck. Gleichzeitig wies die Aussenministerin darauf hin, dass auch andere Konflikte und Spannungen im OSZE-Raum der Aufmerksamkeit der Organisation bedürfen. Dabei hob sie auch den Beitrag hervor, den die Feldmissionen der OSZE bei der Umsetzung der OSZE-Prinzipien leisten.

Sie sprach sich zudem mit Nachdruck für den Einsatz für Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit in den internationalen Beziehungen aus. Dazu gehören das Festhalten und der Ausbau der kooperativen Sicherheit. Dabei soll der OSZE eine führende Rolle zukommen. Angesichts der politischen und institutionellen Herausforderungen, denen sich die OSZE gegenüber sieht, unterstrich Regierungsrätin Hasler die Notwendigkeit, das Funktionieren der Organisation durch entsprechende Einigungen, etwa im Bereich des Budgets, zu gewährleisten.

Die Aussenministerin nutzte ihre Teilnahme auch für bilaterale Gespräche, unter anderem mit dem Vize-Premier- und Aussenminister der Republik Moldau, dem Aussenminister von San Marino, dem japanischen Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten und dem Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein an den jährlichen Sessions der UNO-Suchtmittelkommission (CND) sowie der Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ) teil. In der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) führte Liechtenstein zusammen mit Deutschland den Co-Vorsitz in der Westeuropäischen Gruppe (WEG). Des Weiteren trug Liechtenstein zu den Arbeiten des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO), des Ad-Hoc-Komitees zur Cyberkriminalität sowie zum UNO-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) und der UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC) bei. Die Ständige Vertretung unterstützte dabei die jeweiligen Fachpersonen aus Liechtenstein. Auch die Arbeiten im Bereich der UNO Wien standen im Berichtsjahr unter dem Einfluss des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine.

Suchtmittelkommission

Die 65. Session der UNO-Suchtmittelkommission (CND) fand vom 14. bis 18. März in Wien (hybrides Format) statt. Die liechtensteinische Delegation wurde vom Amt für Soziale Dienste geleitet. Die Session war geprägt von den Spannungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Dies führte dazu, dass es erstmals in der CND zu Abstimmungen über Resolutionen kam, die üblicherweise im Konsens verabschiedet werden. Insgesamt wurden vier Resolutionen angenommen. Zu einer von Russland eingebrachten Resolution zum Thema Bekämpfung des Missbrauchs von Informations- und Kommunikationstechnologien für den Drogenhandel und die drogenbezogene Geldwäscherei gab es keine Einigung, worauf der Text von Russland zurückgezogen wurde.

Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Die 31. Session der UNO-Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) fand vom 16. bis 20. Mai in Wien statt. Liechtenstein wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten. Insgesamt wurden vier Resolutionen verabschiedet und über 80 Side-Events (virtuell) veranstaltet. Liechtenstein beteiligte sich beim Side-Event «Prisons in Crisis: Conflict, climate change and Covid-19» durch ein Co-Sponsoring und einen Redebeitrag.

IAEO: Co-Vorsitz Liechtensteins in der Westeuropäischen Gruppe und IAEO-Generalkonferenz

Ab Herbst 2021 führte Liechtenstein für ein Jahr gemeinsam mit Deutschland den Co-Vorsitz in der Westeuropäischen Gruppe (Western European Group, WEG) der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO). Im Zentrum der Arbeiten dieser Gruppe steht die Frage, welche WEG-Mitglieder wann Einsitz in den IAEO-Gouverneursrat (Board of Governors, BoG) nehmen. Nachdem es seit einigen Jahren keinen Konsens zu einem diesbezüglichen Rotationsschema mehr gibt, bestand die Hauptaufgabe der Co-Vorsitzenden darin, einen Vorschlag zu diesem Thema zu erarbeiten. Der von Deutschland und Liechtenstein im Mai präsentierte Vorschlag sah eine Aufnahme jener WEG-Mitglieder vor, die ein aktives Interesse an einer Einsitznahme angemeldet hatten und bisher nicht im BoG vertreten waren. Er trug somit dem in der IAEO-Satzung verankerten Prinzip der souveränen Gleichheit der Mitgliedstaaten Rechnung und erfuhr breite Unterstützung. Ein Konsens konnte zwar auch im Berichtsjahr nicht erreicht werden. Im Zusammenhang mit der 66. IAEO-Generalkonferenz, die vom 26. bis 30. September in Wien stattfand, gelang es jedoch, Dänemark und die Türkei ohne Abstimmung für die kommenden zwei Jahre ins BoG zu wählen. Somit konnten die zwei Hauptziele des deutsch-liechtensteinischen Co-Vorsitzes erreicht werden: die Erarbeitung eines mehrjährigen Schemas zur BoG-Einsitznahme mit möglichst breiter Unterstützung und die Vermeidung einer Abstimmung über die Vergabe der WEG-Sitze bei der Generalkonferenz.

Der konkrete und sichtbare Beitrag zur Stärkung des Multilateralismus und zum Funktionieren der IAEO, den Liechtenstein mit diesem Co-Vorsitz leisten konnte, wurde auch in der liechtensteinischen Rede bei der IAEO-Generalkonferenz hervorgehoben. Des Weiteren verurteilte Liechtenstein den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und das Vorgehen Russlands im Zusammenhang mit ukrainischen Atomkraftwerken (v.a. in Saporischschja). In diesem Zusammenhang brachte Liechtenstein seine Unterstützung für die Tätigkeit der IAEO in der Ukraine zum Ausdruck und unterstützte auch die Rolle der «Agency» in Bezug auf den Iran und Nordkorea.

Insgesamt war die IAEO-Generalkonferenz geprägt von den internationalen Krisen und geopolitischen Spannungen. Dies gilt insbesondere für den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine, die Diskussionen über die Entwicklungen im Iran, in Nordkorea (DPRK) sowie über die «AUKUS»-Sicherheitsallianz (Australien, UK und USA). Die dreitägige Plenardebatte verlief im Rahmen der Erwartungen, was die verbalen Schlagabtausche vor allem zu diesen Themen anging. Besonderes Gewicht in den Debatten hatte dabei die prekäre Situation in den Nuklearanlagen in der Ukraine und die Rolle der IAEO.

UNO-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC)

Vom 17. bis 21. Oktober fand die 11. Konferenz der Vertragsstaaten (COP11) des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) in Wien statt. Liechtenstein war durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten (online) und die Ständige Vertretung in Wien physisch vertreten. Auf der COP11 wurde der Stand der Umsetzung der «Palermo-Konvention» und ihrer drei Protokolle zum Menschenhandel, zur Schleusung von Migranten und zum Handel mit Schusswaffen diskutiert. Die Staaten forderten ausserdem erneutes Engagement hinsichtlich des Vorantreibens des UNTOC-Überprüfungsprozesses, in welchen auch Liechtenstein involviert ist. Die COP11 nahm sechs Resolutionen an, die sich auf die internationale Zusammenarbeit, die technische Unterstützung, den Schutz von Kulturgütern, den Menschenhandel, Umweltverbrechen sowie die illegale Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen beziehen.

Weitere Aktivitäten mit liechtensteinischer Beteiligung

Bei einer Reihe von weiteren Treffen war Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten bzw. die Ständige Vertretung in Wien vertreten.

Vom 28. März bis 1. April nahm Liechtenstein an der Überprüfungskonferenz des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen (A/CPPNM) teil. Die Vertragsparteien sowie Vertreter von internationalen Organisationen, NGOs, der Wissenschaft und der Nuklearindustrie kamen zusammen, um die Umsetzung des A/CPPNM zu überprüfen, seine Zweckmässigkeit zu bewerten und aktuelle Bedrohungen für die Sicherheit von Kernmaterial zu untersuchen. Angesichts des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine rückte das Thema Bedrohung der nuklearen Sicherheit in der Ukraine stark in den Vordergrund.

Vom 30. Mai bis 10. Juni fand in Wien die zweite Session des Ad-Hoc-Komitees zur Ausarbeitung eines umfassenden internationalen Übereinkommens über die Bekämpfung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien zu kriminellen Zwecken statt. In der Sitzung wurden die Kapitel «Kriminalisierung», «Allgemeine Bestimmungen» und «Verfahrensmassnahmen und Strafverfolgung» behandelt.

Kurz darauf wurde Mitte Juni in Wien die 13. Sitzung der Umsetzungsüberprüfungsgruppe (Implementation Review Group) zum UNO-Übereinkommen gegen Korruption (UNCAC) abgehalten. Die Sitzung diente dazu, organisatorische und finanzielle Fragen zu klären, den Stand der Umsetzung des Übereinkommens zu überprüfen und sich über Erfahrungen und Praktiken auszutauschen.

Vom 21. bis 23. Juni fand das erste Treffen der Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW) in Wien statt. Liechtenstein war als Beobachterstaat vertreten.

Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Domenik Wanger

Die Ständige Vertretung in Strassburg setzt sich dafür ein, die Interessen Liechtensteins gegenüber den anderen Mitglieds- und Beobachterstaaten in den Kernbereichen des Europarates zu vertreten: Schutz der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Interessen werden im Ministerkomitee, dem höchsten Entscheidungsgremium des Europarats, vom Botschafter vertreten, der die Aussenministerin vor Ort vertritt. Die Aussenministerinnen und Aussenminister aller Mitgliedstaaten versammeln sich einmal jährlich, um politische Fragen und die europäische Zusammenarbeit zu erörtern, sowie notwendige politische Impulse zu geben. Der Botschafter nimmt zudem Einsitz in den Organen der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) und verfolgt die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung (PACE), des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Die pandemiebedingten Einschränkungen im Europarat wurden im Laufe des Berichtsjahres immer weniger, so dass die Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen von einer reinen online Teilnahme zur physischen überging. Für das Berichtsjahr hervorzuheben sind im Besonderen der Ausschluss Russlands aus dem Europarat und seine Konsequenzen, das Beitritts-gesuch Kosovos, die Vorbereitungen für ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Mai 2023 sowie die Vorbereitungen auf den Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee 2023/2024. Aktiv engagiert hat sich Liechtenstein ebenfalls in den EU-Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Neben dem Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine waren der Berg-Karabach Konflikt, sowie die aktuellen Situationen in der Türkei, Georgien und Polen weitere Themen auf der Agenda des Ministerkomitees.

Ministersession der Europaratsstaaten

Das jährliche Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister des Europarats fand am 19./20. Mai unter italienischem Vorsitz in Turin statt, erstmals seit 2019 wieder physisch und mit Teilnahme von Aussenministerin Dominique Hasler. Die Ministersession stand ganz im Zeichen des russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine. So musste etwa eine praktische Lösung für die Budgetlücke gefunden werden, welche

durch den Ausschluss Russlands aus dem Europarat verursacht wurde. Die Europaratsstaaten entschieden, dass die Kosten für 2022 anteilmässig von den verbleibenden Mitgliedsstaaten übernommen werden. Dies hat für Liechtenstein zu Mehrkosten von rund EUR 31'000 geführt. Zudem wurde an der Ministersession in Turin beschlossen, die Durchführung eines Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs zu prüfen (siehe separater Absatz), welcher insbesondere die Modernisierung der Organisation einläuten und die politische Bestätigung der Grundwerte – Schutz der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – bringen soll.

Vorsitz im Ministerkomitee

Am Ende der Ministersession in Turin übergab Italien den Vorsitz im Ministerkomitee an Irland. Irland legte folgende Schwerpunkte für die Dauer seines Vorsitzes fest: Stärkung der Menschenrechte und des Schutzes der Zivilbevölkerung in Europa; Förderung der partizipativen Demokratie und des Engagements der Jugend und Förderung eines Europas der Integration und der Vielfalt.

Am 9. November wurde der Vorsitz von Island übernommen. Im Mittelpunkt des isländischen Vorsitzes standen folgende vier Hauptthemen: 1. die Kernprinzipien des Europarats: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; 2. Umwelt; 3. Gleichberechtigung und 4. Kinder und Jugend. Liechtenstein wird den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates von November 2023 bis Mai 2024 übernehmen.

Vorbereitung Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarates in Reykjavik

Bereits an der Ministersession in Turin wurde die Überlegung angestossen, ein viertes Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europaratsstaaten ins Auge zu fassen. Sowohl die mit dieser Frage befasste «High level reflection group» als auch der Bericht der Parlamentarischen Versammlung kamen zum Schluss, dass die baldige Durchführung eines Gipfeltreffens angezeigt sei. So entschied das Ministerkomitee, ein solches Treffen für den 16. und 17. Mai 2023 unter isländischem Vorsitz vorzubereiten. Nicht nur die geänderte geopolitische Lage durch den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine, sondern auch demokratische Rückschritte, die Unterminierung rechtsstaatlicher Prinzipien und Herausforderungen im Menschenrechtsschutz machen ein solches Gipfeltreffen notwendig. Die Werte des Europarates sollen bestätigt und eine Vision für eine strategischere und politischere Organisation soll erarbeitet werden.

Europarat schliesst als erste internationale Organisation Russland aus

Das Ministerkomitee des Europarats hat auf die Aggression Russlands gegen die Ukraine umgehend reagiert

und einen Tag nach Beginn des militärischen Angriffs, am 25. Februar, die Suspendierung der Russischen Föderation nach Artikel 8 des Statuts des Europarats beschlossen. Damit blieb Russland vorerst weiterhin Mitglied des Europarates und Vertragsstaat seiner Konventionen, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK. Die 145 Millionen Russinnen und Russen hatten dadurch nach wie vor die Möglichkeit, sich wegen letztinstanzlicher Verletzungen ihrer Menschenrechte mit einer Beschwerde an den EGMR zu richten.

Am 16. März erfolgte sodann der Ausschluss Russlands aus dem Europarat, wofür eine Sondersitzung zwischen Ministerkomitee und Parlamentarischer Versammlung (unter Mitwirkung der liechtensteinischen Vertreterin Franziska Hoop und des liechtensteinischen Vertreters Peter Frick) angesetzt worden war. Da das Ausschlussverfahren nach Art. 8 des Statuts des Europarats bereits in Gang gesetzt wurde, konnte Russlands Rückzugserklärung nach Art. 7 des Statuts des Europarats einen Tag vor der Abstimmung über den Ausschluss keine Wirksamkeit mehr entfalten. Ein freiwilliger Rückzug Russlands wäre erst Ende 2022 in Kraft getreten. Der Ausschluss nach Art. 8 konnte sofort für wirksam erklärt werden.

Seit dem 16. September ist die Russische Föderation keine Vertragspartei der EMRK mehr. Der EGMR bleibt jedoch für Verletzungen der EMRK, die sich vor dem 16. September ereignet haben, zuständig. Für die bisher hängigen 17'500 Fälle gegen Russland und für die Umsetzung von Urteilen bleibt Russland jedoch weiterhin verantwortlich und auch das Ministerkomitee bleibt für die Durchsetzung dieser Urteile zuständig.

Das Ministerkomitee verabschiedete am 14. September eine politische Erklärung, welche die strafrechtliche Verantwortlichkeit Russlands für das Aggressionsverbrechen fordert und die Einrichtung eines ad hoc-Tribunals und eines Kompensationskomitees in Erwägung zieht.

Beim Menschenrechtstreffen des Ministerkomitees im Dezember entschied das Ministerkomitee, die Überwachung der Umsetzung von EGMR-Fällen gegen Russland weiterhin zu traktandieren und zu besprechen, ohne zu viel Ressourcen zu brauchen. Gleichzeitig wurde entschieden, die Sichtbarkeit zu erhöhen, indem die Generalsekretärin des Europarats Aussenminister Lawrow (bzw. die Öffentlichkeit) regelmässig an die Verpflichtungen Russlands zur Umsetzung der EGMR-Urteile erinnert. Es soll kein Präzedenzfall gesetzt werden, dass sich ein Staat mit einem Ausschluss (oder Austritt) aus dem Europarat seiner Verpflichtungen zur Umsetzung von EGMR-Urteilen entledigen kann.

Kosovo stellt Europaratsbeitrittsgesuch

Am 12. Mai reichte Donika Gërvalla-Schwarz, stellvertretende Ministerpräsidentin und Aussenministerin der Republik Kosovo, bei der Generalsekretärin des

Europarats das offizielle Beitrittsgesuch des Kosovo zum Europarat ein. Im Kontext des Europarats ist Kosovo bereits Mitglied der Entwicklungsbank des Europarats sowie der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission).

Das Beitrittsverfahren neuer Mitgliedstaaten erfolgt in Zusammenarbeit des Ministerkomitees mit der Parlamentarischen Versammlung. Das Ministerkomitee beschliesst in einem ersten Schritt mit einer Zweidrittelmehrheit, die Parlamentarische Versammlung zu konsultieren. Diese äussert dann in einem zweiten Schritt ihre Meinung zum Beitrittsgesuch. Im Anschluss daran wird in einem dritten Schritt im Ministerkomitee über das Gesuch abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt entweder während einer Ministersession mit einer Zweidrittelmehrheit oder in einer Ministerkomiteesitzung auf Botschaferebene mit Einstimmigkeit. In Zusammenhang mit dem Beitrittsgesuch Kosovos sind zum Ende des Berichtsjahrs Abklärungen zu einer möglichen Überweisung an die Parlamentarische Versammlung im Gange.

Überwachung der Umsetzung von EGMR-Urteilen durch das Ministerkomitee

Beim sogenannten «Menschenrechtstreffen des Ministerkomitees», welches viermal jährlich stattfindet, wird die Umsetzung von EGMR-Urteilen in den betroffenen Europaratsstaaten überwacht. Damit nimmt das Treffen eine der Kernaufgaben des Ministerkomitees wahr und trägt zur Sicherstellung des Funktionierens des Konventionssystems bei. Um weiterhin glaubhaft zu bleiben, ist es wichtig, dass die betroffenen Europaratsstaaten Menschenrechtsverletzungen beheben. Sie sind verpflichtet, EGMR-Urteile umgehend umzusetzen, was grösstenteils, aber nicht konsequent funktioniert. Folgende Fälle waren von besonderem Interesse bzw. werden unter liechtensteinischem Vorsitz in 2023 weiter behandelt werden: Kavala vs. Türkiye und Selahattin Demirtas vs. Türkiye. In beiden Fällen befinden sich die Kläger ungerechtfertigterweise in Haft. Im ersten Fall wurde das Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 46 Abs. 4 EMRK eröffnet, da sich die Türkei nach wie vor weigert, den türkischen Menschenrechtsaktivisten Osman Kavala frei zu lassen, auch trotz eindeutigem EGMR-Urteil und wiederholter Aufforderung vieler Europaratsstaaten, inklusive Liechtensteins, das Urteil umzusetzen. Im Rahmen des Art. 46 Abs 4-Verfahrens wird ein Fall dem EGMR ein zweites Mal zur Beurteilung der Frage vorgelegt, ob das EGMR-Urteil umgesetzt wurde. Die Grosse Kammer des EGMR entschied am 11. Juli, dass das Urteil des EGMR nicht umgesetzt wurde, und die Konventionsverletzung weiterbestehe. Obwohl sich Herr Kavala immer noch in Haft befindet, wurde das Vertragsverletzungsverfahren bisher aber noch nicht weiter vorwärtsgetrieben. Die letzte Eskalationsstufe wäre der Ausschluss der Türkei aus dem Europarat. Chiragov and other vs. Armenia

und Sargsyan vs. Aserbeidschan, welche beide den Bergkarabach-Konflikt und damit zusammenhängende Enteignungen sowie ausstehende Entschädigungszahlungen betreffen. Reczkowicz group, Broda and Bojara, sowie Xero Flor w Polsce vs. Poland betreffen verschiedene Aspekte der polnischen Justizreform der vergangenen Jahre, zu welchen der EGMR jeweils Verletzungen der EMRK festgestellt hat, insbesondere das Recht auf ein «Gericht, welches basierend auf einem Gesetz errichtet» wurde, sowie das «Recht auf einen Zugang zu einem Gericht».

EU-Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Konvention für Menschenrechte «46+1»

Die seit 2020 aufgenommenen Verhandlungen im Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt zur Europäischen Konvention für Menschenrechte (EMRK) wurden auch im Berichtsjahr in vier Runden weitergeführt. Die Neu-Verhandlungen sind notwendig geworden, nachdem der EuGH mit dem Gutachten 2/13 festgestellt hat, dass eine bereits 2013 erzielte Einigung zum EU-Beitritt zur EMRK nicht mit dem EU- und AEU-Vertrag vereinbar ist.

Grundsätzlich ist die EU seit dem Vertrag von Lisabon verpflichtet, der EMRK beizutreten. Ein Beitritt wird es EU-Staatsangehörigen ermöglichen, vor einem unabhängigen internationalen Gerichtshof – dem EGMR – Beschwerden gegen die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten, die EU-Recht anwenden, einzureichen. Gemäss der EMRK ist die EU bzw. der entsprechende EU-Mitgliedsstaat dann verpflichtet, jede vom Strassburger Gerichtshof festgestellte Verletzung der Menschenrechte zu beheben. Dies trägt zur Schaffung gleicher Bedingungen auf dem Gebiet der Menschenrechte in Europa bei.

Damit dieser Beitritt stattfinden kann, werden juristisch-technische Lösungen gesucht, wie das EU-interne System der Zuständigkeiten einerseits und das Europaratskonventionssystem andererseits bestehen bleiben können. Das stellt sich bisher nicht immer als einfach heraus. Liechtenstein ist bemüht, wo immer möglich zu Kompromisslösungen beizutragen.

In der bisher erzielten Einigung, welche vom EuGH nicht kritisiert wurde, ist für die EWR/EFTA-Staaten beispielweise vorgesehen, dass sich die EU in einem potentiellen EGMR-Verfahren gegen Liechtenstein als Drittbeteiligte anschliessen könnte. Die EU könnte damit etwa schriftliche Stellungnahmen im Verfahren einbringen. Sollte vom EGMR in einem solchen Verfahren eine Menschenrechtsverletzung festgestellt werden, soll auch die EU einbezogen werden bei der Frage, wie die Verletzung beseitigt werden kann, z. B. wenn ein EWR-Rechtsakt betroffen ist, der von Liechtenstein angewendet wird.

Die Verhandlungsrunden sind mit dem Ausschluss Russlands aus dem Europarat einfacher geworden. Im Berichtsjahr konnten zwar Fortschritte erzielt werden, trotzdem gibt es noch einige ausstehende Themen.

Neues liechtensteinisches Mitglied im ECRML

Das Ministerkomitee wählte am 5. Oktober Herrn Benjamin Quaderer als neues liechtensteinisches Mitglied in den Sachverständigenausschuss der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen (ECRML). In den vergangenen zwölf Jahren nahm Frau Andrea Willi die Aufgabe des liechtensteinischen Mitglieds im Sachverständigenausschuss wahr.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Am Ende des Berichtsjahres waren 74'650 Fälle beim EGMR hängig – im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg von rund 6%. Gleichzeitig erliess der EGMR 1'163 Urteile im Hinblick auf 4'168 Beschwerden (sprich ein grosser Teil der Beschwerden konnte in gemeinsamen Verfahren behandelt werden). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 33%. Fast zwei Drittel der hängigen Fälle betrafen drei der (ehemaligen) 47 Mitgliedsstaaten, nämlich die Türkei, Russland sowie die Ukraine. Von der Gesamtzahl der im Berichtsjahr ergangenen Urteile stellte der EGMR in 91% mindestens eine Verletzung der Konvention durch den beklagten Staat fest.

Darüber hinaus wurden rund 35'402 Beschwerden vom EGMR für unzulässig erklärt oder gestrichen, was verglichen zum Vorjahr einem Anstieg von 7% entspricht. Das heisst, dass insgesamt 89% der Beschwerden unzulässig waren oder gestrichen wurden. Zwei Beschwerden gegen Liechtenstein wurden im Berichtsjahr für unzulässig erklärt oder gestrichen.

Staatenbeschwerde Liechtenstein vs. Tschechische Republik

Zur im Juli 2021 eingetroffenen tschechischen Stellungnahme hat Liechtenstein am 20. Mai beim EGMR eine Replik eingereicht. Zudem erfolgte am 20. Oktober eine weitere liechtensteinische Eingabe. Auf die liechtensteinische Replik hat die Tschechische Republik mittels Eingabe am 31. Oktober reagiert.

Parlamentarische Versammlung (PACE)

Zu den inhaltlichen Aspekten und Themen der Parlamentarischen Versammlung wird auf den Jahresbericht der PACE-Delegation verwiesen. Die Teilnahme an den vier Sessionen bzw. der Sondersession zum Ausschluss Russlands aus dem Europarat am 14. und 15. März erfolgte durch die liechtensteinischen Abgeordneten Franziska Hoop, Peter Frick, Hubert Büchel und Thomas Hasler in unterschiedlichen Zusammensetzungen. Es fanden jeweils virtuelle Vorbereitungstreffen mit der Vertretung in Strassburg statt. Zudem wurden die Abgeordneten während ihrer physischen Teilnahme in Strassburg jeweils von der Vertretung empfangen.

Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE)

Liechtenstein wirkt seit Anfang März 2021 in den drei Ausschüssen (Monitoring, Governance und Current

Affairs Committee) des Kongresses der Gemeinden und Regionen mit. Delegationsleiter Johannes Hasler und Maria Kaiser-Eberle vertreten Liechtenstein im Monitoring Committee (rechtlicher Ausschuss), Maria Kaiser-Eberle und Rainer Beck im Current Affairs Committee (praktischer Ausschuss), Johannes Hasler und Silvia Pedrazzini sind im Governance Committee (technischer Ausschuss) aktiv. An der 42. Session des Kongresses, die vom 22. bis 24. März durchgeführt wurde, hatten die liechtensteinischen Abgeordneten Maria Kaiser-Eberle und Sylvia Pedrazzini via Videokonferenz teilgenommen. Johannes Hasler und Rainer Beck nahmen an der 43. Sitzung des KGRE vom 25. bis 27. Oktober in Strassburg teil.

Mathieu Mori (Frankreich) wurde auf der 43. Sitzung des Kongresses am 25. Oktober 2022 in Strassburg für eine Amtszeit von fünf Jahren zum Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates gewählt. Die Amtszeit des neuen Generalsekretärs des Kongresses beginnt im Januar 2023.

Entwicklungsbank des Europarats (CEB)

Im Laufe des Berichtsjahres fanden vier ordentliche Sitzungen des Verwaltungsrates der CEB statt sowie zwei ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates der CEB. Das jährlich gemeinsam stattfindende Treffen der beiden Gremien wurde am 8. Juli in Dublin abgehalten.

Group of Friends on the Safety of Journalist

Liechtenstein ist Mitglied der Freundesgruppe zur Sicherheit von Journalisten. Die Gruppe äusserte sich im Berichtsjahr zum Internationalen Tag zur Beendigung der Straffreiheit von Verbrechen gegen Journalisten und organisierte einen Meinungsaustausch am Rande der Juni Session der Parlamentarischen Versammlung mit fünf Partner der Plattform zur Frage, wie freie und unabhängige JournalistInnen am besten unterstützt werden können. Liechtenstein trägt seit mehreren Jahren zur Finanzierung der Plattform mit freiwilligen Beiträgen bei.

Freiwillige Beiträge für Projekte des Europarats

Besondere Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik sind die Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte. Deshalb unterstützte Liechtenstein im Berichtsjahr folgende Projekte des Europarats mit finanziellen Beiträgen aus der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) mit insgesamt CHF 80'000: CHF 20'000 für die Plattform zum Schutz von Journalisten; CHF 20'000 für den Aktionsplan des Europarats in Georgien; CHF 20'000 für den Aktionsplan des Europarats in Armenien; CHF 20'000 für den Aktionsplan des Europarats für die Ukraine. Letzterer wurde in der Ministersession im Mai an die durch den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine veränderten Bedürfnisse des Landes angepasst. Über die

freiwilligen Beiträge der Ständigen Vertretung wurden CHF 15'000 für den Schutz von Kindern vor Gewalt und CHF 10'000 für das Projekt zum verbesserten Schutz der Menschenrechte und zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTI+ Personen in Europaratsstaaten ausgezahlt.

Vorbereitungen auf den liechtensteinischen Vorsitz 2023/2024

Turnusgemäss wird Liechtenstein von Mitte November 2023 bis Mitte Mai 2024 den Vorsitz im Ministerkomitee innehaben. Damit bereitet Liechtenstein die jährliche Ministersession im Mai 2024 vor, an deren Ende traditionellerweise der Vorsitz an das nächste Land, in diesem Fall Litauen, übergeben wird. Bislang hatte Liechtenstein zweimal, in den Jahren 1987 und 2001, den Vorsitz im Europarat inne. Organisatorische und inhaltliche Vorbereitungen für den Vorsitz 2023 wurden im Berichtsjahr fortgeführt und intensiviert.

Am 1. Juli fand an der Universität Liechtenstein ein Themennachmittag zum «Liechtensteinischen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats» statt. Nach der Eröffnung der Veranstaltung mit einem Impulsreferat von Aussenministerin Dominique Hasler referierte Domenik Wanger über aktuelle Themen beim Europarat und den anstehenden Vorsitz im Ministerkomitee.

Am 6. September fand zu Ehren von Aussenministerin Dominique Hasler ein Empfang in Strassburg statt, an dem Botschafter der 46 Europaratsstaaten, die Generalsekretärin des Europarats, der EGMR-Gerichtshofpräsident und weitere hochrangige Vertreter der Europaratsorgane teilnahmen und sich zu aktuellen Europaratsthemen austauschten bzw. der bevorstehende Vorsitz thematisiert werden konnte.

Im November wurde zur weiteren Sichtbarmachung der Arbeit der Ständigen Vertretung sowie zur Vernetzung im Kontext des Europarats das Twitter-Konto @LIEatCoE erstellt.

Die Ständige Vertretung bemüht sich, Expertinnen und Experten sowie Delegationen aus Liechtenstein, die nach Strassburg kommen, zumindest für einen Austausch über die Arbeit bzw. im Hinblick auf den Vorsitz zu treffen. Im Berichtsjahr fanden diesbezüglich Treffen unter anderem mit folgenden Delegationen statt: Parlamentarische Versammlung, Kongress der Gemeinden und Regionen, Venedig-Kommission; MO-NEYVAL, Staatengruppe gegen Korruption; Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe.

Teilnahme an Sitzungen

Neben der 132. Ministersession unter italienischer Präsidentschaft in Turin fanden 32 formelle, sechs informelle und sieben ausserordentliche Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene statt, einschliesslich der Sitzungen zur Umsetzung der Urteile des EGMR. Zudem nahm die Ständige Vertretung

an diversen Berichterstatter-Gruppen des Ministerkomitees sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten an den Sitzungen des Verwaltungsrats und des Aufsichtsrats der Entwicklungsbank des Europarats teil.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine hatte starke Auswirkungen auf die Arbeiten der Ständigen Vertretung. Neben der Teilnahme an zahlreichen zusätzlichen Treffen, u. a. Dringlichkeitssitzungen der Generalversammlung und des Sicherheitsrates sowie Arbeiten zu Resolutionen und Interventionen, initiierte die Ständige Vertretung Diskussionen zu einem Sondertribunal zum Aggressionsverbrechen. Die Ständige Vertretung setzte die Bemühungen zur 2020 lancierten «Veto Initiative» fort, gemäss welcher die Generalversammlung nach einem Veto im Sicherheitsrat automatisch befasst wird. Die entsprechende Resolution wurde in der Generalversammlung im April im Konsens verabschiedet und fand grosse Resonanz sowie globale mediale Aufmerksamkeit. Ihr Mehrwert zeigte sich schon wenige Wochen nach ihrer Verabschiedung, im Anschluss an die Vetos betreffend die Sanktionierung von Raketenstarts Nordkoreas und die Autorisierung des grenzüberschreitenden humanitären Zugangs in Syrien. Die Ständige Vertretung engagierte sich ausserdem in den traditionellen prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC), Abrüstung, Reformthemen, finanzplatzrelevante Fragen und nachhaltige Entwicklung. Die Generaldebatte der 77. Session der Generalversammlung wurde mit physischer Hauptstadtteilnahme, mit der Ausnahme einer aufgezeichneten Rede vom ukrainischen Präsidenten Zelensky, abgehalten. Viele Veranstaltungen am Rande wurden virtuell durchgeführt. Regierungsrätin Dominique Hasler führte die liechtensteinische Delegation an und sprach im Rahmen der Generaldebatte.

Prioritär behandelte Themen

Hochrangige Woche – Generaldebatte

Die Generaldebatte stand unter dem Motto «A watershed moment: transformative solutions to interlocking challenges», ausgewählt vom GV-Präsidenten Csaba Kőrösi (Ungarn). Aufgrund der Massnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie waren die Räumlichkeiten der UNO nur sehr beschränkt verfügbar. Die Mehrheit der Nebenveranstaltungen fanden daher in

verschiedenen Lokalitäten in der Umgebung oder im virtuellen Raum statt. Im Zentrum der Generaldebatte standen insbesondere der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine sowie der Klimawandel.

In ihrer Rede vor der UN-Generalversammlung urteilte auch Regierungsrätin Dominique Hasler den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und unterstrich die Bedeutung des Kampfs gegen die Straflosigkeit für die begangenen Verbrechen. Ein weiteres zentrales Thema ihrer Rede waren die Bemühungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sowie der ambitionierteren Klimaziele.

Finance against Slavery and Trafficking Initiative (FAST)

Liechtenstein setzte sein intensives Engagement für die «Finance Against Slavery and Trafficking» (FAST) Initiative (Liechtenstein Initiative) fort, welche die Rolle des globalen Finanzsektors bei der Bekämpfung von Sklaverei und Menschenhandel betrifft und Liechtensteins internationales Nachhaltigkeitsprojekt ist. Dabei koordinierte Liechtenstein eine informelle Gruppe von Unterstutzerstaaten in New York, hielt relevante Veranstaltungen zum Thema ab (u. a. an der Session der Kommission für die Rechtstellung der Frau sowie am hochrangigen politischen Forum für nachhaltige Entwicklung) und bemühte sich um weitere finanzielle Unterstützung der FAST-Initiative. Liechtenstein war zudem an der FAST-Afrika Konferenz in Kapstadt vertreten, um die Zusammenarbeit des globalen Südens mit FAST zu intensivieren. Botschafter Wenaweser nahm weiterhin die Rolle als Miteinberufender des FAST-Beratungsausschusses wahr.

Weitere finanzplatzrelevante Themen

Ein Hauptaugenmerk galt den Bestrebungen zur Etablierung eines globalen Steuerabkommens, welchem Liechtenstein wie auch zahlreiche gleichgesinnte Staaten sehr kritisch gegenüberstehen und sich entsprechend in Verhandlungen und Debatten einbrachten.

Nachhaltigkeit und Klimawandel

Gemeinsam mit dem International Peace Institute (IPI) organisierte Liechtenstein eine Veranstaltungsreihe zu «rechtlichen Wegen im Kampf gegen den Klimawandel». Diskutiert wurden u. a. die Möglichkeit eines Gutachtens (advisory opinion) des Internationalen Gerichtshofs oder des Internationalen Seegerichtshofs, Ökozid als ein mögliches neues Verbrechen im Rahmen des Römer Statuts sowie die Arbeit der Völkerrechtskommission zum Meeresspiegelanstieg.

Liechtenstein beteiligte sich ebenfalls an Diskussionen zur der von Vanuatu angeführten Kerngruppe für ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zum Klimawandel.

Rechtsstaatlichkeit und Internationale Strafjustiz

Der Aggressionskrieg gegen die Ukraine prägte auch das Engagement Liechtensteins für die Stärkung der Rechenschaftspflicht. Das gemeinsam mit Lettland und der Ukraine organisierte Rundtischgespräch zu einem möglichen Sondertribunal für das Aggressionsverbrechen vereinte Fachleute aus der akademischen Welt und Diplomatie, um den Aufbau und die Rolle eines solchen Gerichts zu skizzieren. Die Zusammenfassung der Veranstaltung wurde als offizielles UNO-Dokument an alle UNO-Mitgliedstaaten versandt und beeinflusst die an den Vereinten Nationen geführten Gespräche um die mögliche Strafverfolgung russischer Führungskräfte.

Liechtenstein reichte zudem eine Eingabe beim internationalen Gerichtshof zur Interpretation der Völkermordkonvention im Fall Ukraine vs. Russland ein. Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit gehörte weiterhin zu den liechtensteinischen Prioritäten, u.a. im Kontext der Arbeiten zu Nachhaltigkeitsziel 16, wobei die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, unabhängiger Justiz sowie die Bekämpfung der Korruption im Zentrum standen. Liechtenstein führte seine Zusammenarbeit im Rahmen der Freundesgruppe «Pathfinders» fort.

Im Berichtsjahr setzte sich Liechtenstein auch in verschiedenen UNO-Foren für rechtsstaatliche Prinzipien ein und koordinierte im Sechsten Ausschuss der Generalversammlung (Völkerrecht) zusammen mit Mexiko erneut die Resolution zu diesem Thema. Zudem nahm die prinzipielle Verteidigung der internationalen Rechtsordnung, insbesondere das Gewaltverbot gemäss UNO-Charta, eine zentrale Rolle ein.

Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung

Das Hauptprodukt der Kommission zur Rechtstellung der Frau (CSW) war eine politische Erklärung zum Schwerpunktthema der Rolle von Frauen und Mädchen in der Bekämpfung des Klimawandels sowie der Verhinderung von Umweltkatastrophen. Liechtenstein setzte sich bei den Verhandlungen u.a. erfolgreich für den Kampf gegen Menschenhandel und moderne Sklaverei ein. Regierungsrätin Dominique Hasler leitete die liechtensteinische Delegation an und nahm an der Generaldebatte teil. Zudem lud die Regierungsrätin zum jährlichen Treffen der Aussenministerinnen während der hochrangigen Woche im September.

In den Arbeiten des Dritten Ausschusses der Generalversammlung (Menschenrechte) priorisierte Liechtenstein u.a. die Situationen in Myanmar und in Syrien sowie die Resolutionen zu Menschenhandel von Frauen und Mädchen. In Verhandlungen setzte sich Liechtenstein erfolgreich für stärkere Bestimmungen u.a. zum Zugang zum Justizsystem und strafrechtlicher Verantwortlichkeit ein und verteidigte langjährige Konsenssprache u.a. zum ICC und Geschlechtergleichheit.

Abrüstung

Im Kontext hoher geopolitischer Spannungen, einschl. des Ukrainekrieges, einer sich beschleunigenden Aufrüstungsspirale und nuklearer Bedrohung, priorisierte Liechtenstein die Teilnahme an den Abrüstungsdiskussionen, u.a. im Rahmen des Ersten Ausschusses der Generalversammlung (Abrüstung) und der 10. Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags (NPT). Liechtenstein machte seine grundsätzliche Unterstützung für den Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) deutlich, der Nuklearwaffen als letzte Kategorie von Massenvernichtungswaffen einem umfassenden Verbot unterwirft. Zudem führte Liechtenstein Bemühungen für eine angemessene völkerrechtliche Regulierung eines immer stärker militarisierten Cyberspace fort.

Liechtenstein nahm erneut an den Beratungen der Arbeitsgruppe über Cybersicherheit teil und unterstützte die Rechtsmeinung, dass das geltende Völkerrecht vollumfänglich im Cyberspace anwendbar ist, insbesondere die UNO-Charta, das humanitäre Völkerrecht sowie die internationalen Menschenrechtsinstrumente. Zudem beteiligte es sich an den Verhandlungen für eine internationale Konvention für Cyberverbrechen.

Sicherheit und Konfliktprevention

Liechtenstein verfolgte die Tätigkeit des Sicherheitsrats in Schwerpunktbereichen, vor allem in den thematischen Arbeiten des Rates. Konflikte, bei welchen Zivilisten schwersten Verbrechen ausgesetzt sind (z.B. Syrien, Myanmar, Äthiopien/Tigray, Jemen), und Konflikte in Europa (insbesondere die Ukraine) standen dabei im Zentrum. Liechtenstein beteiligte sich an über zehn offenen Debatten u.a. zum Völkerrecht, zum Schutz von Zivilisten, Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten, zu Konflikten in Europa und im Nahen Osten sowie zu Arbeitsmethoden des Rates. Zudem nahm Liechtenstein aktiv an neun «Arria-Formel» Treffen sowie zahlreichen informellen Debatten des Sicherheitsrates und den monatlichen Nachbereitungstreffen am Ende einer Präsidentschaft teil.

Liechtenstein führte seine Unterstützung für die thematischen Agenden des Sicherheitsrates fort, insbesondere Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS), Kinder in bewaffneten Konflikten (CAAC) und Schutz von Zivilisten. Im Rahmen seines Engagements gegen sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt legte Liechtenstein besonderes Augenmerk auf die stark tabuisierte, jedoch weitverbreitete Problematik der sexuellen Gewalt gegen Männer und Jungen in Konflikten in enger Kooperation mit der liechtensteinischen NGO All Survivors Project (ASP).

Cyberkriegsführung

Im Einklang mit den Arbeiten zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit intensivierte Liechtenstein Bemühungen gegen Cyberkriegsführung, welche eine grosse Sicherheitsgefahr darstellt. In diversen Veranstaltungen präsentierte es die Erkenntnisse des Berichts des Expertenrats, der sich mit der Anwendung des Römer Statuts auf Cyberkriegsführung und den sich daraus ergebenden völkerrechtlichen Fragen befasste.

Recht auf Selbstbestimmung

Die Ständige Vertretung führte mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) in Princeton die Arbeiten zum Selbstbestimmungsrecht als Instrument zur Konfliktprävention weiter. Der Fokus lag u. a. auf der Umsetzung der Empfehlungen des im Vorjahr veröffentlichten Handbuchs über die Rolle des Selbstbestimmungsrechts bei der Prävention und Lösung von Konflikten, einschliesslich zu Myanmar. Dies ist auch eine Weiterführung der von Liechtenstein initiierten Resolution der Generalversammlung zum Militärcoup in 2021.

Im Rahmen seiner Arbeiten zur Selbstbestimmung legte Liechtenstein einen stärkeren Fokus auf die Frage, wie sich der Klimawandel und insbesondere der Meeresspiegelanstieg auf das Selbstbestimmungsrecht der Staaten auswirkt.

UNO-Reform und Veto-Initiative

Liechtenstein setzte sich weiterhin für die Stärkung der Generalversammlung, insbesondere im Verhältnis zum Sicherheitsrat, ein und übernahm die Federführung bei der Vorbereitung und Verabschiedung der «Veto-Initiative», welche weltweit starke Resonanz fand. Dank der einstimmigen Annahme der Resolution, welche von 83 Staaten miteingebracht wurde, wird die Generalversammlung automatisch befasst, wenn der Sicherheitsrat durch ein Veto blockiert ist. Im Berichtsjahr fanden zwei solcher Debatten in der Generalversammlung statt, bei welchen Liechtenstein jeweils aktiv teilnahm.

Als Mitglied der ACT-Gruppe erhielt Liechtenstein regelmässigen privilegierten Zugang zu den Agenden zukünftiger Sicherheitsratspräsidentschaften und unterhielt einen Dialog mit den gewählten zehn Sicherheitsratsmitgliedern zu Reformen der Arbeitsmethoden des Rates, u. a. zu rechtsstaatlichen Standards im Sanktionsbereich.

Der von Liechtenstein initiierte ACT-Verhaltenskodex betreffend Handeln des UNO-Sicherheitsrats gegen Massenverbrechen erfuhr mit mittlerweile 124 Unterzeichnerstaaten erneut wachsende Unterstützung.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

Die Ständige Mission in Genf nimmt die liechtensteinischen Interessen in den Beziehungen zu den internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die Agenden der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der Welthandelsorganisation (WTO) sowie die Aktivitäten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) betreut.

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) standen im Berichtsjahr die Vorbereitungen für den Vorsitz Liechtensteins und die anschliessende Wahrnehmung dieser Rolle ab dem 1. Juli 2022 (bis 30. Juni 2023) im Mittelpunkt der Arbeiten. Auch in der EFTA beschäftigten der russische Aggressionskrieg gegen den Freihandelspartner Ukraine und dessen Konsequenzen die Mitgliedsstaaten im Berichtsjahr stark. Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die EFTA am 9. März eine Erklärung, in der sie die russische Invasion aufs Schärfste verurteilte und ihre Solidarität mit der Ukraine ausdrückte. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Mission lag wie üblich auf den von Genf aus koordinierten Drittlandaktivitäten im Handelsbereich. Im Berichtsjahr konnten die Freihandelsverhandlungen mit Kosovo lanciert und diejenigen mit Thailand wieder aufgenommen sowie die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Moldawien fast abgeschlossen werden. Nachdem im ersten Halbjahr die Aktivitäten mit den Drittstaaten aufgrund der weltweiten Pandemie-bedingten Restriktionen noch vorwiegend virtuell stattfanden, gab es ab Mitte des Berichtsjahres eine Zunahme von physischen Treffen und Verhandlungsrunden. Es fanden u. a. wieder Treffen und Verhandlungsrunden in Genf, Malaysia, Kosovo, Thailand und Indonesien statt. Auch die horizontalen Themen, wie das Projekt zu den Nutzungsraten von Freihandelsabkommen und die Nachhaltigkeitsprüfung, die zum Freihandelsabkommen mit Thailand vorgenommen wird, standen weiterhin im Zentrum der EFTA-Freihandelspolitik. Liechtenstein brachte zudem die Initiative ein, ein Modellkapitel zu kleinen und mittleren Unternehmen (SMEs) für künftige Freihandelsabkommen auszuarbeiten. Es sollen dabei mögliche Massnahmen für eine erleichterte Inanspruchnahme von Vorteilen in Handelsabkommen durch kleine und mittlere Unternehmen erarbeitet werden. Zudem fand in der ersten Hälfte des Berichtsjahres eine Grundsatzdiskussion über die künftige Ausrichtung der EFTA-Freihandelspolitik unter dem isländischen Vorsitz statt. Dies erfolgte angesichts des schwierigen internationalen Umfelds und der im Vergleich zur Vergangenheit langsameren Fortschritte der EFTA beim Abschluss bzw. bei der Modernisierung von Freihandelsabkommen.

In der WTO konzentrierten sich die Aktivitäten der Mission in den ersten Monaten des Berichtsjahres auf das formelle Überprüfungsverfahren zu den Handelspolitiken

der Schweiz und Liechtensteins, das am 18. und 20. Mai in Genf seinen formellen Abschluss fand. Parallel dazu liefen die Gespräche und Verhandlungen zum 12. WTO-Ministertreffen, das nach zwei Pandemie-bedingten Verschiebungen schlussendlich vom 12. bis 17. Juni in Genf durchgeführt werden konnte.

In Bezug auf die UNO richtete die Ständige Mission ihr Engagement hauptsächlich auf die Mitarbeit im Rahmen des Menschenrechtsrats. Die Mitarbeitenden der Ständigen Mission nahmen aktiv an allen Sessionen des Rates sowie an der Überprüfung der Menschenrechtssituation anderer Staaten im Rahmen der «Universal Periodic Review (UPR)» teil.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Liechtenstein übernahm turnusgemäss am 1. Juli des Berichtsjahres den im Vorjahr neu auf die Dauer eines Jahres festgelegten EFTA-Vorsitz in Genf. Dies bedingte unter anderem, dass die Treffen auf Ebene von Ministerinnen und Ministern sowie Ratsmitgliedern und Botschaftsstellvertreterinnen und -vertretern sowie im Drittlandausschuss durch Liechtenstein geleitet werden. Zudem nahm Liechtenstein im Berichtsjahr auch den Vorsitz im Budgetkomitee wahr.

Nachdem sich die Situation aufgrund der Restriktionen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie im Berichtsjahr, vor allem ab Mitte Jahr, etwas normalisierte, stand der EFTA mit dem russischen Aggressionskrieg gegen den Handelspartner Ukraine bereits die nächste grosse Herausforderung bevor. Die EFTA verurteilte die russische Aggression gegen die Ukraine in einem Statement aufs Schärfste und drückt darin ihre Solidarität mit der Ukraine aus. Die Erklärung verwies explizit auf das Freihandelsabkommen mit der Ukraine.

Aufgrund des schwierigen internationalen Umfelds und der im Vergleich zur Vergangenheit langsameren Fortschritte der EFTA beim Abschluss bzw. der Modernisierung von Freihandelsabkommen erörterten Vertreterinnen und Vertreter der EFTA-Staaten im Frühling des Berichtsjahres die künftige Ausrichtung der EFTA-Freihandelspolitik an einer Klausurtagung (Retreat), insbesondere im Hinblick auf entsprechende Beschlüsse, die von den EFTA-Ministerinnen und -Ministern im Juni anlässlich des Ministertreffens in Borgarnes/Island im Juni gefällt werden sollten. Es wurden dabei auch die handelspolitischen Folgen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine, die Umsetzung der damit verbundenen Sanktionen und die weiteren Schritte der EFTA diskutiert.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres wurden weiterhin aufgrund der verhängten lokalen und weltweiten Restriktionen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie die meisten Treffen und Verhandlungen der EFTA virtuell (als Videokonferenzen) durchgeführt. Ab Mitte Jahr begann sich die Pandemie-Situation zu verbessern und ab Herbst nahmen auch die

Reiseaktivitäten aufgrund von diversen Verhandlungsrunden in Partnerstaaten wieder zu. Viele Treffen wurden jedoch weiterhin in hybrider Form angeboten und zwischen den einzelnen physischen Verhandlungsrunden fanden vermehrt Zwischentreffen – intern und mit den Partnerländern – in virtueller Form statt, was zu einer Mehrbelastung führte.

Aktivitäten im Drittlandbereich – Freihandelsabkommen

Die Mitarbeitenden der Ständigen Mission nahmen im Berichtsjahr an den Treffen des EFTA-Rats auf Botschafterebene (9) und der Stellvertreter und -vertreterinnen der Missionschefs der EFTA-Staaten in Genf (9) sowie an den Treffen des Drittlandausschusses (3) und Budgetausschusses (3) teil. Im ersten Halbjahr fand zudem ein virtuell durchgeführtes Plattform-Treffen zur Strategieplanung der EFTA im Zusammenhang mit Freihandelsbeziehungen zu Drittstaaten statt. Im Februar des Berichtsjahres wurde erstmals ein (virtuelles) Treffen des EFTA-Drittlandausschusses (Vorsitzender sowie einzelne Delegierte) mit dem Parlamentarier- und Konsultativausschuss der EFTA abgehalten. Diese Form des Austausches mit den beiden beratenden Ausschüssen wird auch in Zukunft fortgeführt. Zudem traf sich der EFTA-Vorsitz am Rande des EWR-Rats im November auch mit den Mitgliedern des Parlamentarier- und des Konsultativausschusses zu einem Informations- und Gedankenaustausch zu handelspolitischen Themen. Des Weiteren fanden im zweiten Halbjahr die diversen informellen Vorbereitungs- und Koordinierungstreffen im Vorfeld aller vorgenannten Treffen unter der Initiative und Federführung Liechtensteins in der Vorsitzrolle statt.

Am 20. Juni konnte das EFTA-Ministertreffen in Borgarnes/Island nach zwei Jahren wieder mit physischer Beteiligung durchgeführt werden. Die EFTA-Minister und -Ministerinnen trafen sich gleichentags, wie üblich, auch mit den Mitgliedern des Parlamentarier- und Konsultativausschusses. An beiden Treffen war Liechtenstein durch Regierungsrätin Dominique Hasler vertreten. Anlässlich des offiziellen Ministertreffens wurde der Stand des Welthandels in Zeiten von Krisen, wie jene als Folge des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine und der anhaltenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, sowie deren Folgen diskutiert. Dabei wurde die Bedeutung regelbasierter Handelsbeziehungen und offener Märkte als Voraussetzung für verlässliche, grenzüberschreitende Lieferketten für die EFTA-Staaten unterstrichen. Die EFTA als zentrale Plattform für die Handelspolitik der Mitgliedstaaten spielt dabei eine wichtige Rolle. Des Weiteren wurden die laufenden Freihandelsverhandlungen und der Stand von anderen Aktivitäten im Drittlandbereich erörtert und diesbezüglich wichtige Weichen gestellt bzw. Beschlüsse gefasst. Unter anderem wurde dabei beschlossen, eine Modernisierung des Abkommens

EFTA-Ukraine sowie den Abschluss thematisch begrenzter Handelsabkommen und die Aufnahme von neuen Handelsdialogen mit wichtigen Partnern zu prüfen.

Hinsichtlich der Ratifikation des Beitrittsprotokolls zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den zentralamerikanischen Staaten hatte Guatemala das Beitrittsprotokoll im Vorjahr ratifiziert, der Beitritt konnte aber immer noch nicht vollzogen werden, weil die Ratifikation der beiden anderen zentralamerikanischen Staaten – Panama und Costa Rica – noch nicht erfolgt war. Nach der grundsätzlichen Einigung in 2019 auf den Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit MERCOSUR, bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, und den Bemühungen, das entsprechende Abkommen definitiv abzuschliessen sowie ein mögliches Zusatzabkommen zu Umweltfragen (Schutz des Amazonasgebiets) verhandeln zu können, stagnierten schliesslich die diesbezüglichen Aktivitäten im Berichtsjahr. Dies vor allem aufgrund der Präsidentschaftswahlen in Frankreich und jener in Brasilien, wo die neue Regierung erst ab Anfang 2023 ihr Amt antrat. Auf technischer Ebene und bei der rechtlichen Überprüfung der Verhandlungstexte konnten im Berichtsjahr jedoch gewisse Fortschritte gemacht werden. In politischer Hinsicht bleiben die Aussichten auf einen definitiven Abschluss des Abkommens aber stark beeinflusst von den Entwicklungen hinsichtlich des Freihandelsabkommens, welches die EU mit MERCOSUR zwar grundsätzlich bereits ausgehandelt, aber noch nicht ratifiziert hat, weil inzwischen politische Widerstände gegen den Abkommenstext aufgekommen sind. Die EFTA-Seite will den noch laufenden Verhandlungen der EU im Bereich Klima- und Umweltfragen (Abholzung) nicht vorgreifen. Ein mögliches entsprechendes Zusatzabkommen mit MERCOSUR bleibt das Ziel. Mit Moldawien konnten die im Vorjahr aufgenommenen Verhandlungen so gut wie abgeschlossen werden. Im Berichtsjahr fand im Juni die dritte – und erstmals physisch durchgeführte – Runde in Genf statt. Im Herbst folgten zwei weitere Verhandlungsrunden. Diverse Treffen (zu öffentlichem Beschaffungswesen, digitalem Handel etc.) fanden auch zwischen den einzelnen Verhandlungsrunden statt. Am Ende des Berichtsjahres waren nur noch einige wenige Marktzugangspflichten ausstehend. Mit Malaysia konnten in den Verhandlungen nach längerer Stagnation, u. a. wegen Regierungswechseln und fehlender Mandate, Fortschritte erzielt werden. Im Berichtsjahr fanden neben Treffen der Verhandlungsleiter und diversen Expertengesprächen erstmals seit der 9. Verhandlungsrunde im Februar 2020 wieder zwei Verhandlungsrunden physisch statt, nämlich die 12. Runde im Mai/Juni in Genf und die 13. im Oktober in Kuala Lumpur (hybrides Format). Für die Klärung offener Punkte im Bereich Dienstleistungen und Investitionen fanden vorgängig virtuelle Treffen auf Ebene der Expertinnen und Experten statt.

Die physische Präsenz bei den Verhandlungsrunden hatte einen merklich positiven Einfluss auf den Verhandlungsverlauf. Differenzen bestanden zum Jahresende namentlich noch beim Marktzugang im Güterbereich (vor allem bei Landwirtschaftsprodukten) sowie in den Bereichen Handel und nachhaltige Entwicklung, geistiges Eigentum und öffentliches Beschaffungswesen. Grösserer Verhandlungsbedarf besteht weiterhin bei den Prozessen mit Indien und Vietnam. Im Juni gab es ein virtuelles, bilaterales Treffen zwischen der indischen Verhandlungsleiterin und indischen Sachverständigen sowie der EFTA-Verhandlungsleiterin zu den Bereichen Dienstleistungen und Warenverkehr, um das weitere Vorgehen auszuloten. Mitte September fand schliesslich ein Treffen auf Verhandlungsleitungsebene mit Indien statt. Indien zeigte sich zwar Willens, die Verhandlungen wieder aufzunehmen (seit 2017 fand keine Verhandlungsrunde mehr statt), erklärte aber, es verfüge dafür momentan nicht über genügend Ressourcen. Die hängigen Themenbereiche Warenverkehr, Dienstleistungen und geistiges Eigentum wurden auch vom Schweizer Bundesrat Guy Parmelin anlässlich seines offiziellen Besuchs in Indien im Oktober aufgebracht. Mit Vietnam fand im April eine Videokonferenz zum Thema Dienstleistungsverkehr statt. Dies war das erste Treffen zu diesem Themenbereich seit 2018. Dabei kam die Forderung nach einem integrierten Vertragskapitel, das sowohl den Dienstleistungshandel als auch Investitionen umfasst, auf. Der EFTA fehlt jedoch ein Mandat zu einem solchen Ansatz (bisher üblich waren jeweils zwei getrennte Kapitel). Sobald die EFTA-Seite die Prioritätenliste Vietnams im Warenbereich erhalten hat, wird eine Sichtung der Interessenslage vorgenommen werden.

Im Juni des Berichtsjahres, anlässlich des EFTA-Ministertreffens in Borgarnes, konnten gleich mit zwei Partnerstaaten Verhandlungen lanciert werden, nämlich mit Kosovo und mit Thailand (wobei es sich bei Thailand um eine Wiederaufnahme handelt). Mit Kosovo fand eine erste Verhandlungsrunde Ende August in Genf statt, die zweite erfolgte Ende November/Anfang Dezember in Pristina. Mit Thailand fanden im Berichtsjahr zwei Verhandlungsrunden statt, die erste im Juni in Bangkok und die zweite im November in Genf. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres gab es zudem ein Treffen auf Verhandlungsleitungsebene, an dem die sogenannten «Terms of Reference» (Verhandlungsvorgaben) verabschiedet werden konnten. Diverse (virtuelle) Treffen von Sachverständigen fanden anschliessend zwischen den Verhandlungsrunden statt. Es konnten gute Fortschritte in allen Disziplinen erzielt werden. Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (wo Thailand noch über kein Verhandlungsmandat verfügt) und des geistigen Eigentums zeichnen sich jedoch für den weiteren Verlauf schwierige Verhandlungen ab. Die Ambition Thailands ist es, die Verhandlungen bis Sommer 2024 abzuschliessen. Thailand ist zudem das erste Land, zu dem die EFTA-Staaten im Vorfeld eines

Vertragsabschlusses eine Nachhaltigkeitsprüfung (sustainability impact assessment, SIA) durchführen wollen. Entsprechende Vorbereitungsarbeiten wurden im Berichtsjahr bereits aufgenommen.

Die Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Freihandelsabkommen bilden ebenfalls wichtige Zielsetzungen der EFTA. Die Ukraine gelangte im Berichtsjahr mit zwei Anliegen an die EFTA-Staaten: Weitere Liberalisierung des Warenhandels durch die EFTA-Staaten analog dem Modell des EU-Entscheids zugunsten der Ukraine im Frühjahr sowie die Modernisierung des bestehenden Freihandelsabkommens. Die EFTA-Ministerinnen und -Minister beschlossen daraufhin im Juni, eine Modernisierung des Abkommens mit der Ukraine in die Wege zu leiten. Um die Anliegen der Ukraine zu erörtern, wurde Mitte Dezember ein virtuelles Treffen EFTA-Ukraine in Genf durchgeführt, um die konkreten Erwartungen der Ukraine für den Modernisierungsprozess in Erfahrung zu bringen. Mit den Staaten der Südafrikanischen Zollunion (SACU), bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Eswatini waren im Berichtsjahr wenig Fortschritte zu verzeichnen, vor allem was die Aufnahme eines für die EFTA wichtigen neuen Vertragskapitels über Handel und nachhaltige Entwicklung anbelangt. Ein diesbezügliches Verhandlungsmandat der SACU-Staaten steht weiterhin aus. Nach Einsetzung der neuen Regierung in Chile von Anfang März des Berichtsjahres fand im Mai ein Treffen mit der EFTA auf Verhandlungsleitungsebene statt. Die eigentliche Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde zunächst auf einen Zeitpunkt nach der Referendumsabstimmung zur neuen Verfassung in Chile im September des Berichtsjahres verschoben. Ende November konnten die Verhandlungen zur Modernisierung des bestehenden Abkommens schliesslich weitergeführt werden, und die fünfte Verhandlungsrunde fand in Genf statt. Da sich die Delegationen seit März 2021 nicht mehr offiziell getroffen hatten, ging es dabei um eine Bestandesaufnahme, die Klärung offener Fragen und die Sondierung von Bereichen, in denen Fortschritte erzielt werden können. Zudem fanden im Berichtsjahr mehrere Treffen der Expertinnen und Experten beider Seiten u. a. in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Handelserleichterungen statt. Neu sollen je ein Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung, Finanzdienstleistungen sowie Handelserleichterungen in das Abkommen aufgenommen werden. Ziel bleibt der Abschluss im Sommer 2023. Mit Mexiko fand im Februar ein Treffen der Verhandlungsleiterinnen und -leiter und Sachverständigen im Warenbereich statt. In diesen Gesprächen gibt es weiterhin Probleme mit unvollständigen statistischen Handelsangaben, die es erschweren, Fortschritte in den Verhandlungen über eine Modernisierung des Abkommens zu erzielen. Grundsätzlich zeigten sich beide Seiten an einer Weiterführung der Verhandlungen interessiert und suchten nach einer Kompromisslösung für Landwirtschaftsprodukte. Neu

soll die Aufnahme eines Kapitels über Handel und nachhaltige Entwicklung sowie eines Anhangs über Handelserleichterungen Bestandteil der Verhandlungen sein. Nach einem ersten virtuellen Treffen von Ende August und diversen EFTA-internen Vorbereitungstreffen lancierten die EFTA-Staaten und Singapur Anfang September erste Diskussionen über ein mögliches Abkommen zur digitalen Wirtschaft. Sondierungsgespräche fanden im Oktober und November per Videokonferenz statt. Die Lancierung der Verhandlungen konnte jedoch im Berichtsjahr nicht mehr erfolgen und wird für Anfang 2023 erwartet. Die EFTA-Staaten und Singapur haben das Ziel, ein ehrgeiziges Abkommen mit hohen Standards abzuschliessen.

Mit dem Golfkooperationsrat (GCC), bestehend aus Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten, fand im Januar das insgesamt vierte Treffen des Gemischten Ausschusses statt. Die GCC-Mitgliedsstaaten willigten ein, das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens im Jahr 2014 (und nicht erst im Jahr 2015, wie bisher von ihnen verlangt) anzuerkennen. Die erforderliche gemeinsame Notifikation des Abkommens an die WTO erfolgte schliesslich im Oktober des Berichtsjahres. Auch weitere pendente Themen hinsichtlich der korrekten Umsetzung des Abkommens wurden im Berichtsjahr in verschiedenen Gesprächen und einem Treffen des Subkomitees im November diskutiert. Die GCC-Staaten zeigten sich jedoch nicht bereit, Verhandlungen über ein Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in das bestehende Freihandelsabkommen aufzunehmen. Mit Palästina liefen die Arbeiten der Expertinnen und Experten im Hinblick auf eine Aktualisierung der bilateralen Landwirtschaftsabkommen der EFTA-Staaten in virtueller Form weiter. Sobald genügend Fortschritte erzielt worden sind, soll ein Treffen des Gemischten Ausschusses in Palästina durchgeführt werden, um die Verhandlungen möglichst bald finalisieren zu können.

Im Berichtsjahr fand unter den bestehenden Freihandelsabkommen mit Georgien und Indonesien jeweils das erste Treffen des gemischten Ausschusses statt. Die EFTA-Staaten nutzten die beiden Treffen, um den neu entwickelten Mechanismus zur Überprüfung der Umsetzung von Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung anzuwenden.

Im Berichtsjahr wurden die Bemühungen weitergeführt, um die Übernahme der revidierten Konvention über die Paneuropa-Mittelmeer-Kumulierung (PEM) in die betroffenen 13 EFTA-Freihandelsabkommen voranzubringen. Im Berichtsjahr konnte der hierfür notwendige Beschluss mit Bosnien und Herzegowina gefällt werden (nach Serbien, Albanien, Montenegro und Nord-Mazedonien im Vorjahr). Bei den restlichen Partnern werden weitere Bemühungen unternommen, um eine zügige Übernahme der Regelungen anzustreben.

Im Berichtsjahr unternahmen die EFTA-Staaten weitere Schritte zur Aufnahme von Verhandlungen mit

neuen Partnerländern. Die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) zeigte sich nach mehreren Jahren bereit, mit den EFTA-Staaten eine Zusammenarbeitserklärung abzuschliessen. Im Berichtsjahr wurde der Entwurf der Zusammenarbeitserklärung ausgearbeitet und im Dezember fand ein Treffen EFTA-ASEAN in Jakarta statt.

Mitte Dezember führten die EFTA-Staaten zum achten Mal einen handelspolitischen Dialog mit dem Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) in Washington D.C. durch. Dabei informierten sich die Parteien gegenseitig über ihre respektiven Handelsstrategien und -entwicklungen. Die Kooperation zwischen den USA und der EU, die unter dem neuen Format eines Transatlantischen Handel- und Technologierates (TTC) lanciert worden ist, war ebenfalls Thema der Gespräche. Dasselbe gilt für die Positionierung der USA in Asien (mit der kürzlich lancierten Initiative zum sogenannten Indo-Pacific Economic Framework; IPEF).

Horizontale Themen

In einzelnen EFTA-Staaten sind Freihandelsverhandlungen zu einem festen Gegenstand der nationalen politischen Diskussionen geworden und unterliegen nicht zuletzt im Hinblick auf den Einbezug des Themas Handel und nachhaltige Entwicklung einer grösseren Erwartungshaltung. Der im Vorjahr erarbeitete Mechanismus der EFTA zur Überprüfung der Umsetzung von Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung wurde im Berichtsjahr bei Treffen der Gemischten Ausschüsse mit Vertragspartnern weiterhin angewandt und verfeinert (Georgien und Indonesien). Die Beratenden Ausschüsse der EFTA wurden in den Vorbereitungen jeweils konsultiert. Die horizontalen Themen nahmen auch im Berichtsjahr einen wichtigen Platz in den Arbeiten der EFTA ein. Als Folge der Arbeiten in der Arbeitsgruppe zu den Anwendungsraten von Freihandelsabkommen (utilisation rates) wurde im Berichtsjahr das erste Monitoring der Anwendung von Freihandelsabkommen (Handelsstatistiken) ausgearbeitet und auf der EFTA-Webseite publiziert. Die Arbeitsgruppe einigte sich zudem auf einen neuen Arbeitsplan für das kommende Jahr und darauf, den Bereich der Analyse auf die EU, UK und den intra-EFTA-Handel auszuweiten. Es ist wichtig, dass Freihandelsabkommen quantifizierbar gemacht werden und konkrete Zahlen vorliegen, um künftige strategische Entscheide in Handelsbeziehungen fällen zu können und eine wissenschaftliche Grundlage für die öffentliche Diskussion über den Nutzen von Freihandelsabkommen zu haben. Die Schweiz stellte im Berichtsjahr zudem die Resultate einer Umfrage unter Exporteuren vor, die dazu diente, die Beweggründe hinter der Nutzung (oder Nichtnutzung) von Freihandelsabkommen durch individuelle Firmen besser zu verstehen. Im Oktober wurde zudem in Brüssel ein technischer Workshop mit Sachverständigen der EFTA, der EU und der WTO zu

diesem Thema durchgeführt. Ein weiteres horizontales Thema bildeten im Berichtsjahr Nachhaltigkeits-Folgeabschätzungen (SIAs; ex-post- sowie ex-ante-Untersuchungen). Es wurde beschlossen, ein solches SIA zum Freihandelsabkommen mit Thailand durchzuführen. Diese Arbeiten wurden in einer ad-hoc Arbeitsgruppe in Angriff genommen und werden zu einem späteren Zeitpunkt extern vergeben. Die Arbeitsgruppe erörterte zudem, ob eine Notwendigkeit zur Anpassung des EFTA-Modelltextes im Bereich Handel und nachhaltige Entwicklung besteht. Auf Initiative Liechtensteins wurde schliesslich eine ad-hoc Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit der Ausarbeitung eines Modellkapitels für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für künftige Freihandelsabkommen befasst. Es sollen dabei mögliche Massnahmen zu einer erleichterten Inanspruchnahme von Vorteilen in Handelsabkommen durch KMU erarbeitet werden. Die EFTA leistet traditionell ausserdem technische Unterstützung an Drittstaaten. Die im Vorjahr neu ausgearbeiteten «Tools» wurden weiter verfeinert und erstmals angewendet (Webinare, neue Inhalte, stärkerer Fokus auf EFTA-Interessen, etc.).

Im Berichtsjahr wurden zudem die Planungsarbeiten zur Durchführung des EFTA-Ministertreffens unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dominique Hasler am 26./27. Juni 2023 in Schaan in Angriff genommen.

Freihandelsabkommen der EFTA/EWR-Staaten und dem Vereinigten Königreich (UK)

Das Freihandelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und Norwegen bzw. Liechtenstein trat am 1. September in Kraft und wurde ab diesem Datum in Island vorläufig angewendet. Am 21. September fand in London das erste Treffen des gemischten Ausschusses statt.

Welthandelsorganisation (WTO)

Das Hauptaugenmerk der Aktivitäten der Mission in Bezug auf die WTO lag im ersten Halbjahr zunächst auf den Vorbereitungsarbeiten zur Überprüfung der Handelspraktiken der Schweiz und Liechtensteins (Trade Policy Review, TPR) durch die WTO, welche alle fünf Jahre stattfindet. Aufgrund des Zollvertrags werden die Handelspraktiken der Schweiz und Liechtensteins gemeinsam überprüft. Die Vorbereitungsarbeiten wurden mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie diversen Sachverständigen in liechtensteinischen Amtsstellen und mit der Schweiz koordiniert. Die Ständige Mission in Genf übermittelte dem WTO-Sekretariat Anfang Februar den Bericht der Regierung über die Prioritäten der liechtensteinischen Handelspolitik. Dieser Bericht bildete zusammen mit dem vom WTO-Sekretariat erstellten, eigenen Bericht die Grundlage für die Überprüfung der liechtensteinischen Handelspolitik durch den zuständigen WTO-Ausschuss, die formell am 18.

und 20. Mai ihren Abschluss fand. Die Ergebnisse dieser Überprüfung können aus liechtensteinischer Sicht als erfreulich eingestuft werden. Die teilnehmenden WTO-Mitglieder lobten dabei die Schweiz und Liechtenstein für die Widerstandsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, auch wenn die Wirtschaftsleistung Liechtensteins aufgrund der geringen Grösse seiner Volkswirtschaft stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde als jene der Schweiz. Die Gründe für diese Widerstandsfähigkeit wurden grundlegenden Faktoren wie jene einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur, der Betonung von Innovationen, solider öffentlicher Finanzen, langjähriger sozialer und politischer Stabilität, eines hohen Masses an Offenheit gegenüber internationalen Märkten, eines flexiblen Arbeitsmarktes und hochqualifizierter Arbeitskräfte zugeschrieben. Die Mitgliedsstaaten wiesen aber auch auf verschiedene strukturelle Herausforderungen hin, mit denen die Schweiz und Liechtenstein konfrontiert seien, insbesondere die Alterung der Bevölkerung, das geringe Produktivitätswachstum, die Anpassung an die digitale Wirtschaft und den Klimawandel. Begrüsst wurden die jüngsten Massnahmen in verschiedenen Bereichen, um einen offeneren und moderneren Rahmen für den Handel und die Investitionen zu schaffen. Andererseits wiederholten die Mitgliedsstaaten auch gegenüber der Schweiz ihre seit langem bestehenden Bedenken hinsichtlich der Anwendung spezifischer Zölle auf der Grundlage des Bruttogewichts (anstelle des Warenwertes), des hohen Niveaus der internen Stützungsmaßnahmen und des Zollschatzes im Bereich der Landwirtschaft sowie des begrenzten Ausmasses des Wettbewerbs im Einzelhandel. Die Überprüfung der Handelspolitiken durch die WTO dient lediglich der Transparenz zur Handelspolitik von Mitgliedsstaaten. Es werden keine Empfehlungen ausgesprochen, deren Umsetzung einer Überwachung unterliegen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten der Ständigen Mission im ersten Halbjahr lag ausserdem bei den Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die 12. WTO-Ministerkonferenz, die aufgrund der Covid-19-Pandemie zuvor zweimal verschoben werden musste. Die Konferenz fand schliesslich vom 12. bis 17. Juni in Genf statt. Es konnten wider Erwarten und auch dank dem unermüdlischen Einsatz der WTO-Generaldirektorin wichtige Beschlüsse gefällt werden, so u. a. ein Abschlussdokument, einschliesslich der Absichtserklärung, an der nächsten Ministerkonferenz konkrete Beschlüsse zur WTO-Reform zu unterbreiten; ein Paket zur Reaktion der WTO auf die Ernährungs Krise, eine Ministererklärung zur Reaktion der WTO auf die Covid-19-Pandemie und die Vorbereitung auf künftige Pandemien; ein Ministerbeschluss über eine Patentverzichtserklärung für Covid-19-Impfstoffe während fünf Jahren; ein Beschluss zur Verlängerung eines Moratoriums auf die Erhebung von Zöllen im elektronischen Geschäftsverkehr bis längstens März 2024 und ein Abkommen über Fischereisubventionen. Im Vorfeld

der Ministerkonferenz verschob sich das Augenmerk bei den Vorbereitungsarbeiten aufgrund des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine unter anderem in Richtung Nahrungssicherheit. Die weltweite Situation der Nahrungssicherheit hatte sich durch den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und eine gravierende Dürre in Afrika massiv verschlechtert. Ausserdem hatten einzelne WTO-Mitgliedsstaaten Exportverbote für bestimmte Nahrungsmittel angekündigt. Liechtenstein schloss sich, wie die Schweiz und die anderen EFTA-Staaten, dem Statement zur Nahrungssicherheit an, welches das Vereinigte Königreich bei der WTO eingebracht hatte. Eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Handel wurde als erforderlich angesehen, um die Auswirkungen von Versorgungsengpässen und somit steigenden Preisen (Inflation) und ein reibungsloses Funktionieren der Märkte zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die WTO-Ministerkonferenz vom Juni in Genf wurden in der ersten Jahreshälfte Gespräche und Verhandlungen auch in anderen Gruppen intensiviert, so z. B. im Bereich Landwirtschaft. So kam es zu einer Zunahme an formellen und informellen Treffen, um über mögliche Ergebnisse im Landwirtschaftsbereich an der Konferenz zu beraten. Liechtenstein nahm im Rahmen der G10-Gruppe (Nettoimporteure von Agrarprodukten), die aktuell neben Liechtenstein die Schweiz, Norwegen, Island, Japan, Südkorea, Taiwan und Israel umfasst, zu den unterschiedlichen Vorschlägen Stellung. Liechtenstein hat dabei vor allem mit Bezug auf Unterstützungszahlungen (domestic support) ein Interesse, dass die Landwirtschaftssubventionen nicht weiter eingeschränkt werden müssen. Am Schluss konnte trotz zahlreichen Konsultationen am WTO-Ministertreffen keine Einigung in Bezug auf ein Arbeitsprogramm für die Verhandlungen im Bereich Landwirtschaft erzielt werden.

Im Weiteren konzentrierte die Mission ihre Aktivitäten im Berichtsjahr auf Verhandlungen unter WTO-Mitgliedern, die sich der Erarbeitung und Aktualisierung von Standards zu aktuellen Handelsthemen widmeten. Zu diesen plurilateralen Initiativen gehören insbesondere die Verhandlungen über den digitalen Handel (E-Commerce). Bei dieser Initiative konnte Anfang des Berichtsjahres bereits eine vorläufige Einigung unter 71 WTO-Mitgliedern (darunter Liechtenstein) erzielt werden, Verhandlungen zu handelsbezogenen Aspekten des elektronischen Handels aufzunehmen. Die diesbezüglichen Verhandlungen liefen über das ganze Berichtsjahr. Zu den verhandelten Themen gehörten u. a. die Umsetzungsfristen für ein künftiges Abkommen, der Zugang zu Online-Plattformen und der Wettbewerb im elektronischen Geschäftsverkehr. Es wurde versucht, eine Annäherung bei den Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz, Telekommunikationsdienste, elektronische Rechnungsstellung und rechtlicher Rahmen für elektronische Transaktionen herbeizuführen. Die Verhandlungen wurden gegen Ende Jahr intensiviert mit

mehrtägigen Treffen im September, Oktober und November. Das Ziel, bis Ende Jahr einen konsolidierten Verhandlungstext zu erarbeiten, konnte jedoch nicht erreicht werden. Die Begründerstaaten der Initiative – Australien, Japan und Singapur – legten am letzten Treffen einen Fahrplan für die künftige Arbeit fest, der darauf abzielt, das Tempo der Verhandlungen im Jahr 2023 zu beschleunigen. Des Weiteren ist Liechtenstein Teil der informellen Arbeitsgruppe für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (MSME), die aus den Unterstützerstaaten der Joint Initiative on MSME besteht. Am Treffen der informellen Gruppe im Juli wurde über den künftigen Arbeitsplan beraten und am Treffen vom Oktober wurde erörtert, wie die Arbeit der Arbeitsgruppe vorangetrieben werden kann, um kleinen Unternehmen dabei zu helfen, sich besser am internationalen Handel zu beteiligen. Liechtenstein unterstützt auch die «Trade and Environmental Sustainability Structured Discussions» (TESSD). Mitte Juli fand ein Treffen statt, um die Arbeiten voranzubringen. Es wurden vier Arbeitsgruppen eingerichtet, und zwar zu den Themen handelsbezogene Klimaschutzmassnahmen, Umweltgüter und Umweltdienstleistungen, Kreislaufwirtschaft sowie Subventionen.

Insgesamt 59 WTO-Mitgliedsstaaten, die bis Mitte Dezember des Berichtsjahres ihre innerstaatlichen Zustimmungsverfahren abgeschlossen hatten (darunter Liechtenstein und die anderen EFTA-Mitgliedsstaaten und die EU, die USA, Japan und China), einigten sich darauf, das im WTO-Regelwerk vorgesehene, formelle Zertifizierungsverfahren für ihre Zusatzverpflichtungen unter dem WTO-Abkommen über den Dienstleistungshandel (GATS) am 20. Dezember zu starten (Frist für Einsprachen bis 3. Februar 2023). Die Zusatzverpflichtungen betreffen ein Referenzpapier über Verfahrensregeln zur Zulassung von Dienstleistungserbringern, das im Rahmen der «Joint Initiative on Services Domestic Regulation» ausgehandelt wurde und darauf abzielt, die Transparenz, Vorhersehbarkeit und Effizienz von Genehmigungsverfahren für Dienstleistungserbringer zu erhöhen, die auf ausländischen Märkten geschäftlich tätig werden möchten. Diese Verfahrensregeln sollen für jene Sektoren gelten, in denen die betroffenen Staaten unter dem GATS Marktzugangsverpflichtungen eingegangen sind.

Der Botschafter und weitere Mitarbeitende der Mission nahmen im Berichtsjahr ausserdem an den regelmässig stattfindenden Sitzungen (hauptsächlich in virtueller Form) des Allgemeinen Rates sowie des Verhandlungsausschusses der WTO teil.

Vereinte Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Die Arbeit am Büro der Vereinten Nationen in Genf war im Berichtsjahr ab Ende Februar stark vom russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine geprägt, was in

der Folge viele Gespräche und Initiativen blockierte. Zudem trug der Krieg dazu bei, dass die multilaterale Arbeit weiter polarisiert wurde. Trotz klarer Sachlage tun sich einige Staaten schwer damit, Russland für den Angriff auf die Ukraine zu verurteilen. Die letzten Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie waren im ersten Teil des Berichtsjahres noch zu spüren. Die Massnahmen an der UNO wurden aber schrittweise aufgehoben. Die letzte Massnahme (Maskenpflicht in Verhandlungsräumen) wurde kurz nach der Berichtsperiode aufgehoben. Die UNO in Genf organisierte im Berichtsjahr etwa 8'000 Sitzungen und Konferenzen, darunter 3'000 mit Übersetzungsangeboten. Damit war Genf der UN-Standort mit den meisten Sitzungen. Die Renovationsarbeiten am Völkerbundpalast, dem Sitz der UNO in Genf, wurden im Berichtsjahr fortgeführt. Zeitweise waren über die Hälfte der Gebäude für die Arbeiten geschlossen, was zu einer Verschärfung der Raumsituation geführt hat. Die Arbeiten dauern noch bis Ende 2025 an. Aufgrund der gegen Ende Jahr unklaren Energiesituation hatte sich die UNO auf Notfallszenarien vorbereitet, falls der Stromverbrauch reduziert oder gar der Strom ganz abgeschaltet hätte werden müssen. Diese Szenarien kamen aber nicht zur Anwendung.

UNO-Menschenrechtsrat und Universelle Periodisch Überprüfungen (UPR)

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf stand auch im Berichtsjahr der UNO-Menschenrechtsrat. Liechtenstein ist zwar nicht Mitglied des aus 47 Staaten zusammengesetzten Menschenrechtsrats, nimmt jedoch eine aktive und weitreichende Beobachterrolle ein, was von der internationalen Gemeinschaft sehr geschätzt wird. Der Menschenrechtsrat führte im Berichtsjahr drei reguläre Sessions durch. Neben den ordentlichen drei Sessions fanden im Berichtsjahr zudem insgesamt zwei Sondersessionen, nämlich zu den Situationen in der Ukraine (12. Mai) und im Iran (24. November), sowie zwei Sessions der Arbeitsgruppe der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) statt. Auffallend ist vor allem die zunehmende Länge der regulären Sessions, welche sich insgesamt auf 13 Wochen erstreckten, im Vergleich zu den eigentlich üblichen zehn Wochen. Dieser Trend dürfte sich in den kommenden Sessions weiter verschärfen. Gründe für die längere Sitzungszeit sind einerseits die budgetäre Situation (längere Sitzungstage müssen extra bewilligt werden und kosten mehr als die Verteilung der Sitzungen auf mehrere Tage) und andererseits die Vielzahl an Initiativen sowie mandatierten Aktivitäten.

Wie auch in anderen Gremien war die Arbeit ab Ende Februar stark durch den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine geprägt. Der Beginn des Krieges am 24. Februar ereignete sich unmittelbar vor dem hochrangigen Segment des Rates zu Beginn der

49. Session. Dementsprechend nutzten viele hochrangige Staatenvertreterinnen und -vertreter in ihren Ansprachen die Gelegenheit, den Aggressionskrieg zu verurteilen, darunter auch Regierungsrätin Dominique Hasler, die überdies Liechtensteins Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck brachte. Der Menschenrechtsrat befasste sich in der Folge in einer dringlichen Debatte am 3./4. März mit der Situation in der Ukraine und verabschiedete das Mandat einer Untersuchungskommission, die Beweise für Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts in der Ukraine sammeln, aufarbeiten und analysieren soll. Durch eine Resolution an der UN-Generalversammlung am 7. April wurde Russland als Mitglied aus dem Menschenrechtsrat ausgeschlossen. Der Rat befasste sich in der Folge in einer Sondersitzung am 12. Mai mit der Situation in Mariupol, Butscha und weiteren Orten in der Ukraine. Aufgrund der sich auch in Russland selbst verschlechternden Menschenrechtssituation schuf der Rat zudem während der 51. Session das Mandat eines Sonderberichterstatters zu Russland. Dies erfolgte auch als Reaktion auf den Bericht unter dem Moskauer-Mechanismus der OSZE sowie den Wegfall des Schutzes der russischen Bevölkerung unter der Europäischen Menschenrechtskonvention.

In der Berichtsperiode befasste sich der Rat wie gewohnt noch mit weiteren Ländersituationen mit einer bedenklichen Menschenrechtssituation, darunter u.a. in Resolutionen zu Ländern wie Nicaragua, den besetzten palästinensischen Gebieten, dem Südsudan, Iran, Nordkorea, Myanmar, Syrien, Weissrussland, Georgien, Mali, Libyen, Afghanistan, Eritrea, Sudan, Sri Lanka, Burundi, Venezuela, Äthiopien, Jemen, Somalia, die Demokratische Republik Kongo, die Zentralafrikanische Republik sowie mit den Auswirkungen der Nukleartests auf den Marschallinseln. Besonders hervorgehoben sind in diesem Zusammenhang zwei Ländersituationen, nämlich jene im Iran und in China. Aufgrund der sich im Laufe des Herbstes verschlechternden Situation im Iran verabschiedete der Menschenrechtsrat in einer Sondersitzung am 24. November das Mandat einer Fact-Finding Mission, welche die Umstände und Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der landesweiten Proteste in Iran untersuchen solle.

An ihrem letzten Tag im Amt liess die ehemalige Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet (ihr Nachfolger, der Österreicher Volker Türk, nahm seine Arbeit im Oktober auf), den lange erwarteten Bericht zur Menschenrechtssituation in der chinesischen Provinz Xinjiang veröffentlichen, in welchem das Büro der Hochkommissarin u.a. von Verbrechen gegen Menschlichkeit spricht. Aufgrund von Chinas massivem Lobbying entschied der Rat aber, den Bericht nicht an einer formellen Sitzung zu besprechen. Die Ablehnung einer Debatte über den genannten Bericht war erst das zweite Mal in der Geschichte des Rates, dass eine Initiative per Abstimmung abgelehnt wurde.

Zu den 36 länderspezifischen Resolutionen, welche der Rat im Berichtsjahr verabschiedet hat, kamen noch 27 Entscheidungen dazu, wovon es sich bei den meisten um die Verabschiedung von UPR-Berichten handelte, sowie zwei Präsidentenstatements und 64 thematische Resolutionen. Bei den thematischen Resolutionen war eine starke Zunahme an Resolutionen zu verzeichnen, die sich mit Menschenrechten in Zusammenhang mit neuen Technologien auseinandersetzen. Zunehmend schwierige Diskussionen gab es vor allem in Bezug auf das Recht auf Privatsphäre sowie geschlechterspezifische Standards, wo die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte von einigen konservativen Staaten in Frage gestellt wurden.

Liechtenstein brachte sich in der Vorbereitung und während der Sessionen jeweils aktiv in die formellen und informellen Debatten und Verhandlungen ein und wird als aktiver und konstruktiver Partner über die Grenzen des Kontinents hinaus wahrgenommen und geschätzt. In der 50. Session brachte Liechtenstein, zusammen mit Kroatien, Costa Rica und Sierra Leone, eine Resolution zu den Auswirkungen von «Casualty Recording» in bewaffneten Konflikten auf die Menschenrechte der betroffenen Personen ein, in der das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) mit der Erarbeitung eines entsprechenden Berichts beauftragt wurde. Des Weiteren unterstützte Liechtenstein die Durchführung einer Vielzahl thematischer Neben- und Informationsveranstaltungen. Dabei sind vor allem zwei Veranstaltungen zur Vorstellung der Berichte der Universität Oxford und der International Commission of Jurists zu einer Stärkung der Kapazitäten der UNO hinsichtlich Untersuchungen zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts hervorzuheben. Zudem war Liechtenstein an der Organisation von zwei Konferenzen beteiligt. Einerseits organisierte Liechtenstein bereits zum zweiten Mal mit der Schweiz und der Nichtregierungsorganisation Universal Rights Group den Glion Human Rights Dialogue, der insgesamt bereits zum siebten Mal stattfand. Die Konferenz vom 16./17. Mai widmete sich dem Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Andererseits veranstaltete Liechtenstein am 23. November zusammen mit den Niederlanden und dem Global Centre for the Responsibility to Respect einen ganztägigen Workshop für Diplomatinen und Diplomaten zu den Untersuchungsmechanismen des Menschenrechtsrates.

Im Rahmen der Arbeit im Menschenrechtsrat ist Liechtenstein in einer Reihe von formellen und informellen Gruppierungen eingebunden, die hauptsächlich dem Austausch von Informationen zu unterschiedlichen Themen dienen, darunter einige Freundesgruppen, die Staatengruppe der westlichen und weiteren Staaten (WEOG), die Mountains-Gruppe sowie die quadrilaterale Gruppe mit Österreich, der Schweiz und Slowenien. Die Ständige Mission tauschte sich jeweils auch

bilateral aktiv und regelmässig mit einer Vielzahl an Staaten und Nichtregierungsorganisationen zu unterschiedlichen Themen betreffend den Menschenrechtsrat aus.

Im Berichtsjahr brachte sich Liechtenstein im Rahmen seiner Strategien schliesslich auch aktiv in die Arbeit der zwei Sessionen der Arbeitsgruppe der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) ein. Die 40. Session (24. Januar bis 4. Februar) bildete dabei den Abschluss des dritten Zyklus an Überprüfungen. Liechtenstein reichte vorgängige Fragen zu allen überprüften Ländern ein und wendete sich mit Empfehlungen an Litauen, Südsudan, Sudan, Syrien und Venezuela. In der 41. Session (7. bis 18. November), die erste Session des vierten Zyklus, reichte Liechtenstein ebenfalls vorgängig Fragen zu allen untersuchten Staaten ein und richtete sich mit Empfehlungen an Brasilien, Finnland, Indien, Indonesien, Niederlande, Philippinen, Polen und das Vereinigte Königreich.

Teilnahme an anderen Konferenzen und Konsultationen

Die Mitarbeitenden der Mission vertraten Liechtenstein im Berichtsjahr zudem an verschiedenen Konferenzen, u.a. vom 6. bis 8. April an den Konsultationen in Bezug auf eine politische Deklaration zum Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten (explosive weapons in populated areas, EWIPA). Der Botschafter nahm zudem am 14. Juni und 12. Dezember an Stiftungsrats-treffen des Genfer Zentrums für Sicherheit (DCAF) teil und vom 14. bis 22. Juli an der Generalversammlung der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) sowie am 20. Oktober am Vertragsstaatentreffen des Unterausschusses zur UNO-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafen (CAT). In der Generalversammlung der WIPO wurde ein Antrag von 52 Staaten einschliesslich Liechtensteins zur Verabschiedung einer Resolution betreffend Hilfe und Unterstützung für den Innovations- und Kreativitätssektor und das System des geistigen Eigentums in der Ukraine wegen der Auswirkungen der militärischen Aggression Russland gegen die Ukraine gestellt. Die Resolution wurde trotz des Widerstands Russlands deutlich angenommen.

Diverses

Botschafter Kurt Jäger führte, sobald es die Covid-19-Vorschriften in Genf wieder zuliessen, verschiedene soziale Anlässe für die Vertreterinnen und Vertreter des internationalen Genfs durch oder nahm an solchen teil. Für die Jungdiplomaten und Jungdiplomatinnen der Schweiz und Liechtensteins führte er etwa im Mai einen Empfang in der Residenz durch. Ein weiterer Empfang wurde für die Mountains-Gruppe gegeben. Anlässlich des UN Trachtentags (National Dress Day – 17. Juni) und der multikulturellen Party im UNO-Gebäude in

Genf errichtete und betrieb Liechtenstein zusammen mit Österreich einen Stand mit liechtensteinischen und österreichischen Spezialitäten und Weinen, die bei den Teilnehmenden sehr gut ankamen.

Botschafter Kurt Jäger sowie die anderen Missionsangehörigen trafen sich in der Berichtsperiode ausserdem regelmässig mit vielen Vertreterinnen und Vertretern von internationalen Organisationen, anderen Ständigen Missionen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sei es zum Informationsaustausch oder zum Zweck der Abstimmung von Positionen und Interventionen in multilateralen Foren.

Im Frühling ging die langjährige Mitarbeiterin Franziska Lutz Torche in Pension und Frau Véronique Dabbah-Witzthum übernahm die Halbtagsstelle als Sekretärin der Mission. Die Mission wurde im Berichtsjahr erneut bis Ende Oktober von einem Praktikanten unterstützt.

Sportrat

Vorsitzende: Biggi Beck-Blum

Die Aufgabe des Sportrates ist gemäss Sportgesetz die Beratung der Regierung in sämtlichen Fragen und Bereichen betreffend den Sport. Er übernimmt dabei unter anderem die Beratung bei Fragen der Sportinfrastrukturförderung und die Ausarbeitung von wissenschaftlich fundierten Entscheidungsgrundlagen.

Mitglieder des Sportrates

Hans Lichtsteiner, Hansjörg Lingg, Georges Lüchinger, Martina Augsburg und Biggi Beck-Blum (Präsidentin).

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 22. Februar die Entscheidung getroffen den Sportrat in zwei Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung verschiedener Sportkonzepte einzubinden. Im März wurde eine Arbeitsgruppe zur Optimierung und Erweiterung der Sportinfrastruktur eingesetzt, die Kriterien und Prinzipien für eine gute und nachhaltig betriebene Sportinfrastruktur entwickeln soll, die in einem Sportinfrastrukturkonzept festgehalten werden. Eine weitere Arbeitsgruppe befasst sich damit, welche Entwicklungen im Bereich des Breiten- und Spitzensports in Gang gesetzt werden müssen. Hierbei geht es um ein Sport- und Bewegungskonzept. Das Sportmonitoring 2021 dient als wesentliche Grundlage für die Erarbeitung dieser Konzepte. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen umfasst Personen aus dem Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport, dem Schulamt, der Stabsstelle für Sport, dem Amt für Gesundheit, der Gemeinden, des LOC, und des Sportrates. Die Prozessbegleitung und Moderation

ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

204 | liegen bei Dr. Hans Lichtsteiner. Die Arbeitsgruppen trafen sich bisher zu sechs Sitzungen an denen sie intensiv am Konzept arbeiteten und methodische und fachliche Inputs einbrachten. Daneben fanden immer wieder kleinere Sitzungen zur Feinabstimmung statt. Im Laufe der ersten Jahreshälfte 2023 werden diese Arbeiten abgeschlossen und Informationen dazu erhältlich sein.

Der Sportrat hat im Berichtsjahr zu den Arbeitsgruppensitzungen drei weitere Sitzungen abgehalten. Dabei stand die Stellungnahme zur Kletterhalle, die Erarbeitung des Sport-und Bewegungskonzeptes und des Sportinfrastrukturkonzeptes im Vordergrund.